



**Hannah-Arendt-Institut**

für Totalitarismusforschung e.V. an der  
Technischen Universität Dresden

## Jahresbericht 2015



# Jahresbericht 2015



**Hannah-Arendt-Institut**

für Totalitarismusforschung e.V. an der  
Technischen Universität Dresden

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
Direktor: Prof. Dr. Günther Heydemann

Postanschrift:  
01062 Dresden

Sitz:  
Tillichbau der TU Dresden  
Helmholtzstraße 6  
01069 Dresden

Tel.: 0351 463 32802  
Fax: 0351 463 36079

Mail:  
[hait@msx.tu-dresden.de](mailto:hait@msx.tu-dresden.de)

Internet:  
[www.hait.tu-dresden.de](http://www.hait.tu-dresden.de)

# Inhalt

1.	Einleitung	5
2.	Neuerscheinungen	7
2.1	Schriften des Hannah-Arendt-Instituts	7
2.2	Wege der Totalitarismusforschung	8
2.3	Berichte und Studien	9
2.4	Lebenszeugnisse – Leidenswege	9
2.5	Institutszeitschrift: „Totalitarismus und Demokratie“	9
2.6	Einzelveröffentlichungen	10
3.	Ausgewählte Pressestimmen und wissenschaftliche Rezensionen	12
4.	Forschungen	42
4.1	Empirische Diktaturforschung	42
4.2	Theoretische und konzeptionelle Grundlagen	48
4.3	Systemtransformation und politischer Extremismus	50
5.	Konferenzen, Arbeitstagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	51
6.	Öffentliche Vorträge	64
7.	Kooperationen mit wissenschaftlichen Partnereinrichtungen/ Gastwissenschaftler	67
8.	Wissenschaftliches Personal	70
8.1	Wissenschaftliche Mitarbeiter	70
8.2	Wissenschaftliche Hilfskräfte	75
8.3	Funktionen und Mitgliedschaften	75
8.4	Lehrtätigkeit	76
8.5	Veröffentlichungen	76
8.6	Vorträge und Diskussionsleitungen	80
9.	Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	86
10.	Bibliothek und Archiv	87
11.	IT und Internet	87
12.	Gremien, Freundeskreis	88
13.	Personal und Finanzen	89
14.	Verzeichnis der Publikationen in den Reihen des Hannah-Arendt-Instituts	90





## 1. Einleitung

Die entscheidende Aufgabe eines zeitgeschichtlich und politikwissenschaftlich ausgerichteten Forschungsinstituts wie des Hannah-Arendt-Instituts (HAIT) besteht darin, wissenschaftlich fundierte Ergebnisse und Erkenntnisse, basierend auf solider und nachprüfbarer Forschung, der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Tatsächlich ist eine demokratische Zivilgesellschaft ohne eine kritische zeithistorische und politikwissenschaftliche Forschung nicht denkbar. Diese Arbeit ist mühevoll und kann oft Jahre dauern. Für manche Zeitgenossen scheint das zu aufwendig und zeitraubend, lieber hantiert man daher mit „einfachen“ Tatbeständen und entsprechend simplen Lösungen. Doch verleumderische Schlagworte wie „Lügenpresse“ oder inhumane Parolen wie „Ausländer raus!“ sind selbstentlarvend und werden den Aufgaben und Funktionen einer modernen Demokratie in keiner Weise gerecht. Unserer komplizierten Gegenwart steht die Komplexität der Vergangenheit keineswegs nach. In der kritischen (Selbst-)Reflexion von Geschichte und Gegenwart haben eine lebendige Demokratie und eine engagierte Forschung einen gemeinsamen Bezugspunkt. Freie, ungehinderte und kritische Forschung kann ohne ein demokratisches Gemeinwesen nicht existieren – und umgekehrt.

Das HAIT bemüht sich auf verschiedenen Ebenen, um seine – und nicht nur seine – Ergebnisse aktueller wissenschaftlicher Forschung in der Öffentlichkeit zu präsentieren und zur Kritik zu stellen. Im vergangenen Jahr geschah dies durch internationale und nationale Konferenzen, wie z. B. die Tagung „Sachsen: Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit 1943–49“ in Dresden; „Europäische Transformationsprozesse seit 1989/90 im Vergleich“ in Budapest; „Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte“ in Marburg; „Die LDPD 1961–1989/90“ in Gummersbach; „Legitimationsstrategien von Autokratien“ in Dresden; „Kindheit im Zweiten Weltkrieg“ in Leipzig und schließlich das Symposium „Verlorene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum“ in Berlin. Die zum Teil organisatorisch aufwendigen Veranstaltungen wurden dabei mit den verschiedensten Kooperationspartnern realisiert, ohne deren Einsatz (auch von finanziellen Mitteln) solche Konferenzen gar nicht hätten durchgeführt werden können. Insofern seien der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Andrassy Universität Budapest, dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg, der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach, dem Geschwister-Scholl-Institut in München und anderen Einrichtungen herzlich gedankt.

Die wichtigste Ebene ist freilich die eigene Forschung. Nach über sechs Jahren Arbeit konnte die kommentierte Dokumentation „Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–47)“ herausgebracht werden, ein Gemeinschaftswerk des HAIT mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, das von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin finanziert wurde. Ebenfalls mit der Opferproblematik setzt sich der Sammelband „Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa“ auseinander, in dem erstmals in vergleichender Perspektive der politische und gesellschaftliche Umgang mit ihnen nach dem Fall von Diktaturen untersucht wird. Ein ergreifendes Einzelschicksal eines Opfers wird am Beispiel der „Erinnerungen eines italienischen Militärinternierten“ in den Jahren 1943–45 nachvollziehbar, die in italienischer und deutscher Sprache in Kooperation mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten erschienen. Einen regional- und lokalhistorischen Zugriff weisen die Monografie „Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande“ sowie der umfangreiche Sammelband „Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949“ auf.

Daneben hat das HAIT die Edierung in Vergessenheit geratener Totalitarismusforscher wie Aurel Kolnais „Krieg gegen den Westen“ fortgesetzt und den zum Teil noch unveröffentlichten Briefwechsel zwischen Hannah Arendt und Eric Voegelin „Disput über den Totalitarismus“ publiziert. Aufbau, Struktur, Funktion und Wirkungsweise von Ideokratien, das heißt von ideologisch ausgerichteten und legitimierten Diktaturen, wird im Sammelband „Ideocracies in Comparison. Legitimation – Cooptation – Repression“ vergleichend nachgegangen. Alle hier genannten Veröffentlichungen wurden bei öffentlichen Veranstaltungen einem interessierten Publikum vorgestellt und diskutiert.

Einen ganz neuen Weg der Öffentlichkeitsarbeit beschritt das HAIT mit der Vorführung von Filmen, die durch das berühmt-berüchtigte 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 verboten worden waren. In Kinos in Dresden und Leipzig wurden die wichtigsten Filme wieder gezeigt und diskutiert, wofür sich rund 600 Zuschauer interessierten. Eine kommentierte Dokumentation zu der für die Geschichte der DDR einschneidenden kulturpolitischen Maßnahme erschien in Zusammenarbeit mit der DEFA Berlin unter dem Titel „Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum“ und wurde in Berlin vorgestellt.

Forschung erarbeitet Wissen und Erkenntnisse. Unreflektiertes Vorgehen und undifferenziertes Urteil stellen ihren

Gegensatz dar. Wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse werden nicht leicht erbracht, sie werden aber auch nicht leicht rezipiert. Ohne Zeitaufwand und gedankliche (Mit-)Arbeit ist das erarbeitete Wissen nicht wirklich nachvollziehbar.

Auch hier tut sich wieder die Parallele zu unserer Demokratie auf. Wer ihre Werte, Regeln und Funktionsweisen nicht kennt oder nicht kennen will, wird zu „einfachen“ Lösungen neigen, ja diese vehement einfordern, weil der Wille fehlt, sich wirklich eingehend mit jenem politischen System auseinanderzusetzen, das wie kein anderes Menschen- und Bürgerrechte, eine unabhängige Justiz, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und eine soziale Marktwirtschaft nicht nur gewährleistet, sondern schützt. Wer, was sein persönliches Recht ist, gegen sie demonstriert, sollte sich immer klarmachen, dass es gerade die Demokratie ist, die seinen Protest durch Meinungs- und Versammlungsfreiheit ermöglicht. Diese Akzeptanz und Toleranz ist daher auch von jenen einzufordern, die sich grobschlächtigen, antidemokratischen und nicht selten rassistischen Parolen verschreiben. Hier wird der Unwillen greifbar, sich differenziert auf die politische Komplexität einer Demokratie einzulassen. Aber Demokratie verlangt ebenso wie wissenschaftliche Forschung differenziertes Denken. Beides ist zum Nulltarif nicht zu haben. Das HAIT wird auch in Zukunft seinen Beitrag zu unserer Demokratie durch fundierte wissenschaftliche Forschung leisten.

## 2. Neuerscheinungen

### 2.1 Schriften des Hannah-Arendt-Instituts



#### **Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947)**

Eine historisch-biographische Studie  
Herausgegeben von Andreas Weigelt, Klaus-Dieter Müller, Thomas Schaarschmidt, Mike Schmeitzner (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 56)  
Göttingen 2015  
ISBN 978-3-525-36968-5, 488 S.

Die Publikation schließt eine schmerzliche Lücke in der Aufarbeitung des Stalinismus und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es handelt sich dabei um Todesurteile Sowjetischer Militärtribunale (SMT) gegen Deutsche in der Zeit von 1944 bis 1947. Mit dieser Studie werden zugleich weiter zurückliegende Forschungen des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten fortgeführt. Lange nach Abschluss des Projekts zu den SMT-Todesurteilen gegen deutsche Zivilisten 1950 bis 1953 war der Zeitraum von 1944 bis zur Aussetzung der Todesstrafe 1947 weitgehend eine Terra incognita geblieben. Die jetzt abgeschlossene Forschungsarbeit beruht auf Recherchen in russischen, deutschen und amerikanischen Archiven. Sie präsentiert sowohl eine statistische und qualitative Auswertung der Urteile als auch eine umfassende biografische Übersicht zu den Verurteilten. So wurden nach aktuellem Stand gegen 3 301 Deutsche Todesurteile verhängt, 2 542 davon vollstreckt. Anders als für die Zeit von 1950 bis 1953, in der die Verfolgung widerständiger Aktionen gegen die Sowjetisierung in der DDR dominierte, stand für die Jahre bis 1947 die juristische Ahndung von Verbrechen aus der Zeit vor 1945 im Vordergrund. Die Studie basiert auf einem Verbundprojekt des Hannah-Arendt-Instituts, der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, die von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziert wurde.



#### **Vergleich als Herausforderung**

Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Heydemann  
Herausgegeben von Andreas Kötzing, Francesca Weil, Mike Schmeitzner, Jan Erik Schulte (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 57)  
Göttingen 2015  
ISBN 978-3-525-36969-2, 342 S.

Anhand vergleichender Fragestellungen umreißen die Beiträge des Bandes 1 Problem der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Die komparative Methode bietet nicht nur neue Erkenntnismöglichkeiten, die weit über eine „klassische“ Nationalstaatsgeschichte hinausreichen. Sie öffnet auch den Blick dafür, dass historische Entwicklungen immer auch als Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte gedacht werden können. Politische und gesellschaftliche Strukturen stehen dabei ebenso im Mittelpunkt wie handelnde Akteure und kulturelle Prägungen.



Sebastian Rick:

#### **Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande**

Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 58)  
Göttingen 2015  
ISBN 978-3-525-36970-8, 586 S.

Am Beispiel der beiden ehemaligen Landkreise Liebenwerda und Schweinitz (Brandenburg) untersucht Sebastian Rick die politische und gesellschaftliche Entwicklung in einer ländlichen Region der Sowjetischen Besatzungszone. Gestützt auf umfangreiche Recherchen gelingt es ihm, ein detailliertes Bild über den Prozess der Diktaturdurchsetzung in den Jahren 1945 bis 1949 zu zeichnen und dabei zahlreiche bis heute wirksame Verzerrungen der DDR-Geschichtsschreibung zu widerlegen. Die Studie weist anhand vieler Beispiele nach, wie rücksichtslos KPD/SED in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht den Transformationsprozess der Gesellschaft vorantrieben. Viele Themenschwerpunkte dieser Arbeit – wie der Einmarsch der Roten Armee, die Arbeit

der sowjetischen Geheimdienste sowie die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung – wurden bisher auf regionaler Ebene kaum erforscht.



**Nach den Diktaturen**  
 Der Umgang mit den Opfern in Europa  
 Herausgegeben von Günther Heydemann, Clemens Vollnhals  
 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 59)  
 Göttingen 2015  
 ISBN 978-3-525-36971-5, 288 S.

Der Band untersucht erstmals in vergleichender Perspektive den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit den Opfern nach dem Fall der Diktaturen. Welche Entschädigungsleistungen erhielten die Opfer der faschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur nach 1945 in Italien, in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich? Wie gingen die Gesellschaften in Spanien, Portugal und Griechenland nach dem Fall der Militärdiktaturen in den 1970er Jahren mit den Opfern um? Was erreichten die Opfer kommunistischer Diktaturen nach 1989 im wiedervereinten Deutschland, in Tschechien, Polen, Ungarn, Lettland und Russland? Das gesellschaftspolitische Umfeld brachte für die Opfer zumeist nur geringe Empathie auf, dennoch gibt es beachtliche Unterschiede in der staatlichen Rehabilitierungs- und Entschädigungspolitik, die von ausgewiesenen Experten in 13 Beiträgen analysiert werden.



**Von Stalingrad zur SBZ**  
 Sachsen 1943 bis 1949  
 Herausgegeben von Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals, Francesca Weil  
 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60)  
 Göttingen 2015  
 ISBN 978-3-525-36972-2, 572 S.

Nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad und trotz der Mobilisierung aller Ressourcen während des „totalen Krieges“ war die Niederlage Deutschlands absehbar. Der bedingungslosen Kapitulation folgten die Besetzung durch die Alliierten und der moralische Bankrott. Zeitgleich und mit Unterstützung der sowjetischen Besat-

zungsmacht etablierten sich nach 1945 auch in Sachsen Strukturen einer neuen Herrschaft, die in immer stärkerem Maße dem sowjetischen Leitbild ähnelten. Bis 1948 hatten sich wichtige Weichenstellungen in der Politik, Wirtschaft oder im Elitentransfer vollzogen – zumeist legitimiert durch den Anspruch einer „antifaschistisch-demokratischen“ Umwälzung. Dennoch steht das Jahr 1945 nicht für eine „Stunde Null“. Der radikale politische und gesellschaftliche Umbruch schloss neben Brüchen auch Kontinuitäten ein. Weite Teile der Bevölkerung erlebten die Jahre 1943 bis 1949 als eine Zeit der extremen Ausnahmesituation und revolutionären Umwälzung. Untersuchungen zu diesem Zeitraum gibt es bereits für das Gebiet der alten Bundesrepublik, für das der ehemaligen SBZ/DDR stehen sie noch aus. Dieser Sammelband beginnt damit, diese Forschungslücke zu schließen. Die 28 Beiträge beschäftigen sich mit der inneren Verfasstheit der Gesellschaft in Sachsen am Kriegsende, der Errichtung einer neuen Herrschaft unter der Ägide der sowjetischen Besatzungsmacht und mit dem Wandel der Gesellschaft über die Zäsur von 1945 hinweg.

## 2.2 Wege der Totalitarismusforschung



Aurel Kolnai:  
**Der Krieg gegen den Westen**  
 Herausgegeben von Wolfgang Bialas  
 (Wege der Totalitarismusforschung 4)  
 Göttingen 2015  
 ISBN 978-3-525-31031-1, 763 S.

Diese historisch-kritische deutsche Ausgabe des 1938 auf Englisch erschienenen Buches von Aurel Kolnai „The War against the West“ schließt eine Lücke in der Dokumentation der zeitgenössischen Auseinandersetzungen mit der Politik und Ideologie des Nationalsozialismus. Kolnai stellte die Unvereinbarkeit dessen mit dem christlich-humanistischen Wertesystem heraus und hob dessen fundamentalen Gegensatz zur westlichen Demokratie, ihren christlichen Grundlagen und sozialistischen Elementen hervor. Sein Buch verstand Kolnai als Appell an den Westen, auf die existenzielle Bedrohung des bürgerlichen Gesellschafts- und Wertesystems durch den Nationalsozialismus politisch angemessen zu reagieren. Der Nationalsozialismus müsse ernst genommen werden, anstatt ihn vulgärmarxistisch als wenig originelle Varian-



te eines aggressiv auf seine Existenzkrise reagierenden Kapitalismus zu unterschätzen oder als rein destruktiven Nihilismus zu verkennen. Mit traditionellen politischen Begriffen wie „reaktionär“ und „konservativ“ jedenfalls sei das radikal Neue des Nazismus, das Kolnai an der rassenbiologischen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft festmachte, nicht zu fassen. Als „Ausdruck deutschen Geistes“ sei der Nationalsozialismus tief in deutscher Geschichte verwurzelt, auch wenn er keineswegs, wie von ihm beansprucht, Inkarnation des Deutschen sei.

### 2.3 Berichte und Studien



Hannah Arendt, Eric Voegelin:  
**Disput über den Totalitarismus**  
Texte und Briefe  
Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut in Zusammenarbeit mit dem Voegelin-Zentrum (Berichte und Studien 70)  
Göttingen 2015  
ISBN 978-3-8471-0492-6, 110 S.

Diese kleine Edition ermöglicht eine Rückblende auf die „Ursprünge“ von Hannah Arendts Totalitarismusanalyse. Die von der Autorin entfernten Textstücke aus der ersten englischsprachigen Auflage des Totalitarismusbuches, die Antwort auf Eric Voegelins Rezension sowie der Briefwechsel mit Voegelin aus dem Jahr 1951 sind für jeden hilfreich, der Arendts Totalitarismuskonzept und dessen Entwicklung genauer kennenlernen und beurteilen möchte. Diese Dokumente und die daran anknüpfenden Texte von Ursula Ludz, Ingeborg Nordmann und Michael Henkel tragen zur Verdeutlichung von Hannah Arendts Vorstellungen vom Totalitarismus als einer eigenen Herrschaftsform bei, die in der deutschen Diskussion nach wie vor Missverständnissen ausgesetzt sind.

### 2.4 Lebenszeugnisse – Leidenswege



Cesare Gottardi:  
**Erinnerungen eines italienischen Militärinternierten – Memorie di un internato militare italiano**  
Herausgegeben von Francesco Dal Lago  
Dresden 2015  
ISBN 978-3-934382-25-1, 140 S.

Im Unterschied zu Italien ist in der deutschen Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, dass zu den millionenfachen Opfern der NS-Diktatur auch die über 600 000 italienischen Militärinternierten gehören, die nach dem Kriegsausbruch des faschistischen Italien am 8. September 1943 nach Deutschland deportiert wurden. Um die ehemaligen Waffenbrüder ob ihres „Verrats“ besonders zu bestrafen, wurde ihnen als Militärinternierte der Schutz, den die Genfer Konvention für Kriegsgefangene gewährte, versagt. Oft unter schwersten Bedingungen zur Zwangsarbeit herangezogen, litten sie meist unter völlig unzureichender Ernährung und medizinischer Versorgung. Tausende von ihnen haben diese eineinhalb Jahre zwischen Herbst 1943 und Kriegsende 1945 nicht überlebt. Die hier in deutscher und italienischer Sprache wiedergegebenen Erinnerungen des Militärinternierten Cesare Gottardi zeigen eindrucksvoll auf, welche Leidenszeit im nationalsozialistischen Deutschland zu durchstehen war, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder in die Heimat in Italien zurückkehren zu können.

### 2.5 Institutszeitschrift: „Totalitarismus und Demokratie“



Totalitarismus und Demokratie/ Totalitarianism and Democracy (TD) ist eine Zeitschrift, die sich als internationales Forum der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Systeme im europäischen und außereuropäischen Raum



vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus wird historisch-politischen, sozialpsychologischen und kulturellen Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen nachgegangen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlich-demokratischer Gesellschaften fördern. Die Zeitschrift versteht sich als ein Medium interdisziplinären Austausches zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

## 12. Jahrgang 2015, Heft 1

### Themenschwerpunkt: Die Demokratie zwischen den Weltkriegen – vom Triumph zur Krise

*Steffen Kailitz:* Nach dem „Großen Krieg“ – vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939

*Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning:* Democratic Spells in Interwar Europe – the Borderline Cases Revisited

*Arnd Bauerkämper:* Der „Große Krieg“ als Beginn: das Verhältnis zwischen traditionellen Ordnungskonzepten, Faschismus und Autoritarismus

*Heidi Hein-Kircher:* Zum Wechselspiel von verpasster Konsolidierung, Demokratiekritik und Diskurse der Versicherheitlichung in der Zweiten Republik Polens (1918 bis 1926)

*Lothar Fritze:* Ideologiekonformität und Indoktriniertheit. Zum Herrschaftsanspruch der Weltanschauungsdiktatur

## 12. Jahrgang 2015, Heft 2

### Themenschwerpunkt: Jugend und Jugendpolitik in Deutschlands Diktaturen

*André Postert:* Freiwilligkeit und Verpflichtung – Widersprüche der nationalsozialistischen Jugendorganisationen in ihrer Entwicklung

*Kathrin Kollmeier:* „Volksgemeinschaft“ als Disziplinarpraxis – Hitlerjugend und Recht in der Beteiligungsdiktatur

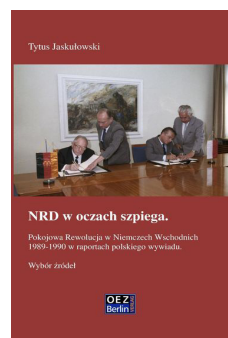
*Florian Lipp:* Punk- und New-Wave-Bands im letzten Jahrzehnt der DDR im kultur- und sicherheitspolitischen Kontext

*Mark Fenemore:* Youth Opposition in the GDR, 1945–1965

*Peter Skyba:* Die FDJ im Kreislauf von Krise und Reform – Jugendpolitik als Konfliktfeld von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR

*Hagen Stöckmann:* Ambition und Enttäuschung – Grenzen „totalitärer“ Elitenerziehung im Nationalsozialismus und in der frühen DDR

## 2.6 Einzelveröffentlichungen



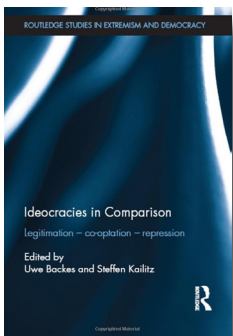
Tytus Jaskułowski:  
**NRD w oczach szpiega.**  
Pokojowa Rewolucja w Niemczech Wschodnich 1989-1990 w raportach polskiego wywiadu. Wybór źródeł  
(**Die Revolution im Spiegel des Spions.**)  
Die Wende in der DDR 1989-1990 in den Berichten der polnischen Auslandsaufklärung  
Berlin 2015  
ISBN 978-3-942437-42-4, 138 S.

Diese kleine Edition der ausgewählten Dokumente der polnischen Auslandsaufklärung zeigt ein unbekanntes Bild der DDR im Vorfeld und während der Friedlichen Revolution. Vom Verfasser im Archiv des polnischen Institutes des Nationalen Gedenkens gefundene Notizen der hauptamtlichen Mitarbeiter, Berichte der inoffiziellen Mitarbeiter sowie Informationen, die für die polnische Partei- und Staatsspitze vorgesehen waren, belegen eindeutig, dass die polnischen Geheimdienste mindestens seit 1987 mit einer unvermeidbaren politischen Wende in der DDR gerechnet hatten.



Tytus Jaskułowski:  
**Szpiegzy tacy jak wy**  
Wywiadowcza (nie)codziennosc kontaktów między PRL a NRD 1970-1990  
(**Spione wie ihr**)  
Die Groteske im geheimdienstlichen Alltag zwischen Polen und der DDR 1970-1990  
Warszawa 2015  
ISBN 978-83-235-2121-1, 332 S.

Der Verfasser hat 180 unterschiedliche authentische polnische und ostdeutsche Fälle ausgewählt, die nicht nur das Absurde des geheimdienstlichen Lebens zeigen, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Sozialgeschichte Polens und der DDR leisten. Dabei wurden sowohl Aufklärung als auch Abwehr berücksichtigt, ebenso die grenzüberschreitende Dimension der Stasiarbeit sowie die absurden Gegenmaßnahmen der polnischen Dienste. Das Buch enthält zudem eine Reihe von Kommentaren, die das Wesentliche der geheimdienstlichen Arbeit populärwissenschaftlich erklären.



### **Ideocracies in Comparison. Legitimation - Cooptation - Repression**

Herausgegeben von Uwe Backes, Steffen Kailitz

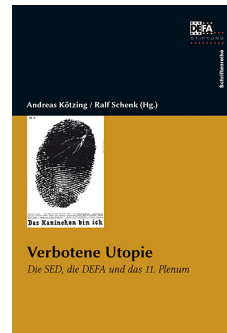
London 2015

ISBN 978-1-13884885-6, 400 S.

Ideocracies, or ideological dictatorships, such as the "Third Reich", the Soviet Union and the People's Republic of China have, much

more than any other kinds of autocracy, characterized the history of the 20th century. Despite their undeniable loss of significance, ideocracies have not disappeared from the world in the 21st century. This book explores the functioning of ideocracies and analyses the typical in-

terplay of legitimation, co-optation and repression which autocratic elites use in an attempt to stabilize their rule.



### **Verbotene Utopie**

Die SED, die DEFA und das 11. Plenum

Herausgegeben von Andreas

Kötzling, Ralf Schenk

Berlin 2015

ISBN 978-3-86505-406-7, 544 S.

Das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 zählt zu den einschneidenden kultur-

politischen Zäsuren der DDR-Geschichte. Im Zuge der Tagung wurden zahlreiche Bücher, Theater- und Musikstücke verboten, die sich kritisch mit der Entwicklung der DDR-Gesellschaft auseinandersetzen. Auch die DEFA war massiv betroffen: Zwölf Spielfilme – unter anderem „Das Kaninchen bin ich“, „Spur der Steine“ und „Denk bloß nicht ich heule“ – wurden verboten oder in der Produktion gestoppt und in den „Giftschrank“ verbannt. Das Plenum hinterließ tiefe Spuren: Einige Regisseure durften keine Spielfilme mehr drehen, gesellschaftskritische Themen wurden in den folgenden Jahren kaum noch bearbeitet. Viele dieser Filme konnten erst nach der friedlichen Revolution 1989/90 aufgeführt werden.



Buchvorstellung „Spione wie ihr/Szpiedzy tacy jak Wy“: Warschau, 27. November 2015, Kulturzentrum Stacja Muranów, Dr. Tytus Jaskułowski (links) mit Moderator Bartosz Wielński (Deutschlandkorrespondent „Gazeta Wyborcza“).

### 3. Ausgewählte Pressestimmen und wissenschaftliche Rezensionen

*Sächsische Zeitung vom 2./3. Mai 2015*

#### **Fast täglich flatterte Post ins Haus**

Martin und Hildegard Menzel haben sich von 1940 bis 1945 rund 2 000 Briefe geschrieben. Ihr Enkel konnte sie nun aufarbeiten.

von Jan Lange

Etwa 2 000 Briefe stapeln sich in den Kisten, verschnürt zu größeren Bündeln. Jahrzehntlang standen die Kartons in der hintersten Ecke des Dachbodens, Wieland Menzel hat sie nach dem Tod des Vaters dort entdeckt und hervorgeholt. Denn der Dittelsdorfer will mehr über seine Familie, im Besonderen über seinen Großvater Martin erfahren, den er selbst nie kennenlernen konnte. Die Briefe sind ihm eine Hilfe, denn es handelt sich um jene Post, die sich seine Großeltern von 1940 bis 1945 gegenseitig zuschickten. Der Briefwechsel begann, als Martin Menzel 1940 zu den Fliegern eingezogen und in Frankreich eingesetzt wurde. Nachdem er wegen eines Leistenbruchs wehruntauglich war, kommandierte man ihn im Herbst 1941 nach Lublin ab. Dort, weit im Osten Polens und damit fern der Heimat, arbeitete er in der Justizverwaltung. Zwei Jahre später erfolgte die Versetzung nach Krakau, wo er bis zur Räumung der Stadt im Januar 1945 blieb.

Fast täglich schrieb er an seine Familie, die weiterhin in Dittelsdorf lebte. Und fast täglich antwortete ihm seine Frau Hildegard. Der intensive Briefwechsel gibt Aufschluss über diese bewegenden Jahre, berichtet von den damaligen Sorgen und Ängsten, aber auch von den jeweiligen persönlichen Wahrnehmungen des Krieges.

Manches kennt Wieland Menzel bereits aus den Erzählungen seines Vaters Rüdiger, aber die Briefe enthüllen auch unbekannt Details. „So kenne ich nun sowohl die Stellung meines Großvaters im Justizapparat des Generalgouvernements als auch vieles von dem, was er dort tat und mitbekam“, sagt er. So hing Martin Menzel zwar nicht in der „Vernichtungsmaschinerie“ drin, aber er war auch nicht im „Grundbuchamt“ in Lublin tätig, wie es seine Großmutter nach dem Krieg gern darstellte. „Ich war schon etwas erschrocken über seine Stellung im damaligen System“, sagt sein Enkel. Der für ihn prägendste Satz aus den Briefen seines Großvaters ist datiert vom 17. November 1942. Bereits zu diesem Zeitpunkt schrieb Martin Menzel über eine mögliche Kriegsniederlage der Deutschen: „Wenn das eintreten sollte, dann gibt es nur eins, und zwar, so weit man noch am Leben ist, selbst das

Leben nehmen, denn die Leiden durchmachen, die wir anderen bereitet haben, das möchte ich nicht. Erbarmen kann es da keins geben.“ Es zeigt, wie sich die Wahrnehmung des Krieges stetig änderte. Zu Beginn war er sich noch sicher, dass es schnell gehe und Deutschland den Krieg gewinne. Von Jahr zu Jahr wurde die Ungewissheit größer, der Zweifel stärker.

Da die Briefe das tägliche Gespräch ersetzten, schrieb das Ehepaar auch über die normalen Alltagsdinge. Hildegard Menzel erhielt Ratschläge, wie sie sich zu dieser und jener Frage stellen soll. Auch über den Arbeitsdienst, welchen die Frauen in Dittelsdorf verrichten mussten, berichtete seine Großmutter ausführlich. Geschichtlich interessant sind vor allem die Schilderungen der Belastungen der Jugendlichen durch anhaltende Flak-Dienste. Im Gegenzug schrieb Martin Menzel über Hinrichtungen, Partisanenangriffe, das jüdische Ghetto und Zwangsarbeiter aus dem KZ Majdanek bei Lublin. Er notierte zum Beispiel, dass nach der Tötung zweier deutscher Soldaten als Vergeltung 50 Polen öffentlich erschossen wurden. Während der Krakauer Zeit monierte er die ministeriale Steifheit in der Regierung des Generalgouvernements und die Eintönigkeit seines Dienstes oder äußerte sich besorgt über die heranrückende Front. Da der Briefwechsel weitgehend als Dienstpost versandt wurde, und damit so gut wie keiner Zensur unterlag, kann er mitunter recht offen, teilweise auch etwas sarkastisch über Vorgänge und Vorgesetzte berichten.

Großen Raum nimmt die Schilderung der Lebensmittelknappheit ein: der zunehmende Hunger, den Hildegard Menzel zugunsten einer ausreichenden Versorgung ihres Sohnes litt und der tägliche Kampf um etwas mehr Brot. Aus Lublin konnte Martin Menzel seiner Familie noch regelmäßig Lebensmittel schicken. In Krakau war das nicht mehr möglich. Der Briefwechsel endete am 5. Dezember 1945. Martin Menzel war zu diesem Zeitpunkt im sowjetischen Speziallager Mühlberg inhaftiert und konnte eine letzte Notiz aus dem Lager schmuggeln, das er nicht mehr verlassen sollte. Gegenwärtig erfolgt mit dem Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung die wissenschaftliche Aufarbeitung des stattlichen Briefwechsels, der jetzt auch digitalisiert vorliegt. „Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist für kommendes Jahr vorgesehen“, sagt Wieland Menzel. Der Briefwechsel interessiert das renommierte Institut auch deshalb, weil er in seiner Kontinuität und Zweiseitigkeit fast einzigartig ist. Während auch in anderen Familien Feldpostbriefe erhalten blieben, sind die an die Soldaten gerichteten Briefe nur selten noch vorhanden. Rüdiger Menzel hat die Briefe offenkundig nie gelesen. Das zeigt die Tatsache, dass die Briefe noch genauso verpackt waren, wie sie die Großmutter verschnürt hatte. Wegschmeißen wollte er sie aber auch nicht. Denn zum einen waren die Briefe eine der



wenigen Erinnerungen an seinen Vater, zum anderen sollte sich Wieland Menzel wohl irgendwann mit den Dokumenten beschäftigen. Diesen unausgesprochenen Wunsch hat der Dittelsdorfer seinem 2011 verstorbenen Vater nun erfüllt.

*Sächsische Zeitung vom 23./24. Mai 2015*

### Schuld und Sühne

Zwischen 1944 und 1955 verhängten sowjetische Militärtribunale Tausende Todesurteile gegen deutsche Zivilisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg urteilten in der sowjetisch besetzten Zone und der DDR von Moskau eingesetzte Militärtribunale über NS-Kriegsverbrecher, aber auch über Zivilisten, die als „Staatsfeinde“ galten. Sie gingen dabei äußerst hart vor. Dresdner Historiker haben nun eine große Studie dazu veröffentlicht. Wir sprachen mit dem Mitherausgeber Mike Schmeitzner über dieses lange vernachlässigte Kapitel deutsch-sowjetischer Geschichte.

*Herr Schmeitzner, Russen urteilten über Deutsche – auf welcher Rechtsgrundlage arbeiteten alliierte Militärtribunale überhaupt?*

Das passierte auf sowjetischer und alliierter Rechtsgrundlage. Schon 1944 und noch einmal 1945 haben die Alliierten festgelegt, dass Verbrechen gegen Angehörige dieser Mächte von den betroffenen Mächten selbst gerichtlich geahndet werden und nicht von den Deutschen. Das galt natürlich auch für Verbrechen an sowjetischen Bürgern, die auf deutschem Boden begangen wurden, etwa gegen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiten. Dafür waren hauptsächlich sowjetische Militärtribunale zuständig, die SMT.

*Was kennzeichnet diese Verfahren?*

Zunächst einmal wurden die meisten dieser Verfahren nicht öffentlich abgehalten, sondern im Geheimen. Das war der Normalfall seit Bestehen der stalinistischen Justiz. Und die wenigen öffentlichen Prozesse, die es nach 1945 gab, waren sehr stark propagandistisch ausgerichtet, so zum Beispiel der Sachsenhausen-Prozess gegen Teile der SS-Wachmannschaften im Herbst 1947 in

## Herrschaftswissen als Überlebenschance

Bis 1947 verhängten sowjetische Militärtribunale 3301 Todesurteile gegen Deutsche

Am 22. Februar 1946 fand in Chemnitz ein Prozess des Sowjetischen Militärtribunals (SMT) gegen 16 Angehörige des Polizeibataillons 304 statt, welches während des Zweiten Weltkrieges im Osten an Massenerschießungen von Juden, der Ermordung von sowjetischen Zivilisten, Raueaktionen sowie der Ausplünderung der besetzten Gebiete beteiligt war. Einer der Angeklagten war Werner Ficker, der zugegeben hatte, 30 Juden persönlich erschossen zu haben. Ein anderer war Reinhold Blana, er hatte erklärt, dass er in Kirovograd mit Namenslisten durch die Häuser gegangen sei und den Opfern vorgelesen habe, sie würden nach Odessa umgesiedelt. Diese beiden und 14 weitere Männer wurden zum Tode verurteilt. Wenige Tage zuvor war bereits drei Angehörigen des Polizeibataillons ihr Todesurteil verkündet worden – allein im Februar 1946 wurden insgesamt 46 Männer dieser Einheit verurteilt und hingerichtet.

In der Zeit von 1944 bis 1947 verhängten sowjetische Militärtribunale 3301 Todesurteile gegen deutsche Staatsbürger, Zivilisten und ehemalige Wehrmachtangehörige. 2542 davon wurden auch vollstreckt. Im Gegensatz zu den Jahren 1950 bis 1953, als die meisten Todesurteile wegen politischer Delikte verhängt wurden, die angeblich gegen die sowjetische Besatzungsmacht, oftmals aber lediglich gegen die SED-Herrschaft, gerichtet waren, sah dies in der unmittelbaren Nachkriegszeit anders aus: Die Betroffenen wurden in über zwei Dritteln der Fälle wegen Taten verurteilt, die im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Krieg standen, insbesondere wegen der Beteiligung an Kriegsverbrechen. Hinzu kamen Fälle von Widerstandshandlungen

am Ende des Krieges und in den ersten Besatzungsmonaten, etwa sogenannte „Werwolf“-Aktivitäten.

Dass die vor den SMT verhandelten NS-Verbrechen in der Regel nicht aus der Luft gegriffen waren, machen exemplarische Untersuchungen in der Studie deutlich. Die Prozesse hatten jedoch nichts mit rechtsstaatlichen Verfahren gemein. Es waren oft Geheimprozesse, die Angeklagten hatten keinen Verteidiger, und die Urteile standen meistens schon vorher fest. Die Beurteilung der tatsächlichen strafrechtlichen Schuld der Verurteilten ist daher im Nachhinein schwierig.

Die SMT-Urteilspraxis muss vor dem Hintergrund der unmittelbaren Kriegserfahrung, des Massenmordens und der Ausplünderung der Bevölkerung durch deutsche Wehrmacht, SS, Polizeibataillone und Zivilverwaltung auf sowjetischem Territorium sowie der massenhaften Ermordung russischer Kriegsgefangener und des Schicksals Hunderttausender russischer Zwangsarbeiter in Deutschland betrachtet werden. Gleichzeitig sind die ausgesprochenen Todesurteile gegen Deutsche genuiner Ausdruck stalinistischer Sicherheits- und Strafrechtsspraxis, die von der Etablierung diktatorischer Strukturen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht getrennt werden kann.

Mit dem Vorrücken der Roten Armee Richtung Westen ab 1944 wurden die ersten Todesurteile gegen deutsche Soldaten und Zivilisten vollstreckt. Dabei kann man nicht von einem systematischen Vorgehen sprechen. Wer den Russen in die Hände fiel, war häufig vom Zufall abhängig. Darunter waren nicht wenige höhere

und hohe Funktionsträger des NS-Regimes. Anders als man erwarten würde, wurden diese jedoch nicht alle hingerichtet. Ebenso wie bei den Amerikanern spielten auch bei den Russen Nützlichkeitsabwägungen bei der Strafzumessung eine Rolle. Sahen die Sowjets bei einem ehemaligen NS-Funktionsträger hohes Abschöpfungspotential aufgrund seines Herrschaftswissens, konnte er mit einer Freiheitsstrafe davonkommen. Besonders hart war die Urteilspraxis bezeichnenderweise bei denjenigen, die höhere Funktionen im Propagandawesen innegehabt hatten: Sie waren für Stalins Herrschaftsinteressen nicht zu gebrauchen und mussten somit in der unmittelbaren Nachkriegszeit unverhältnismäßig häufig mit der Todesstrafe rechnen.

Mit dem jetzt erschienenen Band über die Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche in den Jahren 1944 bis 1947 wird ein langjähriges Forschungsprojekt zum Wirken dieser Tribunale bis ins Jahr 1953 abgeschlossen. Das Autorenquartett, das für die Zusammenarbeit von Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und des Zentrums für Zeithistorische Forschung steht, legt sowohl eine Dokumentation als auch eine wissenschaftliche Auswertung des Materials vor. So werden die ermittelten Fälle von Todesurteilen quantitativ und qualitativ von Klaus-Dieter Müller ausgewertet. Dies betrifft zum einen die Verurteilten: Man erfährt etwas über deren Alter, die geschlechtsspezifische und soziale Zusammensetzung sowie deren Funktionen im NS-Staat. Zum anderen werden die Haft- und Urteilsgründe sowie die zeitliche und räumliche Verteilung der To-

desurteile statistisch ausgewertet. Dem Buch ist eine CD mit Kurzbiographien aller Betroffenen beigelegt.

Fallstudien zu einzelnen Gruppen von Verurteilten geben vertiefte Einblicke in die Urteils- und Verfolgungspraxis der sowjetischen Militärtribunale sowie die zugrundeliegenden Tatkomplexe. Neben dem Umgang der Sowjets mit ehemaligen NS-Funktionsträgern (Mike Schmeitzner) werden die Strafverfolgung gegen Angehörige des eingangs erwähnten Polizeibataillons 304 von Andreas Weigelt ausführlich nachgezeichnet. Die Strafverfolgung war hier nicht mit den Urteilen der sowjetischen Militärtribunale in den Jahren 1946/47 abgeschlossen, was diesen Fall besonders interessant macht. Denn die Verfahren gegen Angehörige des Polizeibataillons fand ihre Fortsetzung in der DDR und in der Bundesrepublik – allerdings mit unterschiedlichem Ergebnis. In der DDR wurden bis in die späten achtziger Jahre mehrere diesbezügliche Prozesse durchgeführt – die Angeklagten wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Anders in der Bundesrepublik: Hier wurden zwar ebenfalls einige Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Bataillons angestrengt, allerdings kam es dort nie zu einer Anklageerhebung. Der Fall des Polizeibataillons 304 ist damit auch ein Stück Geschichte des asymmetrischen justitiellen Umgangs mit nationalsozialistischen Verbrechen in Ost und West. DANIELA MÜNKEL

Andreas Weigelt/Klaus-Dieter Müller/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Herausgeber): Todesurteile Sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015. 488 S., 70,- €.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2015.

Berlin. Allerdings wurden dort keine Todesurteile mehr verhängt, denn die sowjetische Führung hatte die Todesstrafe zwischen Mai 1947 und Anfang 1950 ausgesetzt. In diesem Fall wurden „lediglich“ hohe Haftstrafen verhängt. Insgesamt wurden zwischen 1944, als die Rote Armee auf deutsches Gebiet vordrang, und 1947 etwa 3 300 Todesurteile verhängt, davon rund 2 500 vollstreckt.

*Genügte diese Prozesse rechtsstaatlichen Grundsätzen?*

In der Forschung gehen wir von lediglich rechtsförmigen Verfahren aus, da die stalinistische Rechtstradition natürlich keinen rechtsstaatlichen Kriterien genügte. Dazu würden unabhängige Verteidiger und Gnadeninstanzen, aber auch schriftliches Beweismaterial zählen. Das aber gab es in der Regel nicht. Seit den 1930er-Jahren stand das Geständnis des Angeklagten im Zentrum der stalinistischen Rechtsprechung. War der Gefangene geständig, ging alles sehr schnell. Oft wurde bei den Geständnissen mit psychischen und physischen Mitteln gewissermaßen nachgeholfen. Auch das hatte eine längere Tradition bei dieser Art der Rechtsprechung.

*Traf es viele Unschuldige?*

Es traf gewiss Unschuldige, und häufig genug erscheint die Todesstrafe als Strafmaß deutlich überzogen. Allerdings lässt sich bei einem erheblichen Teil der Angeklagten im Rahmen unserer Untersuchungen zu den frühen Todesurteilen sagen: Da standen schon die Richtigen vor Gericht. Denken Sie nur an den sächsischen NS-Gauleiter Martin Mutschmann oder die Angehörigen des Chemnitzer Polizeibataillons 304, die zuvor in der besetzten Ukraine Tausende Juden ermordet hatten.

*Die Tribunale arbeiteten von 1944 bis 1955. Inwiefern hat sich während dieses Zeitraums ihr Vorgehen verändert?*

In den ersten Jahren nach 1945 stand im Rahmen der frühen Todesurteile die Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen ganz oben auf der Agenda, danach wurde diese Art der Justiz immer stärker zur Durchsetzung des Stalinismus in der sowjetisch besetzten Zone und DDR genutzt. Diese Tendenz kann man ebenfalls an den Todesurteilen ablesen: Von 1944 bis 1947 etwa zielten 70 Prozent der Verfahren gegen direkte NS- und Kriegsverbrecher, der Rest gegen tatsächlichen oder vermeintlichen Widerstand gegen die Besatzungsmacht. Die Urteile nach 1950 folgten einem anderen Ziel: Die in dieser Zeit zum Tode verurteilten rund 1 000 Deutschen wurden zum großen Teil wegen Widerstands gegen Sowjet- und SED-Politik verurteilt. In dieser Phase dienten die Militärtribunale tatsächlich der Durchsetzung einer neuen Diktatur. Bei den verhängten Zeitstrafen wird diese Tendenz noch deutlicher.

*War die Spruchpraxis gegen Kriegsverbrecher einheitlich?*

Nein. Ein Teil der NS-Funktionsträger wurde zum Tode verurteilt, ein anderer nur zu Haftstrafen, obwohl man ihnen Ähnliches vorwerfen konnte. In etlichen Fällen kennen wir auch die Gründe für diese Ungleichbehandlung: Man hat selbst prominente SS-Funktionäre jahrelang abgeschöpft. Viele verfügten über Wissen, das den Sowjets nützlich war. Hier ging es in hohem Maße um geheimdienstliche Informationen, die nicht wenige dieser Angeklagten besaßen. Man hat mit ihrer Hilfe ehemalige deutsche Geheimdienstnetze enttarnen und diese Personenkreise für die eigenen Zwecke benutzen können.

*So, wie es die Geheimdienste der USA und der Bundesrepublik getan haben?*

So ähnlich. Gerade bei ehemaligen Agenten und Angehörigen des diplomatischen Dienstes, die auf dem Balkan stationiert waren, lässt sich beobachten, wie die Sowjets sie jahrelang abschöpften und für die eigene Politik in Anspruch nahmen. Der Balkan war ja eine Nahtstelle des Kalten Krieges. In solchen Fällen waren sowjetische Justiz und Geheimdienste pragmatisch, sie haben ihr Vorgehen von Nützlichkeitsabwägungen abhängig gemacht.

*Gingen westalliierte Militärtribunale, die ja auch Hunderte Todesurteile fällten, eher rechtsstaatlich vor?*

In der Regel ja, aber auch hier hat es vereinzelt Todesurteile gegeben, die nicht völlig Rechtsstaatsprinzipien entsprachen. Außerdem haben die Westalliierten schon ab 1946 viele Fälle an zivile deutsche Spruchkammern abgegeben, und vor denen hatte man bekanntermaßen recht gute Chancen, glimpflich davonzukommen. Das betraf auch eine ganze Reihe NS-Gauleiter.

*Was hat Sie bei Ihren Forschungen am meisten überrascht?*

Dass die Sowjets zumindest teilweise bei ihren Ermittlungen gründlicher vorgegangen sind, als von uns gedacht, und in Zweifelsfällen sogar Gegenüberstellungen durchgeführt haben. In verschiedenen Fällen ist durchaus versucht worden, individuelle Schuld nachzuweisen.

*Kaum einer der zu 20 oder 25 Jahren Verurteilten musste seine Haftstrafe absitzen. Warum kamen die meisten nach ein paar Jahren wieder frei?*

Da kommt die Ära der Entstalinisierung ins Spiel: Viele, die in der Haft überlebt hatten, kamen nach dem Tode Stalins 1953 wieder frei. Die meisten der zu Recht oder Unrecht Verurteilten waren faktisch Nutznießer der Tauwetterperiode unter Nikita Chruschtschow. Selbst hohe SS-Funktionäre und NS-Gauleiter wurden spätestens in den Jahren 1955 und 1956 aus den sowjetischen Straflagern entlassen und nach Deutschland zurückgeschickt.

Das Gespräch führte Oliver Reinhard



*Sächsisches Archivblatt Heft 2-2015*

**Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947)** – Buchpräsentation des Hannah-Arendt-Instituts und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Staatsarchiv Chemnitz von Raymond Plache (Staatsarchiv Chemnitz) unter Mitarbeit der Herausgeber des Buches

Bei einem Gedankenaustausch über eine künftige Zusammenarbeit zwischen dem Hannah-Arendt-Institut und dem Staatsarchiv Chemnitz im Mai dieses Jahres wurden unter anderem auch gemeinsame Veranstaltungen im Vortragsaal des Staatsarchivs Chemnitz verabredet. Den ersten Anlass dazu bot eine Buchvorstellung am 2. Juli 2015. Unter dem Titel „Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947)“ widmeten sich Dr. Klaus-Dieter Müller, ehemaliger stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, PD Dr. Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut und der Brandenburger Historiker Dr. Andreas Weigelt, die gemeinsam mit PD Dr. Thomas Schaarschmidt vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam das Buch auch herausgegeben hatten, einem nach wie vor unzureichend aufgearbeiteten Aspekt des sowjetischen Besatzungsregimes. Zum Zeitraum 1950 bis 1953 lagen bereits Ergebnisse aus einem vorherigen Projekt vor.

Für Chemnitz als Veranstaltungsort sprach, dass in einem Kapitel des Buches speziell die Urteile gegen Angehörige des Chemnitzer Polizeibataillons 304 näher untersucht wurden. Zunächst begrüßten Raymond Plache für das Staatsarchiv Chemnitz, der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, Prof. Dr. Günther Heydemann, und der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Bert Pampel, als Ausrichter der Veranstaltung die Anwesenden.

Aus Sicht der Archive nahm Raymond Plache Bezug auf die archivalischen Quellen als unersetzliche Grundlage des Erkenntnisgewinns, der Wahrheitsfindung und damit auch als untrügliches Beweismittel gegen Versuche der Geschichtsklitterung. Günther Heydemann und Bert Pampel würdigten das vorliegende Buch als wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Stalinismus im Osten Deutschlands sowie erfolgreiches Ergebnis eines Verbundprojektes des Hannah-Arendt-Instituts, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und des Zentrums für Zeithistorische Forschung, das von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziert wurde.

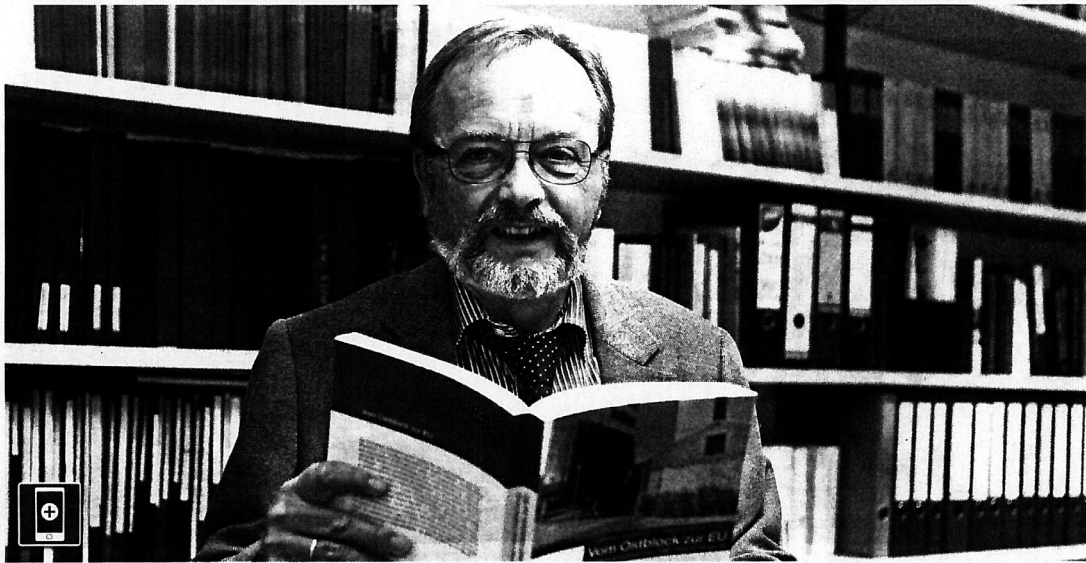
In Vorträgen gaben die Herausgeber einen zusammenfassenden Überblick zu den von ihnen bearbeiteten Themen und zum Teil auch vertiefende Einblicke in bestimmte Einzelaspekte.

Klaus-Dieter Müller betonte, es sei überraschend gewesen, dass in vielen Fällen die Ermittlungen gründlicher erfolgten als bisher angenommen. Rechtsstaatlich war der darauffolgende Verfahrensablauf aber keineswegs. Beispielsweise fehlten grundsätzlich unabhängige Verteidiger, zumeist fanden die Verfahren im Geheimen statt. Auch wurden Unschuldige verurteilt. Und häufig genug erscheint die Todesstrafe als Strafmaß völlig überzogen. Bemerkenswert ist, dass ein großer Teil der verhängten Todesurteile des Zeitraums 1944 bis 1947 wegen Kriegs- und Gewaltverbrechen gefällt wurde. Erst ab 1950 stand die Aburteilung von Gegnern der Sowjet- und SED-Politik im Fokus der sowjetischen Militärtribunale. Die Verfahrensweise bei der Strafverfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher und die damit verbundene Urteilsfindung werden besonders vor dem Hintergrund des Verhaltens der deutschen Besatzer in der Sowjetunion, aber auch gegenüber deren Bürgern innerhalb des Deutschen Reiches verständlich. Ermittelt wurde nicht nur wegen Verbrechen von Wehrmachts-, SS- und Polizeiangehörigen im Besatzungsgebiet, sondern ebenso gegen Unternehmer wegen schlechter Behandlung bzw. Misshandlung von Zwangsarbeitern, Mitverantwortliche an Krankenmorden und KZ-Wachmannschaften. Von etwa 3 300 Todesurteilen dieses Zeitraums wurden rund 2 500 vollstreckt. Zwischen 1947 und 1950 war die Todesstrafe vorübergehend abgeschafft.

Mike Schmeitzner ging unter anderem der Frage nach, inwieweit die NS-Eliten in diesem Zusammenhang konsequent verfolgt wurden. Auffällig ist, dass für vergleichbare Verbrechen teilweise unterschiedliche Strafmaße verhängt wurden. Für zahlreiche Fälle ist nachweisbar, dass bereitwillige Informationslieferanten, die für die Besatzungsmacht wertvolles Wissen weitergeben konnten, mit mildereren Urteilen rechnen konnten. Das trifft vor allem auf die inhaftierten Spitzen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und mehrere Spitzendiplomaten zu. Sie wurden in Moskau jahrelang zu deutschen und westalliierten Agentennetzen in Deutschland, auf dem Balkan und in Osteuropa abgeschöpft. Später zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, kamen sie zumeist im Zuge der Entstalinisierung wieder frei. Dagegen wurden prominente NS-Propagandisten und auch der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann zum Tode verurteilt und exekutiert. Sie hatten kaum oder keine relevanten Interna zu bieten und wurden so für ihre unzweifelhaften Verbrechen (z. B. Mutschmann) oder aber „lediglich“ für ihre antisowjetische Propaganda vor 1945 mit der Höchststrafe bedacht.

Thomas Schaarschmidt stellte die Ergebnisse des Projekts zur rechtlichen Verfolgung von Funktionseliten am Beispiel von Juristen und medizinischem Personal dar. In beiden Fällen handelte es sich um Personengruppen mit





Beobachter und Analytiker der Deutschen Einheit: Günther Heydemann, Geschichtspräsident an der Universität Leipzig. Was von der DDR blieb: Scannen Sie das Foto und sehen Sie ein Video. Foto: André Kempner

## „Wir neigen eher zum Kritisieren, statt auch mal dankbar zu sein“

Der Historiker Günther Heydemann blickt auf ein Viertel Jahrhundert Deutsche Einheit

VON ANDREAS DEBSKI

**LEIPZIG.** Die Menschen in der DDR haben Geschichte geschrieben, sagt der Historiker Günther Heydemann (65). Der Geschichtspräsident von der Universität Leipzig und Direktor des Hannah-Arendt-Instituts Dresden fordert zugleich: Ost- wie Westdeutsche sollten die Einheit positiver sehen, die Leistung anerkennen – und nicht zu viel kritisieren. Im Interview blickt Heydemann auf 25 Jahre Wiedervereinigung.

**Laut Jahresbericht der Bundesregierung sind 77 Prozent der Ostdeutschen mit der Einheit zufrieden – aber nur 62 Prozent der Westdeutschen. Weshalb ist die Sicht gerade im Westen so negativ?**  
Zunächst sind das ja auch keine schlechten Zahlen. Zweifellos hat man aber in den Altbundesländern in den letzten Jahren registriert, dass dort eine Reihe von notwendigen Modernisierungen unterblieben ist, weil enorme Investitionen berechtigterweise in die neuen Bundesländer flossen. Wir sind hier inzwischen tolle Autobahnen gewohnt, doch wenn man zum Beispiel im Ruhrgebiet unterwegs ist, sieht das oft nicht so gut aus. Sicher gibt es auch das Vorurteil „Wir haben die finanziert“. Das stimmt natürlich so pauschal nicht, denn auch im Osten wurde und wird der Söll bezahlt. Trotzdem sollte man solche Stereotypen nicht völlig überhören.

**Die Vorurteile und Klischees haben sich verfestigt, wie unter anderem Studien an der Universität Leipzig zeigen.**  
Natürlich ist es viel leichter, von arroganten Wessis und doofen Ossis zu sprechen, als sich mit den realen Problemen zu beschäftigen. Da helfen keine Sonntagsreden, sondern ist jeder Einzelne gefragt. Ich habe relativ lange im Ausland gelebt und noch heute viele internationale Kontakte – auf der ganzen Welt wird die Wiedervereinigung als Wunder gewürdigt, nur bei uns in Deutschland wird gern alles kleingeredet. Das Bewusstsein, was in 25 Jahren geleistet wurde, ist sowohl unter den Ost- als auch unter den Westdeutschen unterentwickelt.

**Ist das eine typisch deutsche Eigenart: Wir machen uns selbst klein?**  
Ja, ich habe schon den Eindruck, dass wir eher zum Kritisieren neigen, als auch mal etwas anzuerkennen und dankbar zu sein.

**Wenn Sie die Entwicklung in Osteuropa und die der ehemaligen DDR vergleichen – wo sehen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede?**  
Ostdeutschland hatte mit der Bundesrepublik den „Big Spender“, und das nicht nur finanziell und ökonomisch, sondern auch politisch. So konnten die Strukturen der Bundesrepublik weitgehend übernommen werden, während in anderen Staaten erst neue Regierungs- und Verfassungssysteme installiert werden mussten. Auch der Aufschwung konnte durch die enormen Investitionen schneller vorankommen. Gleichwohl haben auch die osteuropäischen Länder, vor allem seit sie 2004 und 2007 Mitglieder der EU wurden, große Fortschritte gemacht und erzielen hohe Wachstumsraten.

**In Osteuropa gab es allerdings nicht diese Massenabwanderung.**  
Die Arbeitsmigration aus Polen, Rumänien oder Bulgarien war auch nicht gering. Die Binnenwanderung von Ost nach Westdeutschland oder anderswo war freilich mit 1,8 Millionen, vor allem jungen Menschen, noch höher. Hinzu kam für die ersten zehn Jahre ein absolutes Absinken der Geburtenrate. Inzwi-

schen ist zwar die Ost-West-Wanderung von einer Land-Stadt-Bewegung abgelöst worden, auch liegt der Osten bei den Geburtenraten sogar vor dem Westen, doch in der Demografie lassen sich solche Ausfälle nicht kompensieren. Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland – sprich, das Altern der Gesellschaft und der Bevölkerungsschwund vor allem in ländlichen Regionen – kann man als ein Labor für Gesamtdeutschland ansehen.

**Der Osten steht als Exempel für die künftige Entwicklung des Westens?**  
In gewisser Weise: Ja. Laut demografischen Analysen bilden die neuen Länder bereits zehn Jahre früher die demografische Entwicklung in Westdeutschland ab, wobei man allerdings hinzufügen muss, dass der Westen dichter bevölkert ist.

**Stichwort: Treuhand. Ist da nicht mehr zerschlagen als aufgebaut worden?**  
Es gibt gerade in Ostdeutschland die weit verbreitete Meinung, die Treuhand sei eine Ansammlung von Kriminellen gewesen. Das geht völlig an der Leistung der Treuhand vorbei. Es hat 15000 Großverfahren gegeben, dazu 25000 kleine Privatisierungen und 4000 Reprivatisierungen. Bei all dem sind fünf bis sechs Prozent kriminelle Machenschaften aufgetreten, die wiederum in 1500 Ermittlungsverfahren aufgearbeitet wurden. Natürlich ist jedes kriminelle Vorgehen eines zu viel, doch wenn man das im Verhältnis sieht, ist das nur ein kleiner Teil. Für die Einrichtung

der Treuhand werden wir übrigens weltweit bewundert, weil sie die ostdeutsche Wirtschaft tatsächlich wieder wettbewerbsfähig gemacht hat.

**Bei vielen Menschen ist eine andere Botschaft angekommen, auch in Bezug auf die Marktwirtschaft.**  
Natürlich ist die Treuhand auch deshalb in Ostdeutschland in Misskredit geraten, weil mit ihr Massenarbeitslosigkeit verbunden war. Und wir wissen auch, dass es spätestens ab 1992 viele Menschen gab, die nie wieder in den Arbeitsprozess gekommen sind, da sie zu alt oder zu wenig qualifiziert waren. Subjektiv hat sich damit die Meinung in Ostdeutschland verfestigt, dass der Kapitalismus verantwortlich war. Dass es in der DDR aber eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit – nämlich zu viele Arbeitskräfte für zu wenig Arbeit – gegeben hat, wird gern übersehen. Man darf auch nicht vergessen, dass sehr viel Geld bezahlt wurde, um die Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren nicht noch höher steigen zu lassen. Insgesamt waren es 300000 ABM-Maßnahmen, 600000 Vorruhestands-Regelungen, 300000 Fortbildungen – das wurde getan, damit diese Menschen eine Perspektive erhielten. Auch das sollte man bedenken, wenn man auf den Kapitalismus schimpft.

**Morgen werden wieder viele Reden gehalten. Eine Botschaft, das ist schon klar, wird lauten: Die Ostdeutschen sollten optimistischer sein. Teilen Sie diese Meinung?**  
Die subjektive Selbsteinschätzung ist oft zu pessimistisch, abgesehen von denen, die keine Arbeit haben, das muss man ebenfalls klar sagen. Insgesamt hat sich die Lebenssituation enorm verbessert, auch wenn hier nur 80 Prozent der Westlöhne verdient werden, allerdings sind die Lebenshaltungskosten auch niedriger als im Westen. Hierin liegt auch ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil. Porsche und BMW wussten schon, wo sie neue Produktionsstätten aufbauen. Interview: Andreas Debski  
➔ Das komplette Interview lesen Sie auf [www.lvz.de](http://www.lvz.de)

### ZUR PERSON

**Günther Heydemann** (65) ist seit 1993 Professor für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig. Zudem wurde der gebürtige Bayer vor sechs Jahren zum Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dresden berufen. Schon während des Studiums hatte Heydemann sein Lebensthema gefunden und 1980 den Ernst-Richert-Preis für DDR- und vergleichende Deutschlandforschung erhalten – daran hat sich seither

kaum etwas geändert. Gemeinsam mit Karel Vodicka hat der Leipziger Zeithistoriker zuletzt den Band „Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990 bis 2012 im Vergleich“ herausgegeben. Heydemann ist ein gefragter Experte, er sitzt unter anderem im Wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Historischen Museums Berlin und ist im Vorstand der Gesellschaft für Deutschlandforschung.

einem hohen Anteil an NSDAP-Mitgliedern, die sich nach 1945 auf den Standpunkt stellten, nur ihren professionellen Pflichten nachgegangen zu sein. Dabei waren viele Ärzte und Klinikmitarbeiter an der NS-Rassenhygiene, dem Krankenmord und unmenschlichen Medizinexperimenten beteiligt, während die Juristen eine zunehmend politisierte Rechtsprechung praktizierten, die damit zum nationalsozialistischen Repressionsinstrument wurde. Parallel zu den Nürnberger Ärzte- und Juristenprozessen vor amerikanischen Militärgerichten verurteilten auch sowjetische Militärtribunale Angehörige beider Berufsgruppen. Entscheidend war für sie weniger, dass sowjetische Staatsbürger Opfer von deutschen Terrorurteilen oder Medizinmorden geworden waren, sondern dass international geächtete Verbrechen gesühnt werden sollten.

Andreas Weigelt hatte sich in einem seiner beiden Beiträge mit der Verurteilung von Angehörigen des Chemnitzer Polizeibataillons 304 beschäftigt. Polizeibataillone waren insbesondere im Verbund mit Wehrmacht, SS (Schutzstaffel), SiPo (Sicherheitspolizei) und SD (Sicherheitsdienst) vor allem in Osteuropa an der Ermordung von über 520 000 Menschen beteiligt. Aus deutschen Dokumenten lassen sich für das Polizeibataillon 304 allein neun Massentötungsaktionen mit 17 961 Opfern, meist Juden, in der südlichen Sowjetunion und weitere in Polen nachweisen. Von den ehemals mehr als 500 Angehörigen des Bataillons wurden 149 von sowjetischen Militärtribunalen abgeurteilt, davon 99 zum Tode. 90 Angehörige wurden hingerichtet. 1975 in der Nähe von Chemnitz aufgefundene Leichenreste von 14 Hingerichteten veranlassten die Staatssicherheit der DDR nach weiteren, noch lebenden Bataillonszugehörigen zu fahnden. In der DDR konnten 35 ehemalige Polizisten des Bataillons, 31 in der Bundesrepublik ermittelt werden. Die in der DDR angestregten Verfahren endeten mit meist langjährigen Haftstrafen. In der Bundesrepublik wurden die Verfahren mangels Beweisen eingestellt, ohne zuvor Beweismaterialien aus der DDR abzufordern. Rechtsstaatlichkeitsprüfungen nach 1990 haben die Urteile zumeist standhalten können. Den Vorträgen schloss sich eine angeregte Diskussion unter den Herausgebern und mit dem Publikum an, die von Günther Heydemann moderiert wurde und am späten Abend abgebrochen werden musste – ein Zeichen dafür, dass dem Thema großes Interesse entgegengebracht wird.

Begleitend zur Buchvorstellung hatte das Staatsarchiv Chemnitz im Foyer einige Archivalien aus seinen Beständen präsentiert, die das Schicksal von Militärtribunalverurteilten im Strafvollzug der DDR nachverfolgen lassen, darunter Dokumente aus Gefangenenpersonalakten der Strafvollzugseinrichtung Stollberg (Hoheneck) und der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Karl-Marx-

Stadt. Letztere befassen sich mit der Amnestierung von politischen Opfern sowjetischer Militärtribunale in den Jahren 1953 bis 1957.

*Sächsische Zeitung vom 12. September 2015*

**„Eine solch primitive sozialkritische Masche kotzt mich an“**

Vor 50 Jahren bannte die SED einen ganzen Jahrgang von DEFA-Filmen. Die Hälfte davon wird jetzt noch einmal in Dresden und Leipzig gezeigt.

von Oliver Reinhard

Kurt Maetzig war nicht irgendein Filmregisseur. Er war DEFA-Star, DDR-Nationalpreisträger und vor allem „Vater“ der beiden Thälmann-Filme. Ermutigt durch das kulturelle Tauwetter Anfang der Sechziger wagte selbst er sich jedoch auch an weniger SED-Staatstragendes heran – und übte 1965 in „Das Kaninchen bin ich“ vorsichtige Kritik an der Alltagsrealität des Sozialismus in der DDR. Wohlgermerkt konstruktive Kritik, Kurt Maetzig wollte das System verbessern.

Sein neuestes Werk wurde im Dezember jenes Jahres sogar den Delegierten des 11. Plenums des Zentralkomitees in Ostberlin vorgeführt. Doch diese „Ehre“ war vergiftet. Die Parteiführung wollte das Kulturtauwetter beenden, kritische Werke sanktionieren und die Künstler wieder auf Linie bringen. Da kam ihnen der Star Kurt Maetzig als Abrechnungsobjekt gerade recht.

„Eine solch primitive, italienische sozialkritische Masche kotzt mich an“, wetterte Konrad Naumann von der SED-Bezirksleitung Berlin auf dem Plenum gegen „Das Kaninchen bin ich“ und andere Filme. Was da vor sich gehe, sei eine „Schweineerei“, eine „ideologische Verwilderung“ und obendrein ein „Wirtschaftsverbrechen“. Weitere Redner wie Erich Honecker und Horst Siederer taten es Naumann gleich.

Das Plenum wurde zum sorgfältig geplanten – und vorher von Moskau abgesegneten – Kahlschlag. Betroffen waren Literaten, Musiker und Theaterautoren wie Stefan Heym, Werner Bräunig oder Wolf Biermann, vor allem aber Regisseure und Drehbuchautoren. Die Partei verbot elf ihrer Arbeiten, fast die komplette DEFA-Jahresproduktion. Filme wie „Spur der Steine“, „Wenn du groß bist, lieber Adam“, „Denk bloß nicht, ich heule“ und „Der verlorene Engel“ landeten im Giftschränk. Einer davon, „Ritter des Regens“, ist bis heute verschollen. Es waren allesamt Werke, die sich nur deshalb am Sozialismus rieben, weil sie ihn lebenswerter machen wollten.

Die Einschüchterung funktionierte. Viele der sanktionierten Künstler waren geschockt und desillusioniert, manche blieben es. Kurt Maetzig veröffentlichte einen





Einmarsch der Roten Armee Anfang Juli 1945 in Leipzig: Von April bis Ende Juni hatten hier zunächst US-Truppen die Besatzungshoheit.

Foto: Trion Film Berlin, Manfred Köhler

# Sachsen 1945: Zeitenwende ohne Stunde Null

Dresdner Institut zeigt Parallelen zwischen Nazi-Endzeit und dem Beginn der kommunistischen Diktatur

VON ARMIN GÖRTZ

**LEIPZIG.** Die KPD-Genossen im Erzgebirge waren aus hartem Holz geschnitzt. Zwar hatte die Parteiführung im Moskauer Exil beschlossen, sich nach Adolf Hitlers Ende demokratisch zu gebärden, doch das war bei den alten Revolutionären im Raum Schwarzenberg wohl nicht angekommen. Als im Mai 1945 zunächst keine der Siegermächte diese Region besetzte, ergriffen Antifa-Komitees das Ruder und herrschten mit harter Hand. Kommunisten übernahmen die meisten Bürgermeisterposten. „Es darf nur noch eine Partei geben: die KPD“, lautete gar der oberste Grundsatz, den sich das Komitee von Schönheide auf die Fahnen schrieb.

„Von Stalingrad zur SBZ – Sachsen 1943 bis 1949“ heißt ein neues Buch des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, das den Systemwechsel von 1945 beleuchtet und dabei auch zur erzgebirgischen Episode Überraschendes ans Licht bringt. Während der DDR-Schriftsteller Stefan Heym (1913–2001) das Geschehen im Roman „Schwarzenberg“ als basisdemokratisches Sozialismus-Experiment würdigte, deuten Dokumente darauf hin, dass sich die Region auf dem Weg zu einer Antifa-Diktatur befand. Die autoritären Herrscher stießen auf Ablehnung und drohten ständig, alle mit „unerbittlicher Härte“ zu verfolgen, die sich ihren Anordnungen widersetzen – selbst wenn es nur um die nächtliche Sperrstunde ging. Als schließlich die Rote Armee Ende Juni in das Gebiet einrückte, ließ sie viele der rauhen



Notgeld aus den letzten Tagen der NS-Herrschaft kursierte in der „Republik Schwarzenberg“.

Foto: dpa

Aktivisten im Amt. Kurz darauf wurde auch das zunächst von US-Truppen kontrollierte Westsachsen in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) eingegliedert.

Insgesamt war der Wechsel von der braunen zur roten Diktatur eine Zeitenwende. „Dennoch steht das Jahr 1945 nicht für eine ‚Stunde Null‘“, betonen die Buch-Herausgeber Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals und Francesca Weil. 28 Autoren zeigen den oftmals scharfen, aber unvollständigen Bruch zwischen den Systemen. So hielten sich diverse Ex-NSDAP-Mitglieder in Verwaltungen und bald machten einst glühende Jung-Nazis als SED-Funktionäre Karriere.

Mitunter setzten die neuen Herrscher das Wirken der alten fort. Die Gestapo hatte den Dresdner Pfarrer Hugo Hahn (1886–1957) – Frontmann der nazi-kritischen Bekennenden Kirche – 1938 des

Landes verwiesen. Doch als die sächsische Kirche den unbequemen Christen 1945 aus Württemberg zurückholten und zum evangelischen Landesbischof küren wollte, verboten die neuen Machthaber die Wiedereinreise. Erst nach langem Ringen lenkten sie aus taktischen Gründen ein.

Zweckmäßigkeit bestimmte auch die antifaschistische Propaganda. An den grauvollen Zuständen im Kriegsgefängenenlager Zeithain bei Riesa waren in der NS-Zeit etwa 33 000 meist sowjetische Soldaten zugrunde gegangen. Für Moskau galten sie, als Verräter und nach Kriegsende ignorierte die Besatzungsmacht zunächst Hinweise auf diesen Schreckensort. Doch am 22. Juni 1946 lösten die Militärbehörden plötzlich eine Kampagne in den Medien aus. Die verbreiteten, dass „vor wenigen Tagen durch einen Zufall ein furchtbares Verbrechen des Hitlerfaschismus entdeckt worden“ sei und schrieben von 140 000 Opfern.

Hintergrund: Am 30. Juni 1946 sollten die Einwohner Sachsens über die Enteignung der Kapitalisten abstimmen. Die Propaganda stempelte sie pauschal als Nazi-Verbrecher ab – und die Landesverwaltung organisierte nun passend dazu öffentliche Besichtigungen der Zeithainer Massengräber. SED-Innenminister Kurt Fischer (1900–1950) beschwor in der Parteiführung die gewaltige Bedeutung, „die diese schnelle Aktion, die in keinem unserer Pläne hier vorgesehen ist, auch noch für den Volksentscheid haben kann und muss“.

Das Gesetz fand eine breite Mehrheit. Vorangegangen war die Enteignung der

Junker und Großbauern, die gleichfalls als Herd des Faschismus galten. Zu den Betroffenen zählte aber auch Nazi-Gegner wie Margarete von Helldorff (1876–1948). Sie hatte auf ihrem Pulsnitzer Rittergut die frühere jüdische SPD-Landtagsabgeordnete Eva Büttner (1886–1969) vor dem NS-Terror versteckt.

In dessen Folge war die Zahl der Juden in Sachsens Städten 1945 von einst 20 000 auf unter 500 geschrumpft. Zwar erhielten sie nach Kriegsende bei politischem Wohlverhalten besondere Sozialleistungen, doch ihr von den Nazis geraubter Besitz wanderte zu großen Teilen ins neue Volkseigentum. Anfang der 1950er-Jahre folgte eine antisemitische Verhaftungswelle. Zu den Opfern zählte Hans Schrecker (1899–1983), Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung. „Sie lügen bis zum Vergasen“, warf ihm der Vernehmer im Nazi-Jargon vor.

Die vielleicht verblüffendste Parallele zeigt das Buch bei der Arbeitsmoral. Die war – wie Akten aus dem Stahlwerk Riesa zeigen – in den 40er-Jahren bei vielen Menschen gleichbleibend niedrig. Das eigene Überleben und die Flucht ins Private waren ihnen wichtiger als die Endkampf- und späteren Aufbau-Appelle.



Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals und Francesca Weil (Herausgeber): Von Stalingrad zur SBZ – Sachsen 1943 bis 1949. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 572 Seiten, 85 Euro.

Leipziger Volkszeitung vom 4. März 2016.



Brief im SED-Zentralorgan Neues Deutschland und kroch darin zu Kreuze, zur Selbsterniedrigung. Von diesem Kahlschlag sollte sich die Kulturlandschaft der DDR nie wieder ganz erholen.

Zwar laufen manche Verbotsfilme spätestens seit 1989 vereinzelt im Fernsehen. Auf die große Leinwand schaffte es hingegen kaum einer mehr. Das wird sich zum 50. Jahrestag des Kahlschlag-Plenums ändern. Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut veranstaltet zusammen mit dem Leipziger UT Connewitz und dem Programmokino Ost in Dresden eine Reihe mit insgesamt fünf einst gebannten DEFA-Filmen: Frank Beyers „Spur der Steine“, Kurt Maetzig's „Das Kaninchen bin ich“, „Karla“ von Hermann Zschoche, Gerhard Kleins „Berlin um die Ecke“ und „Jahrgang 45“ von Jürgen Böttcher. Die Vorführungen starten am 14. September in Leipzig und am 16. September in Dresden mit „Das Kaninchen bin ich“. „Spur der Steine“ wird die Reihe am 28. Oktober in Dresden und am 2. November in Leipzig beschließen.

*Deutsches Ärzteblatt, Heft 2, Februar 2016*

### **Zwangsarbeit 1939–1945**

#### **Von der Ausbeutung der Kinder**

Eine Tagung über Kriegskinder am 13. November 2015.  
Wer nützlich war, hatte eine Überlebenschance.  
Wer überlebte, trägt schwer an der Erinnerung.  
von Norbert Jachertz

Das Jahrhundert des Kindes hatte für Millionen Kinder eine ganz spezielle Bedeutung. Sie erlebten nicht Schutz und Förderung, die wohlmeinende Pädagogen zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Kindern zudedacht hatten, sondern Gewalt und Ausbeutung. Und das gilt bis heute. Man denke nur an Kindersoldaten in Afrika, minderjährige Textilarbeiter in Südostasien oder Kinder in den Flüchtlingsströmen aus Nahost, die nicht wissen, zu wem sie gehören.

Der „Kindheit im Zweiten Weltkrieg“ widmete sich eine Tagung in der Bibliotheca Albertina in Leipzig. Dieser Artikel behandelt nur einige, auch unseren Leserkreis berührende Aspekte. Er konzentriert sich auf zwei der Tagungsthemen, das Schicksal von Kindern aus den besetzten Ostgebieten und das Überleben von Kindern in Konzentrationslagern. Sämtliche Referate sollen in einem Tagungsband veröffentlicht werden; er erscheint voraussichtlich 2017. Veranstalter der Tagung waren das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (geleitet von Prof. Dr. phil. Günter Heydemann) zusammen mit der Professur für Geschichtsdidaktik am Historischen Seminar der Universität Leipzig (Prof. Dr. phil. Alfons Kenkmann). Was von den Wissenschaft-

lern/-innen, darunter einige vielversprechende junge, nüchtern und quellenkritisch vorgetragen wurde, machte bei näherem Hinsehen fassungslos.

Auf etwa zwei Millionen schätzt Prof. Dr. phil. Johannes-Dieter Steinert (University of Wolverhampton) die Zahl der jugendlichen Zwangsarbeiter, die aus den besetzten Ostgebieten nach Deutschland deportiert wurden. Steinert hat zu dem Thema 2013 eine beachtliche Monografie veröffentlicht. Damals rechnete er noch mit 1,5 Millionen jugendlicher Zwangsarbeiter. Doch, so Steinert in Leipzig, die zwischenzeitliche Forschung lege weitaus höhere Zahlen nahe. Deportiert wurden Jugendliche, die den Rassekriterien der Nationalsozialisten nicht genügten. „Eindeutschungsfähige“ Jugendliche verblieben hingegen im Lande und dienten als billige Arbeitskräfte in Beschäftigungsverhältnissen, die sich von Zwangsarbeit nur wenig unterschieden. Insgesamt nämlich rangierten Kinder aus den östlichen Besatzungsgebieten am unteren Ende der deutschen rassistischen Hierarchie, konstatierte Steinert. Ein besonderes Schutzbedürfnis wurde ihnen nicht zuerkannt. Je länger der Krieg dauerte, desto jünger waren die zwangsverpflichteten Jugendlichen, anfangs 18, dann 14, dann zwölf, schließlich zehn und bei Ernteinsätzen auch sieben Jahre jung. Der Jugendschutz war ab 1941 aufgehoben.

Harte Arbeit, Schläge und schlechtes Essen

Kinderzwangsarbeiter erinnern sich an harte Arbeit, Schläge, schlechtes Essen und permanente Angst. Die Deportierten zudem an Heimweh und die Tränen abends in der Baracke, „denn wir waren doch noch kleine Kinder“, erinnert sich eine von Steinerts Zeitzeuginnen. Die zu Hause gebliebenen jugendlichen Zwangsarbeiter wiederum drückte die Last, für die Restfamilie, die Männer waren eingezogen oder tot, verantwortlich zu sein. Nach dem Krieg traf es die jungen Zwangsarbeiter noch einmal: Sie waren zu Hause oft nicht willkommen, in der ehemaligen Sowjetunion galten sie, ähnlich wie Soldaten der Roten Armee, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, als Verräter, die für den Feind gearbeitet hatten. Entschädigt wurden ehemalige Zwangsarbeiter spät – ab dem Jahr 2000 – und bescheiden mittels einer Stiftung, in die der deutsche Staat und deutsche Unternehmen eingezahlt hatten.

Angst ist das beherrschende Thema unter Zeitzeugen

Die alten Leute, die sich heute an diese ihre Jugend erinnern, berichten immer wieder von Razzien – der Angst vor einer Razzia und dem Erleben der Razzia, bei der sie eingefangen, von Familie und Freunden getrennt und verschleppt wurden. Die Angst scheint tief zu sitzen. Sie ist jedenfalls ein beherrschendes Thema unter den Zeitzeugen. Eingefangen und in Kinderdörfern konzentriert

wurden auch elternlose Jugendliche, die sich hinter der Front durchschlugen, in den Augen der Militärs als Partisanen. Von solchen „Jugendbanden“ aus Weißrussland berichtete in Leipzig Dr. phil. Yuliya von Saal (Institut

## Kriegskinder sprechen über ihr Leben

Kriegskinder sind das Thema einer öffentlichen Podiumsdiskussion am Freitag, 13. November, um 19 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses. Dabei treten drei emeritierte Geschichtswissenschaftler nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Zeitzeugen auf. Konrad Jarausch (74), ehemaliger Chef des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, hat sich im Buch „Das stille Sterben“ mit seinem im Krieg gefallenen Vater auseinandergesetzt und dessen Feldpostbriefe veröffentlicht. Auch der Vater von Jürgen Reulecke (75) kehrte nicht aus dem Krieg zurück. Reulecke war langjährig an der Universität Siegen tätig, befasste sich dabei mit Generationengeschichte. Peter Maser (72) wurde als Flüchtlingskind 1945 in Leipzig gefunden, trug um den Hals ein Schild, auf dem sein Name und sein Alter standen. 1976 verlor der Theologe seine Stelle an der Uni Halle, weil er einen Ausreisearbeitgeber gestellt hatte. Im Westen machte Maser sich später als Kirchenhistoriker einen Namen. Die Moderation der Gesprächsrunde im Alten Rathaus übernimmt die Paderborner Historikerin Barbara Stambolis. Zudem wird Heide Glaesmer von der Uni Leipzig ihre Sicht als Psychologin einbringen.

Die Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Stadtgeschichtlichen Museum organisiert wurde, ist Teil einer internationalen Tagung des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts und der Professur für Geschichtsdidaktik an der Leipziger Universität. Bei der dreitägigen Veranstaltung über die Kindheit im Zweiten Weltkrieg sprechen in der hiesigen Uni-Bibliothek Experten aus Russland, Großbritannien, Israel, China, Italien, Österreich, Deutschland, Schweden, der Slowakei und der Ukraine.

A. G.

für Zeitgeschichte, München). Sie bewegt sich auf bisher wenig erforschtem und in Deutschland kaum bekanntem Terrain und versucht nun „diesem dunklen Aspekt deutscher Besatzung im Rahmen eines geplanten Forschungsprojekts nachzugehen“.

In Leipzig referierte von Saal über die Lager Skobrovka und Krasnyj Bereg, zwei von insgesamt fünf Lagern südöstlich von Minsk, in denen – so die Zeugenaussagen und die öffentliche Erinnerung in Weißrussland – Kinder und Jugendliche unter anderem als Blutspender für deutsche Soldaten dienten, um nicht zu sagen: gehalten wurden. Eine unglaubliche Geschichte? In Krasnyj Bereg („Rotes Ufer“) erinnert eine aufwendige Gedenkstätte seit 2007 an die finstere Zeit. Hier seien insgesamt fast 2 000 Kinder gefangen gehalten worden.

Noch 2008 äußerte ein Mitarbeiter des damaligen militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam, es gebe dazu keine einschlägigen Quellen, auch sei die Inanspruchnahme von Kindern unwahrscheinlich; es habe ein großes Reservoir ziviler Blutspender gegeben. Von Saal verweist (auf Nachfrage) indes auf Zeugenaussagen, die von den Blutabnahmen berichten (nicht nur in Belarus, sondern auch in Sokolniki und Velika Lepeticha in der Ukraine, in Potulice und Konstantynow im heutigen Polen sowie in Salaspils in Lettland). Auch gebe es Indizien, unter anderem aus der Wehrmedizin, die die Historizität solcher Vorgänge plausibel erscheinen lassen und zumindest nach einer weiteren Recherche verlangten. Den Verweis auf ein Reservoir ziviler erwachsener Blutspender lässt von Saal nicht gelten. In ihren bisherigen Recherchen sei sie zu einem entgegengesetzten Bild gekommen: Der Blutspendedienst sei so schlecht organisiert gewesen, dass Blutspender dem Sanitätsdienst der Wehrmacht nur in begrenzter Zahl und zum Ende des Krieges an der Ostfront kaum noch zur Verfügung gestanden hätten.

Jüdische Kinder überlebten in den Konzentrations- und den Vernichtungslagern in der Regel nicht. Die Lager waren ohnehin nicht auf Kinder eingerichtet. Wenn sie mit ihren Müttern oder Vätern kamen, wurden sie notgedrungen aufgenommen und selektiert. Die Älteren (ab etwa zwölf Jahren) wurden zur Arbeit gezwungen, bis sie auch dafür nicht mehr taugten. An den kleinen Kindern hatte die SS überhaupt kein Interesse, sie überlebten eine Weile bei den Müttern, solange diese ihre Kinder noch schützen konnten, manchmal wurden sie versteckt oder als älter ausgegeben, um sie arbeiten zu lassen und dadurch vor der Ermordung zu schützen. Je jünger die Kinder waren, desto chancenloser waren sie. Im Frauenlager Ravensbrück zum Beispiel, dessen Geburtenbuch 522 Geburten verzeichnet, verfügte die SS, alle Neugeborenen gleich nach der Geburt zu töten, berichtete Wiebke Hiemesch M. A. (Institut für Sozial- und Organisationspädagogik, Universität Hildesheim), die in Leipzig

Leipziger Volkszeitung vom 10. November 2015.

insbesondere zu Kindern im KZ Ravensbrück referierte (5). Größere Kinder, denen es gelang, sich durchzuschlagen und den Übergriffen und Ermordungsaktionen des Wachpersonals zu entgehen, alterten schnell: „Wir waren keine Kinder. Wir waren kleine Greise, noch bevor wir älter wurden“, zitierte Hiemesch eine ihrer Interviewpartnerinnen aus dem KZ Ravensbrück.

Insgesamt sollen über eine Million jüdischer Kinder ermordet worden sein. Eine „vage Schätzung“ (Hiemesch). Ganz eindeutig ist allerdings die ideologische Zielvorgabe der Nationalsozialisten. Heinrich Himmler formulierte sie in einer Rede am 6. Oktober 1943 vor Reichs- und Gauleitern in Posen so: „Es trat an mich die Frage heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also, umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Enkel und Söhne groß werden zu lassen. Es musste der schwere Entschluss gefasst werden, dieses Volk von der Erde verschwinden zu lassen.“

Identitätswechsel, um zu überleben

Eine Möglichkeit als jüdisches Kind in Polen zu überleben, war der Identitätswechsel: Kinder veränderten mithilfe der Eltern ihr Äußeres, ließen sich taufen, nahmen katholische Gebräuche an und lebten bei christlichen Familien oder in Klöstern. Der Identitätswechsel wurde oft derart gründlich gelebt, dass sich Kinder ihrer Identität schließlich nicht mehr sicher waren. Viele verbargen auch nach dem Krieg noch ihre wahre Identität, um nicht aufzufallen. Zu diesem, auch psychologisch spannenden Thema promoviert Marta Ansilewska-Lehnstaedt M.A. (HU Berlin). In Leipzig referierte sie zu der gleichfalls psychologisch orientierten Frage, wie jüdische Kinder ihre Eltern während des Holocaust wahrnahmen. Waren das wirklich „starke Mütter, schwache Väter“, wie die Referentin nahelegte (und es sogleich bezweifelte)? Wahrgenommen wurde zumindest, dass die Mütter anwesend und die Väter abwesend waren. Doch die „starken“ Mütter erwiesen sich oft als ratlos, doch immerhin, sie „taten“ etwas, während der Vater allenfalls als Legende „anwesend“ war. Manchmal durchaus wirksam, wie eine Überlebende des Warschauer Ghettos, deren Mutter und Bruder 1942 ermordet worden waren, bekundet: „Dieser Gedanke (an den Vater) hat mich während der Versteckzeit am Leben erhalten.“

Die kindlichen Opfer des Holocaust seien lange nicht als Opfer im engeren Sinne angesehen worden, bedauert Ansilewska-Lehnstaedt und sprach damit ein Problem an, das für viele dieser Kriegskinder aus dem Osten, die in der Leipziger Tagung zitiert wurden, gelten könnte. Die von Ansilewska-Lehnstaedt befragten Überlebenden,

die in Krieg und Holocaust noch Kinder waren, seien alle „irgendwie gestört“, hat sie beobachtet. Die Kinder, deren Eltern ermordet wurden, hätten nach dem Krieg große Schwierigkeiten gehabt, normale soziale Beziehungen anzuknüpfen.

Kriegskinderforschung mit fachübergreifendem Denken

Die Forschung zu den Kriegskindern stützt sich ganz erheblich auf Interviews mit Zeitzeugen. Wie aber steht es um die Erinnerung der alt gewordenen Kinder? Kinder erinnern anders, vermerkte Professor Steinert. Erinnern aber auch Erwachsene, die sich in ihre Kindheit versetzen, „anders“ oder gemäß ihrer Lebenserfahrung nach der Kindheit? Solche Fragen gehören zum täglichen Geschäft von Psychotherapeuten und -analytikern. Historiker und Sozialwissenschaftler tun daher gut daran, sich mit diesen hin und wieder zusammenzusetzen. Die Referate auf der Leipziger Tagung ließen immerhin erkennen, dass die Kriegskinderforschung zu fachübergreifendem Denken anregt und den analytischen Sinn der Forscher geschärft hat. In diesem Sinne setzte sich zum Beispiel Hiemesch mit der Vorgehensweise des Interviewers bei sozialwissenschaftlichen Interviews auseinander. Sie empfahl, sich der Grenze zwischen Erfahrbarkeit und Nicht-Erfahrbarkeit in Interviews mit traumatisierten Opfern selbstkritisch bewusst zu sein und hierfür „zwischen dem dargestellten erlebten Ereignis und der Art und Weise dieser Darstellung“ zu unterscheiden. Auf beiden Ebenen zeige sich der Versuch, die erinnerten Erlebnisse, deren überwältigende Kraft noch immer vorhält, in einen Zusammenhang zu bringen, um sie dem Gegenüber darzustellen. Historiker haben natürlich auch ihre bewährten Instrumente zur Hand: Steinert verlangte, dass Selbstzeugnissen als historischen Quellen mit der gleichen „rigiden Quellenkritik“ zu begegnen sei wie offiziellen Dokumenten. Aussagen von Zeitzeugen können dabei mit Quellen aus den Archiven abgeglichen werden. Falls diese Quellen fließen. Das ist bei der Kriegskinderforschung nicht immer gegeben. Insbesondere nicht, was die besetzten Gebiete im Osten angeht. Die Archivsituation für das deutsche Sanitätswesen wie auch die Wehrmacht in der Phase ihres Rückzugs sei „äußerst dürftig“, bemerkt Yuliya von Saal. Recherchen auch in den Archiven ehemaliger GUS-Staaten seien sicher unumgänglich.



## Rezensionen

Wolfgang Bialas/Lothar Fritze (Hg.):  
**Ideologie und Moral im Nationalsozialismus**  
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 50),  
Göttingen 2014 (Vandenhoeck & Ruprecht), 444 S.

*Rezension von Edward B. Westermann (Texas A&M University, San Antonio) in German History, 33 (2015) 2, S. 324–327*

The discussion of the existence of a specific National Socialist ethic or moral philosophy forms the subject of this diverse but informative anthology edited by Wolfgang Bialas and Lothar Fritze. The volume is a compilation of papers presented at an international conference held at the Hannah-Arendt-Institute for Research on Totalitarianism in Dresden in November 2010. The work's primary contribution to contemporary scholarly discourse is not in explicating the concept of a distinctly National Socialist "ethic" or specific Nazi morality, but rather in the way that the seventeen essays, spanning the disciplines of history, philosophy and religious studies, demonstrate the process by which perpetrators and specific institutions including Adolf Hitler, Nazi Party officials, medical professionals, the military and the SS and police reconfigured or transformed existing societal moral and ethical norms to align with the racial and biological precepts of Nazi ideology. Several of the essays juxtapose ideology and morality in order to explore the way in which National Socialist ideology influenced and/or deformed previous or existing ethical frameworks among specific individuals (Mary Fulbrook), in specific professions (Amy Gainey, Christopher Theel) or across German society as a whole (Richard Weikart).

The authors of the essays include both established and younger academics whose scholarship intersects in some respect with the issue of morality and ethics under National Socialism. The work is divided into six sections including "Ethical Conceptions and Controversies", "National Socialist Perpetrators", "National Socialist Ideology and Propaganda", "National Socialist Ethic: The Medical Discourse", "The SS as a Moral Order" and "Debates after the Holocaust and Memory Politics". Taking full advantage of their editorial privileges, the introductory essays by Bialas and Fritze account for about one quarter of the book's length and aptly, if perhaps somewhat repetitively, frame the key issues and challenges associated with attempts to define a specific Nazi ethical and moral code. Bialas's introductory essay assesses the role of ideology in the creation of a distinct Nazi ethical philosophy and the conditioning of a new toponym of "racial warriors and biological soldiers" whose allegiance and moral responsibility was circumscribed to the putative Aryan racial com-

munity (p. 29). For readers familiar with Claudia Koonz's *The Nazi Conscience* (Harvard 2003), many of the arguments presented in this volume will appear less as revelations and more as a confirmation of her conclusions on the existence of a particular Nazi "ethos" in which "the popularizers of antisemitism and the planners of genocide followed a coherent set of severe ethical maxims derived from broad philosophical concepts" (Koonz, p. 1).

As the editors note, one of the central issues related to any discussion of "Nazi ethics" involves the presumed oxymoronic association between National Socialism and the concept of morality. Indeed, for many historians and philosophers, the idea of Nazi morality is not only repugnant but the ultimate contradiction in terms. Similarly, one might question whether National Socialism embodied a new morality or simply was the abnegation of existing ethical and moral standards on the basis of specific affective or instrumental grounds. At the theoretical level, Lothar Fritze explores this issue and concludes that the perpetrators failed in a moral sense because they based their actions on an "untenable ideology" and acted according to "supra-moral convictions" (außermoralische Überzeugungen, p. 105). Furthermore, he contends that the perpetrators not only transgressed against moral duty, but also failed in the fulfilment of their "cognitive obligations" (kognitive Pflichten). In contrast to Fritze's theoretical discourse, Regina Mühlhäuser's essay uses an empirical approach to establish a linkage between the sexual crimes committed by German soldiers with the creation of a "specific, male, martial morality" within the Wehrmacht in which the sexual abuse of conquered populations became not only a manifestation of "sexual potency" but more importantly of the "invincibility" of the German army as a whole (p. 173).

A major contribution of the work results from the variety of theoretical and empirical approaches used by the authors to investigate the malleability of moral and ethical frameworks and the resulting consequences on individual and institutional behaviour. For example, Gunnar Heinsohn examines Hitler's role in the Holocaust and argues that the Führer's paranoia of "Jewish infection" related less to his fear of the biological entity of blood and more to the presumptive danger posed by a metaphysical "Jewish ethic". In this respect, the genocide of the Jews was aimed not only at their physical existence, but even more importantly at the eradication of a specifically Jewish philosophy based on the Mosaic code's prohibition against killing and the charge to love one's neighbour. In Heinsohn's words, "In cold, modern terms one could say that Hitler smashed the hardware, the Jewish people, in order to erase the software of the Jewish ideal of the sanctity of life from the German consciousness" (p. 127). With regard to institutional norms, Peter Haas focuses

on the creation of an “inverted warrior code” within the Wehrmacht that paradoxically resulted in an “elevated conception of morality while at the same time allowing for the crudest abuse of enemy soldiers (especially Soviet prisoners of war)” (p. 178). Furthermore, Haas argues that both the Wehrmacht and the Waffen-SS adopted this warrior code and used it to justify their acts of atrocity and brutality, but he argues that the Wehrmacht never completely adopted the “Nazi racial ethic of warfare” (p. 185). Whether one accepts this conclusion or the pairing of the Wehrmacht with the Waffen-SS, this essay would have benefited by the inclusion of a broader and more recent source base with respect to both organizations, including works by David Stahel, Robert Citino, Dieter Pohl, Martin Cuppers, Michael Wildt and Alexander Rossino among others.

One of the key issues raised by several authors involves the question of continuity versus rupture with respect to the specific policies and social norms that existed within German society before and after the Nazi “seizure of power”. The fact that the Nazi regime was the first in German history to include mandatory instruction on “medical ethics” for medical students may be seen now as the ultimate contradiction, but it is in fact the absence of any such sense of paradox at the time that provides compelling evidence of the success of the Nazi regime in creating a new moral order among medical professionals. In particular, the essays related to the medical professions serve as an exemplar for several of the key issues raised throughout the volume ranging from the historical predisposition of the German medical community to racial and biological influences, the emergence or creation of a specific National Socialist medical ethic and the continuing aftereffects of Nazi medical practices in contemporary debates on euthanasia and assisted suicide.

Uwe Kaminsky in his essay on the National Socialist “euthanasia” programme argues against an interpretation that defines the actions of medical professionals as either a function of “criminals without consciences” or the result of ideologically committed medical professionals acting in accordance with a “genuine National Socialist anti-ethic” (*Gegen-Ethik*, p. 235). Instead, Kaminsky places the political, medical and moral debates related to state-sponsored killing within the longer span of German history and eugenic discourse since 1895 and argues that the intellectual and pragmatic foundations for the Nazi programme existed prior to 1933. In his view, Hider’s doctors followed the dictates of economics and science, not ethical considerations, as they travelled the “twisted road” to Hadamar and other so-called T4 killing sites. In contrast to Kaminsky’s narrower view, which threatens to miss the wood for the trees, Florian Bruns casts a broader gaze at the German medical profession under

National Socialism by including not only the “euthanasia” programme, but other initiatives such as the sterilization law in 1933, the role of the Hippocratic oath, educational curricula within the universities and professional development initiatives. Brun’s analysis reveals that “medical perpetrators of the time acted on the basis of racial-biological and völkisch convictions whose consistent application counted as morally correct” (p. 212). According to Bruns, the “euthanasia” programme therefore must be understood within the overall context of the “constant, successive erosion of moral responsibility” accelerated by the war that ultimately revealed “the destructive potential of the National Socialist deformed medical ethic” (pp. 219–220). Likewise, the decentralized campaign of the murder of the physically and mentally handicapped that continued in some cases even after the war demonstrated the success of Nazi indoctrination efforts in reshaping and redefining medical ethics under the Third Reich. Finally, Gerrit Hohendorf’s thought-provoking essay uses the experience of state-sanctioned murder under National Socialism as a historical prelude and a critical context for approaching the contemporary debate on euthanasia and medically assisted suicide. Hohendorf uncovers the plexus of ethical and practical issues associated with the slippery slope of state-sanctioned killing and the diverse implications for medical professionals who choose to participate in these actions.

Students of philosophy will find their discipline well represented throughout the work, which includes discussions of the Nazi transfiguration of the Kantian categorical imperative from a universalist duty into the obligation to subordinate individual wellbeing to the collective interests of the “people’s community”, resulting in a case in which the “Führer’s will” personified a new moral imperative, an argument reflective of Hannah Arendt’s discussion of Adolf Eichmann in her classic *Eichmann in Jerusalem*. Along these lines, André Mineau’s examination of the SS ethic provides an insightful analysis of the interrelationship between ideology and ethics within totalitarian systems and especially the way by which the former shaped (and broadened) the moral boundaries of the perpetrators, providing them with new ethical norms that justified acts of murder and atrocity. Similarly, several essays examine the effects of war in transforming the boundaries of ethical and moral obligation within Nazi Germany – in this sense the war became both a manifestation and an instrument of the reordering of ethical norms under National Socialism.

Wulf Kellerwessel’s essay approaches the fundamental level of philosophical discourse in his analysis of National Socialism relative to the concepts of “universalism” and “moral relativism”. Similarly, Rolf Zimmermann uses a comparative perspective to investigate the “process of

moral transformation” inherent in National Socialism and Bolshevism, a product he ascribes in both cases to “radical particularism” (p. 397). Finally, Isaac Hershkowitz’s essay on Jewish responses to the ethical issues posed by the Holocaust offers a fitting conclusion to the philosophical discourse and an apt rejoinder to Hitler’s attempt to eradicate Jewish lives and the “Jewish ethic” of the sanctity of individual life and the love of one’s neighbour. As Hershkowitz notes, despite the inherent difficulties and dangers in attempting to define a Jewish response to genocide, he argues that the events of the Shoah have prompted Jewish religious thinkers and philosophers, almost without exception, to reaffirm the position of Judaism as the “beacon of humanity” and the “guardian of the oppressed” (p. 414).

In the final analysis, the volume offers an impressive range of empirical and theoretical essays concerning the role and effect of ideology in shaping the ethical and moral boundaries of German society, its institutions and the actions of the perpetrators under the Nazi dictatorship. The volume’s cross-disciplinary approach makes it of value to historians, philosophers, sociologists and political scientists interested in questions related to the intended reach and actual grasp of totalitarian philosophies.

Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.):

**Ideokratien im Vergleich.**

Legitimation – Kooptation – Repression  
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 51),  
Göttingen 2014 (Vandenhoeck & Ruprecht), 406 S.

*Rezension von Manuel Becker in:  
Zeitschrift für Politik, 3/2015, S. 357–359*

In der deutschsprachigen vergleichenden Politikwissenschaft erlebt die Autokratieforschung derzeit unübersehbar eine konjunkturelle Blüte. Im Kontext dieses Aufschwungs ist auch eine ältere, fast schon vergessene Terminologie wieder aufgetaucht: der Begriff der Ideokratie. Auch wenn dieser sich sowohl bei deutschen Staats- und Verfassungsrechtlern des 19. Jahrhunderts als auch bei verschiedenen Eurasiern einer großen Beliebtheit erfreute, so hat ihn nahezu die gesamte Totalitarismusforschung des 20. Jahrhunderts ignoriert (vgl. dazu auch M. Becker: „Die Ideokratie als Herrschaftsform“ in: *ZfP*, 2/2011, S. 148–169). Uwe Backes und Steffen Kailitz vom Dresdener Hannah-Arendt-Institut haben ihn in den Mittelpunkt einer international besetzten Tagung gerückt, deren Ergebnisse nun als Sammelband vorliegen. Als analytisches Leitmotiv zur Vorstrukturierung einer Analyse ideokratischer Regime wählen die Herausgeber den Dreiklang aus Legitimation, Kooptation und Repression. Während Legitimation und Repression unmittelbar

einleuchtende Kategorien zur Analyse ideokratischer Herrschaft darstellen, so erscheint die Kooptation erklärungsbedürftig. Dass jedoch der in der Regimeforschung sehr präsente Begriff Repression nicht alle subtilen Mechanismen der Unterdrückung zu erfassen vermag, klingt sehr plausibel (S. 14–15).

Der Sammelband ist in drei inhaltliche Blöcke unterteilt: Der erste Teil ist etymologischen sowie theoretisch-methodischen und konzeptionellen Fragen gewidmet, während im zweiten Teil mit der Sowjetunion, dem faschistischen Italien, dem NS-Regime, der DDR, der Volksrepublik China, Nordkorea und Kuba konkrete Fallbeispiele von historischen und aktuellen Ideokratien untersucht werden. Der dritte Teil beschäftigt sich schließlich mit übergreifenden Erkenntniszusammenhängen, die die Herausgeber unter dem Stichwort „Vergleiche“ subsumieren.

Aus dem ersten Block hervorzuheben ist zum einen die begriffsgeschichtliche Skizze von Uwe Backes, in der insbesondere im Teilkapitel zur Bolschewismuskritik und Staatslehre von eurasischen Autoren bisher wenig bekannte Belege und Textfragmente zur analytischen Einordnung ideokratischer Herrschaft zusammengetragen werden (S. 30–35). Auch Hermann Lübkes luzide moralphilosophische Einbettung des Ideokratiekonzepts liest sich ausgesprochen gewinnbringend. Unter Rückgriff auf die Moralphilosophie Immanuel Kants expliziert Lübke, wie stark die verpflichtende und rechtfertigende Kraft des guten Willens dem Handeln von Gewissenstälern zu Grunde liegt (S. 47–49).

Die Beiträge des zweiten Teils orientieren sich teilweise mehr, teilweise weniger stark an der von den Herausgebern vorgegebenen Trias. So behandelt Leonid Luks in seiner chronologisch orientierten Analyse des Herrschaftssystems der Sowjetunion vor allem dessen Instrumente der Repression. Diese hätten vor allem deswegen Anwendung gefunden, weil die Herrschaft von Anfang an ein beträchtliches Legitimationsdefizit aufgewiesen habe (S. 115–144). Auf Kooptationsmuster geht er nicht ein. Wolfgang Bialas zufolge, dessen Beitrag sich mit dem „Dritten Reich“ auseinandersetzt, kann die Vereinnahmung des bürgerlich-christlichen Humanismus bei der Begründung der nationalsozialistischen Moral als exemplarisches Beispiel für die Wechselbeziehung von Legitimation, Kooptation und Repression gesehen werden. Um Repressionen zu rechtfertigen, wurde eine legitimatorische Befreiungsrhetorik von alten Grundsätzen verwendet. Es fänden sich zahlreiche Varianten der subtilen Übernahme bürgerlich-christlicher Argumentationsfiguren und ihrer Verwendung in einem rassenbiologischen Referenzrahmen (S. 163–167). Die Verbesserung der Lebensbedingungen für viele Deutsche unter dem NS-Regime lasse sich als typisches Kooptationsmuster mit Blick auf die Gesamtgesellschaft deuten (S. 175–179).



Udo Grashoff orientiert sich in seinem Aufsatz streng an dem Dreierschema. Besonders interessant sind seine Einlassungen zur Kooptation. So macht er für die DDR vor allem in der Frühphase der SBZ verschiedene Formen von Kooptation aus, beispielsweise, indem nichtkommunistische Politiker und auch frühere Nationalsozialisten in den Herrschaftsaufbau durch die SED mit einbezogen wurden. Unentschieden zeigt er sich bei der Frage, ob das System der Blockparteien als Form von politischer Kooptation zu deuten sei (S. 198–202). Grashoff regt an, darüber nachdenken, ob nicht die Ablehnung der Forderungen von Bürgerrechtlern, die 1989/90 einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus beschreiten wollten, als Form der verpassten Kooptation gewertet werden könne (S. 202–203).

Christian Göbel vertritt in seinem Aufsatz zu China die These, dass der Staatsgründer Mao Zedong Angst vor jeglicher Form von Kooptierung gehabt und diese als tendenziell herrschaftgefährdend betrachtet habe. Dennoch sieht Göbel durchaus Kooptationsaspekte im Herrschaftssystem der Volksrepublik: so etwa in den Klientelnetzwerken der Partei, in der Infrastruktur der staatlichen Gerichte sowie in der Anwendung von Technologien zur Verwaltung der Gesellschaft. Ein charakteristisches Wechselverhältnis der drei Faktoren Legitimation, Kooptation und Repression lässt sich seiner Ansicht nach für China aber nur sehr schwer ausmachen (S. 226–227).

Im dritten Teil befasst sich Roger Griffin mit der Legitimationsgrundlage von Ideokratien. Er erläutert seine von ihm bereits an anderer Stelle (*Modernism and Fascism*, 2007) vertretene These vom Faschismus als nicht anti-, sondern im Gegenteil als hypermoderner Form von politischer Herrschaft. Ideologien stießen insbesondere in Umbruchphasen und Wertekrisen auf einen fruchtbaren Nährboden. Mit Blick auf die Ideokratien betont Griffin vor allem die Koexistenz von genuin ideokratischen und nur vorgeschobenen pseudo-ideokratischen Elementen, die lediglich dem Machterhalt dienen (S. 279–296).

Manfred G. Schmidt gibt einen hervorragenden Überblick über die Forschung zur Bedeutung der Output-Legitimität in Autokratien. Ausgehend von der Annahme, dass auch automatische Machthaber nach Legitimität streben, kommt er zu dem Ergebnis, dass Output-Legitimität zumindest prinzipiell dazu beitragen könne, die strukturelle Legitimitätslücke in Autokratien zu verringern. Ob sie allerdings de facto geschlossen werden könne, lasse sich auf der Grundlage der ermittelten Daten nicht feststellen. Insofern sei die Formel „Legitimation durch Performanz“ nach wie vor mit einem deutlichen Fragezeichen zu versehen. Schmidt weist auf das grundsätzliche Forschungsdesiderat hin, valide Beobachtungsdaten aus Autokratien in ausreichender Menge zu ermitteln (S. 297–312).

Der systematischen Konzeption der Kooptation widmet sich Steffen Kailitz. Er fasst unter den Begriff Kooptation in einem weiten Sinne alle Bemühungen eines politischen Regimes, mit denen Gefolgschaft und Fügsamkeit „erkauft“ werden sollen. Das Eröffnen von Karrierechancen gehöre ebenso dazu wie die Gewährung jeder Form von materiellen und immateriellen Vorteilen. Kooptation könne sich auf Netzwerke bestimmter Personen, aber auch auf die Gesamtheit der Bürger richten. In personalistischen Autokratien trete die Kooptation zumeist in Form von Klientelismus auf, wohingegen die Ausübung von Patronagemacht als charakteristische Kooptationsform von Ideokratien angesehen werden kann (S. 317–323).

Jerzy Macków reflektiert verschiedene Formen ideokratischer Repression und stellt dabei in erster Linie auf den Abschreckungscharakter als Kernziel repressiver Maßnahmen ab. Er stellt ein Kriterienraster zur Unterscheidung verschiedener Spielarten von Repression vor: Es sei erstens zwischen einer harten, physischen Form von Repression und einer weichen, nicht physischen und eher indirekten Form von Repression zu differenzieren. Zweitens lasse sich zwischen punktueller und zerstreuter Repression unterscheiden. Beide Unterscheidungen ließen sich auch über Kreuz miteinander kombinieren (S. 352–355).

Unter dem Strich handelt es sich um einen sehr lesenswerten Band, der unterschiedliche methodische und konzeptionelle Herangehensweisen sowie historische wie aktuelle Perspektiven auf einen wichtigen Untersuchungsgegenstand versammelt. Daran, ob das vorgeschlagene Konzept einer Trias von Legitimation, Kooptation und Repression in dieser Form auf jeden empirischen Einzelfall einer ideokratischen Herrschaft fruchtbar angewendet werden kann, darf man nach der Lektüre der Beiträge des zweiten Teils zumindest Zweifel anmelden. Dass diese Betrachtungsweise jedoch zu anregenden und lesenswerten Fallstudien sowie Grundsatzreflexionen geführt hat, die die Forschung weiterbringen, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Andreas Weigelt/Klaus-Dieter Müller/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hg.): **Todesurteile Sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947).**

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 56), Göttingen 2015 (Vandenhoeck & Ruprecht), 488 S.

*Rezension von Daniela Münkel in: FAZ vom 1. März 2015*

Herrschaftswissen als Überlebenschance  
Bis 1947 verhängten sowjetische Militärtribunale 3 301 Todesurteile gegen Deutsche

Am 22. Februar 1946 fand in Chemnitz ein Prozess des Sowjetischen Militärtribunals (SMT) gegen 16 Angehörige des Polizeibataillons 304 statt, welches während des Zweiten Weltkrieges im Osten an Massenerschießungen von Juden, der Ermordung von sowjetischen Zivilisten, Racheaktionen sowie der Ausplünderung der besetzten Gebiete beteiligt war. Einer der Angeklagten war Werner Ficker, der zugegeben hatte, 30 Juden persönlich erschossen zu haben. Ein anderer war Reinhold Blana, er hatte erklärt, dass er in Kirowograd mit Namenslisten durch die Häuser gegangen sei und den Opfern vorgetäuscht habe, sie würden nach Odessa umgesiedelt. Diese beiden und 14 weitere Männer wurden zum Tode verurteilt. Wenige Tage zuvor war bereits drei Angehörigen des Polizeibataillons ihr Todesurteil verkündet worden – allein im Februar 1946 wurden insgesamt 46 Männer dieser Einheit verurteilt und hingerichtet.

In der Zeit von 1944 bis 1947 verhängten sowjetische Militärtribunale 3 301 Todesurteile gegen deutsche Staatsbürger, Zivilisten und ehemalige Wehrmachtangehörige. 2 542 davon wurden auch vollstreckt. Im Gegensatz zu den Jahren 1950 bis 1953, als die meisten Todesurteile wegen politischer Delikte verhängt wurden, die angeblich gegen die sowjetische Besatzungsmacht, oftmals aber lediglich gegen die SED-Herrschaft gerichtet waren, sah dies in der unmittelbaren Nachkriegszeit anders aus: Die Betroffenen wurden in über zwei Dritteln der Fälle wegen Taten verurteilt, die im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Krieg standen, insbesondere wegen der Beteiligung an Kriegsverbrechen. Hinzu kamen Fälle von Widerstandshandlungen am Ende des Krieges und in den ersten Besatzungsmonaten, etwa sogenannte „Werwolf“-Aktivitäten. Dass die vor den SMT verhandelten NS-Verbrechen in der Regel nicht aus der Luft gegriffen waren, machen exemplarische Untersuchungen in der Studie deutlich. Die Prozesse hatten jedoch nichts mit rechtsstaatlichen Verfahren gemein. Es waren oft Geheimprozesse, die Angeklagten hatten keinen Verteidiger, und die Urteile standen meistens schon vorher fest. Die Beurteilung der tatsächlichen strafrechtlichen Schuld der Verurteilten ist daher im Nachhinein schwierig.

Die SMT-Urteilspraxis muss vor dem Hintergrund der unmittelbaren Kriegserfahrung, des Massenmordens und der Ausplünderung der Bevölkerung durch deutsche Wehrmacht, SS, Polizeibataillone und Zivilverwaltung auf sowjetischem Territorium sowie der massenhaften Ermordung russischer Kriegsgefangener und des Schicksals Hunderttausender russischer Zwangsarbeiter in Deutschland betrachtet werden. Gleichzeitig sind die ausgesprochenen Todesurteile gegen Deutsche genuiner Ausdruck stalinistischer Sicherheits- und Strafrechtspraxis, die von der Etablierung diktatorischer Strukturen in der Sowjeti-

schen Besatzungszone (SBZ) nicht getrennt werden kann. Mit dem Vorrücken der Roten Armee Richtung Westen ab 1944 wurden die ersten Todesurteile gegen deutsche Soldaten und Zivilisten vollstreckt. Dabei kann man nicht von einem systematischen Vorgehen sprechen. Wer den Russen in die Hände fiel, war häufig vom Zufall abhängig. Darunter waren nicht wenige höhere und hohe Funktionsträger des NS-Regimes. Anders als man erwarten würde, wurden diese jedoch nicht alle hingerichtet. Ebenso wie bei den Amerikanern spielten auch bei den Russen Nützlichkeitsabwägungen bei der Strafzumessung eine Rolle. Sahen die Sowjets bei einem ehemaligen NS-Funktionsträger hohes Abschöpfungspotenzial aufgrund seines Herrschaftswissens, konnte er mit einer Freiheitsstrafe davonkommen. Besonders hart war die Urteilspraxis bezeichnenderweise bei denjenigen, die höhere Funktionen im Propagandawesen innegehabt hatten: Sie waren für Stalins Herrschaftsinteressen nicht zu gebrauchen und mussten somit in der unmittelbaren Nachkriegszeit unverhältnismäßig häufig mit der Todesstrafe rechnen.

Mit dem jetzt erschienenen Band über die Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche in den Jahren 1944 bis 1947 wird ein langjähriges Forschungsprojekt zum Wirken dieser Tribunale bis ins Jahr 1953 abgeschlossen. Das Autorenquartett, das für die Zusammenarbeit von Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und des Zentrums für Zeithistorische Forschung steht, legt sowohl eine Dokumentation als auch eine wissenschaftliche Auswertung des Materials vor. So werden die ermittelten Fälle von Todesurteilen quantitativ und qualitativ von Klaus-Dieter Müller ausgewertet. Dies betrifft zum einen die Verurteilten: Man erfährt etwas über deren Alter, die geschlechtsspezifische und soziale Zusammensetzung sowie deren Funktionen im NS-Staat. Zum anderen werden die Haft- und Urteilsgründe sowie die zeitliche und räumliche Verteilung der Todesurteile statistisch ausgewertet. Dem Buch ist eine CD mit Kurzbiografien aller Betroffenen beigelegt.

Fallstudien zu einzelnen Gruppen von Verurteilten geben vertiefte Einblicke in die Urteils- und Verfolgungspraxis der sowjetischen Militärtribunale sowie die zugrunde liegenden Tatkomplexe. Neben dem Umgang der Sowjets mit ehemaligen NS-Funktionsträgern (Mike Schmeitzner) werden die Strafverfolgung gegen Angehörige des eingangs erwähnten Polizeibataillons 304 von Andreas Weigelt ausführlich nachgezeichnet. Die Strafverfolgung war hier nicht mit den Urteilen der sowjetischen Militärtribunale in den Jahren 1946/47 abgeschlossen, was diesen Fall besonders interessant macht. Denn die Verfahren gegen Angehörige des Polizeibataillons fand ihre Fortsetzung in der DDR und in der Bundesrepublik – allerdings mit unterschiedlichem Ergebnis. In der

DDR wurden bis in die späten 1980er-Jahre mehrere diesbezügliche Prozesse durchgeführt – die Angeklagten wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Anders in der Bundesrepublik: Hier wurden zwar ebenfalls einige Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Bataillons angestrengt, allerdings kam es dort nie zu einer Anklageerhebung. Der Fall des Polizeibataillons 304 ist damit auch ein Stück Geschichte des asymmetrischen justiziellen Umgangs mit nationalsozialistischen Verbrechen in Ost und West.

*Rezension von Enrico Heitzer in:  
ZfG, 64 (2016) 1, S. 100–102*

Die historisch-biografische Studie, die weder ein „Gedenk- noch ein Opferbuch“ (S. 8) ist, wird die Koordinaten der Debatte um die Verhaftungs- und Verfolgungspraxis der stalinistischen Okkupationsmacht gegenüber Deutschen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, vor allem aber in der direkten Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, verschieben. Das Grundlagenwerk wird voraussichtlich in erheblichem Maße in die öffentliche Diskussion eingreifen, die in einem geschichtspolitisch verminten Feld stattfindet. Der Diskurs wird seit Jahren zunehmend eher im Geiste einer banalisierten Totalitarismustheorie und primär durch das Prisma der Unterdrückung von politischen Gegnern und unter teilweise ahistorischen Prämissen geführt, während die Aspekte einer von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vereinbarten Entnazifizierung, politischen Säuberung und Verfolgung von NS-Verbrechen durch sowjetische Stellen oft unterschätzt werden, wird der angeblich „verdrängte Terror“ beharrlich überbetont. Entsprechend wurden einzelne Autoren bei Projektpräsentationen heftig attackiert.

Diese treten an, eine „schmerzliche Lücke in der Erforschung des Stalinismus und der deutschen Nachkriegsgeschichte“ zu schließen, und untersuchen die 3 301 Fälle von in den Jahren 1944 bis 1947 von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zum Tode verurteilten deutschen Zivilisten, von denen nachweisbar 2 524 hingerichtet wurden. Die Autoren gelangen zu dem Ergebnis, dass anders als für die über 900 Deutschen, die nach der Wiedereinführung der Todesstrafe in der Sowjetunion 1950 bis 1953 erschossen wurden, für die untersuchte Gruppe überwiegend die Bezeichnung „Opfer des Stalinismus“ nicht zutrifft (S. 8). Ein „herausragender Anteil unter allen Todesurteilen von 1944–1947“ waren Verurteilungen wegen NS- und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In der behutsam wertenden Untersuchung stellen die Herausgeber fest, dass sich unter den Verurteilten „eine größere Zahl von Personen [...], die ganz offensichtlich zu Recht wegen ihres Einsatzes im Krieg gegen die UdSSR vor Gericht gestellt worden

sind“, befand (S. 10). Über zwei Drittel dieser Personen-Gruppe wurden nicht rehabilitiert, wobei auf eine zum Teil laxen Praxis in den 1990er-Jahren hinzuweisen ist, die eine Rehabilitierung von Figuren wie Hans Heinze oder Helmuth von Pannwitz ermöglichte.

Zunächst skizziert Andreas Weigelt die Quellenlage. Für weitere Untersuchungen hervorzuheben ist der Umstand, dass das Ministerium für Staatssicherheit der DDR KGB-Materialien zu Hunderten von SMT-Fällen sammelte. Darunter befinden sich Unterlagen zur größten von SMT in Deutschland zum Tode verurteilten Gruppe, 90 Angehörigen des Chemnitzer Polizeibataillons (PB) 304. Dieser widmet Weigelt einen Beitrag, der zu den bedrückendsten, aber auch interessantesten gehört. Einerseits waren bislang vor allem SMT-Verfahren gegen ca. 250 Angehörige des PB 9 bekannt, die 1947 im Speziallager Sachsenhausen stattfanden. Andererseits kann er anhand von sowjetischen Unterlagen zeigen, dass trotz gewisser Inkonsequenzen und Schlampigkeiten eine ausgefeilte Ermittlungsmaschinerie lief, die teilweise auf Ergebnisse der in Deutschland wenig bekannten „Außerordentlichen Gebietskommissionen“ zurückgriff, die nach der Vertreibung der Besatzer überall in der Sowjetunion Spuren von NS-Verbrechen dokumentierten.

Klaus-Dieter Müller öffnet das Spannungsfeld zwischen Besatzungspolitik und Verbrechenahndung und arbeitet die Kontexte legitimer Bedürfnisse nach Bestrafung von NS- und Kriegsverbrechern, Entnazifizierung sowie stalinistischer Repression heraus. Er verweist auf die Erfahrungen des deutschen Vernichtungskrieges, lässt aber gleichzeitig die stalinistischen Brutalitäten nicht beiseite. Wahrscheinlich sei auch die politische Belastung der Untersuchungsgruppe höher als jene der Gesamtbevölkerung. Das „überwiegend negative öffentliche Gesamturteil gegenüber der sowjetischen unmittelbaren Nachkriegsjustiz [sollte] verschoben werden“, auch wenn ihre teilweise politische Instrumentalisierung damit nicht relativiert wird, lautet sein Fazit (S. 61). Mike Schmeitzner untersucht die Verfolgung des Spitzenpersonals der NS-Terror-, Partei- und Verwaltungsapparate. Dabei setzt er andere Akzente als Müller. Wertet dieser etwa Propagandaintressen als eher nebensächlich, so hebt Schmeitzner diese stärker hervor. Er resümiert, dass bei den NS-Eliten von einer „konsequenten Abrechnung [...] keine Rede sein“ könne (S. 102).

Der umfangreichste Teil des Bandes besteht aus einer Fallgruppenübersicht samt Erschließungsregister. So lässt sich beispielsweise nachvollziehen, wer aus dem Reichssicherheitshauptamt oder vom Personal eines bestimmten Konzentrationslagers verurteilt wurde. In der beiliegenden CD-ROM finden sich Kurzbiografien der Verurteilten. Auch wenn der Autorenfleiß nicht genug gelobt werden kann, gerät doch an einigen Stellen der analytische



Tiefgang zu weit aus dem Blick. Mitunter wird additiv ein Fall nach dem anderen abgehandelt. Dabei wird am Anfang mit den Transitional-Justice-Debatten auf einen übergreifenden Problemhorizont hingewiesen, der im weiteren Verlauf aber nicht mehr zum Tragen kommt. Zudem ein Wort an den Verlag: So lobenswert die grafische Aufbereitung von Daten ist, umso schmerzlicher werden dabei auch die Grenzen des Graustufendruckes spürbar: In der Abbildung Nr. 10 (S. 49) sind Schattierungen von schwarz und dunkelgrau, die bestimmten Deliktategorien zugeordnet sind, kaum zu unterscheiden.

Die vorzügliche Arbeit kann nur als Auftakt für Untersuchungen verstanden werden, die über das engere Thema hinausgehen und sich einzelnen Verurteiltengruppen und -orten widmen. Resümierend sei zustimmend der Mitherausgeber Thomas Schaarschmidt zitiert, der in einem Zeitungsinterview feststellte, dass mit der Arbeit an dem Band sein Blick „durchaus differenzierter geworden“ sei, „weg vom einfachen Bild der Terrorjustiz, in dem die Leute willkürlich auf der Straße verhaftet und wegen irgendwelcher Vorwürfe ins Gefängnis gesteckt werden, um dann Geständnisse zu erpressen“. Es habe beim Interesse der Verbrechenverfolgung „große Übereinstimmungen mit den westlichen Alliierten“ gegeben. Das Buch sei insofern für die Gedenkstättenarbeit wichtig. Schaarschmidt weiter: „Unter den Verurteilten in den ersten Jahren nach 1945 gibt es viele, die zu Recht verurteilt worden sind. Hier stößt das bisherige Opfergedenken oft an seine Grenzen. [...] Ein pauschales Opfergedenken ist daher problematisch.“

*Rezension von Hannes Schwenger in:  
Tagesspiegel Berlin vom 5. Juni 2015*

Es war nicht nur für die Wissenschaft eine „schmerzliche Lücke“ – um das Vorwort zu zitieren –, die mit dieser Studie über ein düsteres Kapitel der deutsch-russischen Geschichte geschlossen wird. Schmerzlich waren die Opfer der deutschen Terrorherrschaft in Osteuropa und der Sowjetunion, und schmerzlich war die Antwort der siegreichen sowjetischen Militärjustiz, deren allenfalls rechtsförmige Verfahren gegen wirklich und vermeintliche deutsche Kriegsverbrecher Schuldige und Unschuldige trafen. Schmerzlich war auch das Schicksal der Angehörigen der verschleppten und hingerichteten Opfer, die weder über die Verfahren und die Urteile noch über den Verbleib ihrer in Geheimprozessen verurteilten Verwandten unterrichtet wurden. Nur ein Teil der Verurteilten kehrte bei der Auflösung der sowjetischen „Speziallager“ zurück, die nur zwei Drittel der Häftlinge überlebten. Die letzten in die Sowjetunion Verschleppten kehrten erst 1955 zurück, von 3 300 zum Tode Verurteilten wurden 2 500 ohne Benachrichtigung ihrer Angehörigen hingerichtet. Selbst das sowjetische Rote Kreuz verweigerte (oder gab

falsche) Auskünfte über ihren Verbleib, bis Anfang der 1990er-Jahre die sowjetischen Akten geöffnet und – nicht alle – Urteile aufgehoben und unschuldige Opfer rehabilitiert wurden. Mitherausgeber Klaus-Dieter Müller charakterisiert die sowjetische Militärjustiz als ein Vorgehen, das „praktisch nichts mit rechtsstaatlichen Verfahren gemein“ hatte, muss aber auch „feststellen, dass ein Teil der deutschen Angeklagten zu Recht wegen Kriegs- und Gewaltverbrechen von sowjetischen Gerichten verurteilt worden ist“. Das gelte vor allem für Urteile gegen Mitglieder von SS-Einsatzgruppen und Polizeibataillonen wie dem Bataillon 304, dem Andreas Weigelt eine Studie widmet. Den größten Raum des Sammelbands nimmt seine Übersicht über alle ergangenen Todesurteile gegen deutsche Zivilisten ein, die Namen, Funktionen, institutionellen Hintergrund der Verurteilten und die bekannten Urteilsgründe umfasst. Es ist die dritte, abschließende Studie des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung zur stalinistischen Praxis sowjetischer Militärtribunale, die beiden vorigen galten der Gesamtheit von Urteilen gegen deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten. 2005 erschien bereits eine Studie „Erschossen in Moskau“ über die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje, aber erst die vorliegende kann nach neuester Aktenlage als wirklich umfassend gelten, auch wenn die Suche Angehöriger nach letzten Details weitergeht. Die Herausgeber verweisen sie dafür an die Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Gerhard Wettig (Hg.):

**Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg**  
(Berichte und Studien 63),  
Göttingen 2012 (V&R unipress), 424 S.

*Rezension von Torsten Diedrich in:  
MGZ, 74 (2015) 1–2, S. 377–380*

Lange Zeit noch nach dem Untergang des Ostblocks war es schwer, tiefer gehende Literatur über die sowjetische Deutschlandpolitik und die Besatzungszeit zu finden. Im letzten Jahrzehnt jedoch verdichtet sich das historische Bild, auch durch die Erschließung von sowjetischem Aktenmaterial. Aus der Zahl der Historiker, die sich darum verdient gemacht haben, ragt neben Jan Foitzik insbesondere Gerhard Wettig heraus. Wettig war vor seiner „Zur-Ruhe-Setzung“ Leiter des Forschungsbereiches Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, hat aber im „Unruhestand“ weiter vielfältig geforscht und publiziert.

Im hier zu besprechenden Buch publiziert Wettig einen Bericht, den es so eigentlich nie gab. Als Leiter der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMA/SMAD), die maßgeblich die Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, den Propaganda-, Medien- und Kulturbereich in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) anleitete, war Sergei I. Tjul'panov ein einflussreicher Mann im Osten Deutschlands. Er hatte aber auch eine gewichtige Aufgabe, nämlich die Umsetzung der sowjetischen Deutschlandpolitik vor Ort. Folglich musste Tjul'panov regelmäßig an die SMAD und darüber hinaus bis an die oberste Partei- und Staatsführung in Moskau berichten. Eine ganze Reihe dieser Berichte wurden Stalin, der an der deutschen Frage stark interessiert war, direkt vorgelegt. 1948 wurde Tjul'panov von seiner Funktion abberufen und nach Moskau zurückbeordert, weil Stalin unzufrieden mit den politischen Fortschritten in Deutschland war.

Der von Gerhard Wettig publizierte Bericht ist eine Zusammenfassung der Tätigkeitsberichte von 1945 bis 1948, mit denen Tjul'panov Rechenschaft vor einer hochrangigen Untersuchungskommission des Zentralkomitees der KPdSU ablegte. Es entstand eines der wohl bedeutendsten Dokumente sowjetischer Deutschlandpolitik der ersten drei Nachkriegsjahre, eine hochinformativ Innenansicht der sowjetischen Besatzungspolitik. Wettig erläutert in seiner Einführung zunächst einmal den Handlungsrahmen, in dem sich Oberst Sergei I. Tjul'panov bewegte und ordnet sein Wirken in die Entwicklung der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre ein.

Danach widmet sich der Herausgeber der Frage, die ihn selbst besonders bewegt: Ist der Bericht ein entscheidendes Dokument, das dem Streit verschiedener Historiker über die Interpretation der sowjetischen Deutschlandpolitik – ich polarisiere hier: zwischen der sowjetischen Bereitschaft zur Schaffung eines neutralen, friedlichen, demokratischen Deutschland in einer gesamteuropäischen Verteidigungskoalition oder dem Ziel einer gesamtdeutschen oder ostdeutschen Sowjetrepublik – eine neue Orientierung geben kann?

Wettig stand und steht in vielen seiner Publikationen auf dem Standpunkt: Stalin wollte kein neutrales Deutschland, Stalin wollte auch kein geteiltes Deutschland, er strebte ein einiges Deutschland sowjetischer Prägung und Gesellschaftsordnung an. So beginnt Wettig seine 125 Seiten lange Einleitung und Kommentierung mit eben diesen unterschiedlichen Positionen zwischen Wilfried Loth, Stefan Creuzberger, Caroline Kennedy-Pipe, Charles Gati, Melvyn Leffler, Norman M. Naimark, Vladislav Zubok u. a. m. (S. 13–17), deren Positionen er treffend zusammenfasst. Damit erhält der Leser zugleich eine Basis, die ihm ein eigenes Urteil erlaubt.

So hilfreich das für den Fachmann ist, der interessierte Laie wird wohl durch den wissenschaftlichen Apparat und die umfassenden Kommentare eher abgeschreckt. Natürlich dient diese Publikation vor allem der Erweiterung der wissenschaftlichen Diskussion auf der Basis sowjetischen Archivmaterials. Aber wer sich anschließend oder ausschließlich dem Bericht Tjul'panovs widmet, findet, natürlich aus sowjetischer Sicht, ein Buch über die SBZ-Gesellschaft und ihrer Steuerung aufgeblättert, das kaum spannender erzählt werden kann.

Hier liest man natürlich das Bemühen von Tjul'panovs Propagandaverwaltung (ab 1947 Informationsverwaltung) heraus, den gesellschaftlichen Umwälzungsprozess in der SBZ so intensiv wie möglich nach sowjetischen Intentionen und Modell zu steuern. Aber das war ja Zweck des Rechenschaftsberichtes. Es wird deutlich, dass man mit den Gegnern der Bodenreform, der Zwangsvereinigung von SPD und KPD (meist aus der Sozialdemokratie) und der Enteignungs- und Verstaatlichungspraxis der SMA kurzen Prozess machte. Moskau und die SMAD handelten nach dem eigenen gesellschaftspolitischen Verständnis und das war der Sozialismus. In der kommunistischen Weltanschauung lagen die Wurzeln des Nationalsozialismus eben im Industrie- und Finanzkapital und im Junkertum, die es nun auszumerzen galt. Auch dieses Selbstverständnis dringt aus dem Bericht hervor, ebenso wie Siegermentalität und die Erwartung, dass sich das deutsche Volk endlich fügen möge.

Man erlebt das Ringen um die Besetzung der Regionalverwaltungsorgane mit möglichst vielen Mitgliedern der SED ebenso hautnah wie den Kampf um eine wirksame SED-Parteiorganisation in den Westzonen. Das Scheitern der SED, der Volkskongressbewegung oder sozialistischer Ideen im Westen wurde natürlich den westlichen Besatzungszonen und nicht der mangelnden Attraktivität des ostdeutschen gesellschaftlichen Umkämpfens angelastet. Der „Klassenkampf“ zwischen Imperialismus und Sozialismus ist dem Dokument inhärent, zum einen, weil es in allen Etappen die Konflikte und Divergenzen zwischen Ost und West widerspiegelt, zum anderen, weil der Bericht für die Verteidigung der Arbeit der Informationsverwaltung auch die Schuldfrage klären wollte. Nicht minder offensichtlich ist die Suche nach Gegnern in den Blockparteien der SBZ. Alle gesellschaftlichen Kräfte in der SBZ werden genau analysiert, ihre Treue zu den „Idealen der Arbeiterklasse“, aber auch das Potenzial ihrer Gegnerschaft.

Im Folgenden widmet sich der Tjul'panov-Bericht der Kultur und der Kunst in der frühen SBZ. Auch hier entsteht ein interessantes Bild der sich herausbildenden ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft und ihrer sowjetischen Beeinflussung.

Tatsächlich verdeutlicht der Bericht, wie die SBZ-Nachkriegsgesellschaft von der SMAD und speziell von der Informationsverwaltung gesteuert und auf prosowjetischen Kurs gebracht wurde. Die „besten“ Verhältnisse, die man hier für Nachkriegsdeutschland im sowjetischen Interesse entwickeln konnte, waren sowjetische Verhältnisse. Der Bericht Tjul’panovs zeichnet dieses Bestreben in aller Deutlichkeit nach. Allerdings ist der Bericht nicht das Dokument, an dem sich die sowjetische Deutschlandpolitik in ihrem Zick-Zack-Kurs und in feinen Verästelungen widerspiegelt, ja gar nicht widerspiegeln kann. Im Gegenteil: Die Propagandaverwaltung war nur ein kleiner Bereich der SMAD. Nicht hier und nicht in der SMA wurde Außenpolitik gemacht. Sie wurde hier „nur“ maximal umgesetzt. Tjul’panovs Aufgabe war die Anleitung der gesellschaftlichen Kräfte, die Deutschland in die sozialistische Zukunft führen sollten: die Parteien, Gewerkschaften, Massenorganisationen und Medien sowie Kunst und Kultur. Das dabei angelegte Selbstverständnis war das sowjetische.

Der Bericht zeigt in vielen Details die Bemühungen der SMAD, das sowjetische Gesellschaftsmodell in der SBZ nachzubilden und wirksam durchzusetzen. Er dokumentiert jedoch auch, dass Moskau vom Verlierer des Krieges erwartete, er werde sich bedingungslos in das „fortschrittliche sozialistische System“ der Sowjetunion einfügen. Für die Sowjets war Deutschland noch immer das Land der großen Vordenker der kommunistischen Idee, das Land mit der scheinbar einflussmächtigsten Arbeiterklasse.

Gerhard Wettig hat in seinem Fazit Recht: Es war Ziel der sowjetischen Deutschlandpolitik, in diesem mächtigen mitteleuropäischen Staat das aus eigener Sicht fortschrittlichere Gesellschaftssystem des Sozialismus zu errichten – ebenso wie in den anderen sowjetisch besetzten osteuropäischen Ländern, die Moskau als „Cordon sanitaire“ gegen den Imperialismus zum Schutz des eigenen Herrschaftssystems zu benötigen glaubte. Stalin war zugleich der Meinung, mit Denazifizierung, Dekartellisierung, Demilitarisierung und Demokratisierung hätten sich auch die Westmächte zu einem radikalen gesellschaftlichen Wandel in ihren Zonen verpflichtet.

Der sowjetische Diktator sah sich bald machtlos gegenüber der westlichen Politik und in seinem Einfluss auf ganz Deutschland, und er wollte umso mehr das halbe Deutschland ganz. Es sei aber davor gewarnt, diese Sichtweise Stalins und der KPdSU-Führung auf die folgenden Jahre einfach fortzuschreiben und in der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht auch eine Realpolitik zu erkennen, die sich an den Gegebenheiten und Möglichkeiten im Machtpoker orientierte. Das aber kann – und das ist das schöne – der geneigte Leser für sich bei der Lektüre dieser Publikation herauslesen.

Es ist ein großes Verdienst Wettigs, mit dem Tjul’panov-Bericht der Wissenschaft ebenso wie dem interessierten Leser ein Stück Zeitgeschichte zur Deutschlandpolitik Moskaus in die Hand gegeben zu haben. Der Bericht liest sich spannend und gibt tiefe Einblicke in die Zeit von Oktober 1945 bis Oktober 1948 und die sowjetischen Intentionen bei der Umgestaltung der Gesellschaft und der Kultur in der SBZ. Das Hannah-Arendt-Institut hat mit dem 63. Band seiner Berichte und Studien ein gutes und empfehlenswertes Buch publiziert.

Johannes Frackowiak (Hg.):

**Nationalistische Politik und Ressentiments.**

**Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart**

(Berichte und Studien 64),

Göttingen 2013 (V&R unipress), 313 S.

*Rezension von Christoph Schutte in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 64 (2015) 2, S. 294–295*

Die deutsch-polnischen Beziehungen stellen innerhalb der deutschen Geschichtsschreibung über Ostmitteleuropa nach wie vor ein besonders intensiv behandeltes Themengebiet dar. Wie vielfältig die in diesem Zusammenhang betriebenen Einzelprojekte sind, haben nicht zuletzt die mittlerweile drei Tagungen Deutsche Polenforschung seit 2010 gezeigt. Parallel dazu schlug sich diese Entwicklung in der Konzipierung eines fünfbändigen Handbuchs nieder (Dieter Bingen, Hans-Jürgen Bömelburg u. a. [Hg.]: WBG Deutsch-polnische Geschichte, Darmstadt 2014 ff.). Jede neu hinzukommende Publikation sollte sich also um eine präzise methodische Verortung bemühen.

Der von Johannes Frackowiak herausgegebene Band, der auf einem im September 2011 vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden veranstalteten Workshop beruht, widmet sich einer Fragestellung, die auf den ersten Blick etwas aus der Zeit gefallen zu sein scheint. In den zurückliegenden beiden Jahrzehnten suchte die deutsche und polnische Forschung, wenn man vom Zweiten Weltkrieg absieht, doch eher nach Kontakten zwischen den beiden Nationen, Stichworte wie „Akkulturation“, „Lernen vom Gegner“ oder „Verflechtungsgeschichte“ prägten den Diskurs. Dass sich die Beiträge dem „Einfluss von Nationalismus und nationalistischer Politik auf die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen“ (S. 7 ff.) widmen, könnte mit der politischen Entwicklung im 21. Jh. zusammenhängen, wie der Herausgeber in seiner Einleitung andeutet: Es sei z. B. nach möglichen nationalistischen Ressentiments in der polnischen Bevölkerung unter der Regierung Jarosław Kaczyńskis zu fragen.

Nun liegt Kaczyńskis Regierungszeit schon einige Jahre zurück, und die Autorinnen und Autoren der zwölf chronologisch angeordneten Beiträge streben auch nicht



gezielt danach, Parallelen zwischen der Tagespolitik und der vielschichtigen deutsch-polnischen Vergangenheit zu ziehen. Der Band wirkt in der Gesamtschau eher wie ein Handbuch, das in fünf Abschnitte untergliedert einen Überblick über zwei Jahrhunderte deutsch-polnischen Gegen- und Miteinanders geben will. Diesen Eindruck unterstreichen Beiträge zu allgemeineren Themen, insbesondere die von Christoph Kleßmann und Frackowiak zur Polenpolitik des Kaiserreichs, von Uwe Müller zu den entsprechenden wirtschaftlichen Maßnahmen vor 1918 oder von Markus Roth zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik. Hier schöpfen die Verfasser, ohne wirklich neue Erkenntnisse vorlegen zu wollen, aus ihrer breiten Literatur- und Quellenkenntnis. In dem recht allgemein geratenen Fazit von Kleßmann und Frackowiak, „auf historische Perspektiven und Analysen zurückzugreifen, auch wenn sich daraus keine einfachen Lehren für politische Probleme ziehen lassen“ (S. 38), wird dann aber doch auf eine mögliche tagespolitische Relevanz der untersuchten Fragestellung Bezug genommen. Der fünfte und letzte Abschnitt zum Zeitraum seit 1989 enthält nur einen einzigen Beitrag, in dem sich Tytus Jaskułowski mit den Ressentiments im deutsch-polnischen Verhältnis beschäftigt. Zwar ist es in konzeptioneller Hinsicht nie überzeugend, durch ein eigenes Kapitel einen Schwerpunkt vorzugaukeln, ohne ihn dann mit einer hinreichenden Anzahl von Beiträgen zu füllen, aber vielleicht lässt sich im vorliegenden Fall daraus auch die Erkenntnis ableiten, dass nationalistisches Denken im 21. Jh. im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen kein sonderlich ergiebiges Forschungsfeld darstellt.

Insgesamt liegt hier also eher ein Sammelband im klassischen Sinne vor. Die Mehrzahl der Zeitabschnitte wird durch Fallstudien repräsentiert, wobei zwei Beiträge nicht nur durch ihren größeren Umfang, sondern auch dadurch hervorstechen, dass sie neues Quellenmaterial erschließen und nicht, wie einige andere Aufsätze dieses Bandes, auf bereits veröffentlichten Qualifikationsschriften beruhen: Mike Schmeitzner nimmt die politischen Aktivitäten des an der Königlichen Akademie in Posen lehrenden Historikers Alfred Herrmann in den Blick. Herrmann engagierte sich seit Ende 1918 sowohl in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei als auch an der Spitze des Deutschen Volksrates, der sich als Selbstverwaltungsorgan der Deutschen in der vom Zerfall bedrohten Provinz Posen verstand. Indem Schmeitzner detailliert Herrmanns Lavieren zwischen Annäherungsversuchen an die im Entstehen begriffene polnische Staatsgewalt und polenfeindlicher Propaganda schildert, führt er beispielhaft vor Augen, dass nationalistisches Gebaren, sei es von deutscher oder von polnischer Seite, fast immer auch von einem gegenläufigen, auf Verständigung oder gar Versöhnung abzielenden Verhalten aus demsel-

ben nationalen Lager flankiert wurde, gegen das es sich ebenso richtete wie gegen das nationale Gegenüber. Im Zweiten Weltkrieg hingegen, das zeigt der ausführliche Beitrag von Frackowiak zur Deutschen Volksliste, war zwar keinerlei Verständigung mehr vorgesehen, aber es gelang den Besatzern auch nicht, die Diskriminierung einheitlich durchzuziehen: Während im Reichsgau „Wartheland der Kreis der Einzudeutschenden deutlich enger gezogen“ worden sei (S. 209), hätten die Verantwortlichen des Reichsgaues Danzig-Westpreußen eine „inklusive, an die frühere preußische Assimilationspolitik erinnernde Germanisierungspolitik“ betrieben (S. 206). Mit seiner geplanten Monografie zu dieser Thematik hat der Verfasser eine eklatante Forschungslücke aufgegriffen.

Manfred Gailus/Clemens Vollnhals (Hg.):  
**Mit Herz und Verstand. Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik**  
 (Berichte und Studien 65),  
 Göttingen 2013 (V&R unipress), 280 S.

*Rezension in: fachbuchjournal, 2/2015*

Die Bekennende Kirche, die Oppositionsbewegung evangelischer Christen gegen die Gleichschaltung von Lehre und Organisation der Deutschen Evangelischen Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus, äußert sich in ihrer 1937 veröffentlichten Schrift „Wir rufen Deutschland zu Gott“ auch zur Frauenbewegung. Diese habe in der Weimarer Republik dazu geführt, dass sich die Frauen bedauerlicherweise für Politik interessieren, sich in weltlichen Vereinen betätigen und über Gebühr am öffentlichen Leben teilnehmen. Außerdem sei die Frauenbewegung für den Geburtenrückgang verantwortlich, und sie stellt „den so zahlreich gewordenen Fräulein Doktors und den großen Vereinsdamen die – auch wenn sie weniger gebildet sei – gute deutsche Mutter gegenüber, die Kinder gebäre und diese dann auch ordentlich erziehen würde“ (S. 7). In den historischen Darstellungen zur Bekennenden Kirche werden dann auch in erster Linie ihre sog. großen Männer wie Otto Dibelius, Helmut Gollwitzer und Martin Niemöller gewürdigt. Die Frauen aber, die einen wesentlichen Anteil in der Bekennenden Kirche ausmachen, werden verschwiegen oder in die zweite Reihe gesetzt. Die Publikation „Mit Herz und Verstand“ korrigiert dies beeindruckend und stellt in einer Auswahl in elf biografischen Beiträgen protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik vor. Viele der hier porträtierten Frauen entfalten sich „im besonderen kulturellen Biotop Berlins zu jenen außergewöhnlichen Persönlichkeiten, deren Wortmeldungen und deren Lebensleistungen hier gewürdigt werden sollen“ (S. 14). Sie stehen zur Bekennenden Kirche,



kritisieren aber das patriarchalische Frauenbild der Führung, vermissen eine eindeutige Stellungnahme gegen die Rassenpolitik und plädieren für eine umfassende Hilfe für in Not geratene Menschen. Gewürdigt werden u. a. Elisabeth Schmilz, die 1935 die Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ verfasst und ein klares Bekenntnis der Führung der Bekennenden Kirche zur „Judenfrage“ fordert, Elisabeth Schiemann, die als Biologin den Nationalsozialismus strikt ablehnt und verfolgten Juden bei der Emigration oder beim Untertauchen in Deutschland hilft, Margarete Meusel, die praktische Hilfe für die Christen jüdischer Herkunft und für von der Deportation bedrohte Juden leistet, Helene Jacobs, die untergetauchte Juden versteckte und gefälschte Pässe verschaffte, sowie die Töchter des renommierten Theologen und Kirchenhistorikers Adolf von Harnack, Agnes von Zahn-Harnack und Elisabeth von Harnack, die jüdische Mitbürger auf verschiedene Art und Weise unterstützen. Dass dies nur eine kleine Auswahl ist, zeigen weitere Namen, die in den Beiträgen genannt werden und über die der Leser gern mehr erfahren würde wie Etta von Oertzen, Hildegard Schaeder, Gertrud Staewen und Melanie Steinmetz.

Fazit: Die Porträts singulärer Frauenpersönlichkeiten, die auf eine öffentliche Veranstaltung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung am Rande des Dresdner Kirchentags 2011 zurückgehen, sind eine sehr gute Grundlage für eine umfangreichere Publikation zur Rolle der Frauen in der Bekennenden Kirche.

*Rezension von Antonia Leugers in:  
Neue Politische Literatur, 59 (2014), S. 154 f.*

Der von Manfred Gailus (Berlin) und Clemens Vollnhals (Dresden) herausgegebene Sammelband, mit Beiträgen von vier Autorinnen und neun Autoren, verdankt sich einer Veranstaltung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (2011) zum Widerstand von vier Frauen der Bekennenden Kirche gegen die NS-Rassenpolitik. Um sieben Aufsätze erweitert bietet der Band durch die Einleitung, das Personenverzeichnis sowie die Fotos der Protagonistinnen orientierende und anschauliche Ergänzungen.

Die meisten der porträtierten Frauen sind bekannt, weil sie bei Nachforschungen zur Geschichte der protestantischen Theologinnen und zu Frauen, die in der NS-Zeit Gefängnishaft, KZ-Einlieferung oder Hinrichtung erlitten, schon in den Blick kamen. Nicht zuletzt waren diejenigen Frauen hervorgetreten, die wegen der Rettung Verfolgter als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt und mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden waren. Die Besonderheit des Sammelbandes liegt darin, diese zwischen 1881 und 1906 geborenen Protestantinnen erstmals vergleichend vorzustellen. Die Herausge-

ber heben einleitend für die Mehrheit einen zeittypisch komplizierten akademischen Frauenbildungsweg hervor, dem zumeist spezifische Berufsfelder in Schule, Wohlfahrtseinrichtungen oder pastoralen Bereichen folgten. Die Mehrzahl lebte und die insbesondere auch kirchliche Wohlfahrts- und Pflegeeinrichtungen betrafen oder im privaten Umfeld wirksam wurden (so war beispielsweise Zahn-Harnacks Bruder von Geburt an geistig behindert). Margarete Meusel setzte sich vergeblich für kirchliche Proteste ein. Was aber bedeutete dies für ihren Berufsalltag in evangelischen Wohlfahrtseinrichtungen: Wirkte sie gezwungenermaßen mit? Gab es Rettungsversuche Betroffener? Oder kam dieser Personenkreis, anders als die im lebensgeschichtlichen Umfeld der oben genannten Protestantinnen auftauchenden Menschen, überhaupt nicht in den Blick? Weitere Forschungen in Fortsetzung des wichtigen Bandes von Manfred Gailus und Clemens Vollnhals sind demnach äußerst wünschenswert.

Christoph Wovtscherk:

**Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?**

Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991 (Berichte und Studien 66), Göttingen 2014 (V&R unipress), 259 S.

*Rezension von Peter Thaler in:  
German Studies Review, 38 (2015) 3, S. 707 f.*

Together with Rostock-Lichtenhagen, the Saxon town of Hoyerswerda became a symbol for anti-immigrant attitudes in the newly reunified Federal Republic of Germany (FRG). In the eyes of many observers, radical activists had gained broad local support for attacks on foreigners, demonstrating the aversion of East Germans to cultural diversity. Analysts quickly diagnosed the survival of German nationalism in the former German Democratic Republic (GDR) below the conformist surface of the communist regime. It is this imagery that Christoph Wovtscherk takes issue with in his study. Himself a native of Hoyerswerda, Wovtscherk draws on his personal familiarity with the town and its populace to present a more multifaceted picture of the riots and their origins. In particular, he focuses on the socioeconomic framework in which the unrest took shape. Through a social history of postwar Hoyerswerda, the author investigates the upheavals of local life and their psychological consequences. Wovtscherk introduces his study with a discussion of rightwing extremism in postunification eastern Germany. Established research described its proponents as losers of modernization who were disillusioned with the societal realities of the FRG. Wovtscherk, however, is more interested in an alternative approach that searches for

the system-inherent roots of rightist extremism in the former GDR. Interpreting the phenomenon as a reaction to modern East German society and its duality of historical continuity and structural ruptures, he ascribes the violent outbursts to Hoyerswerda's social transformation.

The regions united in the GDR were disconnected from their traditional supplies of coal at the Ruhr and in Upper Silesia. As a consequence, the government promoted the use of domestic lignite. Hoyerswerda's location close to substantial lignite deposits prompted a conscious political decision to turn the town into a socialist model community in 1955. A new settlement – characterized by central planning, functionality, and limited resources – was added to the historical center. Within five years, the population had tripled from below 8 000 to more than 25 000; by the 1970s, it had further expanded to 70 000. A traditional country town was engulfed by a newly created industrial conglomerate. Moreover, the heterogeneous population of Hoyerswerda had only been brought together by economic opportunities. It lacked the familial and civic ties provided by more established communities, and city planners had not provided new spatial and cultural centers to integrate it. All the more damaging was the impact of reunification or, more accurately, of rapid incorporation into the Western political and economic system. The privatization of state enterprises and the limited competitiveness of the East German lignite industry on the world market undermined the area's economic foundations.

Unemployment and emigration became new realities of regional life. The exodus of young locals in search of employment further west did not constitute the only demographic change, however. Incorporation into the West German state also integrated the former GDR into international migratory streams. The steep increase in asylum seekers in the early 1990s brought several hundred to Hoyerswerda, adding a new element to the already tense climate of a community in economic disarray. To be sure, the East German government had also admitted foreign workers under special agreements with Communist sister countries, but their numbers were restricted to temporary laborers and did not exceed one percent of the total population. Frictions soon arose between locals and the new arrivals, whom a growing number of their neighbors defined as both disruptive and unproductive. These sentiments also mobilized the local Skinhead scene, which had risen as one of the antigovernmental subcultures of the late GDR. The fall of Communism undermined police authority, and after initial uncoordinated riots the year before, a more extended series of violent demonstrations against immigrant quarters shook the small Saxon town in 1991. Although the number of perpetrators was small, the vocal support of onlookers suggested a larger phenomenon. The commotion extended over several days. It

ended with the evacuation of asylum seekers and the arrival of external agitators from both the left and the right, battling each other as well as the police.

Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? provides a thoroughly researched description of the anti-immigrant riots in Hoyerswerda in 1991, with a solid foundation in post-war social history. The details of city planning and urban development may not captivate the reader, but they provide a necessary background for the social dynamics of this rapidly changing municipality. For the actual protests and their biographic and ideological prehistory, the author largely relies on police and court reports, with all the possibilities and challenges this entails. From the analysis of these sources, he concludes that the protests primarily were the climax of prolonged social dissatisfaction in an unstable boomtown.

The study reflects its origins as a dissertation. Its attention to detail and its close adherence to original source material are laudable but come with a price. Not only do they limit the potential readership of the study but at times the presentation of the material also overshadows its analysis. Since the author wants to promote an alternative interpretation of the riots, a greater focus on interpretation would have strengthened his argument. Wowtscherk's emphasis on the social origins of the protests may very well be correct, but it would have profited from a clearer documentation of the causal relationship. In spite of these limitations, the study casts considerable light on an episode of German reunification that is often discussed in journalistic rather than scholarly terms. Its sober approach and abundant source material should encourage subsequent investigations. The study will therefore prove of particular value to other researchers.

Claudia Bade/Lars Skowronski/Michael Viebig (Hg.):

**NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg.**

Disziplinierungs- und Repressionsinstrument in europäischer Dimension

(Berichte und Studien 68),

Göttingen 2015 (V&R unipress), 288 S.

*Rezension von Christine Schoenmakers in: sehepunkte, 15 (2015) 7/8*

Im Juli 2002 hob der Bundestag die Unrechtsurteile der Wehrmachtjustiz gegen Deserteure auf. Dass es dazu überhaupt kam, ist das Verdienst einer jüngeren Generation von Historikern, die die Geschichtsschreibung der ehemaligen Wehrmachtrichter kritisch hinterfragten: Forscher wie Manfred Messerschmitt und Fritz Wüllner eröffneten in den 1980er-Jahren eine differenzierte Debatte über das Thema, das bis heute trotz der Vielzahl an Studien lange nicht ausgeforscht ist.

„NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg“ ist ein jüngst von Claudia Bade, Lars Skowronski und Michael Viebig herausgegebener Aufsatzband, der aus langjähriger Forschung am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und der TU Dresden resultiert. Die 15 Beiträge decken in drei Teilen ein breites Spektrum aktueller Erkenntnisse zur Wehrmachtjustiz ab, widmen sich Forschungslücken und werfen neue Fragen auf. Zunächst geht es um neue Perspektiven auf Quellen und Forschung, dann wird die europäische Dimension der NS-Militärjustiz beleuchtet, ehe man sich schließlich auf die Akteure und ihre Strafpraxis fokussiert.

Peter Kalmbach leitet mit einem Überblick über Besatzungsgerichtsbarkeit und -strafrecht zwischen 1939 und 1945 ein. Beides war durch eine Vielzahl an Justizorganisationen geprägt, die der Wehrmacht, dem Reichsjustizministerium, der lokalen Zivilverwaltung oder der SS unterstanden. Angesichts dieser Komplexität plädiert Kalmbach dafür, die deutsche Besatzungsgerichtsbarkeit nicht als monolithischen Block, sondern mit der notwendigen Differenzierung zu betrachten. Michael Viebig verweist dazu auf den Dokumentenbestand des Reichskriegsgerichts im Militärgeschichtlichen Archiv in Prag, der noch nicht systematisch untersucht worden ist. Er gibt einen profunden Einblick in die Arbeitsweise dieser Terrorinstitution und ist damit für die internationale Forschung von großer Bedeutung. Maria Fritsche schlägt als neues Analysemodell einen gendertheoretischen Ansatz vor: Die besonders harten Strafen für Deserteure seien Ausdruck der Sozialisierung der Militärrichter mit bestimmten Idealen von Männlichkeit und „Manneszucht“ gewesen – Werte, die schon im Kaiserreich anerkannt waren und die die Nationalsozialisten für ihre Zwecke erfolgreich einspannten.

Teil 2 beschäftigt sich mit der NS-Militärjustiz in Polen, Belgien, Frankreich, Italien und Norwegen. In Polen, so Ryszard Kaczmarek, waren die zahlreichen Urteile gegen fahnenflüchtige polnische Wehrmachtssoldaten Resultat der deutschen Germanisierungspolitik: Rund 2,5 Millionen Polen bekamen die deutsche Staatsbürgerschaft nachträglich verliehen – die Voraussetzung dafür, dass der männliche Teil nun (wider Willen) zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Christoph Brüll arbeitet am Beispiel Belgiens die unklaren Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen deutscher und einheimischer Justiz heraus. Diese führten zu permanenten Eingriffen der Besatzer in die belgische Gerichtsbarkeit. Auch stellt Brüll fest, dass die NS-Militärjustiz in Belgien wegen Überlastung kaum die geforderte Schlagkraft aufbrachte, sondern sogar Fälle ins „Altreich“ abgeben musste. Die Kompetenzkonflikte zwischen Justizbehörden, Zivilverwaltung und Polizeiorganisationen radikalisierten nach Gael Eismann auch in Frankreich die Besatzungsgerichtsbarkeit, zumal vor

dem Hintergrund der sich abzeichnenden Niederlage in Stalingrad. Ebenso sollten Militärgerichte im besetzten Italien seit 1943, so Kerstin von Lingen, systematisch jeglichen Widerstand gegen die Besatzer im Keim ersticken. Die Justiz ordnete sich der SS unter, die Verfahren gegen angebliche „Partisanen“ vor eigenen Sondergerichten aburteilen ließ. Für Norwegen konstatiert Magnus Koch, dass zunächst allein die Wehrmachtjustiz für die strafrechtliche Verurteilung Einheimischer zuständig war. Dies änderte sich ab Herbst 1941, als wesentliche Kompetenzen auf SS und Polizei übergingen.

Trotz lokaler Spezifika sind Parallelen in den fünf Ländern zu erkennen. So führten die Konflikte zwischen Justiz und SS zur Eskalation der Strafpraxis. Der politische Druck auf die Richter verfehlte seine Wirkung nicht. Die Gerichte verfolgten eine Politik gnadenloser Abschreckung, gefördert durch die weite Auslegung von Generalklauseln und der Außerkraftsetzung geltender Rechtsnormen – bei „rechtsstaatlichem“ Ablauf der Verfahren. Vorauseilender Gehorsam spielte bei der Radikalisierung der Justiz eine wichtige Rolle, auch wenn (oder gerade weil) die Juristen Handlungsspielräume besaßen – sie nutzten sie aber kaum zugunsten der Angeklagten.

Zu diesem Schluss kommen die Beiträge von Kerstin Theis, Albrecht Kirschner, Detlef Garbe und Claudia Bade in Teil 3. Die Dolchstoßlegende, so Theis, wirkte bei den Richtern: Die kaiserliche Justiz habe Desertion im Ersten Weltkrieg nur milde abgestraft und sich damit an der Niederlage mit schuldig gemacht. Für viele NS-Juristen war das ein Rechtfertigungsgrund, gegen Fahnenflüchtige die höchste Strafe zu verhängen. Kirschner und Bade betonen, dass auch unter extremen Umständen Freiheiten bei der Strafmaßdefinition sowie Alternativen der Urteilsfindung bestehen blieben. Die Richter hätten diese nutzen können, verzichteten aber aus persönlicher Überzeugung darauf. Ihre eigene Strafpraxis sahen sie nicht als Willkür an. Im Gegenteil: Sie orientierten sich penibel an den NS-Gesetzen und hielten formal das Verfahrensrecht ein.

Den Band runden die Aufsätze von Peter Steinkamp und Lars Skowronski ab, die sich mit dem Strafvollzug bzw. dessen juristischer Ahndung nach 1945 auseinandersetzen. Steinkamp untersucht die Feldstrafgefangenenlager, die wegen ihrer inhumanen Bedingungen berüchtigt und gefürchtet waren. Zahlreiche von Ärzten und Lagerpersonal bewusst ignorierte Hungertodesfälle weisen auf eine Praxis der systematischen „Vernichtung durch Arbeit“ hin. Nach Kriegsende ermittelten die Justizbehörden in der SBZ/DDR gegen ehemalige Wachleute und verurteilten laut Skowronski 1947 drei Angeklagte zu langen Haftstrafen. In der Bundesrepublik begannen die Staatsanwaltschaften 1952 umfangreiche Untersuchungen. Allerdings kam es zu keinem Verfahren, da viele Taten

verjährt oder die Beschuldigten verstorben waren. Der Band kann interessierten Fachfremden genauso empfohlen werden wie versierten Militärgeschichtlern, da er zum einen neue Wege für die Grundlagenforschung aufweist, zum anderen auf wertvolle, noch nicht analysierte Quellenbestände aufmerksam macht. Die fünf Länderbeispiele zeigen, dass es sich lohnt, die regionalen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Justiz in den besetzten Gebieten herauszuarbeiten. Gerade, was die dortige Strafpraxis betrifft, bestätigt der Band Forschungen zur Ziviljustiz im „Altreich“. So fördern die 15 Beiträge neue erschütternde Details über die Besatzungsgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg zutage.

Uwe Backes/Anna-Maria Haase/Michail Logvinov/  
Matthias Mletzko/Jan Stoye:

**Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen**

(Berichte und Studien 69), Göttingen 2014  
(V&R unipress), 309 S.

*Rezension von Lars Normann in:  
Das Historisch-Politische Buch, 3/2015, S. 285*

Uwe Backes und seine Mitarbeiter haben bereits in der Vergangenheit mit verschiedenen Studien zur rechtsextremen politisch motivierten Gewalt auf sich aufmerksam gemacht. Sie reißen sich damit ein in ein seit den 1990er-Jahren viel beforschtes Gebiet. Die vorliegende von der sächsischen Staatsregierung geförderte Studie erhebt den Anspruch, „Pilotcharakter“ zu besitzen, da sie die im Mittelpunkt stehenden „Mehrfach- und Intensivtäter“ (MIT) „erstmalig auf breiter Quellengrundlage systematisch analysiert: Polizeidaten, Untersuchungsakten, nachrichtendienstliche Informationen, Szeneschriften und Interviews [...]“ (S. 13) werden nicht nur genutzt, sondern auch quellenkritisch eingeordnet. Im Fokus der Auswertung steht der „Nährboden des Rechtsterrorismus“, hier am Beispiel Sachsens, strukturiert und methodisch sowie inhaltlich von vielen Seiten für die Zeit von 2001–2011 beleuchtet. So finden sich nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Auswertungen zu Täterperspektive, Taten, Fallgruppen, Opferperspektive, Medien und Sozialbiografisches. Die einzelnen Kapitel werden den jeweiligen Autoren zugeordnet, der theoretische Zugriff und die Struktur der einzelnen Kapitel variiert. Der Abschnitt zur Problemstellung und zum Forschungsansatz nimmt für sich ein, weil sich bereits hier eine unabhängige Sichtweise der Autoren zeigt. Besonders im Forschungsstand (S. 25 ff.) werden Hypothesen der Rechtsextremismus- und Radikalisierungsforschung vergleichend überprüft und werbend für die hier eingesetzte multifaktorielle Analyse überführt. Im Endergebnis werden die für eine gegenwärtige

Rechtsextremismusanalyse und Präventionsstrategie wichtigen Befunde zusammengeführt: gegen links gerichtete Konfrontations- statt fremdenfeindliche Gewalt, heterogene Gewaltkarriere ohne ein stark ausgeprägtes ideologisches Weltbild, strukturierte Gruppentaten, tatrelevante Einflüsse von Medien sowie NPD- und Rockerinflüsse. Aus den Ausführungen zu den „motivationalen Ideologiefragmenten“ ergeben sich im Kern keine neuen Erkenntnisse. Die strategischen Grundlegungen für die „leaderless resistance“ und „lone wolf“-Terrorkonzeptionen werden von den Autoren hier verortet und sind im Zusammenhang des NSU und Breivik zu sehen. Jedoch ist die Feindbildthese vor dem Hintergrund der Konfrontationsgewalt schlüssig. Der Band enthält eine sehr ausführliche Beschäftigung zum ubiquitären Thema „Rechtsrock“, hier hätte die Präsentation der regionalen Befunde ausgereicht. Die gut lesbare Studie richtet sich in ihrer analytischen Tiefe an das Fachpublikum. Der breite methodische und theoretische Zugriff macht das Werk zu einer Pilotstudie, jenseits der benutzten Quellen. Die Vorgabe eines Zwischenfazit für jeden Autor wäre hilfreich gewesen.

*Rezension von Stefan Locke in:  
FAZ vom 15. Dezember 2014*

Rechtsextreme Gewalt in Sachsen trifft vor allem Andersdenkende und politische Gegner. Die Täter kommen meist aus geordneten Verhältnissen, und sie gehen gezielt vor. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten je 100 000 Einwohner war in Sachsen in den vergangenen Jahren doppelt so groß wie im Bundesdurchschnitt. Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) untersuchte deshalb in einer Studie vor allem rechtsradikale Mehrfach- und Intensivtäter, die für einen Großteil der Taten verantwortlich sind und deshalb bei politisch motivierter Gewalt eine Schlüsselrolle spielen. Die Forscher betrachteten dafür die Gerichtsakten von 461 Mehrfachtätern aus den Jahren 2001 bis 2011, die je mindestens zwei Gewaltdelikte begangen hatten, sowie von 70 Intensivtätern unter ihnen, auf deren Konto mindestens je vier Gewalttaten gingen. Daraus erstellten sie Täter- und Opferprofile sowie Radikalisierungsmuster. Im Vergleich zu rechtsextremer Gewalt in anderen Teilen Deutschlands kamen dabei deutliche Unterschiede ans Licht. So sei in Sachsen der Anteil der fremdenfeindlichen und antisemitischen „Hassdelikte“ an den Gewalttaten bei dieser Tätergruppe geringer als auf Bundesebene, vielmehr richte sich die Gewalt gezielt gegen politische Gegner. Das liege weniger am sehr geringen Ausländeranteil in Sachsen, sondern daran, dass es „besonders viele potenzielle Täter“ gebe, „die nach ‚geeigneten‘ Opfern suchen“, erklärt Uwe Backes, stellvertretender Leiter des HAIT. Noch wichtiger sei auch die „höhere Intensität des Konfrontationsgeschehens“ gewesen, etwa



bei Demonstrationen der NPD, die im Untersuchungszeitraum für zwei Landtagswahlen mobilisierte.

Der Untersuchung zufolge handelten die Täter selten einzeln und spontan, sondern in „außerordentlich hohem“ Maße in Gruppen und gezielt. Viele seien gleich mehrfach in Kameradschaften, Freizeitcliquen oder losen Vereinigungen präsent. Manche der Intensivtäter seien hoch bis extrem ideologisiert und begingen meist über viele Jahre hinweg Straftaten. Der größere Teil von ihnen schließe sich dagegen meist den in den jeweiligen Gruppen verbreiteten Feindbildern an.

„Die Gefahr für potenzielle Opfer ist gleichwohl sehr hoch“, heißt es in der Studie. „Jeder zweite Intensivtäter war an mindestens einer Tat beteiligt, die mit dem Tod des Opfers hätte enden können.“ Intensivtäter gehen demnach nicht nur häufiger, sondern auch brutaler vor. Sie schlugen ihren Opfern bevorzugt die Köpfe ein und hörten auch dann nicht auf, als die Attackierten bereits am Boden lagen. Dort mussten sie weitere Schläge am ganzen Körper auch mit Hiebwerkzeugen oder Werkzeugen in einer Brutalität ertragen, die einem Tötungsvorsatz gleichkommt.

Zwölf von 64 lebensbedrohlichen Taten in diesem Zeitraum stufen die Forscher als „Exzesstaten“ ein, wovon lediglich sieben als vollendete oder versuchte Tötung in der offiziellen Statistik auftauchen. Vor allem bei versuchter Tötung gebe es aufgrund von „Bewertungsunsicherheiten“ bei Polizei und Justiz eine „Tendenz zur Untererfassung“ von Tötungsdelikten, sagt Backes. So schlummere in der Statistik rechtsextremer Gewalttaten „eine nicht geringe Zahl“ gefährlicher Körperverletzungen, die „aufgrund herausragender Tatqualitäten [...] eigentlich als versuchtes Tötungsdelikt eingestuft werden müssten“. Dass dem bisher nicht so ist, sei „äußerst irritierend und unbefriedigend“, sagt auch Mitautor Matthias Mletzko.

„Hier gibt es zu große Ermessensspielräume, da sollte das Bundeskriminalamt eine klare Vorgabe machen.“

Nahezu alle der untersuchten Täter waren männlich, ledig und zwischen 14 und 25 Jahren alt, der Frauenanteil lag bei drei Prozent; unter den Intensivtätern befanden sich ausschließlich Männer. Nur zehn Prozent der Täter hatten eine feste Arbeitsstelle, ein Teil von ihnen war Schüler oder in Berufsausbildung, die Mehrzahl war jedoch arbeitslos. Die naheliegende Vermutung, wonach die meisten von ihnen aus problematischen Verhältnissen kämen, erwies sich jedoch als falsch. Nicht einmal unter den Intensivtätern seien „familiäre Diskontinuitäten und Disharmonien“ wesentlich häufiger zu verzeichnen als im Bevölkerungsdurchschnitt. In der Mehrzahl der Fälle sei in den Gerichtsakten sowie Berichten der Jugendgerichtshilfe von „unproblematischen, stabilen und geordneten Familienverhältnissen“ die Rede.

Insgesamt identifizierten die Forscher 17 Gruppen mit Intensivtätern, aus denen ganze Gewaltserien verübt worden waren. In diesen Gruppen befanden sich unter anderem der Gründer der sogenannten „Sächsischen Hammerskins“ und ein Akteur der verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“. Ziel der meisten Angriffe sei es gewesen, sogenannte „zeckenfreie Zonen“ zu schaffen sowie politische oder weltanschauliche Gegner einzuschüchtern. Letzteres sei „zu einem nicht unerheblichen Grad“ auch erreicht worden, heißt es in der Studie. Die Täter beschränken sich dabei in der Regel auf ihre Region, die sie zu einer „national befreiten Zone“ machen wollten. Lediglich eine der 17 Gruppen habe sich explizit rassistisch und fremdenfeindlich verhalten; ihr Anführer gleiche mit seinem Handeln dem „Typus eines tötungsbegeisterten Rassisten“.

Zu den Opfern rechtsextremer Gewalt in Sachsen zählt die Studie in mehr als zwei Dritteln der Fälle männliche Jugendliche und Heranwachsende, darunter auch Schüler und Studenten, die einen alternativen Lebensstil pflegten, der linken Szene angehörten, sich als Antifaschisten bezeichneten oder linke Politiker seien. Zehn Prozent der Angriffe richteten sich gegen Fremde, sieben Prozent gegen Polizisten. Fast alle Taten ereigneten sich an öffentlichen Orten wie Jugendclubs oder Treffpunkten von Alternativen und Linken. Nur etwa ein Fünftel der Opfer habe Gegenwehr geleistet, die Mehrzahl habe stattdessen versucht, Hilfe zu holen, auszuweichen oder zu flüchten. Die Forscher betonen, dass die Ursachen dieser Auseinandersetzungen gerade nicht in jugendtypischen Konflikten, sondern nahezu ausschließlich im Hass der rechtsextremen Täter auf das Anderssein ihrer Opfer lägen. Diese wiederum ließen sich nicht einem „cliquenbezogenen, delinquenten und rauschorientierten Cluster“ zuordnen. Weder bei den politischen noch bei den fremdenfeindlichen Gewalttaten seien „Konfliktmuster abseits der ideologischen Schützengräben“ festzustellen gewesen.

Darüber hinaus blickten die Forscher auch auf das Umfeld der Intensivtäter und ihrer Gruppen. Fast alle seien auf unterschiedliche Weise mit der NPD, der Hooligan-Szene und dem Rockermilieu verbunden. Vor allem die Jugendorganisation der NPD wirke als „ideologisches Relais“. Eine Auswertung sächsischer Szenemedien ergab, dass die angelsächsische „White Power“-Szene auf den rechtsradikalen Nachwuchs besonders attraktiv wirke, weil sie rassenideologische Elemente der NS-Ideologie mit Ausdrucksformen des Rock und Pop anreichere und auf diese Weise internationalisiere. In diesen Medien werde auch die andere Welt deutlich, in der viele rechtsextreme Gewalttäter lebten. Ihre politische Realität sei durch das Herannahen einer Katastrophe gekennzeichnet. An der Regierung befinden sich demnach Verbrecher, die einen Autogenozid planten. Daraus wiederum leiteten die

Täter einen „Ausnahmestandard“ ab, der sie als „völkische Elite“ zum Handeln mit nahezu allen Mitteln berechtige. Eine bedeutende Rolle bei der Ideologisierung spielt auch der sogenannte Rechtsrock. So fanden die Wissenschaftler in 446 Liedtexten von 34 Bands (darunter neun aus Sachsen) „Ausländer“, „Linke“, „demokratische Politiker“, „Juden“, „Schwarze“ und die „Bundesrepublik Deutschland“ als am häufigsten genannte Feindbilder. Jugendliche, die über Rechtsrock mit der Szene in Berührung kämen, verstünden sich demnach auch nicht mehr als konservativ oder traditionell, sondern lebten vielmehr einen „ereignisorientierten Rechtsextremismus“.

Hans Medick/Jens-Christian Wagner (Hg.),  
übersetzt von Wilfried Prantner/Hans Medick  
Isidor Nussenbaum: **„Er kommt nicht wieder“**.  
Geschichte eines Überlebenden  
(Lebenszeugnisse – Leidenswege, Band 22),  
Dresden 2013 (Selbstverlag StSG), S. 216

*Rezension von Swen Steinberg in: Neues Archiv für  
sächsische Geschichte, 86 (2015), S. 275–278*

Der 1927 in Bautzen geborene und 2012 in Irvine/Kalifornien verstorbene Isidor Nussenbaum versah seine umfangreiche autobiografische Reflexion mit der einleitenden Frage „Warum ein weiteres Holocaust-Buch?“ und beantwortete diese mit der Schilderung seiner eigenen Motive zur Niederschrift: Es war vor allem seine Familie, die ihn immer wieder bat, das erlebte festzuhalten; es war die eigene Erkenntnis, dass seine Erfahrungen in den baltischen Konzentrationslagern eine regelrechte Lücke der Holocaust-Forschung schließen bzw. erschließen würde; und es war die Reflektion der Gegenwart, verbunden mit einem „Wir dürfen das nie wieder zulassen“ (S. 11). Das Verdienst der Herausgeber dieses Bandes besteht darin, eben jene drei Stränge miteinander zu verbinden und in den beigefügten kurzen Artikeln einzuordnen.

Der Buch ist folglich in zwei Teile gegliedert: Der Hauptteil präsentiert die Erinnerungen von Isidor Nussenbaum an die Zeit zwischen ca. 1930 und 1948 (S. 13–158), in einem Anhang wird diese Quelle durch fünf kurze Aufsätze und unter verschiedenen Blickwinkeln kontextualisiert (S. 189–215). Nussenbaum ging allerdings beim Abfassen seiner Erinnerungen über den genannten Zeitraum hinaus und „rahmte“ diese durch zwei Episoden: einleitend findet sich die Beschreibung eines Besuches in Dresden 1994, am Ende seines Textes steht eine epilogische Reflexion über einen Besuch in Bautzen 1998. Hieran zeigt sich bereits, dass Nussenbaums Text weit mehr ist als eine Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus – diese erinnerungskulturellen Intentionen werden vor allem durch den Beitrag von Mirko Pohontsch

über die Rezeption des Autors in Bautzen und die lokale Erinnerung an das jüdische Leben nach 1998 dokumentiert. Mehr noch wird dies aber durch die Gestaltung des Textes deutlich, den Nussenbaum zwar von seiner Person aus schrieb: Er nahm die Arbeit daran nach 1981 auf und schloss diese 2005 in einer englischsprachigen Version ab („He’s Not Coming Here Anymore“); der hier besprochene Band präsentiert eine von Wilfried Prantner und Hans Medick besorgte Übersetzung, die teils noch mit dem Autor besprochen werden konnte. Nussenbaums Text erzählt aber im eigentlichen Sinne die Geschichte seiner Familie – seiner Eltern und seiner vier Geschwister – und lässt diese partiell auch selbst zu Wort kommen. Denn als die Nationalsozialisten am 9. November 1938 den „spontanen Volkszorn“ gegen die jüdische Bevölkerung auch in Sachsen inszenierten bzw. organisierten, war Isidor Nussenbaum in einem Breslauer Internat und erlebte das Pogrom dort. Die Ereignisse in seiner Heimatstadt Bautzen werden aber dennoch geschildert – in einer längeren Textpassage, die sein Bruder Max verfasst hatte (S. 26–33). Dieselbe Intention, nicht nur seine eigene Geschichte, sondern eben auch die seiner Familie gewissermaßen vollständig zu erzählen, findet sich zudem am Ende seines autobiografischen Textes, wo Nussenbaum Erinnerungen Dritter an die letzten Tage und Wochen seiner Mutter und seiner Schwester im Konzentrationslager Stutthof zusammenstellt (S. 165–169). In diesem Zusammenhang ist den eingangs genannten drei Motiven noch ein viertes hinzuzufügen: Dem Autor ging es in seiner Erinnerung, die er in einer „bitter-lakonischen Schärfe und Konkretheit“ (S. 212) formulierte, auch um eine Auseinandersetzung mit Opfern und Tätern, wobei das nationalsozialistische System der Konzentrationslager gerade hier die Grenzen „verwischte“ und Opfer durch Funktionszuweisungen oder Vergünstigungen selbst zum Teil des mörderischen Systems werden ließ. Insbesondere diesen Personen und ihren teils ambivalenten, zumeist aber eindeutig geschilderten Rollen galt ein besonderes Augenmerk Nussenbaums, der etwa in Fußnoten oder den beigefügten Abschnitten „Gerechtigkeit“ (S. 116) einforderte.

Nussenbaums biografische Erzählung in diesem ersten Teil des Bandes setzt mit der Geschichte seiner Eltern ein, die kurz nach dem Ersten Weltkrieg als sogenannte Ostjuden nach Bautzen zogen, hier ansässig wurden und bis 1930 fünf Kinder bekamen. Der Vater betätigte sich anfangs geschäftlich erfolgreich als Händler und konnte mehrere Bekleidungsgeschäfte eröffnen, die allerdings die Weltwirtschaftskrise nicht überstanden. Der „eigene ökonomische Ruin“ (S. 20) der Familie führte diese zu Verwandten nach Breslau, 1933 kehrten die Nussenbaums aber nach Bautzen zurück. Hier erlebten sie die sukzessive Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung –

auch Isidor Nussenbaum wurde 1936 von der dortigen Pestalozzischule ausgeschlossen, konnte aber vorerst seine schulische Ausbildung in Breslau fortsetzen. Nach dem Novemberpogrom 1938 kehrte er dann mit seinem älteren Bruder Siegfried – eine der zentralen Bezugspersonen der Autobiografie – in seine Heimatstadt zurück. Die Familie Nussenbaum versuchte in jener Zeit aus dem Deutschen Reich auszuwandern, was allerdings nur den beiden ältesten Söhnen gelang; sie kamen 1937 und 1939 in die USA und kehrten nur wenige Jahre darauf nach Deutschland zurück – freilich in den Uniformen der US-amerikanischen Armee. Zwischen Frühjahr 1940 und Januar 1942 lebte Isidor Nussenbaum dann in Dresden; zuerst bei Bekannten, dann im Judenhaus Ziegelstraße 54. Am Morgen des 19. Januar 1942 wurde die Familie – Eltern und drei Kinder – über den Bahnhof Dresden-Neustadt in das Ghetto Riga transportiert. Der zwei Züge umfassende Transport wurde aufgrund der Herkunft der Deportierten aus Dresden und Leipzig bereits zeitgenössisch als „Sachsen-Transport“ (S. 43) bezeichnet. Auch in dieser Hinsicht stellt die Autobiografie jenseits der Geschichte der jüdischen Bevölkerung Bautzens eine wichtige Quelle zur sächsischen Landesgeschichte dar, werden über seinen Text doch weitere Einzelschicksale thematisiert und biografisch nachvollziehbar gemacht. Neben dem innerfamiliären Zusammenhalt der fünf Nussenbaums, die bis Anfang 1945 trotz mehrfacher Verlegung mehr oder weniger nahe beieinander bleiben konnten, sind es die mit der Herkunft aus Sachsen verbundenen Freundschafts- und Bekanntschaftsverhältnisse, deren Fortbestand und Bedeutung in den Konzentrationslagern im Nordosten in dieser sozialgeschichtlich wertvollen Qualität erstmals und sehr eindrücklich geschildert wird. Daneben dokumentierte Nussenbaum aus seiner Erinnerung heraus die Lebens- und gewissermaßen Funktionsweise dieser Lager, deren Organisationsidee zwar in der totalen Kontrolle bestand – in denen Leben und Überleben aber oft von Willkür und Zufall abhingen. Sein weiterer Weg führte ihn in das Konzentrationslager Kaiserwald und später in dessen Außenlager Spilve. Im September 1944 wurde dieses Außenlager vor der anrückenden Roten Armee geräumt, die Häftlinge wurden über die Ostsee in das Konzentrationslager Stutthof verlegt. Im November 1944 kam Isidor Nussenbaum gemeinsam mit seinem Bruder Siegfried in das Außenlager Burggraben in Danzig. Mitte Februar 1945 wurde auch dieses Lager geräumt, die Brüder gingen gemeinsam auf einen „Todesmarsch“, den er wohl nur aufgrund der Ermutigung des älteren Bruders Siegfried überlebte. Die letzte Station bildete das Lager Rieben, wo beide schließlich am 10. März 1945 befreit wurden. Hier allerdings endet Nussenbaums Lebensbeschreibung nicht. Vielmehr schildert er eindrücklich den Versuch der beiden Brüder – die

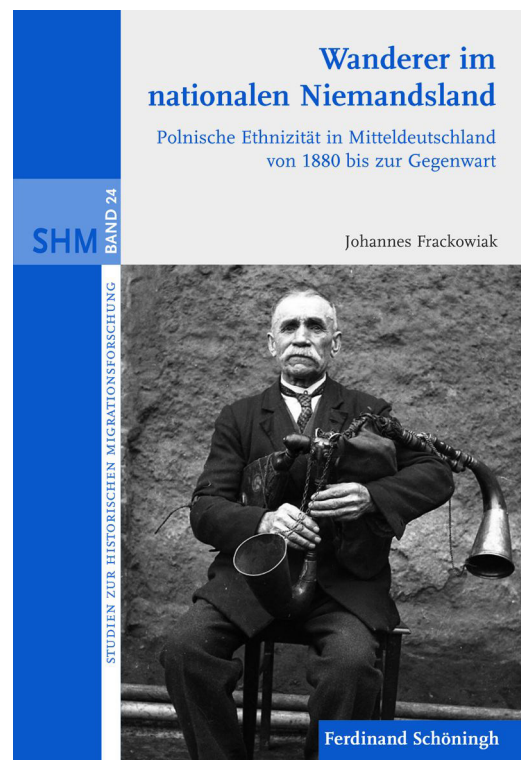
Eltern und die jüngere Schwester hatten die Lager nicht überlebt –, nach Strapazen und Krankheiten wieder zu Kräften zu kommen. Und er schildert weiterhin Gewalt, bekamen es die Deutschen in Ostpreußen doch mit einem „rächenden Feind“ zu tun; dem Übergriff eines sowjetischen Soldaten fiel auch sein Bruder Siegfried zum Opfer. Isidor Nussenbaum meldete sich schließlich zur Roten Armee und gelangte im Herbst 1946 zuerst nach Dresden und schließlich auch nach Bautzen zurück; dort traf er Bekannte und einen Onkel wieder, der Auschwitz überlebt hatte. Zur „neuen“ konnte diese „alte“ Heimat allerdings nicht werden: „Ein paar Monate nach meiner Rückkehr nach Bautzen war mir klar geworden, dass ich wohl nie in der Lage wäre, mich in eine deutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Die Wunden, die ich davongetragen hatte, waren einfach zu frisch und zu tief. Auch war ich nicht bereit, meinen Peinigern zu vergeben“ (S. 153). Nussenbaum verließ deswegen die sowjetische Zone und begab sich in West-Berlin in ein Displaced-Persons-Camp der United Nations Relief and Rehabilitation Association – er versuchte zu seinen Brüdern in die USA zu gelangen. Erst im Juni 1948 gelang ihm dies: „Ich ließ mein Heimatland hinter mir, ein Heimatland, das mich nicht mehr wollte, das mir meine Jugend, meine Eltern, meine Geschwister und zahllose Verwandte aus allen Teilen Europas genommen hatte“ (S. 156 f.). Nicht zuletzt aufgrund der Brüder und weiterer Verwandter in den USA gelang Isidor Nussenbaum der Neuanfang – er studierte, arbeitete, heiratete und bekam zwei Töchter. Der zweite Teil des Buches liefert, abgetrennt durch Fotografien und Dokumente, fünf Texte, die die Quelle in die Holocaust-Forschung, in die Bautzener Lokalgeschichte wie in die Forschung zu Holocaust-Selbstzeugnissen einordnen. Jens-Christian Wagner gibt dabei nicht nur einen Überblick über die Entwicklung der Konzentrationslager, in denen Isidor Nussenbaum gefangen gehalten wurde, sondern zeigt auch die 1933 einsetzende Einschränkung und Verfolgung jüdischen Lebens im Deutschen Reich auf. Hierin und in den folgenden Texten finden sich zudem zahlreiche Hinweise auf den wissenschaftlichen Wert der Autobiografie, an deren Publikation in dieser Hinsicht kein Zweifel bestehen kann: Insbesondere zum Ghetto Riga, das bis heute „in der deutschen Öffentlichkeit noch recht unbekannt“ ist (S. 191), wie auch zum Konzentrationslager Stutthof mit den dazugehörigen Außenlagern, fehlen weithin Quellen, die Lageralltag, Sozialbeziehungen und nicht zuletzt das ambivalente „Dasein“ der Gefangenen zwischen Leben, Überleben und Tod thematisieren. Dies gilt gleichermaßen für die von Nussenbaum umfassend beschriebene Zwangsarbeit, die für Wehrmacht, Luftwaffe oder Organisation Todt sowie für private Firmen geleistet werden musste – ein Sachverhalt, der eigentlich erst „nach der skandalösen



Ablehnung von Rentenzahlungen an überlebende Ghettoarbeiter [2001/2004] auch öffentlich diskutiert wurde“ (S. 192). Dem folgt ein Beitrag von Hagen Schulz aus Bautzen, der Nussenbaums Text in der lokalhistorischen Forschung zur Geschichte der Juden und zum Holocaust einordnet; beides Themen, um die sich der Mitarbeiter des Bautzener Stadtmuseums in den vergangenen Jahren sehr verdient gemacht und über die er überaus lesenswerte Publikationen (2006, 2012) vorgelegt hat. Dem folgt der bereits erwähnte, erinnerungskulturell orientierte Beitrag von Mirko Pohontsch sowie eine Annäherung an das Thema „Holocaust und Selbstzeugnisse“ von Alf Lüdtke, das auch im Beitrag von Wagner angesprochen wird. Nussenbaums Schilderung des Überlebens wird dabei als ein „so bisher nicht geschilderter [...] familiärer und geschwisterlicher Zusammenhalt“ (S. 211) gewürdigt bzw. in das zugängliche Material kontextualisiert. Überdies wird hier eine für die Entstehung des Textes zentrale, identifikatorische Auseinandersetzung thematisiert: Die Positionierung des Überlebenden gegenüber den Getöteten und die „Überlebensschuld“ in der „Geschichte eines Überlebenden“ (S. 212). Beschlossen wird der Band von einem „persönlichen Nachwort“ Hans Medicks, in dem dieser – an Wagner und Lüdtke anschließend – neben der Bedeutung des Textes für das familiale Gedächtnis der Familie Nussenbaum auch Fragen der Sprachlichkeit und der Übersetzung aufwirft. Diese Beiträge ergänzen die Quelle nicht nur, sondern erschließen sie auch in zahlreichen Facetten für ein Publikum jenseits der Wissenschaft. Auch wenn der Band nicht den Anspruch einer kritischen Edition anstrebt, bleibt dennoch anzumerken, dass das Vorgehen beim Edieren desselben deutlicher hätte thematisiert werden müssen: Jenseits der Problematik der Übersetzung, die allerdings mehr sprachliche denn inhaltliche Dimensionen aufweist, betrifft dies vor allem die Randbemerkung Jens-Christian Wagners, man habe etwa im Umgang mit Begriffen wie „den Russen“ und ähnlichem „behutsam an manchen Stellen [...] geändert oder umschrieben“ (S. 198). Nussenbaums Text ist aber eben eine individuelle und in großem zeitlichem Abstand angefertigte Quelle, die demnach auch die folgenden Zeitschichten in sich trägt – und die sie dadurch nicht minder interessant oder „weniger authentisch“ macht. Unklar bleiben in dieser Hinsicht auch die Anmerkungen der Herausgeber, die gelegentlich und offenbar willkürlich in den autobiografischen Text gesetzt wurden, wie auch die Verwendung der Bilder, die mutmaßlich illustrierenden Charakter haben – oder waren sie von Isidor Nussenbaum an den betreffenden Stellen vorgesehen? Hinsichtlich der Anmerkungen fällt zudem auf, dass insbesondere die im Text genannten deutschen Täter – etwa der aus Weißwasser stammende Rudolf Lange, der im Holocaust im baltischen Raum eine zentrale Rolle spielte

und der zu den wenigen Teilnehmern der sogenannten Wannsee-Konferenz im Januar 1942 zählte – biografisch nicht weiter thematisiert werden, was hinsichtlich einer Leserschaft außerhalb des Fachpublikums bedauerlich ist. Diese Eingriffe und Fehlstellen mindern den Wert der Quelle in ihrer Beschreibung keineswegs, stellen in wissenschaftlicher Perspektive aber leider erklärungs- bzw. dokumentationsbedürftige Sachverhalte dar.

Noch ein Holocaust-Buch also? In Anbetracht der vor allem sozialgeschichtlichen Fragenstellungen, die der Band „Er kommt nicht wieder“ aufzeigt und partiell beantwortet, ist diese Frage – wie Isidor Nussenbaum am Beginn seines Buches selbst schrieb – allenfalls rhetorischer Natur: Das Buch stellt eine zentrale Quelle zum deutschen Völkermord in den baltischen Lagern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik vor und präsentiert zudem eine beeindruckende regional- und lokalgeschichtliche Quelle zum jüdischen Leben, zur Verfolgung und Ermordung wie auch zum erinnerungskulturellen Umgang hiermit in Sachsen bzw. vor allem Bautzen und Dresden. Insofern ist es den Herausgebern des Bandes zu danken, diese individuelle Auseinandersetzung zugänglich gemacht zu haben, der auch jenseits der Forschung eine breite öffentliche Rezeption zu wünschen ist.



Johannes Frackowiak: Wanderer im nationalen Niemandsland. Polnische Ethnizität in Mitteldeutschland von 1880 bis zur Gegenwart.

Johannes Frackowiak:

**Wanderer im nationalen Niemandsland.**

Polnische Ethnizität in Mitteldeutschland von 1880 bis zur Gegenwart (Studien zur historischen Migrationsforschung, 24), Paderborn 2011 (Schöningh), 238 S.

*Rezension von Isabel Röskau-Rydel in: Inter Finitimos, 11 (2013/14), S. 211–214*

Der Autor widmet sich in seiner Studie den nur wenig erforschten polnischsprachigen Zuwanderern in Mitteldeutschland, hat man sich in der Forschung doch vornehmlich auf die Migration aus den preußischen Ostprovinzen in das Ruhrgebiet oder nach Oberschlesien sowie in die Städte Berlin und Hamburg konzentriert. Frackowiaks besonderes Interesse gilt dem Kreis Bitterfeld in der preußischen Provinz Sachsen, der Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund des Braunkohlebergbaus und der sich entwickelnden Chemieindustrie zu einem dynamisch wachsenden Industriegebiet wurde und auf den Zuzug von Arbeitskräften angewiesen war. Auch wenn der Titel eine Untersuchung über die Zuwanderer bis zur Gegenwart verspricht, so konzentriert sich der Autor in seiner Studie vornehmlich auf die Zeit von 1880 bis 1945. Als Nachkomme der Ende des 19. Jahrhunderts eingewanderten Familie Frackowiak konnte sich der Autor nicht nur auf Quellen in staatlichen Archiven in Deutschland und Polen stützen, sondern auch auf umfangreiche Aufzeichnungen seines Großvaters, des „Chronisten der Bitterfelder Polonia“ (S. 5). Des Weiteren hat er zwischen 2005 und 2010 Befragungen der im Bitterfelder Raum aufgewachsenen Nachkommen von Zuwanderern durchgeführt. Hierbei konzentriert er sich insbesondere auf die polnischstämmigen Familien aus Sandersdorf und Zscherndorf bei Bitterfeld, die nach 1945 nach Polen übersiedelten und heute zum Teil in Polen, zum Teil weiter in Deutschland leben. Zur Analyse der gewonnenen Informationen hat Frackowiak eine historisch-demographische Datenbank erstellt, um die „biographischen Daten von über 4000 polnischen Zuwanderern der ersten und zweiten Generation“ (S. 16 f.) zusammenzufassen. So konnte er die Biografien mehrerer polnischer Zuwandererfamilien rekonstruieren und am Beispiel ausgewählter Familien die Integrations- und Assimilationsprozesse in die deutsche Mehrheitsgesellschaft über mehrere Generationen hinweg untersuchen.

Im ersten Kapitel widmet sich der Autor der industriellen Entwicklung der Bitterfelder Region, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges durch Binnenmigration aus den preußischen Ostprovinzen eine andauernde Zuwanderung von polnischen Arbeitskräften erfuhr, die mehrheitlich – bis zu 93 % – aus der Provinz Posen stammten. Diese Zuwanderung dokumentiert der Autor am Beispiel

von Karten und Tabellen, in denen die Herkunftsorte der 1356 Zuwanderer auf der Grundlage der Angaben von Tauf-, Trauungs- und Sterberegistern der römisch-katholischen Pfarren in Delitzsch und Bitterfeld sowie der Geburts-, Ehe- und Sterberegister von vier Standesämtern im Kreis Bitterfeld eingetragen wurden. Diese Tabellen zeigen, dass die Zuwanderung bis 1885 rasch zunahm und schließlich um die Jahrhundertwende ihren Höhepunkt erreichte (S. 32–36). Besonders interessant sind auch die von dem Autor untersuchten Eheschließungen. So kommt er zum Ergebnis, dass polnische Zuwanderer nur ganz selten deutsche Frauen heirateten. Als Grund führt er an, dass eine größere Anzahl von Polinnen als potentielle Ehepartnerinnen zur Verfügung standen, da sie als Dienstmädchen und Landarbeiterinnen im Raum Bitterfeld und nicht nur als Saisonkräfte beschäftigt waren. Darüber hinaus spielte auch der Nachzug von Bekannten und Verwandten bei der Zuwanderung eine große Rolle, so dass auch im Rahmen dieser Kettenwanderungen Ehen geschlossen wurden.

Im zweiten Kapitel befasst sich der Autor mit der Herausbildung einer nationalen Identität unter den polnischen Zuwanderern in den Jahren 1890 bis 1904. Er zeigt auf, wie sich das soziale Beziehungsgeflecht unter den polnischen Familien verfestigte, nachdem entsprechende Selbstorganisationen nach Vorbild der schon im Ruhrgebiet entstandenen „polnisch-katholischen Vereine“ auch im Bitterfelder Raum gegründet wurden. Gerade die Gründung eines solchen Vereins war für die polnische Gruppe von besonderer Bedeutung, da in der vornehmlich evangelisch geprägten deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht auf ein enges Netz katholischer Strukturen zurückgegriffen werden konnte, sondern ein Weg von mehreren Kilometern zurückgelegt werden musste, um an einem katholischen Gottesdienst teilnehmen zu können. Frackowiak zeigt, dass die preußischen Behörden die sich um die Jahrhundertwende verstärkende nationalpolnische Entwicklung mit großer Beunruhigung beobachtet und schließlich Maßnahmen ergriffen hat, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. So wurde der polnische Pfarrer Stefan Szymanski 1904 seines Amtes enthoben und danach zum Schlag gegen die in polnischen Vereinen wirkenden polnischen Arbeiter ausgeholt, die nach Absprache der preußischen Behörden mit den Unternehmern aus den Betrieben entlassen wurden. Damit gelang ihnen, die nationalpolnische Agitation in dieser Region zu zerschlagen, in dessen Folge sich durch den Verlust ihrer Mitglieder, die nun in andere Regionen abwanderten, auch zahlreiche polnische Vereine auflösten. Die verbliebenen Vereine beschränkten sich seit dieser Zeit auf religiöse Angelegenheiten und die Pflege der polnischen Sprache und Kultur.

Im dritten Kapitel widmet sich der Verfasser der im Anschluss an diese Konfrontation mit dem Staat einsetzenden Konsensbereitschaft der polnischstämmigen Arbeiter. Ihre zunehmende Integrations- bzw. Assimilationsbereitschaft untersucht Frackowiak zum einem an dem Wahlverhalten und zum anderen an den Eheschließungen der Bitterfelder Polonia zwischen 1905 und 1922. Aufgrund seiner Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, dass lediglich ein Drittel der wahlberechtigten Polen ihre Stimme für den polnischen Kandidaten im Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch abgab. Erst seit 1913 sei wieder eine deutliche Zunahme des polnischen Nationalgedankens durch ein verstärktes Engagement der Mitglieder der verbliebenen polnisch-katholischen Vereine im Raum Bitterfeld zu verzeichnen gewesen, die sich nun auch wieder überregional an Versammlungen polnischer Verbände beteiligten. Ihr verstärktes Engagement drückte sich auch durch die Wiedergründung des Sokół-Vereins 1913 im Bitterfelder Raum aus, bei dem nun auch die zweite Generation der Zuwandererfamilien als Mitglieder eine immer größere Rolle spielte. Dies habe sich dann insbesondere 1922 gezeigt, als bei der Vorstandswahl zwei jüngere Mitglieder aus diesem Kreis zum Vorsitzenden und Schriftführer des Sokół-Vereins in Sandersdorf gewählt wurden, die für eine Umorientierung des Vereins eintraten, um ihn so attraktiver für die zweite Generation zu machen. Dies bedeutete in erster Linie eine Schwächung der dezidiert nationalpolnischen Ausrichtung des Sokół-Vereins, wie sie die erste Generation der polnischen Zuwanderer betrieben hatte. Frackowiak weist zu Recht darauf hin, dass die zweite Generation durch ihre Sozialisation in einer deutschen Umgebung und durch ihre Zweisprachigkeit eine Integration in die deutsche Gesellschaft als natürlich ansah, was sich auch durch eine Zunahme von Ehen mit deutschen Frauen seit 1914 ausdrückte.

Das vierte Kapitel ist dem im Rahmen des Versailler Vertrages der polnischen und deutschen Minderheit zugestandenen Optionsrecht und der damit verbundenen teilweisen Remigration polnischer Familien nach Polen gewidmet. Frackowiak kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass in den ländlichen Gebieten eine höhere Bereitschaft zur Option für Polen bestand, als etwa bei den Einwohnern polnischer Herkunft in der Stadt Bitterfeld. Er führt dies darauf zurück, dass die in Bitterfeld lebenden polnischen Zuwanderer höhere berufliche Qualifikationen erworben hatten und demzufolge auch eine höhere Integrations- bzw. Assimilationsbereitschaft gezeigt hätten. Trotz der mehrheitlichen Option für Deutschland engagierten sich die im Kreis Bitterfeld verbliebenen Zuwandererfamilien polnischer Herkunft in den folgenden Jahren dennoch für die Beibehaltung der polnischen Sprache und traten für ein privates polnisches Schulwe-

sen ein, das auch von dem für diese Region zuständigen polnischen Konsulat in Leipzig unterstützt wurde. Die kulturelle Identität sollte durch eine bewusste Teilnahme am religiös-kulturellen Leben der Polonia, insbesondere im verzweigten Vereinswesen, wie etwa im Sokół-Verein, gefördert werden. In diesen Jahren habe sich aber auch gezeigt, dass die zweite Zuwanderergeneration, die große Defizite in der schriftlichen Beherrschung der polnischen Sprache aufwies, wie Frackowiak aufgrund der Durchsicht verschiedener Vereinsprotokolle festgestellt hat, nach wie vor für eine Integration in die deutsche Gesellschaft eintraten.

Dieser Integrations- und Assimilationsprozess habe dann aber mit dem Jahr 1933 zunächst ein Ende gefunden, als die Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die Minderheiten in Deutschland eine Gegenreaktion der zuvor integrationswilligen zweiten Zuwanderergeneration bewirkte, die Frackowiak im fünften Kapitel als „Re-Ethnisierung“ (S. 157) bezeichnet. Zunächst konnte das religiös-kulturelle Leben, trotz mancher Schikanen seitens der NS-Behörden aufrechterhalten werden, dies änderte sich jedoch mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939, als bis Oktober sämtliche polnische Vereine aufgelöst wurden. Von diesem Moment an sahen sich alle Zuwandererfamilien polnischer Herkunft damit konfrontiert, sich um eine Aufnahme in die deutsche „Volksgemeinschaft“ und damit in die Deutsche Volksliste zu bemühen, was einer Zwangsassimilierung gleichkam.

In seinem letzten, recht kurz ausgefallenen Kapitel über die „Remigration nach Polen und Rückkehr nach Deutschland seit 1945“, das wohl auch aus diesem Grund als Epilog bezeichnet wurde, hebt der Verfasser hervor, dass die große Mehrheit der Nachkommen polnischer Familien im Bitterfelder Raum nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland blieb und sich nur eine kleine Anzahl der Familien zu einer Remigration nach Polen entschloss. Aufgrund seiner persönlichen Befragung einiger dieser Familien konnte Frackowiak feststellen, dass diese Remigranten, die sich 1946 und 1947 meist in den nunmehr polnischen Westgebieten angesiedelt hatten, dann zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren häufig wieder für eine Rückkehr nach Deutschland optierten.

Ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister schließt diese detaillierte Untersuchung ab, mit der Johannes Frackowiak eine Forschungsglücke in der bis dahin nur wenig erforschten Geschichte der ostdeutschen Polonia im Bitterfelder Raum schließen und dadurch auch einen ganz besonderen Beitrag zur eigenen Familiengeschichte leisten konnte.



## 4. Forschungen

### 4.1 Empirische Diktaturforschung

#### 4.1.1 NS-Diktatur

##### **Projektverbund „Nationalsozialismus in Sachsen“ („Sachsen-Projekt“)**

*Völkische Theologen im „Dritten Reich“.  
Biografische Studien*

Die politische und ideologische Nähe einer völkisch orientierten Theologie zur NS-Weltanschauung führte zur Entstehung der „Deutschen Christen“, einer Gruppierung, die innerhalb der evangelischen Kirche eine Synthese von Christentum und Nationalsozialismus anstrebte. Für einen geplanten Sammelband, der auf einen von *Clemens Vollnhals* und Manfred Gailus (TU Berlin) organisierten Workshop am Hannah-Arendt-Institut zurückgeht, konnten 15 Beiträge zu prominenten evangelischen Theologen und Kirchenführern eingeworben werden. *Clemens Vollnhals* verfasste den Aufsatz zu dem in der Weimarer Republik sehr einflussreichen Publizisten Wilhelm Stapel.

##### *Die sächsischen Großlogen nach 1918*

Das Promotionsprojekt von *Franziska Böhl* „Die sächsischen Großlogen nach 1918“ befasst sich mit den Freimaurerlogen der Großen Landesloge von Sachsen und der Großloge „Deutsche Bruderkette“ als klassische bürgerliche Vereinigungen zwischen Demokratie und Diktatur(en). Konkret soll die Entwicklung der Logen bis zum Verbot der Freimaurerei von 1935 sowie dessen Auswirkungen behandelt werden. Während der Weimarer Republik gilt es, die unterschiedlichen Abwehrstrategien der Freimaurer gegen die Angriffe der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung herauszuarbeiten. Nach 1933 konzentriert sich die Arbeit auf die verschiedenen Formen der Anpassung, die meist mit einer Umwandlung in sogenannte Christliche Orden und damit der offiziellen Loslösung von der Freimaurerei einherging. Nach dem Verbot soll das weitere Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Freimaurerei und die Eingliederung der einstigen Logenmitglieder in die NS-Gesellschaft behandelt werden. Den Abschluss wird ein Exkurs über die sächsischen Freimaurer in der DDR bilden.

Anfang 2015 erfolgten durch *Franziska Böhl* abschließende Literatur- und letzte Quellenrecherchen in den Stadtarchiven Aue, Meißen, Freiberg und Bautzen, im Stadtmuseum Döbeln und im Archiv der Leipziger Loge

„Minerva zu den drei Palmen“. Die Verschriftlichung der Arbeit wurde im November 2015 abgeschlossen, die Abgabe ist für April 2016 geplant.

##### *Die nationalsozialistische Propaganda in Sachsen 1921–1945*

*Stephan Dehn* verfolgte in seinem Dissertationsvorhaben zwei Ziele: Zum einen sollte die Entwicklung der nationalsozialistischen Propaganda in Sachsen zwischen 1921 und 1945 untersucht werden, wozu die Struktur des sächsischen Propaganda-Apparates rekonstruiert und analysiert wurde. Besonders herausgearbeitet wurden vertikale und horizontale Wechselwirkungen bzw. Konflikte zwischen den einzelnen Ebenen der Propaganda. Zum anderen wurde untersucht, auf welchen gesellschaftlichen Ebenen und nach welchen Modalitäten die NS-Ideologie propagiert wurde. Die Studie ist in zwei strukturell-inhaltliche Ebenen aufgeteilt: Einerseits wurden der organisatorische Rahmen und andererseits die kommunikativen Ebenen der nationalsozialistischen Propaganda in Sachsen untersucht.

Im April 2015 wurde die Dissertation bei der Fakultät für Geschichte, Kunst und Orientwissenschaften der Universität Leipzig eingereicht; das Promotionsverfahren steht kurz vor dem Abschluss.

##### *Gesellschaftsgeschichte Sachsens 1943 bis 1945*

Die chronologisch aufgebaute Gesellschaftsgeschichte wird die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungsprozesse in der sächsischen Region in einer Gesamtbetrachtung darstellen. Ausgehend vom Forschungsansatz „Herrschaft als soziale Praxis“ soll eine akteursbezogene Schilderung entstehen, die vor allem die Interaktionen von Personen wie auch von sozialen Gruppierungen innerhalb der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft in den Vordergrund rückt. Mittels dieses Ansatzes kann der Frage nach den jeweiligen Anteilen von Personen oder Personengruppen am Erhalt des NS-Regimes in den letzten Kriegsjahren nachgegangen werden.

Im Jahr 2015 hat *Francesca Weil* die Arbeit an der Studie fortgesetzt. Der von ihr mit herausgegebene Sammelband „Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1945“ enthält einen ersten Aufsatz zur Thematik mit dem Titel „Ja, liebes Kind, das Leben ist nicht immer zuckersüß“. Zum Alltag der sächsischen Kriegsgesellschaft im Jahr 1943“. Darüber hinaus hielt *Francesca Weil* zwei Vorträge zum Thema „Wer hätte je geglaubt, dass dieser furchtbare Krieg sich auch in unserem Sachsen so austoben würde. Zum Kriegsalltag in Sachsen in den Jahren 1943 bis 1945“.

## Einzelprojekte zum Nationalsozialismus

### *Jugend und Hitlerjugend im Nationalsozialismus*

In der historischen Aufarbeitung der NS-Jugendorganisationen sind z. T. gravierende Lücken zu konstatieren. Regionalgeschichtliche Arbeiten, in denen die jeweiligen lokalen bzw. regionalen Realitäten der Staatsjugend aufgearbeitet sind, gibt es nur wenige. Die Strategien der Berliner Reichsjugendführung, so die zentrale These des Projekts, können aber nur durch Rückkopplung mit den Aktivitäten der Organisationen (DJV, HJ, JMB und BDM) vor Ort sinnvoll analysiert werden. Es gilt, Wechselwirkungen zwischen Führung und Basis, regionale Besonderheiten und Unterschiede zwischen Stadt und Land aufzuarbeiten. Ein differenzierender Vergleich zwischen einzelnen HJ-Gebieten bzw. Gauen ermöglicht neue Erkenntnisse über die Wirkungsmechanismen totalitärer Jugendpolitik im NS-Staat.

*André Postert* konnte 2015 eine Reihe bislang kaum erschlossener Materialien und Dokumente aus Archiven insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene zusammengetragen. Eine erste systematische Auswertung primär der HJ-Gebietsbefehle, die nahezu geschlossen in der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig aufbewahrt werden, hat bestätigt, dass eine Untersuchung auf regionaler Ebene neue Erkenntnisse über die Strukturen, Mechanismen und Aktivitäten der NS-Jugendorganisation zutage fördern wird. Ein Presseaufruf in Sachsen und in Thüringen ging mit positiver Resonanz einher. Geplant ist, die lokalen Archivadokumente durch Zeitzeugenbefragung zu ergänzen, um ein möglichst umfassendes Bild der NS-Jugend vor Ort zu erhalten. Eine Reihe von Zeitzeugengesprächen wurde zu diesem Zweck bereits geführt; der Schwerpunkt lag in Sachsen und Thüringen.

### *Biografie des ehemaligen Löbauer Amtshauptmanns und späteren Leipziger Kreishauptmanns Dr. Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff*

*Francesca Weil* schloss die umfangreichen Recherchen zur Biografie des ehemaligen Löbauer Amtshauptmanns und späteren Leipziger Kreishauptmanns, Dr. Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff (1886–1962), der während des Zweiten Weltkriegs Führungsämter in Zivilverwaltungen des angegliederten Österreichs und der vom „Dritten Reich“ besetzten Gebiete einnahm, bereits 2014 ab. Mit der Niederschrift der Biografie wird im Anschluss an die Studie zur Gesellschaftsgeschichte Sachsens begonnen. Mit dieser Arbeit sollen der im 20. Jahrhundert geradezu typische Lebenslauf und die Berufskarriere eines Spitzenbeamten rekonstruiert und analysiert werden, dessen

Tätigkeit sich in der Weimarer Republik, im NS-Staat und in der Bundesrepublik vollzog.

### *Heinrich Bennecke, die SA und der politische Radikalismus. Karrieremuster und Geschichtsbilder eines NS-Intellektuellen*

Seit Ende 2014 unternahm *Mike Schmeitzner* Recherchen zu Heinrich Bennecke u. a. in Dresden, München und Berlin. Der Protagonist, der aus großbürgerlichem Dresdener Haus stammt und als erster hauptamtlicher Funktionär der SA in München zugleich Putsch-„Aktivist“ und früher Gefolgsmann Hitlers und Röhrs war, hat nach seiner Münchner Ausweisung (Ende 1923) bei Erich Brandenburg und Walter Goetz in Leipzig studiert und promoviert (1929). Als SA-Führer und NS-Multifunktionär (MdL, MdR, Gaupressechef) war er maßgeblich für den Straßenterror vor 1933 und für die Kooperation mit der Polizei verantwortlich; nach der „Machtergreifung“ amtierte er als Leiter der „Schutzhaftzentrale“ Sachsen. Der SA-Intellektuelle überlebte den „Röhm-Putsch“ in zentralen Positionen (als Chef des SA-Hochschulwesens und der SA-Reichsführerschule) und avancierte nach 1945 zu einem einflussreichen (und selbst von Linksliberalen hofierten) (SA-)Historiker, der im Umfeld des Instituts für Zeitgeschichte und der Hochschule für Politik in München (an der er ab 1967 selbst lehrte) eigene Forschungen zur braunen Parteiarmee und zum politischen Radikalismus in der Zwischenkriegszeit betrieb. Die geplante Studie wird sich deshalb zum einen mit Benneckes Biografie und zum anderen mit dessen Geschichtsbildern beschäftigen, die nicht nur zu seiner Zeit, sondern bis auf den heutigen Tag Eingang in die Fachwelt wie in die Publizistik gefunden haben.

### *KZ Sachsenburg 1933–1937*

Im Jahr 2015 haben *Mike Schmeitzner* und Bert Pampel erste konzeptionelle Arbeiten am geplanten Sammelband zum größten und am längsten betriebenen KZ in Sachsen, dem Lager Sachsenburg, durchgeführt und eine Reihe von Autoren für den Band gewinnen können.

### *„Lublin hat an allem Schuld.“ Quellenedition*

2014 begann *Francesca Weil* gemeinsam mit Wieland Menzel und *Robin Reschke* die Arbeit an einer umfangreichen Quellenedition. Grundlage hierfür ist die Sammlung von ca. 2 000 mehrseitigen Briefen der Großeltern von Wieland Menzel, die sich täglich schrieben.

Dieser einmalige Quellenfundus wurde bereits 2013 im Hannah-Arendt-Institut digitalisiert. Die Transkription der Briefe ist beendet, die Auswahl von Briefen bzw. Briefabschnitten für die Veröffentlichung wurde getroffen, die ausführliche Einleitung (Justiz im Generalgouvernement; Biografien der beiden Protagonisten; Erläuterungen zu den Briefen) verfasst. Das Manuskript konnte ausgewählten Verlagen zur Veröffentlichung angeboten werden.

*„Kindheit im Zweiten Weltkrieg – eine vergleichende Perspektive“*

Gemeinsam mit dem Inhaber der Professur für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig, Alfons Kenkmann, organisierten *André Postert* und *Francesca Weil* eine internationale Tagung, deren Ergebnisse in eine Veröffentlichung münden sollen. Seit den 1990er-Jahren nehmen sich zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen der Erlebnisse der Kriegskindergeneration an. Das gesellschaftliche Interesse an den Berichten der Zeitzeugen ist seit einigen Jahren auch auf dem Buchmarkt deutlich zu spüren. Weil die Geschichte der Kriegskinder bislang im Wesentlichen aus der Perspektive der jeweiligen europäischen Nationalstaaten betrachtet wurde, hatte die Tagung das Ziel, neue Forschungsergebnisse der letzten Jahre in einen größeren internationalen Rahmen zu stellen. 2015 jährte sich zum 70. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieser Anlass wurde genutzt, um Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Ländern Europas zusammenzuführen. Laufende Studien, neue Projektideen und vor allem internationale bzw. transnationale Fragestellungen wurden in vergleichender Dimension diskutiert, um die höchst unterschiedlichen Kindheitsgeschichten des Zweiten Weltkriegs differenziert miteinander in Bezug zu setzen.

**Hilfswissenschaftliche Projekte zum Nationalsozialismus**

*Datenbank zur Dresdner Tageszeitung der NSDAP für den Gau Sachsen „Der Freiheitskampf“*

In der Datenbank entsteht angesichts der schwierigen Quellenlage zur NS-Zeit in Sachsen ein wichtiges Instrumentarium, das die Erschließung dieses außerordentlich umfangreichen und deswegen schwer nutzbaren Bestandes zur Erforschung der sächsischen Geschichte in den Jahren 1933–1945 erleichtert. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden ein computergestütztes Findmittel zu schaffen, das den raschen und punktgenauen Zugriff auf ausgewählte Texte unterschiedlicher

Gattungen – Nachrichten, Berichte, Reportagen und Sonstiges: Sachinformationen und Propaganda – durch Verlinkung mit den Digitalisaten gestattet. Die Quelle ist zentral für den Nationalsozialismus in Sachsen, für die Organisationsgeschichte der NSDAP, für die Alltags- und Sozialgeschichte und somit auch für wichtige Forschungsarbeiten und Projekte am Hannah-Arendt-Institut und an anderen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Der 2009 begonnene Aufbau der Datenbank wurde 2015 kontinuierlich von drei studentischen Mitarbeitern fortgesetzt und von *Thomas Widera* koordiniert. Die Einträge umfassen die Jahrgänge 1930 bis 1934, die Jahrgänge 1943 bis Mai 1945 sowie weitere Monate des Jahres 1935. Auch der Abgleich der über 2 000 Personen umfassenden Personendatenbank wurde weitergeführt.

**4.1.2 SED-Diktatur**

*Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943–1949*

*Mike Schmeitzner*, *Clemens Vollnhals* und *Francesca Weil* haben den von ihnen konzipierten Sammelband abgeschlossen, der erstmals epochenübergreifend den Systemwechsel im Osten Deutschlands am Beispiel Sachsens von der späten nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft über die sowjetische (und amerikanische) Besatzung bis zur Etablierung der SED-Diktatur thematisiert. In 28 Beiträgen (darunter die Herausgeber) werden die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen dieser tiefgreifenden Umbruchzeit dargestellt. Die Beiträge zeigen in vielfältigen Facetten den radikalen Bruch, der zur Errichtung der kommunistischen Diktatur führte, aber auch bemerkenswerte Kontinuitäten, die bislang unterbelichtet geblieben waren. Der Band erschien im Dezember 2015 in der Schriftenreihe des Instituts, im 1. Halbjahr 2016 folgt eine Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

*Die Ersten im Kreis. Sozialprofil, Karriere und Herrschaft regionaler sächsischer SED-Eliten in der Ulbricht-Ära*

Das Forschungsprojekt von *Tilman Pohlmann* (ehem. Promotionsstipendiat des Hannah-Arendt-Instituts) basiert auf einer Verbindung aus Kollektiv- und Einzelbiografien und einer Struktur- und Funktionsanalyse der sächsischen SED-Eliten sowie deren Parteiorganisationen auf Kreisebene. Dabei wurden sowohl die funktional-statischen als auch die dynamischen Aspekte totalitärer Herrschaftsstrukturen herausgearbeitet, individuelle Ausprägungen berücksichtigt und nach den Wechselwirkungen von Parteiherrschaft und Gesellschaft gefragt. Zentraler



Untersuchungspunkt war – neben dem Stellenwert der regionalen Kader innerhalb der Parteistruktur der SED – der Zusammenhang von funktionaler und/oder personeller Vernetzung politischer und staatlicher Aufgabenbereiche im Kreis. Das Promotionsvorhaben wurde Ende 2015 abgeschlossen. Eine Veröffentlichung in den „Berichten und Studien“ ist geplant.

*Geschichte des Haftortes U-Haftanstalt Bautzner Straße und der BV Dresden des MfS 1945–1990*

Die Recherchen zum Projekt zur Geschichte der Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung (BV) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf der Bautzner Straße in Dresden wurden abgeschlossen. Gesichtet und aufgenommen wurden von *Thomas Widera* die Personalakten sämtlicher Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung der BV Dresden des MfS, die Arbeitsbücher und Schulungsunterlagen ausgewählter MfS-Offiziere sowie Schriftverkehr und Ablagen des ehemaligen BV-Leiters, Generalmajor Horst Böhm. Ziel einer aufeinander bezogenen Darstellung der Opfer- und der Täterseite ist es, durch Beschreibung der Auswirkungen der Repression auf das Leben der von politischer Verfolgung in der DDR betroffenen Menschen die Praxis der Staatssicherheit im Herrschaftsgefüge der SED aufzuzeigen.

*Das sozialistische Mehrparteiensystem in der DDR. Funktionsweisen und Grenzen der Blockpolitik. Analysen unter besonderer Berücksichtigung der LDPD als SED-Blockpartei zwischen dem Bau und dem Fall der Mauer 1961–1989/90*

Das Gesamtprojekt besteht aus drei Teilen und wird in enger Abstimmung und intensivem Austausch von *Tilman Pohlmann*, *Michael Thoß* und *Thomas Widera* bearbeitet. Es soll die Koordinaten der Blockpolitik und exemplarisch die faktische Abhängigkeit aller Blockparteien von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) analysieren. Auf drei Analyseebenen, dem zentralen Parteiapparat, den Parteiverbänden in den Bezirken der DDR und der politischen Praxis auf lokaler Ebene, untersuchen die Projektbearbeiter Funktionsmechanismen und das Beziehungsgeflecht zwischen der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der SED. *Thomas Widera* erforscht die zentrale Parteiebene der LDPD. Im Blick stehen führende LDPD-Funktionäre, ihre Persönlichkeit, ihr Gestaltungsspielraum auf Handlungsfeldern der Politik und der Parteiapparat mit seinen Ausschüssen und Kommissionen. Kernstück der kommunistischen Bündnispolitik war der sogenannte „Block“

aller politischen Kräfte, dessen Prinzip der Einstimmigkeit den Einfluss der SED auf alle politischen Entscheidungen garantieren sollte. Doch die Entscheidungskompetenz der SED musste stets neu hergestellt und ihr Herrschaftsanspruch immer wieder abgesichert werden. Dazu benötigte sie strategische Verbindungen, die direkt in die anderen Parteien hineinreichten. Die Kommunikation der LDPD-Leitungsgremien untereinander, zur SED-Führung, zum Staatsapparat, zum Ministerium für Staatssicherheit, zu den anderen Blockparteien und zu den eigenen Bezirksverbänden gibt Aufschluss über Mittel und Methoden der SED zur Instrumentalisierung der LDPD-Parteileitung und ihrer Politik. Auf einem Workshop „Die LDPD 1961–1989/90“ in Gummersbach im Juni 2015, den das Archiv des Liberalismus zusammen mit dem Hannah-Arendt-Institut organisierte und ausrichtete, wurden neue Forschungsergebnisse präsentiert und diskutiert.

*Tilman Pohlmann* stellte Recherchen vor allem in den Archiven in Gummersbach, Berlin sowie verschiedenen Landesarchiven von Schwerin bis Suhl an. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen im Kern auf drei Feldern: der speziellen Verbindung von LDPD und SED im Bezirk, der Durchdringung der LDPD-Bezirksvorstände durch das Ministerium für Staatssicherheit und verschiedenen bezirksgebundenen Fallbeispielen aus der politischen Praxis der Führungsgremien der LDPD. Darüber hinaus konnten Interviews geführt und Zeitzeugenberichte sowohl in Bezug auf das Selbstverständnis als auch auf Handlungsspielräume der „liberal-demokratischen“ Führungseliten ausgewertet werden.

*Michael Thoß* konzentrierte sich im Berichtsjahr auf den Bezirk Frankfurt (Oder), der in der zu erarbeitenden Studie als Hauptreferenz für die Arbeit der LDPD in den Verbänden auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene und in den staatlichen Organen dienen soll. Die Recherchen dazu im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam schloss er ab. Auf Basis der Mitgliederstatistiken konnten aussagekräftige Diagramme zur Analyse der Mitgliederstruktur und -entwicklung auf Bezirks- und Kreisebene erstellt werden. Die Organisationsstruktur der Partei von der Bezirksebene bis hinunter in die Ortsverbände wurde bis auf einige wenige Ausnahmen vollständig erfasst und untersucht. Bei der BStU wurden Recherchen zu wichtigen Funktionären der LDPD vor allem des Bezirkes Frankfurt (Oder) bezüglich der Zusammenarbeit mit bzw. der Bearbeitung durch das MfS vorgenommen. Zeitzeugengespräche mit ausgewählten Funktionären sind geplant. Erste Ergebnisse der Recherchen zur Interaktion zwischen LDPD und SED im Bezirk Frankfurt (Oder) stellte *Michael Thoß* im Rahmen des Workshops „Die LDPD 1961–1989/90“ im Juni 2015 in Gummersbach vor.

*Das DDR-Justizministerium unter den LDPD-Justizministern Kurt Wünsche und Hans-Joachim Heusinger 1967–1990*

Das Dissertationsvorhaben wurde 2015 von *Franz-Joseph Hille* begonnen. Es soll das Wirken der Justizminister und LDPD-Politiker Kurt Wünsche und Hans-Joachim Heusinger innerhalb des komplexen Beziehungsgefüges staatlicher und staatsparteilicher Strukturen historisch verorten und deren tatsächliche Funktion im Herrschaftssystem des SED-Staates transparent machen. Das Forschungsprojekt ist an das Projekt „Das sozialistische Mehrparteiensystem in der DDR“ angebunden.

*In Anknüpfung an die Tradition des deutschen Liberalismus? Die Deutschlandpolitik der LDPD zwischen Bau und Fall der Mauer*

Das Promotionsprojekt wurde im April 2015 von *Alexander Koch* begonnen. Es soll auf Basis eines ideen-

geschichtlichen und historisch-empirischen Ansatzes die Deutschlandpolitik der LDPD zwischen 1961 und 1989 analysieren und diese in die lange Tradition liberaler Politikkonzepte zur Lösung der „deutschen Frage“ einordnen. Das Forschungsprojekt ist an das Projekt „Das sozialistische Mehrparteiensystem in der DDR“ angebunden.

*Das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 – Ein Schlüsselereignis der DDR-Geschichte*

Das 11. Plenum des ZK der SED ist wegen seiner rigiden kulturpolitischen Einschnitte als „Kahlschlag“-Plenum in die Geschichte der DDR eingegangen. Die umfangreiche Kritik von Erich Honecker, Kurt Hager, Paul Fröhlich und anderen führenden SED-Funktionären an Intellektuellen, Schriftstellern und insbesondere den Filmschaffenden der DEFA zählt zu den tiefsten Zäsuren der SED-Kulturpolitik. Zugleich wurde auf dem Plenum intensiv über die Wirtschaftsreformen im Rahmen des NÖSPL diskutiert. *Andreas Kötzing* greift in dem Projekt die Geschichte des



Das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 – ein Schlüsselereignis der DDR-Geschichte.

11. Plenums auf, um daran beispielhaft die Funktionsweise der SED-Diktatur zu schildern. Die kultur- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen der 1960er-Jahre werden dabei ebenso in den Blick genommen wie die konkreten Auswirkungen des Plenums auf regionaler Ebene in der DDR. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, wie die angeordneten Maßnahmen der Partei auf Bezirksebene umgesetzt wurden und welche Reaktionen sie hervorriefen. Nach intensiven Aktenrecherchen im Bundesarchiv (Berlin), im Brandenburgischen Landesarchiv (Potsdam), im Sächsischen Staatsarchiv (Leipzig) und beim BStU wurden die Ergebnisse des Projektes im Frühjahr 2015 verschriftlicht. In Kooperation mit der DEFA-Stiftung (Berlin) erschien die geplante Publikation im Dezember 2015, pünktlich zum 50. Jahrestag des 11. Plenums. Das Buch enthält darüber hinaus eine CD mit Originaltönen von einzelnen Redebeiträgen des Plenums. Im Rahmen des Projektes wurde außerdem eine Filmreihe mit dem Titel „Dekadent. Jugendgefährdend. Staatsfeindlich“, die einen Großteil der Filme enthielt, die 1965/66 im Zuge des 11. Plenums verboten wurden, in zwei Kinos in Leipzig und Dresden gezeigt.

*„Der Bundeskanzler wünscht einen harten Kurs!“  
DDR-Filmpropaganda und die westdeutsche Zensur durch den Interministeriellen Ausschuss für Ost-West-Filmfragen*

Dass es in den 1950er- und 1960er-Jahren auch in der Bundesrepublik eine staatliche Filmzensur gab, ist heute weitgehend unbekannt. Verantwortlich dafür war ein Gremium der Bundesregierung, das sich aus Vertretern verschiedener Ministerien und einzelner Bundesbehörden zusammensetzte. Der sogenannte Interministerielle Ausschuss für Ost-West-Filmfragen sichtete zwischen 1954 und 1966 über 3 000 Filme aus den osteuropäischen Staaten, die in der Bundesrepublik öffentlich vorgeführt werden sollten. In mehr als 100 Fällen untersagte der Ausschuss eine Aufführung. Verboten wurden vor allem Filme, die kommunistische Propaganda enthielten oder in der Bundesrepublik kontroverse Themen aufgriffen, wie z. B. die Re-Integration ehemaliger NS-Straftäter. Die Tätigkeit des Ausschusses war äußerst umstritten, weil seine Arbeit im permanenten Konflikt mit dem Zensurverbot des Grundgesetzes stand. Auch in der Öffentlichkeit regte sich ab Anfang der 1960er-Jahre Widerstand gegen die Zensurpraxis des Ausschusses.

Andreas Kötzing erforscht im Projekt die Arbeit des Ausschusses und schildert die Zensurpraxis vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Beziehungen. Geplant ist eine eigenständige Publikation, die durch Originaldokumente und eine Liste aller zensierten Filme ergänzt werden soll. Während des Jahres 2015 fanden abschließende

Recherchen statt, für 2016 ist eine systematische Erhebung aller durch den Ausschuss zensierten Filme geplant. Zugleich soll mit der Verschriftlichung der Forschungsergebnisse begonnen werden.

#### 4.1.3 Vergleichende Forschung

*Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem polnischen Innenministerium (MSW). Ideologische Auseinandersetzungen und geheimdienstliche Tätigkeit 1970–1990*

Ergebnisse der Untersuchung sind: Die Zusammenarbeit beider Geheimdienste kam faktisch kaum zustande und war häufig kontraproduktiv. Die bilaterale Zusammenarbeit war minimal im Vergleich zu eigenen Aktivitäten (2 bis 3 Prozent im Vergleich mit den eigenen operativen Vorgängen). Das MfS und das volkspolnische Innenministerium nutzten die bestehenden bilateralen Kontakte vor allem als Instrument für die Durchsetzung eigener Interessen. Die in der Literatur vertretene These über uneingeschränkte Kapazitäten und Möglichkeiten der Staatssicherheit in Polen konnte revidiert werden. Offensive Aktivitäten polnischer Geheimdienste gegen die DDR sind ebenso nachzuweisen wie die der ostdeutschen Seite gegen die VR Polen. Die in der Fachliteratur genannte Zahl der IM des MfS in Polen beruht auf falschen Einschätzungen.

Die deutsche Fassung der bilingualen Untersuchung wurde ab 2015 extern begutachtet und mündete in ein befürwortendes Votum zur Eröffnung eines Habilitationsverfahrens (TU Chemnitz). Aufgrund der in den vergangenen Jahren durchgeführten Recherchen konnte Tytus Jaskułowski der Fachöffentlichkeit im Jahr 2015 verschiedene Aspekte seines Habilitationsprojektes in Form mehrerer Fachartikel bzw. Kapitel in Sammelbänden präsentieren. Außerdem wurden zusammenfassende wissenschaftliche Texte für die historischen Fachzeitschriften der polnischen BStU (Glaukopis) vorbereitet.

*Nach den Diktaturen: Der Umgang mit den Opfern in Europa*

Der von Günther Heydemann und Clemens Vollnhals herausgegebene Band fasst die Ergebnisse der internationalen Konferenz anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Hannah-Arendt-Instituts zusammen. Er untersucht in 13 Beiträgen in vergleichender Perspektive den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Opfern nach dem Fall von Diktaturen. Welche Entschädigungsleistungen erhielten die Opfer der faschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur nach 1945 in Italien,



in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich? Wie gingen die Gesellschaften in Spanien, Portugal und Griechenland nach dem Fall der Militärdiktaturen in den 1970er-Jahren mit den Opfern um? Was erreichten die Opfer kommunistischer Diktaturen nach 1989 im wiedervereinigten Deutschland, in Tschechien, Polen, Ungarn, Lettland und Russland? Das gesellschaftspolitische Umfeld brachte für die Opfer zumeist nur geringe Empathie auf, dennoch gibt es beachtliche Unterschiede in der staatlichen Rehabilitierungs- und Entschädigungspolitik, die ihrerseits das unterschiedliche Niveau der Demokratiekonsolidierung und des erinnerungspolitischen Konsenses über das diktatorische Erbe widerspiegeln. Der Band erschien Ende 2015 in der Schriftenreihe des Instituts. *Clemens Vollnhals* verfasste den Beitrag zur Entschädigung der Opfer der SED-Diktatur, *Günther Heydemann* schrieb das vergleichende Resümee.

*Archäologie im politischen Diskurs. Ethnische Interpretationen prähistorischer Bodendenkmale in Sachsen, Böhmen und Schlesien zwischen 1918 und 1989*

In diesem Kooperationsprojekt des Hannah-Arendt-Instituts mit dem sächsischen Landesamt für Archäologie untersuchten Judith Schachtmann und *Thomas Widera* Verflechtungen von Wissenschaft und Politik in den ethnischen Beschreibungen der Wissenschaftler und ihrer Interpretation von archäologischen Befunden in den unterschiedlichen politischen Systemen. In beiden deutschen Diktaturen rechtfertigten Archäologen und Historiker die Ideologie der jeweils herrschenden Partei und wollten mit dem Nachweis der Wissenschaftlichkeit von Weltanschauungen die Bedeutung ihrer Fachdisziplinen herausstellen. Die Projektbearbeiter analysierten das Zusammenspiel von wissenschaftlichen und politischen Institutionen sowie die Funktion von Forscherpersönlichkeiten bei der Akkumulation finanzieller Mittel für die wissenschaftliche Tätigkeit. Die Arbeit an der Monografie läuft weiter, Teilergebnisse des Projekts wurden in Zeitschriften publiziert bzw. auf Tagungen präsentiert.

## 4.2 Theoretische und konzeptionelle Grundlagen

### *Typen der Autokratie*

Auf der Grundlage einer allgemeinen Herrschaftssoziologie entwickelt *Uwe Backes* eine Typologie autokratischer (nicht-demokratischer) Systeme, die von deren Herrschaftslegitimation ausgeht. Sie soll die Grundlage für einen systematischen Vergleich der Herrschaftsstruk-

turen autokratischer Systeme in Geschichte und Gegenwart bilden. Der „ideokratisch“-totalitäre Regimetypus soll auf diese Weise präziser in seinen Gemeinsamkeiten und spezifischen Unterschieden mit anderen autokratischen Systemen erfasst werden. Zudem geht es um eine differenziertere historische Einordnung der Autokratien des 20. Jahrhunderts. Das vorliegende Manuskript basiert auf der Vorlesung „Systeme II: Diktaturen“ an der TU Dresden.

### *Varianten der Autokratie und ihre Dauerhaftigkeit*

Das Projekt zielt auf die Erforschung der Zusammenhänge zwischen der Form von Autokratien und Legitimationsstrategien. Gemeinsam mit *Uwe Backes* schloss *Steffen Kailitz* 2015 die Arbeiten an der Herausgabe des Sammelbandes „Ideocracies in Comparison. Legitimation, Cooptation, Repression“ in der Buchreihe „Extremism & Democracy“ (hg. von Roger Eatwell und Matthew J. Goodwin) im Verlag Routledge (GB) ab, in dem es um das Wechselverhältnis von Legitimation, Kooptation und Repression in Ideokratien geht. In Zusammenarbeit mit Jun.-Prof. Dr. Stefan Wurster (Universität Trier) trieb *Steffen Kailitz* weiterhin die Arbeit an dem Themenheft „Legitimationsstrategien von Autokratien“ der begutachteten „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft/Comparative Governance and Politics“ voran. Er organisierte und leitete zusammen mit Stefan Wurster am 22./23. Oktober 2015 den am Hannah-Arendt-Institut stattfindenden und von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Autorinnen- und Autoren-Workshop zum Themenheft. Für die Tagung wurde mit Stefan Wurster ein erster Entwurf für einen Überblicksbeitrag zu Legitimationsstrategien von Autokratien sowie für einen Artikel zu sozialpolitischen Legitimationsstrategien vorbereitet. Weiterhin wurde im September 2015 gemeinsam mit Stefan Wurster einer der Leitvorträge zur alle drei Jahre stattfindenden Konferenz der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“ im Rahmen des Kongress-themas „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme von Freiheit“ zum Thema „Sozialpolitische Legitimationsstrategien von Autokratien“ gehalten. Gemeinsam mit Prof. Dr. Daniel Stockemer (Universität Ottawa) wurden 2015 die Arbeiten an dem Teilprojekt „Regime legitimation, elite cohesion and the durability of autocratic regime types“ abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden nach erfolgreicher Begutachtung Ende 2015 (online first) von der begutachteten Zeitschrift „International Political Science Review“ veröffentlicht (Printversion folgt 2016). Zur Frage der methodischen Strategien und der Konzepte zur Gewichtung von Legitimation, Repression und Kooptation in Autokratien wurde zudem ein gemeinsamer

Beitrag mit Dag Tanneberg (WZB Berlin) in der „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft/Comparative Governance and Politics“ veröffentlicht.

#### *Die Diktatur des Proletariats. Eine Begriffs- und Wirkungsgeschichte*

Die Studie *Mike Schmeitzners* hat seit der ersten Konzipierung mehrere Wandlungen durchlaufen: Zeitlich und forschungsgeschichtlich setzt sie mit den aus der Französischen Revolution herrührenden Überlegungen zu einer Übergangsdiktatur (Babeuf) an, die in den späten 1840er-Jahren in Marx' bekannten Äußerungen kulminierten. Die Diskussionen um Marx' „klassische“ Formel von 1875 bilden – gemeinsam mit Lenins Avantgarde-Ausdeutungen – sodann die theoriegeschichtliche Basis, um der Wirkmächtigkeit der oft strapazierten Formel nachzugehen. Dabei werden die mitteleuropäische (hier vor allem die deutsche) und die sowjetische Entwicklung aus nachvollziehbaren Gründen im Fokus stehen; mit den Entwicklungen in Österreich und der Schweiz werden überdies interessante Zwischenkriegsexkurse abgehandelt. Die Studie schließt mit der – von Stalin beeinflussten – mitteleuropäischen Entwicklung nach 1945. Eine Reihe von Ergebnissen aus dem Projekt konnte – nach intensiven Archivrecherchen – bereits in Fachzeitschriften veröffentlicht werden (eine umfänglichere Arbeit erschien 2013 im „Archiv für Sozialgeschichte“, Band 53); ein entsprechender Beitrag für das „Staatslexikon“ der Görres-Gesellschaft (8. Auflage) wird 2016 erscheinen. Von der Studie selbst sind bislang größere Partien verfasst worden; das komplette Buchmanuskript wird Ende 2016 vorliegen.

#### *Utopisches Denken – Karl Marx und der Marxismus*

*Lothar Fritze* hat die Arbeit am Projekt, das der Marx'schen Geschichts- und Gesellschaftstheorie gewidmet ist, fortgesetzt. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa war geeignet, eine lange vor diesem Zusammenbruch gewachsene Überzeugung zu bestätigen – die Überzeugung, in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus werde versucht, ein Gesellschaftsmodell zu etablieren, das nicht wirklich zu realisieren oder jedenfalls auf Dauer nicht überlebensfähig und damit – sofern überhaupt wünschenswert – in einem bestimmten Sinne utopisch sei. Da sich sowohl die Führer der jeweils herrschenden marxistisch-leninistischen Einheitsparteien als auch ihre Ideologen zur legitimatorischen Abstützung ihres Herrschafts- und Führungsanspruchs auf die Lehre von Karl Marx (und Friedrich Engels) beriefen, liegt es

nahe, das Marx'sche Denken erneut einer kritischen Sichtung zu unterziehen. Im Mittelpunkt der geplanten Monografie steht die Frage nach dem Charakter des utopischen Denkens von Marx. Es wird zunächst darum gehen, die Grundzüge der Marx'schen Geschichtstheorie (soweit für das Thema relevant) darzustellen sowie das Verhältnis dieser Theorie zum utopischen Denken zu klären. Einer kurz gefassten Entschlüsselung der Anatomie der Marx'schen Geschichtstheorie soll eine Kritik dieser Theorie folgen. Dazu wurden umfangreiche Quellen- und Literaturstudien durchgeführt.

#### *Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur und zur Analyse des Täterverhaltens*

*Lothar Fritze* hat im Jahr 2015 seine Studien zur Logik der Weltanschauungsdiktatur sowie zum Täterverhalten in totalitären Diktaturen fortgesetzt. Ziel dieser Forschungen ist es, Konstitution und Funktionsweise von Weltanschauungsdiktaturen besser zu verstehen. Im Zentrum des Interesses stehen unter anderem Probleme der Ideologie und der Überzeugungsbildung.

#### *Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit*

*Lothar Fritze* hat die Studie „Delegitimierung und Totalkritik. Kritische Anmerkungen nach fünfundzwanzig Jahren Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“ abgeschlossen.

#### *Luigi Sturzo – Begründer und Wegbereiter des Totalitarismuskonzepts*

Der sizilianische Priester, Soziologe und Politiker Don Luigi Sturzo zählte in den Jahren der faschistischen Machteroberung (1922–1924) zu den entschiedensten und zeitweilig einflussreichsten Gegnern Mussolinis. Als „Antifaschist“ der ersten Stunde war er zugleich ein „Antitotalitärer“, der bei aller Kritik am Risorgimento-Liberalismus die zentralen Errungenschaften des „liberalen Systems“, Parlamentarismus, Gewaltkontrolle, Pluralismus und Grundrechtssicherung, kompromisslos verteidigte, vor revolutionären Abenteuern jeglicher Art warnte und frühzeitig auf die strukturellen Gemeinsamkeiten der ideologischen Antipoden Faschismus und Bolschewismus aufmerksam machte. Er hat in den langen Jahren des Exils (1924–1946) maßgeblich die Verbreitung des Totalitarismuskonzepts befördert und einen eigenständigen Beitrag zur Interpretation des Totalitarismus geleistet.

*Uwe Backes* hat die Herausbildung der in Deutschland wenig bekannten Totalitarismuskonzeption Sturzos in einem Beitrag für den Band „Den totalitären Staat denken“ (hg. von Frank Schale und Ellen Thümmler, Baden-Baden 2015) nachgezeichnet und ihre Besonderheiten, Stärken und Schwächen herausgearbeitet. Er begann in Zusammenarbeit mit *Günther Heydemann* mit den Vorbereitungen zu einer Edition der wichtigsten Schriften Sturzos zum Thema, die mit einer Ausnahme („Italien und der Faschismus“, 1926) nicht in deutscher Sprache vorliegen, für die Reihe „Wege der Totalitarismusforschung“.

### 4.3 Systemtransformation und politischer Extremismus

#### *Warum brechen Demokratien zusammen?*

Auf der Grundlage von Beiträgen der im Oktober 2014 durchgeführten internationalen und interdisziplinären Konferenz „Nach dem ‚Großen Krieg‘. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19–1939“ wurden im Frühjahr 2015 die Arbeiten an einem Themenheft der Institutszeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“, TD (2015) Heft 1, zum Thema Scheitern und Überleben von Demokratien in der Zwischenkriegszeit abgeschlossen. Das Heft enthält einen vergleichenden Überblicksbeitrag von *Steffen Kailitz* mit Ergebnissen aus dem Projekt. Auch die Arbeiten an dem Sammelband, der aus der Tagung hervorgeht, konnten bereits deutlich vorangetrieben werden. Etwa zwei Drittel der Beiträge liegen inzwischen vor. Weiterhin wurde aus dem Projekt heraus ein konzeptioneller Beitrag zum Thema „Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive“ in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, 63 (2015) Heft 3, publiziert, der in die aktuelle Debatte um die Weimarer Republik eingreift. Auf der international wichtigsten politikwissenschaftlichen Konferenz der American Political Science Association in San Francisco organisierte und leitete *Steffen Kailitz* 2015 ein Panel zum Thema „Regime Change and Governability in Interwar Europe Revisited“ (u. a. mit Prof. Dr. em. Dirk Berg-Schlosser, Universität Marburg). Im Rahmen des Panels wurden in einem empirischen Beitrag zentrale Projektergebnisse aus dem Zwischenkriegsprojekt vorgestellt. Der Netzwirkbildung und Verbreitung der Projektergebnisse diente nicht zuletzt auch die Leitung des Panels „Democracy and Authoritarianism’s Coexistence: Lessons about Contradictions from Europe“ (u. a. mit Prof. Dr. Thomas Ertmann, New York University) mit thematischem Schwerpunkt auf der Zwischenkriegszeit bei der International Conference of Europeanists in Paris. Das Buchkonzept wurde inzwischen

positiv für die Aufnahme in die Reihe „Vergleichende Politikwissenschaft“ der gleichnamigen Sektion der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft begutachtet. Eine Überarbeitung des Manuskripts auf der Grundlage von Kritiken aus dem Gutachten erfolgt gegenwärtig.

#### *Rechts motivierte (Hass-)Gewalt in Sachsen: Entwicklungstrends, Radikalisierung und Prävention*

Infolge der rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Mobilisierung scheint sich der Schwerpunkt rechter Gewalt von der Konfrontation gegen (vermeintliche) politische Gegner hin zur (Hass-)Gewalt zu verlagern. Übergriffe auf Flüchtlingsheime sowie die Gewalteskalationen im Zuge des Demonstrationsgeschehens in Heidenau und anderswo stellen die Spitze des Eisbergs dar. Unter der Oberfläche verbirgt sich die strategische Umorientierung und Neustrukturierung der radikalen Milieus, denen erhöhte Aufmerksamkeit zuteilwerden sollte.

Das zur Förderung vorgeschlagene Projektvorhaben dient der Erforschung wenig ergründeter Aspekte der rechten (Hass-)Gewalt in Sachsen und soll zivilgesellschaftlichen Initiativen und Trägern der inneren Sicherheit eine Wissensbasis für präventive wie repressive Strategien bereitstellen. Mithilfe einer Methodentriangulation sollen qualitativ wie quantitativ Verdichtungsräume, Subjekte und Objekte sowie die Phänomenologie der rechten (Hass-)Gewalt analysiert werden. Im Zentrum stehen Täter- und Opferanalysen, Mechanismen rechtsextremistischer Mobilisierung, Hass- und Gewaltdiskurse sowie Radikalisierungsprozesse in den Jahren 2009–2015/16. Folgende wesentlichen Ergebnisse des Projekts werden erwartet: regionale Verteilung und Verdichtungsräume der rechten Gewalt in Sachsen insgesamt sowie nach „Themenfeldern“ (fremdenfeindliche Gewalt, Konfrontationsgewalt usw.); Verdichtungsräume der rechten Hassgewalt in Sachsen; biografisches Profil der ermittelten Hasstäter, Strukturen und rechte radikale Milieus in Sachsen; Täter-Opfer-Interaktionen und Umstände der Opferwerdung; Ideologierungsgrad und Radikalisierung der Täter; aktueller Stand gewaltlegitimierender Diskurse. Während der Projektvorbereitungen haben *Uwe Backes* und die vorgesehenen Projektmitarbeiter *Michail Logvinov* und *Anna-Maria Haase* zahlreiche Vorträge bei Sicherheits- und Justizbehörden gehalten, um die Erkenntnisse des 2014 abgeschlossenen Projektes „Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter“ zu verbreiten und für ihr Vorhaben zu werben.



## 5. Konferenzen, Arbeitstagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

*Tagung: Sachsen: Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit 1945-1949*

Dresden, 22. April 2015

Die gut besuchte Veranstaltung wurde von Dr. Eva-Maria Zehrer (SLPB) und Clemens Vollnhals (Hannah-Arendt-Institut) gemeinsam im Rahmen der Lehrerfortbildung organisiert. Sie gliederte sich in drei Abschnitte: die nationalsozialistische Kriegsgesellschaft, Besatzungsmacht und neue Herrschaft, Gesellschaft im Umbruch. Die zentralen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungslinien dieser tiefgreifenden Umbruchszeit wurden in acht Vorträgen von Mitautoren des im Hannah-Arendt-Instituts konzipierten Sammelbandes „Von Stalingrad zur SBZ“ dargestellt.

*Tagung: Europäische Transformationsprozesse im Vergleich*

Budapest, 18./19. Mai 2015

25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stellt sich die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in den Transformationsländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sehr unterschiedlich dar. Während in einigen dieser Staaten die Demokratie fraglos konsolidiert ist und die wirtschaftliche Entwicklung positiv beurteilt werden kann, leiden andere in politischer Hinsicht unter Parteienkämpfen und Korruption und in wirtschaftlicher Hinsicht unter Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit. Im Rahmen der internationalen Konferenz, die in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden und dem Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung stattfand, wurden die Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung in ausgewählten Transformationsstaaten untersucht und Erfolgsfaktoren analysiert und diskutiert.

Da in institutioneller Hinsicht der Transformationsprozess in vielen der behandelten Staaten – nicht zuletzt seit den jeweiligen EU-Beitritten – als abgeschlossen gelten kann, lag der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung auf sogenannten weichen Faktoren, wie der politischen Kultur, dem Demokratieverständnis, dem Selbstverständnis der politischen Parteien und Amtsträger und der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen. In den nach Länderschwerpunkten gegliederten Panels der Tagung

wurden die Transformationsprozesse Ungarns, Polens, Tschechiens, Rumäniens, Lettlands, Kroatiens, der DDR/jungen Bundesländer und der Slowakei näher beleuchtet. Eine Podiumsdiskussion am Montagabend eröffnete die Vergleichsperspektive. Unter den Expertinnen und Experten der Tagung, die aus den Disziplinen der Politik-, Rechts- und Geschichtswissenschaften kamen, fanden sich sowohl Nachwuchswissenschaftler als auch erfahrene Professoren, was einen an Perspektiven reichen Austausch ermöglichte.

Das erste Panel der Tagung, in dessen Rahmen Prof. Dr. Ellen Bos (AUB), Prof. Dr. Hendrik Hansen (AUB) und Dr. Kálmán Pócza (Institut für Politikwissenschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften) referierten, stand unter der Leitfrage „Institutioneller Wandel und Politische Kultur – wohin steuert Ungarn?“. Während der Schwerpunkt von Ellen Bos' Vortrag auf dem institutionellen Umbau der ungarischen Demokratie und aktuellen Dekonsolidierungstendenzen lag, thematisierte Hendrik Hansen Prägungen der ungarischen Mentalität aus der Zeit des Kommunismus, die bis heute fortwirken. Dazu gehören laut Hansen beispielsweise ein instrumentelles Rechtsverständnis oder das Verständnis von Politik als Kampf. Hansen betonte, dass ein Verständnis des heutigen Ungarns nur dann möglich sei, wenn der Blick auf die Geschichte des Landes und den Einfluss dieser Geschichte auf die ungarische politische Kultur gerichtet werde. In dem das Panel abschließenden Vortrag ging Kálmán Pócza auf die Frage ein, inwiefern die von Wolfgang Merkel entwickelten Konzepte der „Konsolidierung“ und „Dekonsolidierung“ auf Ungarn angewendet werden können. Pócza plädierte für eine Erweiterung der Konzepte, u. a. um den Aspekt der politischen Rhetorik, damit Anwendbarkeit gewährleistet sei.

Im zweiten Panel legte Prof. Dr. Günther Heydemann (Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden) eine aktuelle Bilanz zu 25 Jahren Transformationsprozess in den jungen Bundesländern vor. Dabei ging er vor allem auf die demografische Entwicklung, auf die innerdeutsche Migration und auf die Arbeitsmarktentwicklung ein. Im Anschluss daran gab Prof. Dr. Klaus Ziemer (Universität Trier/Instytut Politologii UKSW) einen Überblick über politische, wirtschaftliche und politisch-kulturelle Aspekte der Transformation Polens, die er als „gelungene Transformation mit Schönheitsfehlern“ bezeichnete.

Die beiden abschließenden Panels des Tages nahmen die Transformationsprozesse Tschechiens und Rumäniens in den Blick. Während Dr. Karel Vodička (Universität Aussig) die demokratische Konsolidierung Tschechiens im EU-Kontext beleuchtete, zeichnete Dr. Tina Olteanu (Universität Wien) für Rumänien das kritische Bild einer „entzauberten Demokratie“. Die „Entzauberung“ der

rumänischen Demokratie machte sie vor allem an der mangelnden Konsolidierung der bürgerlichen Kultur, dem Vorhandensein von Kartellparteien und einer „wachsenden Dichotomie zwischen politischen Eliten und Bürgern bei gleichzeitigem demokratischem Partizipationsanspruch“ fest.

Nach einem von Karel Vodička unter dem Titel „Konsolidiert? Postkommunistischer EU-Raum komparativ“ gehaltenen Impulsreferat, fand der erste Tagungstag seinen Abschluss in einer Podiumsdiskussion. Unter der Moderation von Hendrik Hansen diskutierten Ellen Bos, Günther Heydemann, Claudia-Yvette Matthes, Karel Vodička und Klaus Ziemer die Erfolge und Probleme der Transformationspolitiken in Mittel- und Osteuropa. Ellen Bos argumentierte in der Diskussion, dass die Vergleichsperspektive zeige, dass die Transformationsforschung in Bezug auf Konsolidierungsmodelle konzeptionelle Nacharbeit zu leisten habe. Denn wo gemäß üblicher Kriterien manche Demokratie als konsolidiert erscheinen möge, lege ein genauerer Blick häufig andere Schlussfolgerungen nahe. Günther Heydemann betonte, dass für eine erfolgreiche Transformation die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit von zentraler Bedeutung sei. Pointiert stellte er fest: „Wenn man da nichts macht, fällt die Sache den Leuten irgendwann wieder auf die Füße.“ Nach der Öffnung der Diskussion für das Publikum merkte Dr. Tina Olteanu (Universität Wien) an, dass im Vergleich von Transformationsprozessen oft außer Acht gelassen werde, dass auch etablierte westliche Demokratien sich in den letzten Jahren verändert und mit Problemen zu kämpfen hätten. Diese Probleme seien denjenigen in Transformationsstaaten oft nicht unähnlich, liefen für etablierte westliche Demokratien aber unter Labeln wie „Krise der Demokratie“, „Postdemokratie“ oder „Partizipationskrise“. Der von Philipp Ther entwickelte Begriff der Kotransformation helfe, diese parallelen bzw. in Wechselwirkung stehenden Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Nach dem Ende der Podiumsdiskussion wurden die Gespräche im Rahmen eines von der Deutschen Botschaft finanzierten Empfangs fortgesetzt. Der Botschaft sei an diese Stelle herzlich für ihre finanzielle Unterstützung gedankt!

Am zweiten Tag der Konferenz wurde das Programm mit Panels zu den Länderschwerpunkten Slowakei, Lettland und Kroatien fortgesetzt. Dr. Nicole Gallina (Université de Fribourg, Schweiz) ging in ihrem Vortrag „Der Chef bin ich. Politische Kultur in der Slowakei“ vor allem auf die Politiker Vladimír Mečiar und Robert Fico und deren Einfluss auf die slowakische Politik ein. Dr. Claudia-Yvette Matthes (HU Berlin) legte in ihrem Vortrag zu Lettland Besonderheiten der lettischen politischen Entwicklung dar, wie beispielsweise die nationale Frage, die geopolitische Lage Lettlands und Konflikte um die Staatsbürgerschaft

und die Staatssprache. Im letzten Panel der Tagung beleuchtete Tomislav Maršić (Universität Oxford, England) die demokratische Kontrolle in Kroatien zwischen 1991–2015. Sein Vortrag, der durch zahlreiche mit kroatischen Experten und Journalisten geführte Interviews empirisch unterfüttert war, zeichnete einerseits die Entwicklung der kroatischen Demokratie seit 1991 nach. Andererseits arbeitete Maršić die Triebfaktoren dieser Entwicklung heraus und analysierte diese. Zu den Faktoren, die die Abkehr Kroatiens vom Autoritarismus bzw. die Entwicklung hin zur Demokratie beförderten, zählte Maršić u. a. eine durch den Parteienwettbewerb verursachte Selbstbescheidung der politischen Akteure sowie die ab 2010 aus innerparteilichen Motiven gestartete Antikorruptionskampagne.

In der abschließenden Zusammenfassung der Tagung betonte Hendrik Hansen, dass es für die Analyse von Transformationsprozessen entscheidend sei, in die jeweiligen Länder zu gehen und zu versuchen, diese von innen her zu verstehen. In Kontrast zur manchmal einseitigen Perspektive externer Medienberichterstatter könne man, ausgehend von solch einem inneren Verständnis, fundiert und in freundschaftlicher Manier auch kritische Bemerkungen machen.

*Tagungsbericht von Tim Kraski*

*Tagung: Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte* (in Kooperation mit dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung)

Marburg, 18./19. Juni 2015

Die moderne Demokratie reicht auf politische, soziale und kulturelle Prozesse des 19. Jahrhunderts zurück, wobei vor allem der Erste Weltkrieg als Katalysator für die europäische Demokratiegeschichte wirkte. Das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung und das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung widmeten nun eine Tagung der darauffolgenden Phase von Demokratisierung und Entdemokratisierung im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Die Tagung begann mit einer Einführung der Veranstalter Heidi Hein-Kircher (Marburg) und Steffen Kailitz (Dresden). Sie wiesen auf die Vorarbeiten hin, die von den eingeladenen Referenten und nicht zuletzt den ausrichtenden Institutionen geleistet wurden, indem beide Institute etwa aktuelle Themenhefte ihrer Zeitschriften dieser Fragestellung gewidmet haben. Kailitz und Hein-Kircher erinnerten an den Zusammenbruch der kontinentalen Imperien zum Ende des Ersten Weltkrieges, der den Weg zur Demokratie in weiten Teilen Europas frei machte. Hierbei greife es zu

kurz, allein auf Wilson zu rekurrieren, denn schließlich sei bereits in diversen Nationalstaatskonzepten in Ostmitteleuropa im und auch schon vor dem Ersten Weltkrieg eine demokratische Staatsform vorgesehen gewesen. Zwischen 1918 und 1920 sei es dann geradezu zu einer „Explosion“ der Demokratie gekommen. Kailitz sprach in diesem Zusammenhang vom „liberalen Moment in der Geschichte“. Demokratie nach westlichem Vorbild war die Regierungsform, die scheinbar selbstverständlich mit den Nationalstaatsbildungen einherging. Vor diesem Hintergrund sei es unverständlich, dass Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit bisher fast ausschließlich auf West- und Nordeuropa sowie auf die deutsche Demokratie und ihr Scheitern fokussiert habe. Diese Tagung solle helfen, hier Abhilfe zu schaffen. Sie verstehe sich als Bestandsaufnahme, die in vergleichender Perspektive über die jeweiligen Entwicklungen in den Ländern Ostmitteleuropas insbesondere Forschungsperspektiven aufzeigen solle.

Der erste inhaltliche Block widmete sich den äußeren Impulsen für die Demokratie in Ostmitteleuropa. Hierbei wurden die diesbezüglichen Entwicklungen in den benachbarten Regionen und auf der internationalen Ebene angesprochen. Leonid Luks (Eichstätt) erinnerte an die demokratische Revolution in Russland 1917, die im Schatten der folgenden bolschewistischen Revolution in Vergessenheit zu geraten droht. Sie verweise auf eine freiheitliche Tradition in Russland, die oft unter der Oberfläche gehalten, aber niemals gänzlich ausgelöscht worden sei. Wolfgang Höpken (Leipzig) zeichnete die Entwicklung in Südosteuropa nach, wo aus den anfänglichen De-

mokratien sukzessive die sogenannten Königsdiktaturen entstanden. Anhand der Beispiele Rumänien, Albanien, Jugoslawien und Bulgarien arbeitete er die Charakteristika dieser „hybriden Systeme zwischen klassischer Monarchie des 19. und Totalitarismus des 20. Jahrhunderts“ heraus. Mit dem Faschismus hätten diese beispielsweise das Verbot aller Parteien gemeinsam. Im Unterschied zu diesem sei aber keine Einheitspartei der Massen an die Stelle getreten, sondern alle Gewalt in der Person des Monarchen konzentriert worden. Arno Barth (Duisburg-Essen) ging der Frage nach, inwieweit die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg eine demokratische Ordnung schufen. Hierbei gab er Einblick in innere Widersprüche der Demokratisierung auf der internationalen Ebene sowie den Diskurs zwischen den Westmächten und ostmitteleuropäischen Vertretern über diese Fragen. Neue Erkenntnismöglichkeiten zur Konstruktion und Abwägung von Sicherheitsrisiken durch Minderheiten und Irredentismus erhoffe er sich durch die bereits begonnene Zusammenarbeit seines Essener Graduiertenkollegs über „Zukunftshandeln“ mit dem Marburger SFB „Dynamiken der Sicherheit“, an dem das Herder-Institut mit zwei regionalen Fallstudien beteiligt ist.

Die zweite Sektion fokussierte dann auf Ostmitteleuropa und widmete sich in jeweils zwei Vorträgen zwei Faktoren, von denen die Entwicklung der Demokratie stark beeinflusst wurde: die Frage des Wahlrechtes und der Gewalt. Angelique Leszczawski-Schwerk (Dresden) zeichnete die Entwicklungen des Frauenwahlrechtes in der Region nach. Dabei wurde der demokratische



Tagung: „Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen“ in Marburg, 18./19. Juni 2015.



Aufbruch zum Ende des Krieges auch als Aufbruch der Frauen gewürdigt. Leszczawski-Schwerk skizzierte die führende Rolle, die Osteuropa hier spielte, während in den westlichen Demokratien zum Teil bis weit in das 20. Jahrhundert nur Männer wählen durften. Die Umsetzung war dann nicht frei von Ambivalenzen, so stützte die Wahlbeteiligung der Frauen nicht selten das konservative Lager, was zu Unmut bei eher linken Frauenverbänden führte. Anschließend wurden die unterschiedlichen Konzepte Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht thematisiert. István Szabó (Budapest) zeichnete die Entwicklung Ungarns nach 1919 nach, das zunächst das bisherige reine Mehrheitswahlrecht mit Elementen von Listenwahlen modifizierte, in den späten 1920er-Jahren aber wieder zum Mehrheitswahlrecht zurückkehrte. Treibende Kraft sei hier die Regierung gewesen, die angesichts einer in mehrere Parteien aufgespaltenen Opposition direkt vom Mehrheitswahlrecht profitierte. Zur Gewaltthematik trugen Rudolf Kučera (Prag) und Mathias Voigtmann (Marburg) vor. Während Kučera sich der Rolle von Gewalt bei der Durchsetzung des neuen tschechoslowakischen Staates widmete und hier auf die regionalen Unterschiede verwies, referierte Voigtmann über die paramilitärischen Einheiten von Deutschen und Letten im Bürgerkrieg gegen den Bolschewismus im Baltikum um 1919. Die Frage, inwieweit diese Gruppen durch ihre Gewalterfahrung zu Destabilisierungsfaktoren der lettischen bzw. der deutschen Demokratie wurden und insofern Hobsbawms Brutalisierungsthese stützen würden, wurde anschließend kontrovers diskutiert. Die Tendenz ging dabei in eine Richtung, aus der reinen Erfahrung keine lineare Folge im Verhalten zu vermuten, sondern nur in Kombination mit einer erneut gewalttätigen Umgebung als Ermöglichungsraum (Jörg Baberowski).

Im dritten Teil der Tagung wurden die regionalen Aushandlungsprozesse zur Demokratie an diversen Beispielen untersucht. Zunächst gab es drei Vorträge zu Polen aus drei unterschiedlichen Perspektiven. Tytus Jaskułowski (Dresden) betonte die Hypothesen der Zweiten Republik, wie Grenzkämpfe/Minderheitenpolitik, Abwehrhaltung der Konservativen gegen „zu viel Demokratie“ oder wirtschaftliche Interessen, die der Partizipation entgegenstanden. Die Demokratie sei daher schon vor dem Staatsstreich von 1926 in die Krise geraten, bereits seit 1923 habe eine Mobilisierung von Konservativen und Sozialisten für eine Alleinherrschaft Piłsudskis eingesetzt. Stephanie Zloch (Braunschweig) setzte die Akzente etwas anders und verwies auf die 1918 durchaus vorhandene Mehrheit der Befürworter einer demokratischen Ordnung. Unter der Omnipräsenz des Nationalen seien Meinungspluralismus und Multiethnizität aber zunehmend als Gefahr für die nationale Einheit rezipiert worden. Im Zusammenwirken mit anderen Faktoren wie

Elitenkritik an den unerfahrenen Wählern und dem zunehmenden Piłsudski-Kult habe das dem Staatsstreich den Boden bereitet. Heidi Hein-Kircher stellte Demokratisierung vor Ort am Beispiel Lembergs dar und verwies auf die Bedeutung der Städte als Brennglas makropolitischer Entwicklung. Die Tatsache, dass die Demokratie vor Ort nicht konsequent umgesetzt wurde, habe dazu geführt, dass die Chance vergeben wurde, den polnischen Staat demokratisch zu durchdringen.

Der Rest des ersten Tages stand dann im Zeichen des Baltikums. Zu Estland wies Olaf Mertelsmann (Tartu) darauf hin, dies sei eines der fünf Länder mit den frühesten vollständig demokratischen Volksvertretungen gewesen. Diese Liste führte das benachbarte Finnland an, das auch als Demokratievorbild der Esten fungierte. Wie beim polnischen Beispiel wurde auch die estnische Demokratie von Minderheitenproblemen belastet, so kam es schon 1905 zu Spannungen zwischen baltischen Bauern und baltendeutschen Gutsbesitzern, die Mertelsmann eher als sozialen denn als nationalen Konflikt interpretierte. Ein Teil der Deutschbalten diskreditierte sich dann endgültig, als er im Ersten Weltkrieg mithilfe der harschen deutschen Besatzung ein baltisches Herzogtum unter ihrer autokratischen Führung zu etablieren versuchte. Durch diesen „Ausfall“ der alten Elite fehlte der estnischen Demokratie dann erfahrenes Führungspotenzial, weil die Esten selbst im Zarenreich von höheren Staats- und Verwaltungsämtern weitgehend ausgeschlossen waren. László Komáromi (Budapest) zeichnete die Geschichte der direkten Demokratie im Estland der Zwischenkriegszeit nach. Er zeigte, wie die bei Verfassungsänderungen obligatorischen Referenden letztlich einer autoritären Wende zum Durchbruch verhelfen. Es folgten zwei Vorträge über Lettland, wobei zunächst Detlef Henning (Lüneburg) die Entwicklung des Staates von den ersten Gründungen im Weltkrieg und Bürgerkrieg über die parlamentarische Verfassung von 1922 bis zum Putsch von Kārlis Ulmanis 1934 erläuterte. Sein Fazit, das er wegen eines Mangels an institutionalisierter historischer Demokratieforschung in Lettland unter Vorbehalt stellte, sah das Scheitern der lettischen Demokratie nicht als zwangsläufig an. Der Putsch vom 15. Mai 1934 sei nicht durch die politische Situation begründet, sondern eine gezielt geplante und antidemokratische Aktion von Ulmanis und seinen Gefolgsleuten gewesen. Gleichwohl seien hier ähnliche strukturelle Probleme der Demokratie wie im Falle Estlands zu beobachten, die es den Putschisten erleichtert hätten. Ergänzt wurden Hennings Ausführungen von einem Fallbeispiel zur lettischen Demokratietheorie der Zeit. Ivane Leitane (Riga) stellte den jüdischen Rechtstheoretiker Max M. Laserson, der nach dem Putsch Ulmanis' nach Palästina emigrierte, und einige seiner Thesen vor. Diese changierten zwischen instrumentalen und nicht-instru-

mentalen (normativen) Argumenten für die Demokratie, eine unter Umständen auch für die Forschung interessante Unterscheidung. Den baltischen Reigen komplettierte dann der Vortrag zu Litauen, den Steffen Kailitz hielt. Kailitz betonte die Wunde des Verlustes von Wilna für die litauische Demokratie. Die Annexion seiner historischen Hauptstadt durch Polen habe Litauen zu kompensieren versucht, als es im Windschatten der Ruhrkrise 1923 das unter Völkerbundsverwaltung stehende Memelland besetzte. Insgesamt fiel am südlichen baltischen Staat das deutlich frühere Scheitern der vollständigen Demokratie auf, das wie im Falle des benachbarten Polen im Jahre 1926 durch einen Staatsstreich erfolgte. In der Aussprache wurde anhand dieser beiden katholischen Beispiele diskutiert, inwieweit protestantisch geprägte Staaten günstiger für demokratische Strukturen waren. Insgesamt deuteten die empirischen Beispiele auf ein früheres Ende der Demokratie in katholischen Ländern hin, während die protestantisch geprägten Staaten in der Regel bis in die 1930er-Jahre demokratisch verfasst blieben. Darüber hinaus wurde eine allgemeine Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit als Destabilisierungsfaktor aller Demokratien diskutiert. Diese beiden Befunde und auch der immer wieder genannte Faktor der Minderheitenprobleme wurden jedoch durch den Verweis relativiert, dass nicht Strukturen Demokratien stürzen, sondern Akteure. Daher müsse jeder einzelne Fall auch in seiner Kontinuität und nationalen Besonderheit betrachtet werden. Am zweiten Tag der Konferenz war in einer vierten Sektion zunächst die mit dem Ende der multinationalen Imperien überall akut werdende Umverteilungsfrage Thema. Natali Stegmann (Regensburg) betonte deren sozioökonomische Implikationen, die durch die lautstarke nationale Argumentation im Diskurs verdeckt worden seien. Anschließend stand der zeitgenössische Blick auf die Demokratien der Zwischenkriegszeit im Focus. So konnte Agnes Laba (Marburg) am Beispiel polnischer Schulbücher zeigen, welche Schwerpunkte die intendierte staatsbürgerliche Bildung setzte. Dabei fielen ein Rekurrenieren auf nationalen Konsens und der Versuch auf, Konflikte als schädlich für den Staat zu vermitteln. Diese Grundfärbung sei mit dem später einsetzenden Piłsudski-Kult und der Sanacja in ihrer Distanz zum Pluralismus sehr kompatibel gewesen. André Postert (Dresden) widmete sich den Diskursen im deutschen Bürgertum über Polens und Litauens Putsche 1926. Trotz der außenpolitischen Feindschaft zu Polen seien die autokratischen Wenden und ausdrücklich auch Piłsudskis Politik als „Akte der Ordnung“ gelobt worden. Um im Territorialkonflikt mit Polen Waffengleichheit herzustellen, sei eine Nachahmung durch ein präsidiales System auch in Deutschland gefordert worden. An dieser Stelle wurde die Bedeutung eines mentalitätshistorischen Zu-

gangs für die Demokratieforschung besonders deutlich. Jakob Mischke (Münster) stellte dem Blick auf Osteuropa von außen die osteuropäische Perspektive des ukrainischen Rechtswissenschaftlers Stanislav Dnistrjanskij gegenüber. Dnistrjanskij habe insbesondere die Übereinstimmung des Regierungshandelns mit dem Volkswillen im Sinne von Rousseaus *volonté générale* und nicht etwa Mehrheitsentscheidungen als Wesensmerkmal der Demokratie betrachtet. Das habe ihn etwa zu der merkwürdigen Einschätzung geführt, Mussolinis Italien sei dem französischen Vielparteiensystem vorzuziehen. Sympathie brachte Dnistrjanskij hingegen dem verfassungslosen Praktizieren von Demokratie in Großbritannien und dem föderalistischen System der USA entgegen.

Agnes Laba zog zum Abschluss der Tagung auf der Basis der Vorträge und Diskussionen ein erstes Fazit und formulierte Vorschläge für Forschungsperspektiven. Unter anderem betonte sie die Frage der historischen Hypothek aus dem Erbe des Krieges als Belastungsmoment, der Gewaltpräsenz und dem Gefühl äußerer Bedrohung sowie die damit zusammenhängende doppelte Herausforderung aus Konsolidierung und Demokratisierung. Es sei deutlich geworden, dass die Demokratiekonzepte der Zwischenkriegszeit historisiert und nicht aus heutiger Perspektive beurteilt werden müssten. Die Rolle einzelner Akteure sei insbesondere in ihrer Funktion als personifizierte Alternative zum parlamentarischen Betrieb zu beachten. Das bereits zeitgenössische Narrativ des Scheiterns der Demokratie solle insbesondere als Legitimierungsgrundlage der autoritären Wenden untersucht werden. Nationale Eigenheiten der Entwicklung sollten gewürdigt, Transferprozesse aber nicht vernachlässigt werden. Als weitere Untersuchungskategorien wurden von Laba und der Abschlussdiskussion die Faktoren Minderheiten, Religion, Institutionen und Traditionen benannt, auch die sozioökonomische Perspektive und Analyse demokratischer Praktiken seien wichtig. Insgesamt machte die Tagung also deutlich, dass die Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit keineswegs auserzählt ist. Es wurden viele Fragen aufgeworfen und viele – zum Teil sehr innovative – Ideen zu ihren Antworten entwickelt.

*Arno Barth, DFG-Graduiertenkolleg 1919,  
Universität Duisburg-Essen  
[H-Soz-Kult, Tagungsbericht 6090 vom 24. Juli 2015]*

*Workshop (in Kooperation mit der Theodor-Heuss-Akademie, gefördert durch das BMFT)  
Die LDPD 1961–1989/90*

Gummersbach, 19./20. Juni 2015

Auch im 25. Jahr der deutschen Einheit – und der gesamtdeutschen FDP – gibt es unter Zeithistorikern immer noch heftige Debatten über die Rolle der Liberaldemokraten in der DDR. Dies wurde überaus deutlich auf einem Workshop zur Geschichte der LDPD, der gemeinsam vom Archiv des Liberalismus und dem Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Gummersbach durchgeführt wurde. Fast 22 Jahre ist es her, seitdem zum ersten Mal in der Theodor-Heuss-Akademie eine historische Tagung zur Frühgeschichte der Blockparteien stattgefunden hatte, aus der dann ein viel beachteter und heute noch zitierter Sammelband hervorgegangen ist. Etliche der damals Beteiligten waren auch jetzt wieder anwesend, um gemeinsam mit jüngeren Wissenschaftlern und Zeitzeugen aus LDPD und FDP über den aktuellen Forschungsstand zu diskutieren.

Das zentrale Interesse richtete sich dabei auf ein seit gut einem Jahr laufendes Forschungsprojekt des Hannah-Arendt-Instituts zur LDPD zwischen Mauerbau und Mauerfall. Dort sind vor allem die früheren DDR-Bezirke als Scharnier und Schnittstelle zwischen (Ost-)Berliner Zentralismus und regionaler bzw. lokaler Diversität Untersuchungsgegenstand. Entsprechend viele Beiträge des Workshops richteten ihren Blick auf diese Bezugsebene, wobei es vor allem darum ging, inwieweit die Liberaldemokraten hier von der SED gesteuert und instrumentalisiert wurden und inwieweit sie Handlungsspielräume hatten.

Das ist insofern von erheblicher Bedeutung, da – wie Oliver Werner (Erkner) belegen konnte – wichtige Wirtschafts- und Versorgungsfragen vor allem auf der Bezirksebene be- und verhandelt wurden. Tilman Pohlmann (Dresden) legte in einem zusammenfassenden Beitrag die vier Stränge dar, über die die SED ihren Herrschaftsanspruch bei der LDPD und den anderen Blockparteien durchsetzte, demgegenüber die Liberaldemokraten nur wenig Möglichkeiten besaßen, für die Interessen ihrer Mitglieder und der „Partei nahestehende Schichten“ einzutreten.

Im von Michael Thoss (Dresden) untersuchten Bezirk Frankfurt (Oder) war die LDPD nur schwach verankert und stand, wie allgemein üblich, unter genauer Kontrolle des MfS. Dennoch wuchs auch hier in den 1980er-Jahren der Zweifel am Führungsanspruch der SED, und zwar in dem Maße, in dem die Mitgliederzahlen der LDPD stiegen. Bei ihrer vergleichenden Untersuchung zum Bezirk Rostock kam Luise Güth (Greifswald) zu dem Ergebnis, dass sich die Liberaldemokraten unter allen Blockparteien am meisten mit politisch-ideellen Fragen beschäftigten

und sich insgesamt noch am ehesten als „Andersdenkende“ bezeichnen ließen.

Abgerundet wurde der Workshop durch zwei Beiträge zu Einzelfragen aus der LDPD-Geschichte: Der gegenseitigen Wahrnehmung und den wechselseitigen Kontakten zwischen LDPD und FDP ging Jürgen Frölich (Bonn/Gummersbach) nach und vertiefte seine Aktenfunde in einem Gespräch mit dem „westlichen“ Zeitzeugen Wolfgang Schollwer, während David Bordiehn (Berlin) seine vor dem Abschluss stehende Biografie Manfred Gerlachs am Beispiel der berühmten Episode des Buch-Manuskripts vorstellte, dessen Erscheinen 1979 unterbunden worden war. Da hier faktisch die gesamte Spitze des hauptamtlichen LDPD-Apparats im Zusammenspiel mit SED und Staatssicherheit dem eigenen Partei-Vorsitzenden in den Rücken gefallen war, der sich bis dato eigentlich immer systemkonform verhalten hatte, entspannen sich davon ausgehend Diskussionen, die die gesamte Veranstaltung durchzogen: Wie ist die Rolle der LDPD, ihres Vorsitzenden, ihrer Funktionäre und ihrer Basismitglieder einzuschätzen? War sie ein mehr oder minder williges Herrschaftsinstrument der SED und verkam zu einer Art Lobbygruppe für die Interessen spezifischer Bevölkerungsschichten? Oder zeigte sie in Rückbesinnung auf ihre liberalen Anfänge doch hier und dort Eigensinn, etwa in der Deutschlandpolitik oder beim Freiraum, der den Mitgliedern bei internen Diskussionen gelassen wurde? Wo kommen die Maßstäbe aus den liberalen Normativen des Westens oder aus dem Vergleich mit anderen Organisationen und Institutionen des „realexistierenden Sozialismus“? Und wie hat sich ihr Agieren auf die Entwicklung der SED-Herrschaft ausgewirkt, eher stabilisierend oder doch längerfristig destabilisierend? Was sind sinnvolle und erkenntnisbringende Perspektiven, die der historischen Realität am meisten gerecht werden?

In den lebhaften Debatten zeigten sich z.T. erhebliche Meinungsunterschiede nicht nur zwischen den anwesenden Wissenschaftlern, wo gerade die älteren die Liberaldemokraten in günstigerem Licht sahen, sondern auch unter dem halben Dutzend Zeitzeugen, bei denen es auch unterschiedliche „Selbstwahrnehmungen“ gab. Es besteht also genug Anlass dafür, dass der Workshop demnächst in Dresden fortgesetzt werden soll, auch wenn es dort nicht so viele und z.T. beeindruckende Hinterlassenschaften der LDPD gibt wie im Gummersbacher Archiv. Diese wurden den Workshop-Teilnehmern von der zuständigen Archivarin Susanne Ackermann anschaulich präsentiert, verknüpft mit einem Vortrag über das Zentrale Parteiarchiv der LDPD und dessen Weg ins Archiv des Liberalismus.



*Workshop: Legitimationsstrategien von Autokratien*

Dresden, 22. Oktober 2015

Am 22./23. Oktober 2015 fand in Dresden unter Leitung von Steffen Kailitz und Jun.-Prof. Dr. Stefan Wurster (Universität Trier) der von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte Autorinnen- und Autoren-Workshop „Legitimationsstrategien von Autokratien“ für das gleichnamige Themenheft der „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“ im Festsaal der Fakultät Wirtschaftswissenschaften statt. Der Workshop gliederte sich in vier Teile: 1. theoretisch-konzeptionelle Beiträge zu autokratischen Legitimationsstrategien, 2. vergleichende Untersuchungen zur Input-Legitimation, 3. zur Output-Legitimation und 4. zu Fallstudien.

*Internationale Konferenz: Kindheit im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive*

Leipzig, 14.-16. November 2015

Im Jahr 2015 sind weltweit mehr als sechzig Millionen Menschen auf der Flucht. Unter ihnen auch viele Kinder. Die medial verbreiteten Bilder von Flucht und Vertreibung, Krieg und Tod verdeutlichen, so bekräftigte Günther Heydemann (Dresden) in seiner Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Tagung „Kindheit im Zweiten

Weltkrieg“, was auch Kinder im Zusammenhang mit militärischen Konflikten erleiden müssen. Die internationale Konferenz, organisiert vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. und der Professur für Geschichtsdidaktik der Universität Leipzig, führte Forscherinnen und Forscher aus der Geschichtswissenschaft, der Film-, Literatur- und Kulturwissenschaft und Didaktiker aus zehn Ländern zusammen. Die Tagung unternahm den Versuch, die „Lebenswelten der Stummen der Geschichte“ zu analysieren und somit Kinder als Opfer, aber auch als handelnde Akteure beschreiben zu können. Ihre Erfahrungen scheinen länger als vermeintlicher „Kollateralschaden“ des Zweiten Weltkriegs ignoriert worden zu sein. Alfons Kenkmann (Leipzig) betonte in seiner Einführung, dass es in Hinblick auf eine internationale Geschichte der Kriegskinder selbstverständlich nicht darum gehen könne, Leid aufzurechnen oder die Schicksale verschiedener Kriegskinder in eine „Opferkonkurrenz“ zu setzen. Vielmehr gehe es darum zu überprüfen, ob sich in der europäischen Kriegskindergeneration so etwas wie „homogene Erfahrungsmuster“ erkennen, analysieren und beschreiben lassen. So könne man vielleicht die bisher nur sektoral oder in nationalstaatlicher Perspektive behandelten Themen zu einer gesamteuropäischen Geschichte von Kindheit im Zweiten Weltkrieg zusammenführen. Im Vergleich zu anderen Tagungen nahm die Leipziger Konferenz auf diese Weise eine dezidiert europäische Perspektive mit internationalen und transnationalen Fragestellungen ein, wobei der Fokus auf Ost-, Mittel- und Nordeuropa lag.



Workshop: „Legitimationsstrategien von Autokratien“ in Dresden, 22. Oktober 2015.

Im ersten Teil der Eröffnungssektion dominierte die Beschäftigung mit den Erfahrungshorizonten deutscher und „volksdeutscher“ Kinder. Lisbeth Matzer (Graz) beschäftigte sich mit Formen der ideologischen Manipulation und Mobilisation in der Hitlerjugend (HJ) am Beispiel des Gaus Steiermark, die, wie Matzer betonte, aufgrund ihrer Wirkung zu einer besonders hohen Zahl an Kriegsfreiwilligen aus deren Reihen geführt habe. Generalisierende Aussagen über „die“ Hitlerjugend laufen in der Regel ins Leere. Am Beispiel der HJ im Gau Steiermark mit ihrer Erziehung zu einer „kämpferischen“ Jugend sowie der „Re-Germanisierungspolitik“ volksdeutscher Kinder zeige sich jedoch, dass HJ-Führer vielfach ganz im Sinne der Vorgaben und Erwartungen der Reichsjugendführung agierten. Caroline Mezger (Florenz) widmete sich in ihrem Referat sodann den Donauschwaben, die einerseits innerhalb der „Deutschen Jugend“ oftmals Zeugen nationalsozialistischer Verbrechen und durchaus auch Beteiligte gewesen waren, andererseits das Leid von Vertreibung und Heimatverlust erlebten. Dies habe zu erinnerungskulturellen Defiziten und gebrochenen Identitäten geführt. Mit ihrem Vortrag über die „Hlinka-Jugend“ der Slowakischen Volkspartei zeigte Michala Lónčíková (Bratislava) eindrucksvoll, dass völkische „Kindererziehung“ keine spezifisch deutsche Erfahrung gewesen ist. Die slowakische Jugendorganisation kooperierte mit den Organisationen anderer „Achsenmächte“, entwickelte aber auch ein eigenständiges ideologisches und organisatorisches Profil. Die Organisationsebene verlassend, beleuchtete der Vortrag von Antje Dussa (Leipzig) am Beispiel von Tagebüchern Leipziger Kinder individuelle Handlungsoptionen und Erfahrungen in der Endphase des „Dritten Reiches“. Wichtige Zukunftsfragen wie jene nach der drohenden Niederlage, Kapitulation und der Besatzungsmacht durchzogen die Tagebücher ebenso wie die Beschäftigung mit dem Selbst oder adoleszente Orientierungssuche – Aspekte, die bei breiterer Quellenforschung einem besseren Verständnis der ostdeutschen „Aufbaugeneration“ dienen könnten. Der Frage, ob sich unterschiedliche Kindheits-erfahrungen mithilfe einer Geschichte des Spielzeugs nachzeichnen und vermitteln lassen, ging André Postert (Dresden) nach. Der staatlichen Delegation der Spielzeugproduktion komme dabei eine Schlüsselrolle zu. Während beispielsweise der Spielzeughersteller Märklin Patronenhülsen produzierte, mussten Kinder im Rahmen der HJ, aber sogar auch Kinder in Konzentrationslagern, hier exemplarisch Theresienstadt, in Werkstätten Spielzeug für die jüngsten Kinder im Deutschen Reich herstellen. Insofern eignet sich Spielzeug als ein geeignetes Prisma völlig verschiedener Kindheitserfahrungen und verdeutlicht, dass kein gesellschaftlicher Bereich von den nationalsozialistischen Verbrechenkomplexen

ausgeschlossen blieb. Der Holocaust reichte selbst ins Kinderzimmer an der „Heimatfront“.

In der folgenden Sektion standen die verschiedenartigen Schicksale jüdischer Kinder in Osteuropa im Vordergrund. Deren Geschichte war abhängig von der Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen, ihren regionalen Bedingungen und praktischen Maßnahmen: Erfahrung und Handlungsmöglichkeiten waren interdependent. Marta Ansilewska-Lehnstaedt und Irina Rebrova (beide Berlin) zeigten eindrucksvoll, dass der Identitätswechsel – durch Ablegen des Namens, der Vernichtung von Dokumenten, durch kosmetische Veränderungen oder Ähnliches – eine zentrale Rolle in den Überlebensstrategien jüdischer Familien einnahm. Dazu kamen etwa ständige „Wanderschaft“ von Dorf zu Dorf oder das Wegschicken jüdischer Kinder auf die „arische Seite“ jenseits der Ghettos. Den Kindern fehlte oft das Verständnis für die Entscheidungen ihrer Eltern: Für sie war es kein Gefühl der Rettung, sondern es blieb die Erfahrung des „Abgeschoben-Seins“. Yuliya von Saal (München) und Johannes-Dieter Steinert (Wolverhampton) unterstrichen die Notwendigkeit transnationaler Kindheitsforschung. Dieser Zugang könne auch den Blick für die unterschiedlichen Voraussetzungen des Überlebens unter deutscher Besatzung schärfen. Die eindruckliche Schilderung des Missbrauchs von Kindern als Geiseln in sogenannten Kinderdörfern, um deren Eltern weiterhin zur Arbeit zu zwingen, oder die als „biografischen Bruch“ erlebte Deportation zur Zwangsarbeit nach Deutschland, die sich in den verschiedenen Ego-Dokumenten polnischer und sowjetischer Kinder spiegeln, zeigten die jeweils unterschiedlichen individuellen und kollektiven Folgen deutscher Besatzung auf. Der kindliche Erfahrungsraum sei von der Interdependenz von Zwangsarbeit und „Germanisierung“ bestimmt gewesen und ließ kaum individuelle Handlungsoptionen. Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern wurde oftmals in die Familie delegiert, die dann häufig Mädchen aus ihrem Kreis zur Deportation benannten. Insgesamt zeigten die Vorträge dieser Sektion deutlich, dass die Überlebenschance eines Kindes zum einen sehr stark von der Differenz jüdisch oder nicht-jüdisch, den individuell erschlossenen oder überhaupt existenten Handlungsalternativen sowie von der Existenz von „Kontaktpersonen“ abhing.

Die zweite Sektion führte am Freitag die Diskussionen um transnationale Fragestellungen fort, indem sie Kindheitserfahrungen in den Blick nahm, die sowohl durch Flucht als auch Deportation räumlich und lebensgeschichtlich gebrochen wurden. Clemens Maier-Wolthausen (Berlin) und Ingrid Söderlind (Linköping) eröffneten mit dem Beispiel Schweden. Die bereitwillige Aufnahme Tausender finnischer Kinder stand im Kontrast zur restriktiven Hilfe für wenige Hundert jüdische Kinder. Das





Internationale Konferenz „Kindheit im Zweiten Weltkrieg“ in Leipzig, 14.-16. November 2015.

Missverhältnis lasse, so die Bilanz der Vortragenden, sich auf den in Skandinavien damals verbreiteten „nordischen Gedanken“ zurückführen. Die Bereitschaft der Gasteltern, ein Kind aufzunehmen, korrelierte kaum mit dessen Verfolgungssituation, sondern schlicht mit dessen äußeren Erscheinungsmerkmalen. Die Solidarität der schwedischen Gesellschaft war demnach eng an die ethnische Zugehörigkeit der Flüchtlinge geknüpft, sodass bevorzugt Mädchen mit „nicht-jüdischem Aussehen“ eine Chance gehabt hätten. Katharina Friedla (Jerusalem) zeichnete die Deportation von 230 000 Juden durch sowjetische Behörden aus Ostpolen nach Sibirien nach. Dem nationalsozialistischen „Inferno“ stand hier – wie Friedla am Beispiel eines Zitats betonte – die sowjetische „Hölle“ gegenüber. Unter den „Displaced Persons“ stellten sie, die nach ihrer Repatriierung aus Polen erneut, aber diesmal in Richtung Westen geflohen waren, die größte Gruppe der „Holocaust Survivors“. Verena Buser (Berlin) schilderte die prozessuale Entwicklung der Sucharbeit nach Angehörigen durch die „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“. An deren Beginn habe allerdings kein „Masterplan“ gestanden. Nach dem Krieg mussten 13 Millionen Kinder in Europa ohne einen oder beide Elternteile ihr Leben gestalten. Der Verlust der Heimat konnte Identitätskrisen bewirken. Christian König (Halle an der Saale) verdeutlichte am individuellen Beispiel einer Frau die Vielzahl von Problemen geflüchteter Familien und Kinder in der SBZ bzw. DDR-Gesellschaft, in der sich die Bevölkerungsmehrheit gegen ihre Integration stellte.

Die dritte Sektion beschäftigte sich mit individuellen und kollektiven Erinnerungen und stellte den gesellschaftlichen Umgang mit Kriegskindern in den Mittelpunkt. Oxane Leingang (Köln) befasste sich in ihrer literaturwissenschaftlichen Untersuchung mit ausgewählten Autobiografien ehemaliger sowjetischer Kriegskinder. Sie zeigte anhand einiger Beispiele, dass in der Sowjetunion im Zuge der Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ die Rolle der Kinder heroisiert wurde. Erst in den 1990er-Jahren setzten in Russland ein Paradigmenwechsel und eine gesellschaftliche Umdeutung ein, die das reale Leid der Kinder anerkannte und in den Mittelpunkt der Erinnerung rückte. Dass dies jedoch nicht zwangsläufig in die staatliche und öffentliche Anerkennung aller Kinder als Opfer mündete, bewies Natalie Timofeevas (Woronesch) kritische Betrachtung der bisher nicht erfolgten Aufnahme minderjähriger KZ-Häftlinge als Einzelgruppe ins russische Veteranengesetz, wie sie der „Verband der ehemaligen minderjährigen KZ-Häftlinge“ in einem Manifest fordert. Dennoch hat diese 150 000 Mitglieder zählende Bürgerinitiative bereits staatliche Kostenhilfe bei Beerdigungen und Wohnungszuweisungen erstritten und bemüht sich, die Erinnerung an das erfahrene Leid mit Denkmälern und Schulbesuchen an nachfolgende Generationen weiterzugeben. Wei Zuhangs (Wuhan, Hubei) Vortrag über das in Europa nahezu vergessene jüdische Exil in Shanghai fiel zwar aus dem räumlichen Zuschnitt der Tagung heraus, bot jedoch anhand ausgewählter internationaler Romane wichtige Einblicke in die Lebenswelten



von emigrierten jüdischen Kindern. Obwohl die verschiedenen Romane jeweils in einem Kontext nationaler Erinnerungsdiskurse zu verstehen sind, erscheint in ihnen das Exil doch zugleich als Bindeglied und Gegenstand transnationaler Erinnerung. Möglichkeiten und Grenzen der sprachlichen Vermittlung von Gewalterfahrungen, die sich unserem Begreifen prinzipiell entziehen, untersuchte Wiebke Hiemesch (Hildesheim) anhand von Oral-History-Quellen von überlebenden Kindern des KZ Ravensbrück. Sie identifizierte in den analysierten Interviews einen Doppelcharakter von erzählter und erlebter Geschichte. Die Narrationen, die sie als das Ringen von Erwachsenen um einen sprachlichen Ausdruck des Unbeschreiblichen erfasste, ließen sich als Erzählungen minimalster Handlungsräume ebenso wie gewaltsamer Destruktion körperlicher und seelischer Integrität identifizieren. Der offenkundig ergiebige Forschungsansatz, aus Schüleraufsätzen der unmittelbaren Nachkriegszeit Kinder als Geschichtszeugen und Akteure wahrzunehmen und zu beschreiben, verband die Vorträge von Olga Radchenko (Tscherkassy) und Beate Müller (Newcastle). Die 1944 in der Ostukraine verfassten Aufsätze boten einen Einblick in die wechselvolle Besatzungsgeschichte der „Bloodlands“. Mit Blick auf ihre Überlebenspraktiken sowie auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Osten und Westen der Ukraine beschrieb Radchenko das „gespaltene Gedächtnis“ der ukrainischen Kriegskinder. Anhand von 7000 Texten Nürnberger Schüler aus dem Jahr 1946 – einem außergewöhnlichen Quellenkorpus – analysierte wiederum Müller die anhaltende Prägekraft des Nationalsozialismus und der Kriegserlebnisse. Die Auswertung der Aufsätze vermittelte ein komplexes Bild der Gedanken- und Gefühlswelt der Nachkriegsjugend. Lu Seegers (Hamburg) beschrieb unterschiedliche Erfahrungen im Umgang mit Vaterlosigkeit in der Bundesrepublik, der DDR und Polen. Ihre Ausführungen bereiteten inhaltlich stimmig auf die öffentliche Podiumsdiskussion am Abend vor.

Im Festsaal des Alten Rathauses von Leipzig diskutierten Historiker, die vaterlos aufgewachsen waren, zugleich als Zeitzegen und Wissenschaftler. Viele im bisherigen Tagungsverlauf abstrakt gebliebenen Erfahrungen erhielten durch die Schilderungen von Konrad Jarausch (Chapel Hill, North Carolina), Jürgen Reulecke (Gießen) und Peter Maser (Münster) ein persönliches Gesicht. Barbara Stambolis (Paderborn) moderierte, Heide Glaesmer (Leipzig) ordnete die Aussagen in die aktuelle Trauma-Forschung ein. Der als unfair erlebte „Wettbewerb“ mit dem gefallenem Vater, der nicht mehr zu gewinnen war, aber auch familiärer Druck, gesellschaftliche Tabuisierungen in der Nachkriegszeit, berufliches und persönliches zivilgesellschaftliches Engagement als eine Art „Wiedergutmachungsleistung“ waren dabei zentrale Themen des lebhaften Podiumsgesprächs.

Die letzte Sektion am Samstagmorgen beschäftigte sich mit der in der Kriegskinderforschung bislang kaum genutzten Gattung dokumentarischer und fiktionaler Filmquellen. Spielfilme über den Zweiten Weltkrieg mit Kindern als Protagonisten seien, so stellten die Vortragenden einhellig fest, emotional aufgeladen. Den Historikerinnen und Historikern komme die Aufgabe zu, die Deutungsabsicht von Regisseuren, Drehbuchautoren und Produzenten offenzulegen, denn Filme erzählen als Quelle mehr über die Zeit ihrer Entstehung als über jene, die sie zum Gegenstand haben. So bildeten ausgewählte Nachkriegsfilme aus Mittel- und Osteuropa für Michael Brodski (Mainz) und Ute Wölfel (Reading) den sichtbaren Ausdruck zeitgenössischer, politischer, national oder von Traumata geprägter Diskurse. Die DEFA-Filme in der DDR zeigten die Kinder nicht als Leidtragende, sondern als aktiv handelnde Akteure eines „unbefangenen Neuanfangs“. In der US-amerikanisch-schweizerischen Produktion „The Search“ wiederum standen überlebende Kinder aus Konzentrationslagern, ihre Traumata und die Suche nach ihrer Identität im Vordergrund. Die von Markus Köster (Münster) vorgestellten Amateur-Familienfilme zeigten hingegen, wie sich normale deutsche Familien bei der Inszenierung ihres „Glücks freier Stunden“ die NS- und Kriegspropaganda zum Vorbild nahmen. Kinder in Uniform, mit Spielzeug-Stahlhelm und -Waffe exerzierten vor der Kamera des Vaters; eine, wie Köster betonte, spielerische Vermittlung gesellschaftlicher Militarisierung. Zum Abschluss präsentierte Mona Bergmann (Leipzig) das geplante achteilige Dokumentarfilmprojekt für den SWR/Kika „Kleine Hände. Kindheit im Zweiten Weltkrieg“, welches das schwierige Thema für Heranwachsende aufzubereiten versucht.

Auf der Tagung in Leipzig ist der vielversprechende Versuch unternommen worden, die Geschichte der Kindheiten im Zweiten Weltkrieg zu internationalisieren. Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Disziplinen wurden zusammengeführt, aktuelle oder laufende Studien diskutiert und neue Projektideen vorgestellt. Anknüpfend an vorangegangene Kongresse zur Thematik, konnte die Forschung zu den Kindern des Zweiten Weltkriegs hier in einen größeren internationalen Rahmen als bislang gestellt werden. Die Veranstalter stehen für den geplanten Sammelband, der zusätzlich Süd- und Westeuropa einbeziehen soll, jedoch vor einer konzeptionellen Herausforderung: Die Abhängigkeit einiger Projekte von Interviews oder freien Erzählungen, die teils erst Jahrzehnte später aufgezeichnet wurden, erforderten, so Kenkmann in der Abschlussdiskussion, mehr Reflexion über die Potenziale und Grenzen der eigenen Methodik. Auch die Frage der Vergleichbarkeit von Erfahrungsräumen und generationellen Prägungen stelle sich: Hier bedarf es einer gemeinsamen Definition von Kindheit. Von

einer kollektiven Kindheitserfahrung in Europa während des Zweiten Weltkriegs könne wohl nicht gesprochen werden. Allerdings sollte der Sammelband, um nicht bloß eine Enzyklopädie von Kindheitsgeschichten zu werden, durchaus der Frage nachgehen, ob sich von einer „europäischen Generationalität“ der Kriegskinder im Sinne geteilter generationeller Erfahrungsmuster sprechen lässt.

*Martin Jost, Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Universität Leipzig [H-Soz-Kult, Tagungsbericht 6407 vom 20. Februar 2016]*

*Tagung: Der Totalitarismus und die Abgründe der Moderne. Zur Aktualität eines Disputs zwischen Hannah Arendt und Eric Voegelin*

München, 13./14. November 2015

Hannah Arendts 1951 erstmals publiziertes Buch „The Origins of Totalitarianism“ gilt bis heute als eine der wichtigsten und zugleich umstrittensten Auseinandersetzungen mit dem modernen Totalitarismus. Zu den zahlreichen Kritikern zählte auch der Philosoph Eric Voegelin, dessen Besprechung des Buches in „The Review of Politics“ im Jahre 1953 zwischen ihm und Hannah Arendt zu einem kurzen, aber intensiven Disput führte. Diese Auseinandersetzung war und ist bis heute auch deshalb von großer Bedeutung, weil sie zu einigen Grundfragen vorstößt, die den problematischen Charakter der Moderne im Ganzen betreffen. Arendt und Voegelin, die beide in ihrem Rückbezug auf antike Positionen der Philosophie gemeinhin zu „neoklassischen“ Ansätzen gerechnet werden, begreifen den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts als Symptom einer fundamentalen Krise der Moderne. In der Art und Weise, wie diese Krise ausbuchstabiert wird und welche politischen und normativen Konsequenzen daraus zu ziehen seien, unterscheiden sich beide Denker/-innen aber fundamental. Die Tagung hat genau diesen Disput rekonstruiert und die jeweiligen philosophischen Positionen und Fragestellungen herausgearbeitet. Die Problematik wurde dabei in den Kontext der fortgesetzten Auseinandersetzung über Grundlagen und Konsequenzen der Moderne gestellt, um schließlich auch nach der Aktualität zu fragen, die die Einsichten von Arendt und Voegelin für die heutige Totalitarismusforschung und die politische Theorie noch besitzen.

Freitag, 13. November 2015, 14–18 Uhr

Uwe Backes (stellv. Direktor des Hannah-Arendt-Instituts Dresden): Die Ansätze Arendts und Voegelins in der heutigen Totalitarismusforschung

Christian Schwaabe (stellv. Leiter des Voegelin-Zentrums München): Der Totalitarismus und die Krise der Moderne

Ingeborg Nordmann: Den Autor so verstehen, wie er sich selbst verstanden hat. Ein imaginärer Dialog zwischen Hannah Arendt, Eric Voegelin und Leo Strauss

Samstag, 14. November 2015, 9–13 Uhr

Michael Henkel: Realitätsverlust und totalitäres Denken. Über einige Elemente und Entwicklungslinien moderner Politik

Hans-Jörg Sigwart: Zur Beziehung von Wissenschaft und Politik bei Arendt und Voegelin

Oliver Lembcke: Hannah Arendt und Eric Voegelin im Kontext gegenwärtiger politischer Theorie – eine Spurensuche

Podiumsdiskussion/Moderation: Gilbert Weiss-Lanthaler

*Symposium: Sturm und Zwang. Symposium zum 11. Plenum des ZK der SED und zu den verbotenen DEFA-Filmen von 1965/66*

Berlin, 10. Dezember 2015

Vor genau 50 Jahren fand in Berlin eine Veranstaltung statt, für die der Filmhistoriker Günter Agde Anfang der 1990er-Jahre den Begriff „Kahlschlag“ prägte. Das 11. Plenum des ZK der SED gilt als Zäsur der DDR-Kunst und -Kultur, die insbesondere in Film und Literatur empfindlich getroffen wurde. In der öffentlichen Wahrnehmung wird es meist mit den sogenannten Verbotsfilmen wie dem prominenten „Spur der Steine“ von Frank Beyer in Verbindung gebracht. Das Plenum selbst gehört zu den am gründlichsten erforschten Ereignissen der DDR-Geschichte. Symposien wurden veranstaltet, Arbeiten geschrieben, Standardwerke veröffentlicht und neu ediert. Wenn sich ihm nun, initiiert von der DEFA-Stiftung und dem Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden, wiederum eine Tagung und ein mehr als 500-seitiger Band („Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum“, hg. von Andreas Kötzing/Ralf Schenk, Rezension folgt) widmet, stellt sich unweigerlich die Frage, was es noch zu sagen gäbe. Die Tagung trug den Titel „Sturm und Zwang“ und fand vergangenen Donnerstag im Deutschen Historischen Museum in Berlin statt.

Einmalige Situation

Dabei wurde eindrucksvoll deutlich, wie sich die Fragen an das historische Material in den letzten 25 Jahren modifiziert haben, wie jede Zeit ihren ganz eigenen Blick darauf entwickelt und wie sehr historische „Wahrheiten“ immer wieder neu ausgehandelt werden. Allein die Zusammensetzung des Auditoriums erzeugt im Jahr 2015 eine einmalige Situation: Da sind (noch) die Zeitzeuginnen und -zeugen, ehemalige DEFA-Mitarbeiter,

die mitunter aufstehen und mit ihrem „So war es“ den wissenschaftlichen Disput kurz zum Stocken bringen. Die Emotionalität der Erinnerungen macht deutlich, dass die Tiefe der damals erlittenen Verletzungen keine von einer Geschichtsschreibung behauptete ist. Da sind die Wissenschaftler mit durchaus heterogenem Hintergrund und Blick. Und da sind junge Menschen, für die jene Ereignisse aus dem Dezember 1965 so weit weg sein dürften wie etwa der Dreißigjährige Krieg und die auf ihren Smartphones rumwischen, während es im Saal um Leben und Tod geht.

Tatsächlich war es der Freitod des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR Erich Apel am 3. Dezember 1965, der großen Einfluss auf den unglückseligen Verlauf des Plenums hatte. Gemeinsam mit Staats- und Parteichef Walter Ulbricht hatte Apel versucht, mit dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) das Wirtschaftssystem der DDR zu reformieren. Im Verbund mit dem 1963 veröffentlichten Jugendkommuniqué des Politbüros hatte dies zu einer Art Aufbruchstimmung im Land geführt, Kunst und (Jugend-) Kultur nahmen internationale Entwicklungen auf, vieles schien möglich. Das 11. Plenum leitete den Umkehrschub ein. Gemeinhin wird es so dargestellt, dass der vom ehrgeizigen Erich Honecker angeführte „Hardliner-Flügel“ (wie er in der heutigen Literatur genannt wird) sich gegen den nunmehr isolierten „Reform-Flügel“ um Ulbricht durchsetzte, die Partei in einem großen Rundumschlag aufmüpfige Künstler abstrafte und in der Folge hauptsächlich Filme, aber auch Bücher und Theaterstücke verboten und die „Verantwortlichen“ entlassen wurden.

#### Die 5-Tage-Woche

Wie so oft ist das alles nicht falsch und doch – so wurde deutlich – nicht die ganze Wahrheit. Zum einen geht es um differenziertere Sichtweisen: So machte Ralf Schenk deutlich, dass „die Partei“ ein heterogenes Gebilde mit durchlässigen Fronten war, das gar die Mehrzahl der gescholtenen Künstler zu seinen Mitgliedern zählte. Darüber hinaus scheint eine Reihe von Fragen offen.

Erwiesen ist, dass die Veranstaltung als wirtschaftspolitisches Forum geplant war und sich erst durch Apels Freitod – auch, um davon abzulenken – der Fokus mehr auf die Kultur richtete. Was sich in der zeitgenössischen, im Gegensatz zur heutigen, Wahrnehmung vermutlich weniger niederschlug – dort dürfte u. a. die Einführung der 5-Tage-Woche als Resultat des Plenums von größerem Interesse gewesen sein als das Verbot von Filmen, von denen niemand wusste.

Unklar ist, welche Dynamik den Vorgängen innewohnte und ob die Härte der Auseinandersetzung taktisches Kalkül einer von langer Hand (und eventuell gar von Ulbricht selbst) geplanter Entwicklung war oder eher die Folge ei-

ner aus dem Ruder gelaufenen Dramaturgie. Insbesondere Andreas Kötzing machte auf eine ganze Reihe bislang weniger beachtete Quellen und Details aufmerksam, so die Entwicklungen in der Sowjetunion, wo der 1964 angetretene Leonid Breschnew dem chruschtschowschen „Tauwetter“ ein Ende setzte. Ist es Zufall, dass unmittelbar vor dem 11. Plenum eine Reihe teils kurzfristig angesetzter gegenseitiger Besuche der Führungsriege stattfanden, bei denen man sich über kulturelle Entwicklungen austauschte? Am Beispiel des Bezirks Leipzig, wo Paul Fröhlich als SED-Bezirkssekretär brutal-autoritär regierte, weist Kötzing zudem nach, wie bestimmte Erscheinungen der Jugendkultur, die das Plenum anprangerte, sich erst im Widerstand gegen staatliche Restriktionen herausbildeten.

Der „Aufbruch“ war also schon lange vor 1965 gebremst worden, von einem jähen Ende kann keine Rede sein. Selbst der oft bemühte Dualismus von „Hardlinern“ und „Reformern“ bzw. Honecker vs. Ulbricht scheint bei genauerem Blick auf die Dokumente nicht haltbar.

#### Genauer hinhören

Genauer hingehört hat Günter Agde, der die Audio-Aufzeichnungen des Plenums untersuchte und auf bisher außer Acht gelassene und teilweise gravierende Unterschiede zwischen gesprochenem Wort, dem stenografierten Protokoll und der Veröffentlichung stieß. Liegt ein Teil der Wahrheit in jenen Leerstellen, den Auslassungen oder aber den spontanen und bislang nicht ausgewerteten Extempores der Rednerinnen und Redner? Sie belegen eher die These der Eigendynamik einer Veranstaltung, die möglicherweise nicht als Inquisition begann und doch dazu geriet. Agde spricht denn auch eher von einer ambivalenten Rolle Ulbrichts, der mehrmals während des Plenums die Richtung gewechselt habe, während er für Kötzing eher als Inquisitor erscheint.

Am meisten mag erstaunen, dass wir heute nicht nur über alle Unterlagen, sondern vor allem die Filme selbst, soeben in einer Prachtedition bei Icestorm erschienen, verfügen. Der mit ihrer Digitalisierung befasste Filmhistoriker Ralf Dittrich wusste zu berichten, dass bis zu 550 Rollen pro Film sorgfältig eingelagert und akribisch protokolliert wurden – ganz offensichtlich mit der klaren Vorstellung und Zielsetzung von deren Rekonstruktion in einer fernen Zukunft. Jede dieser Rekonstruktionen aber – so Dittrich – ist wiederum ein zeithistorisches Konstrukt. So sind die zu Beginn der 1990er-Jahre entstandenen Fassungen deutlich vom Geist der Wendezeit gezeichnet. Ob dies auch für die heute erstellten Digitalisate gilt, blieb offen.

Und was meinen wir überhaupt, wenn wir von „Verbotsfilmen“ sprechen? Volker Petzold zeigte eine Reihe von DEFA-Trickfilmen, die aus erstaunlich dämlichen Grün-





Symposium: Sturm und Zwang. Zum 11. Plenum des ZK der SED und zu den verbotenen DEFA-Filmen von 1965/66 Berlin, 10. Dezember 2015, rechts: Dr. Andreas Kötzling.

den in die Mühlen der Zensur gerieten, weil z.B. ein Kinderzimmer zu „bürgerlich“ dargestellt war oder es an Erziehungspersonal im Film mangelte. Andere Werke wurden nicht verboten, sondern in bearbeiteter, also verstümmelter Form schließlich zugelassen. Chris Wahl stellte beide Versionen von Kurt Tetzlaffs Dokumentarfilm „Es genügt nicht, 18 zu sein“ vor: die Originalfassung und die veränderte, die dann unter dem Titel „Guten Tag, das sind wir“ in die Kinos kam. Ein wunderbares Beispiel dafür, was Ton mit Bildern macht und wie ganz wenige Aussagen die gesamte Atmosphäre eines Films bestimmen oder zerstören können. Ein wirklich bemerkenswertes Detail beider Filme – ein von oben bis unten mit Dreck beschmaddertes FDJ-Hemd, vor dessen Emblem ein Schweinekopf gehalten wird – blieb dem (West-)Referenten allerdings verborgen. Dabei hätte dieses Bild interessante Fragen der Interpretation aufgeworfen. Am Ende war es wieder ein Beispiel dafür, dass man nur sieht, was man weiß. Und nur erfährt, wonach man fragt.

So gesehen können wir uns am 11. Plenum noch lange abarbeiten. Und eines Tages vielleicht die Filme jener Jahre nicht mehr nur als historische Dokumente, sondern als Kunstwerke mit subversiver Kraft betrachten. Die nämlich brauchen wir heute mehr denn je.

*von Grit Lemke, Junge Welt vom 16. Dezember 2015*

## 6. Öffentliche Vorträge

*Filmreihe: „Dekadent. Jugendgefährdend. Staatsfeindlich“. DEFA-Verbotsfilme 1965/66  
In Dresden (ProgrammkinO Ost) und Leipzig  
(UT Connewitz)*

Das Kaninchen bin ich (DDR 1965);  
Vorfilm: Hummelflug (Animation, DDR 1964)  
14. September 2015, Leipzig  
16. September 2015, Dresden

Karla (DDR 1966);  
Vorfilm: Pünktchen (Animation, DDR 1964)  
21. September 2015, Leipzig  
30. September 2015, Dresden

Es genügt nicht 18 zu sein (DDR 1965);  
Berlin um die Ecke (DDR 1966)  
5. Oktober 2015, Leipzig  
7. Oktober 2015, Dresden

Barfuß und ohne Hut (DDR 1964);  
Jahrgang 45 (DDR 1966)  
19. Oktober 2015, Leipzig  
21. Oktober 2015, Dresden

Spur der Steine (DDR 1966)  
28. Oktober 2015, Dresden  
2. November 2015, Leipzig



Filmreihe: „Dekadent. Jugendgefährdend. Staatsfeindlich“. DEFA-Verbotsfilme 1965/66

### *Hannah-Arendt-Forum*

29. Oktober 2015, Stadtmuseum Dresden: Prof. Dr. rer. medic. habil. Hendrik Berth (TU Dresden): Die Mauer im Kopf? Einstellungen zur deutschen Einheit – Konstanten und Veränderungen

### *Buchvorstellungen*

Andreas Weigelt/Klaus-Dieter Müller/Thomas Schaar-schmidt/Mike Schmeitzner (Hg.): Todesurteile sow-jetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015

2. Juli 2015, Chemnitz, Staatsarchiv

19. Juli 2015, Berlin-Karlshorst, Deutsch-Russisches Museum

Sebastian Rick: Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande. Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, Göttingen 2015

29. September 2015, Teistungen, Grenzlandmuseum

Hannah Arendt/Eric Voegelin: Totalitarismus und politische Religionen. Der Arendt-Voegelin-Disput und seine Bedeutung für die Gegenwart, Göttingen 2015

14. Dezember 2015, Berlin, Stasi-Museum





Lange Nacht der Wissenschaften: Prof. Dr. Günther Heydemann bei seinem Vortrag.

*Lange Nacht der Wissenschaften  
Dresden, 3. Juli 2015*

Günther Heydemann: Krieg und Krise in der Ukraine und die EU – ein Problemaufriss

Francesca Weil: Zum Alltag in der späten sächsischen Kriegsgesellschaft, 1943–1945

André Postert: Hitlerjunge Schall. Der Nationalsozialismus 1930–1934, aus dem Blickwinkel eines Jugendlichen

*Öffentliche Vorträge und Vorträge im Rahmen von  
Institutsseminaren*

22. Januar 2015: Dr. Andreas Malycha (Institut für Zeitgeschichte, Berlin): Die SED in der Ära Honecker: Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989

29. Januar 2015: Prof. Dr. Robert Bohn (IZRG, Schleswig): Kollaboration, Widerstand, Mittäterschaft. Handlungsoptionen und Handlungsmotivationen in Dänemark und Norwegen 1940 bis 1945

12. Februar 2015: Dr. Helmut Müller-Enbergs/Christian Booß (BStU Berlin): Die indiskrete Gesellschaft.

Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern

9. April 2015: Stephanie Marks (Leipzig): Sexuelle Gewalt durch sowjetische Soldaten am Ende des Zweiten Weltkriegs in Berlin. Eine Ursachenanalyse im Rahmen ihrer Bachelorarbeit

4. Mai 2015: Dr. Martin Morgner (Halle): Andersdenkende am rechten Rand der Studentenschaft an DDR-Hochschulen 1961–1990

28. Mai 2015: Dr. Pei Xu (Köln): Xi Jinping als neuer Führer der VR China – auf dem Weg zum Rechtsstaat?

9. Juli 2015: Prof. Dr. Amos Guiora (Salt Lake City, Utah): Bystander Complicity (in englischer Sprache)

16. Juli 2015: Dr. Björn Kooger (Wolfenbüttel): David Rousset und die Welt der Konzentrationslager

24. September 2015: Dr. Yvonne Fiedler (Leipzig): Herrschaftsinstrument, „Künstlergilde“, Interessenvertretung? Der Verband Bildender Künstler in der DDR

19. November 2015: Manja Preissler (Dresden): Forum einer neuen kulturellen Offenheit? Die „Dresdner Hefte“ in den Jahren 1983 bis 1989





Gut gefüllte Zuhörerplätze beim Hannah-Arendt-Forum am 29. Oktober 2015.

## 7. Kooperationen mit wissenschaftlichen Partneereinrichtungen/ Gastwissenschaftler

Seit Langem unterhält das Institut vielfältige Kontakte mit deutschen und ausländischen Partnern. Engere Kooperationen, die sich in gemeinsamen Projekten, Tagungen, Lehraufträgen oder gegenseitigen Vereinbarungen niederschlagen, bestanden 2015 mit folgenden Institutionen:

Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Berlin

Andrássy Universität Budapest (Prof. Dr. Hendrik Hansen)

Bundeskriminalamt, Forschungsstelle  
Terrorismus/Extremismus (Dr. Uwe Kemmesies)

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
(Dr. Anna Kaminsky, Dr. Ulrich Mählert)

Centre d'histoire culturelle des sociétés contemporaines,  
Paris/Versailles

Collegium Bohemicum Ústí nad Labem  
(Mgr. Blanka Mouralová)

DEFA-Stiftung, Berlin

Deutsche Gesellschaft e. V., Europäisches  
Informationszentrum, Berlin

Deutsches Historisches Museum, Berlin

Dipartimento di Studi Euro-Americani, Facoltà di Lettere e Filosofia, Università degli Studi Roma III  
(Prof. Dr. Alfredo Breccia, Prof. Dr. Luca Ratti)

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (Dr. Meik Woyte)

Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach  
(Prof. Dr. Ewald Grothe)

Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main  
(Prof. Dr. Raphael Gross, Dr. Jörg Osterloh, Dr. Werner Konitzer)

Gedenkstätte Bautzner Straße, Dresden

German Institute of Global and Area Studies (GIGA),  
Hamburg; Gruppe „Autoritäre Systeme“ (Prof. Dr. Patrick Köllner, Dr. Thomas Richter, Dr. Christian von Soest)

Groupe de Recherche sur la Culture de Weimar, Paris  
(Prof. Dr. Gérard Raulet)

Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr  
Hamburg (Prof. Dr. Bernd Wegner)

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung  
(Dr. Heidi Hein-Kircher)

Historisches Seminar der Universität Leipzig  
(Prof. Dr. Wolfgang Höpken)

Historisches Seminar der Westfälischen Wilhelms-  
Universität Münster (Prof. Dr. Thomas Großbölting)

Institut für Internationale Beziehungen der Universität  
Warschau

Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden  
(Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Prof. Dr. Hans Vorländer)

Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde,  
Dresden (Prof. Dr. Winfried Müller)

Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie  
der Wissenschaft, Warschau (Prof. Dr. Piotr Madajczyk)

Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin  
(Prof. Dr. Andreas Wirsching)

Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie  
der Wissenschaften in Prag (Prof. Dr. Oldřich Tůma)

Institutt for statsvitenskap, Universitetet i Oslo  
(Prof. Dr. Bernt Hagtvet)

Jan-Evangelista-Purkyne-Universität Ústí nad Labem  
(Dr. Kristina Kaiserová)

Karls-Universität Prag (Doc. ThDr. Jan Blahoslav Lašek)

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt,  
Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien  
(Prof. Dr. Leonid Luks)

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg/Stiftung Bayerische  
Gedenkstätten (Dr. Jörg Skriebeleit, Ulrich Fritz)

Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe der  
Universität Straßburg (Prof. Dr. Pascal Hintermeyer)

Landesamt für Archäologie Sachsen  
(Dr. Thomas Westphalen, Dr. Regina Smolnik)

Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert  
mit Schwerpunkt Nationalsozialismus an der Humboldt-  
Universität zu Berlin (Prof. Dr. Michael Wildt)

Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft der  
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
(Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué)

Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung  
Graz (Prof. Dr. Stefan Karner)

Mitteleuropa Zentrum der TU Dresden  
(Prof. Dr. Walter Schmitz)

Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie  
(Dr. Andreas Umland)

Niedersächsisches Forschungskolleg „Nationalsozialistische, Volksgemeinschaft?“ an der Universität Hannover  
(Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann)

Oddělení bezpečnostních a strategických studií, Fakulta sociálních studií, Masarykova Univerzita, Brno  
(Prof. Dr. Miroslav Mareš)

Professur für Angewandte Linguistik der TU Dresden  
(Prof. Dr. Joachim Scharloth)

Professur für politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau (Prof. Dr. Barbara Zehnpefnig)

Royal Military Academy Sandhurst, U.K.  
(Dr. Peter Lieb)

Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Geschichtswissenschaft (Prof. Dr. Michael Wala)

Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Dresden (Frank Richter)

Sorbisches Institut, Bautzen (Prof. Dr. Dietrich Scholze)

Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden  
(Siegfried Reiprich, Dr. Bert Pampel)

The Emanuel Ringelblum Jewish Historical Institute, Warschau (Prof. Dr. Eleonora Bergman)

The Institute for Holocaust Research, University of Haifa (Dr. Yael Granot-Bein)

Universität Aarhus (Prof. Dr. Svend-Erik Skaaning, Prof. Dr. Jørgen Møller)

Universität Chemnitz (Prof. Dr. Alexander Gallus, Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz, PD Dr. Tom Thieme)

Universität Kopenhagen, Saxo-Institut  
(Prof. Dr. Karl Christian Lammers)

Universität Leipzig (Prof. Dr. Gert Pickel)

Universität Ottawa, Kanada (Prof. Dr. Daniel Stockemer)

Universität Trier (Jun.-Prof. Dr. Stefan Wurster)

Universität Warschau (Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej)

Universität Wien (Prof. Dr. Christian Göbel)

Voegelin-Zentrum am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München (PD Dr. Christian Schwaabe)

Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europa-studien an der Universität Wrocław  
(Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
(Dr. Johannes Gerschewski, Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Dag Tanneberg)

Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin  
(Prof. Dr. Manfred Gailus)

Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam  
(Prof. Dr. Martin Sabrow)

#### *Gastwissenschaftler*

*Delia Doina Mihalache* (Universität Bukarest) forschte im Rahmen des Stipendienprogramms „Competitive Researchers in Europe in the Field of Humanities and Socio-Economic Sciences. A Multi-regional Research Network“ vom 1. Februar bis 31. März 2015 zum Thema „Dystopische Fiktionen“.

*Mariusz Kozerski* (Universität Wrocław) recherchierte im Rahmen eines Bibliothekstipendiums vom 4. bis 6. Februar 2015 am Hannah-Arendt-Institut zu den Themen „Strategien der lokalen und regionalen Politik der EU“ und „Politische Karrieren in Deutschland – Bedingtheit, Selektion und Erfolgsfaktoren“.

*Jan Ondriaš* befasste sich, gefördert durch ein Stipendium des Ministeriums für Schulwesen der Slowakei, vom 1. Februar bis 30. September 2015 mit dem Thema „Der Grenzwachdienst und Grenzschutz in der Tschechoslowakei im Gebiet der 11. Brigade des Grenzwachdienstes von 1969–1989 mit Zielrichtung auf DDR-Bürger“.

*Aleksandr Antonov* (Universität Kemerovo/Russland) hielt sich vom 1. Dezember 2015 bis 3. Januar 2016 zu einem aus eigenen Mitteln finanzierten Studienaufenthalt am Hannah-Arendt-Institut auf, um zu seinem Promotionsprojekt „Rechtsradikalismus und Extremismus in Deutschland und deren Bekämpfung“ zu forschen.

*Patrick Moreau* war ständiger Gastwissenschaftler (unentgeltlich) am Hannah-Arendt-Institut. Auf diese Weise wurde die Kooperation mit der internationalen Kommunismusforscher-Gruppe von Prof. Stéphane Courtois und dem Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe der Universität Straßburg (Prof. Pascal Hintermeyer) institutionell verankert.





Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts mit Praktikanten und studentischen Hilfskräften bei einem Ausflug ins Museum des Staatssicherheitsbunkers in Machern.



Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts und studentische Hilfskräfte beim anschließenden gemütlichen Zusammensein.



## 8. Wissenschaftliches Personal

### 8.1 Wissenschaftliche Mitarbeiter



**apl. Prof. Dr. Uwe Backes**  
Stellvertretender Direktor

*Studium:*  
Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik an der Universität Trier

*Berufliche Stationen:*  
1997/98 Feodor Lynen-Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am „Centre d’Etude

pour la Vie Politique Française“ (CEVIPOF), Paris  
1998/99 Heisenberg-Stipendiat der DFG  
seit 1999 stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts  
seit 2004 apl. Prof. an der TU Dresden  
Gastprofessuren an den Universitäten Innsbruck, Eichstätt, Paris-Nanterre und Nancy  
2010/11 Inhaber des Gutenberg-Lehrstuhls (Chaire Gutenberg) am Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe der Universität Straßburg

*Forschungsschwerpunkte:*  
Demokratiethorie  
Ideologiegeschichte  
vergleichende Extremismusforschung  
autoritäre und totalitäre Diktaturen

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Typen der Autokratie

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Hg. mit Eckhard Jesse, 1989 ff.
- Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006 (englische Ausgabe: Political Extremes. A conceptual history from antiquity to the present, London/New York 2011; französische Ausgabe: Les Extrêmes politiques. Un historique du terme et du concept de l’Antiquité à nos jours, Paris 2011).
- Extrémisme et violence (Revue des Sciences Sociales, Nr. 46). Hg. mit Pascal Hintermeyer und Patrick Moreau, Strasbourg 2012.
- The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives. Hg. mit Patrick Moreau (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 46), Göttingen 2012.

- Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression. Hg. mit Steffen Kailitz (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 51), Göttingen 2014.
- Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen (Berichte und Studien 69), Göttingen 2014 (mit Anna-Maria Haase, Michail Logvinov, Matthias Mletzko und Jan Stoye).



**apl. Prof. Dr. Lothar Fritze**  
apl. Prof. an der Technischen Universität Chemnitz

*Studium:*  
Betriebswirtschaft in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

*Berufliche Stationen:*  
1978–1990 Forschungsinstitut für Textiltechnologie Karl-Marx-Stadt

1992–1993 Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Chemnitz  
seit 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*  
Probleme der angewandten Ethik  
Totalitarismusforschung

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Totalitäres Denken im Marxismus und Nationalsozialismus

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich, München 2012.
- Ideologie und Moral im Nationalsozialismus. Hg. mit Wolfgang Bialas (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 50), Göttingen 2014 (englische Ausgabe: Nazi Ideology and Ethics, Newcastle upon Tyne 2014).



**Prof. Dr. Günther Heydemann**  
Direktor

*Studium:*  
Geschichte, Germanistik, Sozialkunde und Italienisch an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bonn, Pisa und Florenz

*Berufliche Stationen:*

seit 1993 Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig  
Gastprofessuren und -dozenturen in Italien, den USA, in Tunesien und der Russischen Föderation  
seit Oktober 2009 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts

*Forschungsschwerpunkte:*

Zeitgeschichte  
Diktaturenvergleich (NS-, SED-Regime)  
vergleichende europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert  
Transformationsforschung

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland. Hg. mit Hans-Jörg Bücking, Berlin 2011.
- Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Hg. mit Karel Vodička (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2013.
- Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. mit Jan Erik Schulte und Francesca Weil (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 53), Göttingen 2014.
- Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa. Hg. mit Clemens Vollnhals (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 59), Göttingen 2015.



**Dr. Tytus Jaskułowski**

*Studium:*

Politikwissenschaft und Wirtschaft an der Universität Danzig, an der TU Danzig sowie an der FU Berlin

*Berufliche Stationen:*

2002–2003 Projektleiter im Osteuropa-Zentrum Berlin  
2004–2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Polnischen Institut

für Internationale Angelegenheiten  
seit 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*

DDR-Geschichte  
deutsch-polnische Beziehungen

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und dem polnischen Geheimdienst 1970–1990

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Ostatnie miesiące NRD, Wrocław 2010.
- (Hg.) Nachrichten aus einem Land das doch existierte: Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990, Berlin 2010.
- Zwanzig Jahre danach. Gespräche über den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag. Zweisprachige Ausgabe. Hg. mit Karoline Gil, Wrocław 2011.
- (Hg.) Anna Walentynowicz: Solidarność – eine persönliche Geschichte (Berichte und Studien 62), Göttingen 2012.
- Przyjaźń, której nie było. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego NRD wobec MSW 1974–1990, Warszawa 2014.
- Szpieczy tacy jak wy. Wywiadowcza (nie)codziennosc kontaktów między PRL a NRD 1970–1990, Warszawa 2015.
- (Hg.) NRD w oczach szpiega. Pokojowa rewolucja w Niemczech Wschodnich 1989–1990 w raportach polskiego wywiadu. Wybór źródeł (Dokumenty Komunistischer Geheimdienste Osteuropas Band 2), Berlin 2015.



**PD Dr. Steffen Kailitz**

*Studium:*

Studium der Politikwissenschaft und Ostslawistik an der Universität Mannheim

*Berufliche Stationen:*

1998–2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz, Lehrstuhl Politische Systeme, Politische Institutionen  
Habilitation TU Chemnitz 2004  
seit 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut  
Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Greifswald 2009/10 und Erfurt 2010/11

*Forschungsschwerpunkte:*

Vergleichende Demokratieforschung  
Extremismus- und Totalitarismusforschung  
politische Kulturforschung  
Wahlssystemforschung  
Parteienforschung



*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Ursachen von Demokratiezusammenbrüchen  
Diktaturentypologie für die empirische Forschung

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Autokratien im Vergleich. Hg. mit Patrick Köller, Sonderheft der „Politischen Vierteljahresschrift“ 47/2012.
- Unpacking Autocracies: Explaining Similarity and Difference, Democratization, online: 2012, print: 20 (2013) Heft 1. Hg. mit Patrick Köllner.
- Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression. Hg. mit Uwe Backes (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 51), Göttingen 2014.
- Comparing Autocracies in the Early Twenty-first Century. Volume 1: Unpacking Autocracies: Explaining Similarity and Difference. Hg. mit Aurel Croissant, Patrick Köllner und Stefan Wurster, London 2014.
- Comparing Autocracies in the Early Twenty-first Century. Volume 2: The Performance and Persistence of Autocracies. Hg. mit Aurel Croissant, Patrick Köllner und Stefan Wurster, London 2014.
- (Hg.) Die Demokratie zwischen den Weltkriegen – vom Triumph zur Krise. Themenausgabe der Zeitschrift Totalitarismus und Demokratie, Göttingen 2015.



**Dr. Andreas Kötzing**

*Studium:*  
1998–2004 Neuere und Neueste Geschichte sowie Kulturwissenschaften, Universität Leipzig

*Berufliche Stationen:*  
2005–2006 Volontariat bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

2006–2007 Wissenschaftlicher Redakteur bei der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf  
2008–2011 Promotionsstipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes, Doktorand am Historischen Seminar der Universität Leipzig  
seit 2013 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*  
Deutsch-Deutsche Nachkriegsgeschichte  
Film- und Mediengeschichte im 20. Jahrhundert

*Aktuelle Forschungsprojekte:*  
Das 11. Plenum des ZK der SED im Kontext der SED-Kultur- und Wirtschaftspolitik

Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive, Göttingen 2013.
- Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hg. mit Detlev Brunner und Udo Grashoff, Berlin 2013.
- (Hg.) „Die Sicherheit des Festivals ist zu gewährleisten!“ Kritische Jugend, die Leipziger Dokfilmwoche und das Ministerium für Staatssicherheit, Halle 2014.
- Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum. Hg. mit Ralf Schenk (Schriftenreihe der DEFA-Stiftung), Berlin 2015.
- Vergleich als Herausforderung. Hg. mit Francesca Weil, Mike Schmeitzner, Jan Erik Schulte (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 57), Göttingen 2015.



**Tilman Pohlmann**

*Studium:*  
Universität Leipzig, Erstes Staatsexamen in den Fächern: Geschichte, Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft, Erziehungswissenschaft

*Berufliche Stationen:*  
2009–2013 Doktorandenstipendium am Hannah-Arendt-Institut  
seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkt:*  
SBZ/DDR-Geschichte

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Das sozialistische Mehrparteiensystem in der DDR – Funktionsweisen und Grenzen der Blockpolitik



**Dr. André Postert**

*Studium:*  
Neuere und Neueste Geschichte sowie Praktische Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen

*Berufliche Stationen:*

2009–2014 Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen (2013 Promotion)  
 2014 Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der HHU Düsseldorf sowie freie Mitarbeit am NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln  
 seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*

Konservatismus/Konservative Revolution in der Weimarer Republik und im Übergang zum NS-Staat  
 Opposition und Widerstand  
 Jugendorganisationen in der NS-Diktatur  
 Mentalitätsgeschichte

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Jugend und Hitlerjugend im Nationalsozialismus

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus (Historische Grundlagen der Moderne), Baden-Baden 2014.



**PD Dr. Mike Schmeitzner**

*Studium:*

Geschichte und Germanistik an der PH und TU Dresden

*Berufliche Stationen:*

1994–1997 Graduiertenstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung  
 seit 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Gast- und Vertretungsprofessur für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Erfurt 2010/11  
 Habilitation an der TU Dresden 2013

*Forschungsschwerpunkte:*

Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert  
 Sachsen in der Weimarer Republik und unter zwei Diktaturen  
 Geschichte der SBZ und frühen DDR  
 Jugendbewegung  
 Totalitarismuskonzepte von links

*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Die Diktatur des Proletariats. Eine Begriffs- und Wirkungsgeschichte  
 Geist, Macht und Gewalt. Heinrich Bennecke und die SA

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha 2011.
- Braune Karrieren. Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus. Hg. mit Christine Pieper und Gerhard Naser, Dresden 2012.
- Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert (Gesprächskreis Geschichte Heft 96 [Friedrich-Ebert-Stiftung]), Bonn 2012.
- Sachsen 1933–1945. Der historische Reiseführer, Berlin 2014 (mit Francesca Weil).
- Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949. Hg. mit Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals und Francesca Weil (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60), Göttingen 2015.



**Michael Thoß M. A.**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

*Studium:*

TU Dresden, Erstes Staatsexamen in den Fächern Geschichte und Geographie

*Berufliche Stationen:*

2010–2013 Wissenschaftliche Hilfskraft am Hannah-Arendt-Institut

seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Das sozialistische Mehrparteiensystem in der DDR – Funktionsweisen und Grenzen der Blockpolitik



**Dr. Clemens Vollnhals M. A.**

Stellvertretender Direktor, Lehrbeauftragter an der TU Dresden

*Studium:*

Neuere und Neueste Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München

*Berufliche Stationen:*

1989–1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München

1992–1997 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin

seit 1998 Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts

Gastdozenturen an den Universitäten Prag (2003–2006) und Sofia (2006–2009)

*Forschungsschwerpunkte:*

Konservative Revolution und NS-Bewegung

Entnazifizierung

Staatssicherheit und politische Justiz

kirchliche Zeitgeschichte

*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Konservative Revolution und Nationalsozialismus

Jüdisches Leben und Kirchliche Zeitgeschichte

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- (Hg.) Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 43), Göttingen 2011.
- NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Hg. mit Jörg Osterloh (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 45), Göttingen 2011.
- Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte. Hg. mit Uwe Puschner (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 47), 1. und 2. Auflage Göttingen 2012.
- Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik. Hg. mit Manfred Gailus (Berichte und Studien 65), Göttingen 2013.
- Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa. Hg. mit Günther Heydemann (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 59), Göttingen 2015.
- Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949. Hg. mit Mike Schmeitzner und Günther Heydemann (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60), Göttingen 2015.



**Dr. Francesca Weil**

*Studium:*

Pädagogische Hochschule Leipzig  
Abschluss: Diplomlehrer für Geschichte und Deutsch

*Berufliche Stationen:*

1985–1988 Forschungsstudium an der Pädagogischen Hochschule Leipzig/Fachbereich Geschichte (Promotion)

1988–1995 Wissenschaftliche Assistenz an der PH Leipzig sowie am Historischen Seminar der Universität Leipzig

1996–2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig

2003–2006 Stipendiatin am Hannah-Arendt-Institut  
seit 2007 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*

Geschichte des Nationalsozialismus

Diktaturenvergleich („Drittes Reich“, SBZ/DDR)

Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR

Widerstand und politische Verfolgung in der SBZ/DDR

Geschichte des MfS

Transformationsforschung

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Gesellschaftsgeschichte Sachsens in den 1940er-Jahren

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

- Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR (Berichte und Studien 58), Göttingen 2011.
- Sachsen 1933–1945. Der historische Reiseführer, Berlin 2014 (mit Mike Schmeitzner).
- Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. mit Günther Heydemann und Jan Erik Schulte (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 53), Göttingen 2014.
- Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949. Hg. mit Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60), Göttingen 2015.





**Dr. Thomas Widera**

*Studium:*  
Neuere und Neueste Geschichte,  
Wirtschafts- und Sozialgeschichte  
und Soziologie an der Technischen  
Universität Dresden

*Forschungsschwerpunkte:*  
Nationalsozialismus

Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone  
Konflikt- und Gewaltforschung  
Friedensbewegung und Friedliche Revolution  
Wissenschaftsgeschichte (Archäologie)

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Das sozialistische Mehrparteiensystem in der DDR –  
Funktionsweisen und Grenzen der Blockpolitik

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*  
– Die DDR-Bausoldaten. Politischer Protest gegen  
die SED-Diktatur (Reihe der Landeszentrale für  
politische Bildung Thüringen), Erfurt 2014.

## 8.2 Wissenschaftliche Hilfskräfte

**Robin Reschke M. A.**



Wissenschaftliche Hilfskraft

*Studium:*  
Mittlere, Neuere/Neueste Ge-  
schichte, Germanistik sowie  
Philosophie an der Johannes  
Gutenberg-Universität in Mainz

*Berufliche Stationen:*  
seit 2014 Wissenschaftliche Hilfs-  
kraft am Hannah-Arendt-Institut

## 8.3 Funktionen und Mitgliedschaften

*apl. Prof. Dr. Uwe Backes*

Vorsitzender des Freundeskreises des Hannah-Arendt-  
Instituts Dresden  
Vorsitzender des Veldensteiner Kreises zur Erforschung  
von Extremismus & Demokratie  
Mitglied des Beirats des Bündnisses für Demokratie und  
Toleranz

*apl. Prof. Dr. Lothar Fritze*

Mitherausgeber der Zeitschrift „Aufklärung und Kritik“

*Prof. Dr. Günther Heydemann*

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen  
Historischen Museums, Berlin  
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für  
Zeitgeschichte, München–Berlin  
Mitglied des Wissenschaftlichen Fachbeirats der Bundes-  
stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin  
Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Sächsische Ge-  
denkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer  
Gewaltherrschaft, Dresden  
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung  
Ettersberg, Erfurt  
Mitglied der Wissenschaftlichen Auswahlkommission  
„Pro Niedersachsen“, Hannover  
Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Deutschland-  
forschung e.V., Berlin  
Mitglied des Kuratoriums der Horst-Springer-Stiftung in  
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig  
Mitherausgeber der Wissenschaftlichen Zeitschrift  
(Comitato scientifico) „Processi Storici e Politiche di  
Pace“, Rom  
Mitglied der Gestaltungskommission für den Dresdner  
Revolutionsweg 1989/90  
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Compass-  
Archivs (ZEDHIA), Wien

*PD Dr. Steffen Kailitz*

Sprecher der Gruppe „Vergleichende Diktatur- und  
Extremismusforschung“ (bis August 2012); Sprecher  
der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ (ab  
September 2012) der „Deutschen Vereinigung für  
Politische Wissenschaft“

*PD Dr. Mike Schmeitzner*

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung  
Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die  
Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden  
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung  
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte,  
Heidelberg  
Mitglied des Redaktionsbeirates „Dresdner Hefte.  
Beiträge zur Kulturgeschichte“  
Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung an der  
TU Dresden

## 8.4 Lehrtätigkeit

*Prof. Dr. Uwe Backes*

2014/15 Wintersemester, TU Dresden, Vorlesung:  
Systeme II: Diktaturen

2015 Sommersemester, TU Dresden, Vorlesung:  
Demokratische Verfassungsstaaten: Herausforderung  
und Bewahrung

2015/16 Wintersemester, TU Dresden, Vorlesung:  
Systeme II: Diktaturen

*Prof. Dr. Günther Heydemann*

2014/15 Wintersemester, Universität Leipzig, Kolloquium/  
Oberseminar: Grundprobleme der Neueren und  
Zeitgeschichte

2015 Sommersemester, Universität Leipzig, Kolloquium/  
Oberseminar: Grundprobleme der Neueren und  
Zeitgeschichte

2015/16 Wintersemester, Universität Leipzig, Kolloquium/  
Oberseminar: Grundprobleme der Neueren und  
Zeitgeschichte

*Dr. Andreas Kötzing*

2015/16 Wintersemester, Universität Leipzig, Seminar:  
Getrennt – verflochten – wiedervereint. Methoden  
und Quellen zu einer integrierten deutschen Nach-  
kriegsgeschichte

*Dr. André Postert*

2015/16 Wintersemester, TU Dresden, Proseminar:  
Massenorganisationen im Nationalsozialismus

*PD Dr. Mike Schmeitzner*

2014/15 Wintersemester, TU Dresden, Hauptseminar:  
Der deutsche Kommunismus. Parteien, Programme,  
Personen

2015/16 Wintersemester, TU Dresden Hauptseminar:  
Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland.  
Kontroversen und Probleme

*Dr. Clemens Vollnhals*

2014/15 Wintersemester, TU Dresden, Hauptseminar:  
Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949

2015/16 Wintersemester, TU Dresden, Hauptseminar:  
Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus  
nach 1945 in der Bundesrepublik und der DDR

## 8.5 Veröffentlichungen

### 1. Monographien

Jaskułowski, Tytus: Szpieczy tacy jak wy. Wywiadowcza  
(nie)codziennosc kontaktów między PRL a NRD  
1970–1990, Warszawa 2015.

### 2. Herausgebertätigkeit

Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.):  
Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 27,  
Baden-Baden 2015.

Jaskułowski, Tytus (Hg.): NRD w oczach szpiega. Poko-  
jowa rewolucja w Niemczech Wschodnich 1989–1990  
wraportach polskiego wywiadu. Wybór źródeł (Doku-  
mente kommunistischer Geheimdienste Osteuropas  
Band 2), Berlin 2015.

Kailitz, Steffen (Hg.): Die Demokratie zwischen den  
Weltkriegen – vom Triumph zur Krise. Themenaus-  
gabe der Zeitschrift Totalitarismus und Demokratie,  
Göttingen 2015.

Kötzing, Andreas; Schenk, Ralf (Hg.): Verbotene Utopie.  
Die SED, die DEFA und das 11. Plenum (Schriften-  
reihe der DEFA-Stiftung), Berlin 2015.

Kötzing, Andreas; Weil, Francesca; Schmeitzner, Mike;  
Schulte, Jan Erik (Hg.): Vergleich als Herausforde-  
rung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther  
Heydemann (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts  
57), Göttingen 2015.

Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca  
(Hg.): Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis  
1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60),  
Göttingen 2015.

Schmeitzner, Mike; Weigelt, Andreas; Müller, Klaus-Die-  
ter; Schaarschmidt, Thomas (Hg.): Todesurteile sowje-  
tischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947).  
Eine historisch-biographische Studie (Schriften des  
Hannah-Arendt-Instituts 56), Göttingen 2015.

Vollnhals, Clemens; Heydemann, Günther (Hg.): Nach  
den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in  
Europa (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 59),  
Göttingen 2015.

### 3. Artikel in Sammelbänden/Zeitschriften

Backes, Uwe u. a.: Verfassungsschutz durch politische  
Bildung? Ein Streitgespräch. In: Langebach, Martin;  
Habisch, Cornelia (Hg.): Zäsur? Politische Bildung  
nach dem NSU, Bonn 2015, S. 95–114.

- Backes, Uwe: „Ein Maximum an Demokratie ist aus unserer Perspektive nicht erstrebenswert“. In: Farin, Klaus (Hg.): Die Autonomen, Berlin 2015, S. 329–344.
- Backes, Uwe: „Sonderweg“ Verfassungsschutz? Kritik der Fundamentalkritik an der behördlichen Säule „streitbarer Demokratie“. In: Lange, Hans-Jürgen; Lanfer, Jens (Hg.): Verfassungsschutz. Reformperspektiven zwischen administrativer Effektivität und demokratischer Transparenz, Wiesbaden 2015, S. 21–39.
- Backes, Uwe: Extreme Gefahr aus der Mitte? Möglichkeiten und Grenzen politikwissenschaftlicher Diagnostik. In: Jesse, Eckhard (Hg.): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus (ZPol-Sonderband), Baden-Baden 2015, S. 89–111.
- Backes, Uwe: Extremismus und Totalitarismus im Kalten Krieg. Das östliche und das westliche Deutschland in der Etablierungsphase. In: Kötzing, Andreas; Weil, Francesca; Schmeitzner, Mike; Schulte, Jan Erik (Hg.): Vergleich als Herausforderung. Festschrift für Günther Heydemann zum 65. Geburtstag (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 57), Göttingen 2015, S. 9–18.
- Backes, Uwe: Ideologien und politisch motivierte Gewalt. In: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik, (2015) Heft 6, S. 5–13.
- Backes, Uwe: Luigi Sturzo: Begründer und früher Wegbereiter des Totalitarismuskonzepts. In: Schale, Frank; Thümmler, Ellen (Hg.): Den totalitären Staat denken, Baden-Baden 2015, S. 31–50.
- Backes, Uwe: Organisationen 2014. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 27, Baden-Baden 2015, S. 114–131.
- Backes, Uwe: Politisch motivierte Konfrontationsgewalt: Alte und neue Konfliktlinien in Deutschland. In: Zoche, Peter; Kaufmann, Stefan; Arnold, Harald (Hg.): Sichere Zeiten? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung, Berlin 2015, S. 345–356.
- Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard: Editorial. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 28, Baden-Baden 2015, S. 7–10.
- Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard: Kommentierte Bibliographie. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Kommentierte Bibliographie, Baden-Baden 2015, S. 445–474.
- Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard: Zeitschriftenauslese. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 27, Baden-Baden 2015, S. 476–478.
- Fritze, Lothar: Ideologiekonformität und Indoktriniertheit. Zum Herrschaftsanspruch der Weltanschauungsdiktatur. In: Totalitarismus und Demokratie, 12 (2015) Heft 1, S. 119–139.
- Fritze, Lothar: Ideologie oder Psychopathologie? Aus Anlass einer Rezension Jörg Baberowskis. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 18 (2014) Heft 1, S. 239–259.
- Fritze, Lothar: Die Möglichkeit des guten Gewissens beim Tun des moralisch Illegitimen. Eine Antwort an Skeptiker. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 18 (2014) Heft 2, S. 199–217.
- Heydemann, Günther: Die Usurpierung akademischer Freiheit im deutschen Realsozialismus: Die Universität Leipzig in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1989/90. In: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen von 1945 bis 1990, Dresden 2015, S. 43–75.
- Heydemann, Günther: GDR: Process ekonomickej transformacii i konsolidacii. In: Korneva, Lidija (Hg.): Germanija. Gosudarstvo, obščestvo, človek. Sbornik naučnych statej, Kemerovo 2015, S. 234–249.
- Heydemann, Günther: Krieg und Krise in der Ukraine und die Rolle der EU – ein Problemaufriss. In: Hauptmayer, Carl-Hans; Schröder, Christiane (Hg.): Ideen werden Projekte. Detlef Schmiechen-Ackermann zum 60. Geburtstag, Hannover 2015, S. 34–43.
- Jaskułowski, Tytus; Gil, Karoline: Traktat Polsko-Niemiecki z 1991 r. In: Gall, Alfred; Grębowiec, Jacek; Kalicińska, Justyna; Kończal, Kornelia; Surynt, Izabela (Hg.): Interakcje. Leksykon komunikowania polskoniemieckiego, Breslau 2015, S. 436–444.
- Jaskułowski, Tytus: 1989: „Macht es wie die Polen“ – eine polnische Perspektive. In: Braune, Andreas; Möllers, Rigobert (Hg.): Umbrüche. Festivalband zum 6. Weimarer Rendezvous mit der Geschichte, Bad Berka 2015, S. 75–81.
- Jaskułowski, Tytus: Niemcy. Między Hamletyzowaniem a przywództwem. In: Kuźniar, Roman (Hg.): Rocznik Strategiczny 2014/2015, Warszawa 2015, S. 257–263.
- Jaskułowski, Tytus: Polen – Transitional Justice Policy nach der Friedlichen Revolution 1989. In: Heydemann, Günther; Vollnhals, Clemens (Hg.): Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 59), Göttingen 2015, S. 173–188.
- Jaskułowski, Tytus: Przyjaźń w Eterze? Kooperacja w Zakresie Techniki Specjalnej i Radiokontrwywiadu Pomiędzy MSW a Wschodnioniemiecką Stasi w Latach 70. I 80. XX Wieku. In: Secretum, 1 (2015) Heft 2, S. 215–234.



- Jaskułowski, Tytus: Przyjazn, która nistniała. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego NRD wobec MSW 1974–1990. In: *Glaukopis*, 12 (2015) Heft 31, S. 231–255.
- Kailitz, Steffen: Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive. Eine Replik auf den Beitrag von Tim B. Müller. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 63 (2015) Heft 3, S. 437–451
- Kailitz, Steffen: Einführung/Editorial. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 15 (2015) Heft 1, S. 7–18.
- Kailitz, Steffen; Tanneberg, Dag: Legitimation, Kooption, Repression und das Überleben von Autokratien „im Umfeld autokratischer Wahlen“. Eine Replik auf den Beitrag von Hans Lueders und Aurel Croissant. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 9 (2015) Heft 1–2, S. 73–82.
- Kailitz, Steffen: Nach dem „Großen Krieg“. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19–1939. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 12 (2015) Heft 1, S. 21–46.
- Kailitz, Steffen: Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus – Beobachtungen aus der Hochphase des „Zeitalters der Extreme“ (1919–1939). In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderband „Wie gefährlich ist Extremismus?“* (Hg. von Eckhard Jesse), (2015), S. 115–136.
- Kötzing, Andreas: „Wir sehen uns in der ‚Möwe‘“. Der Club der Filmschaffenden der DDR und die „Berliner Filmwochenenden“ 1963–1965. In: *Augenblick. Konstanzer Hefte zur Medienwissenschaft*, (2015) Heft 62, S. 8–19.
- Kötzing, Andreas: Decreed Open-Mindedness. The Leipzig Documentary and Short Film Festival in the 1960s as an Example of the Self-Representation of the East German State. In: Skopal, Pavel; Karl, Lars (Hg.): *Cinema in Service of the State. Perspectives on Film Culture in the GDR and Czechoslovakia. 1945–1960 (German Cinema in an International Context)*, New York/Oxford 2015, S. 229–244.
- Kötzing, Andreas: Sturm und Zwang. Das 11. Plenum des ZK der SED in historischer Perspektive. In: Kötzing, Andreas; Schenk, Ralf (Hg.): *Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum*, Berlin 2015, S. 11–146.
- Pohlmann, Tilman: Generationen und Herrschaftsetablierung. Die 1. SED-Kreissekretäre der Nachkriegszeit. In: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca (Hg.): *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60)*, Göttingen 2015, S. 277–292
- Postert, André: Der „Ruf der Jungen“. Max Hildebert Boehm und der junge Konservatismus in der Weimarer Republik. In: *INDES*, (2015) Heft 3, S. 29–38.
- Postert, André: Einführung. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 12 (2015) Heft 2, S. 171–175.
- Postert, André: Freiwilligkeit und Verpflichtung. Widersprüche der nationalsozialistischen Jugendorganisation in ihrer Entwicklung. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 12 (2015) Heft 2, S. 185–205.
- Postert, André; Orth, Rainer: Franz von Papen an Adolf Hitler. Briefe im Sommer 1934. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 63 (2015) Heft 2, S. 259–288.
- Schmeitzner, Mike: „Lieber Blut schwitzen ...“ Martin Mutschmann und die sächsische „Gauregierung“ 1943 bis 1945. In: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca (Hg.): *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943–1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60)*, Göttingen 2015, S. 27–46.
- Schmeitzner, Mike: „Totaler Staat“ und „totalitäre Revolution“. Richard Löwenthals Totalitarismus-Konzept auf dem Prüfstand. In: Schale, Frank; Thümmler, Ellen (Hg.): *Den totalitären Staat denken (Staatsverständnisse)*, Baden-Baden 2015, S. 75–97.
- Schmeitzner, Mike: Der Zeigner-Bericht vom März 1946. Eine Quelle zur deutschen Nachkriegsgeschichte. In: *Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch 2014*, Leipzig 2015, S. 181–217.
- Schmeitzner, Mike: Konsequente Abrechnung? NS-Eliten im Visier sowjetischer Gerichte 1945–1947. In: Weigelt, Andreas; Müller, Klaus-Dieter; Schaarschmidt, Thomas; Schmeitzner, Mike (Hg.): *Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 56)*, Göttingen 2015, S. 63–102.
- Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca: Einleitung. In: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca (Hg.): *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60)*, Göttingen 2015, S. 9–23.
- Strobel, Michael; Widera, Thomas: Perspektiven systemvergleichender Wissenschaftsgeschichte in der Prähistorischen Archäologie – zu den (Neu)Anfängen der archäologischen Denkmalpflege in Sachsen und Württemberg 1945–1951. In: *Blickpunkt Archäologie*, 2014 (2015) Heft 3, S. 31–35.
- Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung als Instrument kommunistischer Machtpolitik. In: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca (Hg.): *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60)*, Göttingen 2015, S. 293–328.

- Vollnhals, Clemens: Ernüchterung, Pragmatismus, Indifferenz. Die deutsche Gesellschaft nach der „Katastrophe“. In: Kötzing, Andreas; Weil, Francesca; Schmeitzner, Mike; Schulte, Jan Erik (Hg.): Vergleich als Herausforderung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Heydemann (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 57), Göttingen 2015, S. 139–158.
- Vollnhals, Clemens: Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der SED-Diktatur. In: Heydemann, Günther; Vollnhals, Clemens (Hg.): Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 59), Göttingen 2015, S. 123–151.
- Weil, Francesca: Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. In: Frewer, Andreas; Erices, Rainer (Hg.): Medizinethik in der DDR. Moralische und menschenrechtliche Fragen im Gesundheitswesen (Geschichte und Philosophie der Medizin), Stuttgart 2015, S. 29–58.
- Weil, Francesca: Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Halling, Thorsten; Moll, Friedrich H.; Fangerau, Heiner (Hg.): Urologie 1945–1990. Entwicklung und Vernetzung der Medizin in beiden deutschen Staaten, Berlin 2015, S. 81–97.
- Weil, Francesca: Herbert Uebermuth: „Wir stehen zum ärztlichen Ethos.“ Ein Leipziger Mediziner in zwei Diktaturen. In: Frewer, Andreas; Erices, Rainer (Hg.): Medizinethik in der DDR. Moralische und menschenrechtliche Fragen im Gesundheitswesen (Geschichte und Philosophie der Medizin), Stuttgart 2015, S. 171–182.
- Weil, Francesca: „Ja, liebes Kind, das Leben ist nicht immer zuckersüß.“ Zum Alltag der sächsischen Kriegsgesellschaft im Jahr 1943. In: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Weil, Francesca (Hg.): Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60), Göttingen 2015, S. 99–115.
- Widera, Thomas: Staatsbürger in Uniform – Bausoldaten und Friedliche Revolution. In: epd-Dokumentation, (2015) Heft 4, S. 6–15.
- Widera, Thomas: Umbruchszeit. Dresden in der Endphase des Nationalsozialismus und am Beginn der sowjetischen Besatzungsherrschaft. In: Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, 7 (2015) Heft 14, S. 32–39.
- Widera, Thomas: Soziale Ressourcen? Wohnungsnot und Schwarzmarkt in Dresden 1942 bis 1948. In: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens; Francesca Weil (Hg.): Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943–1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 60), Göttingen 2015, S. 351–371.
- #### 4. Rezensionen
- Backes, Uwe: Rezension von: Gereon Flümman: Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich, Wiesbaden 2015. In: Totalitarismus und Demokratie, 12 (2015) Heft 1, S. 159–161.
- Backes, Uwe: Rezension von: Peter Gelius: Sultanistischer Totalitarismus. Nordkorea, Rumänien und Kuba im regimetheoretischen Vergleich, Baden-Baden 2013. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 9 (2015) Heft 1, S. 127–129.
- Fritze, Lothar: Rezension zu: Jean-Claude Wolf: Das Böse, Berlin 2011. In: Totalitarismus und Demokratie, 12 (2015) Heft 2, S. 346–349.
- Fritze, Lothar: Rezension zu: Klaus-Michael Mallmann, Andrej Angrick, Jürgen Matthäus, Martin Cüppers (Hg.): Die „Ereignismeldungen UdSSR“ 1941. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion I. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2011; Andrej Angrick, Klaus-Michael Mallmann, Jürgen Matthäus, Martin Cüppers (Hg.): Deutsche Besatzungsherrschaft in der UdSSR 1941–1945. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion II. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2013; Klaus-Michael Mallmann, Jürgen Matthäus, Martin Cüppers, Andrej Angrick (Hg.): Deutsche Berichte aus dem Osten 1942/1943. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion III. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2014. In: Totalitarismus und Demokratie, 12 (2015) 1, S. 143–144.
- Jaskułowski, Tytus: Rezension von: Hans-Christian Dahmann: Antisemitismus in Polen 1968. Interaktionen zwischen Partei und Gesellschaft. (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Institutes in Warschau, Band 30), Osnabrück 2013. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 64 (2015) Heft 4, S. 624–626.
- Jaskułowski, Tytus: Rezension von: Agnieszka Zagańczyk-Neufeld: Die geglückte Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976–1997, Paderborn 2014. In: H-Soz-Kult (<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-23341>), 24.7.2015.
- Kötzing, Andreas: Rezension von: Julia Frohn: Literatur-austausch im geteilten Deutschland, Berlin 2014. In: H-Soz-Kult (<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-23316>), 2015.
- Vollnhals, Clemens: Rezension von: Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014. In: Historische Zeitschrift, Band 300 (2015) Heft 3, S. 865–866.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Peter Gohle: Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014. In: Sehepunkte. Rezensionenjournal für die Geschichtswissenschaften ([www.sehepunkte.de/2015/03/25832.html](http://www.sehepunkte.de/2015/03/25832.html)), 15 (2015) Heft 3.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Uta Karstein, Konflikt um die symbolische Ordnung. Genese, Struktur und Eigensinn des religiös-weltanschaulichen Feldes in der DDR, Würzburg 2013. In: Archiv für Sozialgeschichte, 55 (2015).

### 5. Zeitungsartikel

Kailitz, Steffen: Flüchtlingswelle in der Weimarer Republik. Rechte Kampagnen damals und heute. In: Cicero. Magazin für politische Kultur (online) vom 13. November 2015.

Schmeitzner, Mike: Schuld und Sühne. Zwischen 1944 und 1947 verhängten sowjetische Militärtribunale Tausende Todesurteile gegen deutsche Zivilisten. Interview mit Mike Schmeitzner. In: Sächsische Zeitung vom 23. Mai 2015.

### 6. Internetpublikationen

Kötzing, Andreas: Fanal für die Kunst. Verbotene Filme in der DDR und das 11. Plenum des ZK der SED, <https://www.goethe.de/de/kul/flm/20678775.html>.

Postert, André; Weil, Francesca; Schuster, Dirk: Tagungsbericht: Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6193>.

## 8.6 Vorträge und Diskussionsleitungen

*apl. Prof. Dr. Uwe Backes*

- 14.1.2015, Bonn-Meckenheim, Tagung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kriminalpolizeilicher Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität“, Unterarbeitsgruppe „Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ im gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus, *wiss. Vortrag*: Vorschläge zur Reform des PMK-Erfassungssystems
- 16.3.2015, Wiesbaden, Tagung des NSU-Untersuchungsausschusses des Hessischen Landtags, *Gutachter/*

*Sachverständiger*: Sachverständigenanhörung zur Rolle der Sicherheitsbehörden

- 21.3.2015, Kloster Banz, Expertentagung „Extremismus in Deutschland“ der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, *wiss. Vortrag*: Politischer Extremismus seit der deutschen Einheit 1990
- 26.3.2015, Bremen, Workshop im Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen, *wiss. Vortrag*: Politisch motivierte Konfrontationsgewalt in Deutschland – alte und neue Konfliktlinien
- 9.4.2015, Dresden, Dresdner Seniorenakademie, *Vortrag politische Bildung*: Erfolgsbedingungen von Rechtsaußenparteien in Europa
- 12.5.2015, Berlin, Autorenworkshop „Begriffsdeutungen zwischen Demokratie und Extremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung, *Vortrag politische Bildung*: Extremistische Demokratiekonzepte
- 20.5.2015, Neudietendorf, 49. Tagung des Veldensteiner Kreises in der Evangelischen Bildungsstätte Zinzendorfhaus, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Aktuelle Herausforderungen des politischen Extremismus
- 5.6.2015, Meißen, Tagung des „Forums Starke Demokratie“, Freistaat Sachsen/Landesamt für Verfassungsschutz, *wiss. Vortrag*: Rechte Mehrfach- und Intensivtäter: Radikalisierungsprozesse und Gruppendynamik
- 17.9.2015, Wildbad Kreuth, Tagung: Wandel und Kontinuität(en) 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, *wiss. Vortrag*: Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus: 25 Jahre Totalitarismusforschung
- 15.10.2015, Berlin, Fachtagung des Violence Prevention Network „Im Zeitalter der Ideologien?“, *wiss. Vortrag*: Ideologien und politisch motivierte Gewalt – ein Forschungsüberblick
- 16.10.2015, Tutzing, „Entgrenzter Extremismus – bedrohte Freiheit“, Fachtagung in Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern und der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, *wiss. Vortrag*: Gegen Staat und Kapital – Demokratiegefährdung durch Linksextremismus
- 22.10.2015, Dresden, Workshop „Legitimationsstrategien von Autokratien“, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*
- 4.11.2015, Dresden, Seminar der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., „25 Jahre Deutsche Einheit“, historische Rückblicke – politische Einblicke, *Vortrag politische Bildung*: Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat?



- 13.11.2015, München, Tagung des Hannah-Arendt-Instituts in Kooperation mit dem Voegelin-Zentrum an der LMU München: Der Totalitarismus und die Abgründe der Moderne, *wiss. Vortrag*: Die Ansätze Arendts und Voegelins in der heutigen Totalitarismusforschung
- 18.11.2015, Neudietendorf, 50. Tagung des Veldensteiner Kreises zur Erforschung von Extremismus und Demokratie, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*
- 14.12.2015, Berlin, Buchpräsentation am Osteuropa-Zentrum, *wiss. Vortrag*: Die Beiträge Arendts und Voegelins zur heutigen Totalitarismusforschung

*Prof. Dr. Günther Heydemann*

- 5.3.2015, Bonn, *wiss. Vortrag*: Die EU und die Ukraine. Auswirkungen der Systemtransformationen seit 1990
- 30.3.2015, Dresden, Vortrag vor koreanischer Delegation, *wiss. Vortrag*: Die deutsche Wiedervereinigung
- 22.4.2015, Berlin, Vortrag in der Europäischen Akademie vor Verwaltungsmitarbeiter/-innen aus der Ukraine, *wiss. Vortrag*: Die Überwindung der Diktatur(en) – deutsche Transformationserfahrungen
- 24.4.2015, Berlin, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Deutsche und russische Sichtweisen auf die 70 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges
- 19.5.2015, Budapest, Tagung: Europäische Transformationsprozesse seit 1989/90 im Vergleich, *wiss. Vortrag*: 1. DDR/neue Bundesländer 2. (zusammen mit Karel Vodička) Konsolidierungsstand und Perspektiven im Vergleich
- 20.5.2015, Leipzig, Assessorentagung der Akademie Mont-Cenis: „Blühende Landschaften!“, *wiss. Vortrag*: Der Transformationsprozess in den neuen Bundesländern – ein kritischer Rückblick
- 19.6.2015, Gummersbach, Tagung, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Die LDPD 1961–1989/90
- 25.6.2015, Geisa, Seminar der Point Alpha Akademie: Der Weg zur Deutschen Einheit. Der außenpolitische Kontext der Wiedervereinigung, *wiss. Vortrag*: Thatchers Zorn und Mitterands Bedenken – die deutsche Wiedervereinigung als Problem für die westeuropäischen Partner?
- 26.6.2015, Hannover, Internationaler Abschlusskongress des niedersächsischen Forschungskollegs „Nationalsozialistische Volksgemeinschaft? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort“, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Panel: Biografien, Karrieren, Lebensläufe
- 2.7.2015, Chemnitz, Buchvorstellung, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Andreas Weigelt; Klaus-Dieter Müller; Thomas Schaarschmidt; Mike Schmeitzner (Hg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015
- 8.7.2015, Berlin, Vortrag in der Europäischen Akademie vor Verwaltungsmitarbeiter/-innen aus der Ukraine, *wiss. Vortrag*: Die Überwindung der Diktatur(en) – deutsche Transformationserfahrungen
- 13.7.2015, Berlin-Karlshorst, Buchvorstellung, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Andreas Weigelt, Klaus-Dieter Müller, Thomas Schaarschmidt, Mike Schmeitzner (Hg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015
- 24.7.2015, Grafenegg (Österreich), Symposion der Österreichisch-Russischen Historikerkommission „Neuordnung Europas. Vom Wiener Kongress bis heute“, *wiss. Vortrag*: Der Deutsche Bund 1815–1866: Konstruktion, Sicherheitspolitik
- 9.9.2015, Leipzig, Buchvorstellung, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Stefan Karner, Mark Kramer, Peter Ruggenthaler, Manfred Wilke u. a. (Hg.): Der Krenl und die deutsche Wiedervereinigung 1990, Berlin 2015
- 30.9.2015, Berlin, Vortrag in der Europäischen Akademie vor Verwaltungsmitarbeiter/-innen aus der Ukraine, *wiss. Vortrag*: Die Überwindung der Diktatur(en) – deutsche Transformationserfahrungen
- 15.10.2015, Forchheim, Vortrag an der VHS, *wiss. Vortrag*: Die EU und die Ukraine. Auswirkungen der Systemtransformation seit 1990
- 19.10.2015, Dresden, Vortrag vor koreanischer Delegation, *wiss. Vortrag*: Die deutsche Wiedervereinigung
- 16.11.2015, Opole/Polen, Colloquium Opole, *wiss. Vortrag*: Die EU und die Ukraine. Auswirkungen der Systemtransformation seit 1990
- 14.12.2015, Berlin, Buchpräsentation, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Totalitarismus und politische Religionen. Der Arendt-Voegelin-Disput und seine Bedeutung für die Gegenwart

*Dr. Tytus Jaskułowski*

- 18.6.2015, Marburg, Herder-Institut, Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Mitmoderation der Sektion: Demokratie als Konsens

- 18.6.2015, Marburg, Herder-Institut, Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte. Kooperations-tagung Hannah-Arendt-Institut und Herder-Institut, *wiss. Vortrag*: Fluch der Vergangenheit oder Geist der Erneuerung? Demokratieverständnis im politischen Leben der Zweiten Polnischen Republik
- 27.11.2015, Warschau, Buchpräsentation im Kulturzentrum „Stacja Muranow“, *Vortrag politische Bildung*: Grotteske als Element der Beziehungen zwischen dem MfS und dem polnischen Geheimdienst 1970–1990
- 28.11.2015, Warschau, Historische Buchmesse 2015 (Targi Książki Historycznej), *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Buchpräsentation
- 4.12.2015, Berlin, Buchpräsentation im Club der polnischen Versager, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Grotteske als Element der Beziehungen zwischen dem MfS und dem polnischen Geheimdienst 1970–1990
- 11.12.2015, Berlin, 4. Nacht der Deutsch-Polnischen Initiativen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, *Vortrag politische Bildung*: Kurzvorstellung der bisherigen Forschungsprojekte
- PD Dr. Steffen Kailitz*
- 18.6.2015, Marburg, Herder-Institut, Kooperations-tagung Hannah-Arendt-Institut und Herder-Institut: Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte (18./19.6.2015), *wiss. Vortrag*: Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte (zusammen mit Heidi Hein-Kircher)
- 18.6.2015, Marburg, Herder-Institut, Kooperations-tagung Hannah-Arendt-Institut und Herder-Institut: Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte (zusammen mit Heidi Hein-Kircher), *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*
- 19.6.2015, Marburg, Herder-Institut, Kooperations-tagung Hannah-Arendt-Institut und Herder-Institut: Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte (18./19.6.2015), *wiss. Vortrag*: Demokratisierung, Demokratie und Entdemokratisierung in Litauen
- 10.7.2015, Sciences Po Paris, Council of European Studies, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Democracy and Authoritarianism's Coexistence: Lessons about Contradictions from Europe
- 3.9.2015, San Francisco, 111th Annual Meeting of the American Political Science Association, *wiss. Vortrag*: It is the education, stupid. Democracy and development in the interwar period
- 3.9.2015, San Francisco, 111th Annual Meeting of the American Political Science Association, Panel: Regime Change and Governability in Interwar Europe Revisited, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*
- 22.9.2015, Universität Duisburg-Essen, DVPW-Kongress 2015: „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“: Panel: Legitimation and Legitimität in vergleichender Perspektive I, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: (zusammen mit Claudia Wiesner)
- 22.9.2015, Universität Duisburg-Essen, DVPW-Kongress 2015: „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“; Podiumsdiskussion: Legitimation and Legitimacy in Comparative Perspective (mit Pippa Norris, Rodney Barker, Wolfgang Merkel und Marianne Kneuer), *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: (zusammen mit Anja Mihr)
- 24.9.2015, Universität Duisburg-Essen, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Legitimitätsforschung in Mixed-Methods-Perspektive
- 24.9.2015, Universität Duisburg-Essen, DVPW-Kongress 2015: „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“: Plenum III: Soziale Sicherheit als Legitimationsstrategie?, *wiss. Vortrag*: Sozialpolitische Legitimationsstrategien in Autokratien (zusammen mit Stefan Wurster)
- 22.10.2015, Dresden, Hannah-Arendt-Institut, Autorinnen- und Autoren-Workshop „Legitimationsstrategien von Autokratien“ für ein Themenheft der „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“, *wiss. Vortrag*: Legitimationsstrategien von Autokratien. Eine Einführung (zusammen mit Stefan Wurster)
- 23.10.2015, Dresden, Hannah-Arendt-Institut, Autorinnen- und Autoren-Workshop „Legitimationsstrategien von Autokratien“ für ein Themenheft der „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“, *wiss. Vortrag*: Sozialpolitische Legitimationsstrategien von Autokratien (zusammen mit Stefan Wurster)
- Dr. Andreas Kötzing*
- 9.10.2014, detektor.fm, *Interview*: Friedliche Revolution und die Geschichte des 9. Oktober 1989
- 8.11.2014, Deutschlandradio Kultur, *Interview*: Die Darstellung der DDR im Nachwende-Kino

- 21.2.2015, Deutschlandradio Kultur, *Interview*: Die Darstellung der „Wende-Jugend“ in den neuen Filmen von Burhan Qurbani („Wir sind jung, wir sind stark“) und Andreas Dresen („Als wir träumten“)
- 28.3.2015, Deutschlandradio Kultur, *Interview*: Neufilmung des Romans „Nackt unter Wölfen“
- 20.4.2015, Leipzig, Filmreihe „Zeitzeuge Zelluloid“ des Fachschaftsrats Geschichte der Uni Leipzig, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Einführung in den Film „Das Leben der Anderen“
- 25.4.2015, Leipzig, Lange Nacht der Museen. Außenstelle der BStU in Leipzig, *wiss. Vortrag*: Bilder der Allmacht. Die Darstellung der Staatssicherheit in DEFA-Filmen der 1960er-Jahre
- 30.6.2015, Berlin, Peter-Hacks-Gesellschaft. Filmabend, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Polemik vor realem Hintergrund
- 14.9.2015, Leipzig und Dresden, Filmreihe „Dekadent. Jugendgefährdend. Staatsfeindlich“ (14.9. bis 2.11.2015), *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: DEFA-Verbotsfilme von 1965/66. 10 Vorstellungen mit Einführung in die Filme „Das Kaninchen bin ich“, „Karla“, „Berlin um die Ecke“, „Jahrgang 45“ und „Spur der Steine“
- 16.9.2015, Radio Corax Halle, *Interview*: Die Filmreihe „Dekadent. Jugendgefährdend. Staatsfeindlich“ in Leipzig und Dresden/11. Plenum des ZK der SED
- 29.9.2015, Deutschlandradio Kultur, *Interview*: Die Darstellung der Deutschen Geschichte in den Fernsehserien „Weißensee“ und „Deutschland 83“

*Tilman Pohlmann*

- 22.4.2015, Dresden, Sachsen: Kriegsende und Nachkriegszeit 1943–1949, *wiss. Vortrag*: Etablierung neuer Herrschaftsträger. Die SED-Kreissekretäre
- 19.6.2015, Gummersbach, LDPD-Workshop, *wiss. Vortrag*: Herrschaftsansprüche der SED an die LDPD

*Dr. André Postert*

- 27.3.2015, Dresden, Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Formen bürgerlicher Vergesellschaftung und politischer Kommunikation 1890–1960, *wiss. Vortrag*: Klubs gegen Parteien. Ein konservatives Modell in der Zwischenkriegszeit
- 3.7.2015, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaften, *wiss. Vortrag*: Hitlerjunge Schall. Der Nationalsozialismus 1930–1934, gesehen aus dem Blickwinkel eines Jugendlichen
- 12.11.2015, Leipzig, Kindheit im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive, *wiss. Vortrag*: Kein

- Kinderspiel: Kurze Geschichte des Spielzeugs im Zweiten Weltkrieg
- 13.11.2015, Leipzig, Kindheit im Zweiten Weltkrieg, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Moderation der Sektion: „Transnationale Kriegskindheiten“
- 27.11.2015, Chemnitz, Krieg und organisierte Gewalt im Computerspiel. Militärgeschichtliche Narrative, Räume und Geschichtsbilder, *wiss. Vortrag*: Weltreiche erschaffen und zerstören. Die Globalstrategiespiele von Paradox Interactive und die Diskussionen der Spielerschaft

*PD Dr. Mike Schmeitzner*

- 12.3.2015, Leipzig, Buchvorstellung in der „Runden Ecke“ anlässlich der Leipziger Buchmesse, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Vorstellung und Moderation von: Jan Foitzik: Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR
- 27.3.2015, Dresden, Tagung von ISGV und Stadtmuseum Dresden: „Das Auge des Arbeiters. Arbeiter – Kultur – Geschichte. Arbeiterfotografie der Weimarer Republik im Museum“, *wiss. Vortrag*: Arbeiterkultur in Sachsen: Milieu und Medien
- 22.4.2015, Dresden, Konferenz von Hannah-Arendt-Institut und Sächsischer Landeszentrale für politische Bildung: Sachsen: Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit 1943–1949, *wiss. Vortrag*: Das Ende der sächsischen Gauregierung 1943–1945
- 6.5.2015, Chemnitz, Vortrag in der Reihe „Das Stadtarchiv präsentiert“, *Vortrag politische Bildung*: Chefredakteur, Politiker, Widerstandskämpfer – Karl Böchel (1884–1946) und die Chemnitzer Volksstimme
- 12.6.2015, Gleiwitz/Gliwice (Polen), Internationale wissenschaftliche Konferenz: „Unter Rotem Stern. Aspekte sowjetischer Präsenz in Ostmitteleuropa 1945“, *wiss. Vortrag*: Zwischen Entnazifizierung und Diktaturdurchsetzung. Sowjetische Justiz in Ostdeutschland 1944/45–1955
- 15.6.2015, Dresden, Deutschlandradio Kultur, *Interview*: Freie Republik Schwarzenberg. Ein real existierender Mythos
- 2.7.2015, Chemnitz, Buchvorstellung im Staatsarchiv Chemnitz (Kooperationsveranstaltung des Hannah-Arendt-Instituts mit dem Staatsarchiv Chemnitz), *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie
- 7.7.2015, Dresden, Abendvortrag der Evangelischen Studentengemeinde Dresden (TU Dresden) in der Reihe „Heimat“, *Vortrag politische Bildung*: Heimat und Propaganda: Das Heimatwerk Sachsen 1936–1945



- 10.7.2015, Chemnitz, Konferenz der TU Chemnitz, Lehrstuhl für Europäische Geschichte: „Das Kriegsende 1945 in Sachsen. Militärische Gewalt – Vertreibung – Neubeginn“, *wiss. Vortrag*: Demokratisierung oder Diktaturdurchsetzung? Zur Systemtransformation in der SBZ/DDR 1945–1950
- 13.7.2015, Berlin, Buchvorstellung im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie
- 24.9.2015, Dresden, Abendveranstaltung der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden: Kommunist – Widerstandskämpfer – Erinnerungsfigur. Georg Schumann (1886–1945), *Vortrag politische Bildung*: Georg Schumann und die KPD vor 1933
- 17.11.2015, Sachsenhausen, Buchvorstellung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen (Oranienburg), *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie

*Dr. Clemens Vollnhals*

- 27.3.2015, Dresden, *Interview* mit der japanischen Zeitung „The Asahi Shimbun“ zu Hitlers „Mein Kampf“ und der Notwendigkeit einer kommentierten Neuausgabe
- 19.7.2015, Dresden, *Interview* mit Morgenpost am Sonntag zu Hitlers „Mein Kampf“
- 6.11.2015, Weimar, 14. Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg: Recht und Gerechtigkeit – Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa, *wiss. Vortrag*: Die Verfolgung von NS-Tätern in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

*Dr. Francesca Weil*

- 26.4.2015, Dresden, Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943–1949, *Vortrag politische Bildung*: „Wer hätte je geglaubt, dass dieser furchtbare Krieg sich auch in unserem Sachsen so austoben würde.“ Zum Alltag in der späten sächsischen Kriegsgesellschaft (1943–1945)
- 3.7.2015, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaft an der TU Dresden, *wiss. Vortrag*: „Wer hätte je geglaubt, dass dieser furchtbare Krieg sich auch in unserem Sachsen so austoben würde.“ Zum Alltag in der späten sächsischen Kriegsgesellschaft (1943–1945)
- 22.9.2015, Berlin, Symposium zur DDR-Geschichte „Informalität und Formalität im Prozess der Demo-

kratisierung“, *wiss. Vortrag*: Die Runden Tische in der DDR 1989/90 – Instrumente der Demokratisierung

*Dr. Thomas Widera*

- 23.1.2015, Dresden, ZDF-Dokumentation, *Interview*: Der Bombenangriff auf Dresden Februar 1945
- 2.2.2015, Dresden, Verein der Ausländischen Presse in Deutschland e.V., *Interview*: 70. Jahrestag der Bombardierung von Dresden
- 10.2.2015, Dresden, RTL/n-tv, *Interview*: Der Bombenangriff auf Dresden und der Opfermythos
- 12.2.2015, Dresden, Associated Press Germany GmbH, *Interview*: Der Bombenangriff auf Dresden 1945 – Mythos und Realität
- 13.2.2015, Dresden, czech-tv, *Interview*: Die Arbeit der Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen bei der Bombardierung Dresdens im Februar 1945
- 27.5.2015, EHS Dresden, Tagung „8. Mai 1945 – Perspektiven der Befreiung“, *wiss. Vortrag*: Sowjetische Besatzungspolitik, der Aufbau der Verwaltung in Dresden 1945 und die Wirksamkeit der sozialen Ressourcen
- 12.6.2015, Gliwice, Tagung „Unter Rotem Stern. Aspekte sowjetischer Präsenz in Ostmitteleuropa 1945“, *wiss. Vortrag*: Dresden 1945. Kein Ort der Erinnerung an die Rote Armee?
- 19.6.2015, Gummersbach, Theodor-Heuss-Akademie, Workshop „Die LDPD 1961–1989/90“, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Die Funktion der LDPD im SED-Staat – Diskussionsforum zur aktuellen LDPD-Forschung
- 7.7.2015, Göttingen, Tagung: Protestantismus im geteilten Deutschland – Forschungsperspektiven, *wiss. Vortrag*: Evangelische Kirche und Kriegsdienstverweigerung in der DDR. Die subversive Kraft des Gewissens
- 5.10.2015, Dresden, Gesprächsabend in der Kreuzkirche, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Bausoldat – Risiko und Nebenwirkungen



## Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts

Helmholtzstraße 6  
01069 Dresden  
Erdgeschoss

E-Mail:  
haitbib@msx.tu-dresden.de

Bibliothekarinnen:  
Frau Claudia Naumann,  
Telefon: 0351 463 36053

Frau Gabriele Schmidt,  
Telefon: 0351 463 32207

Öffnungszeiten:  
Mo-Fr 9:00–16:00 Uhr



Die Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts ist eine öffentliche zeitgeschichtliche Spezialbibliothek. Die Sammelgebiete der Bibliothek orientieren sich weitgehend an den Forschungsschwerpunkten des Instituts. Der Bestand in Freihandaufstellung umfasst derzeit rund 50 000 Bände. Als Präsenzbibliothek können die Medien von interessierten Personen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr genutzt werden. Auch ein umfangreiches Angebot an Fachzeitschriften, Tageszeitungen und elektronischen Datenbanken steht zur Verfügung.

## 9. Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### Sekretariat

Hannelore Georgi



### Haushalt

Evelyn Brock



### IT und Publishing

Dipl.-Ing. Walter Heidenreich



Kristin Luthardt



### Bibliothek

Dipl.-Bibliothekarin  
Claudia Naumann  
(in Elternzeit)



Dipl.-Bibliothekarin  
Michaela Jacob



Gabriele Schmidt





## 10. Bibliothek und Archiv

Die Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung ist eine zeitgeschichtliche Spezialbibliothek. Vorrangig werden die Informationsbedürfnisse der Mitarbeiter des Hauses bedient, sie steht aber auch Studierenden und anderen Interessierten ab dem 18. Lebensjahr als Präsenzbibliothek zur wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Der Bibliotheksbestand in Freihandaufstellung umfasst derzeit ca. 50 000 Bände. Auf ein umfangreiches Angebot an Fachzeitschriften, Tageszeitungen und Datenbanken kann gleichfalls zugegriffen werden. Die Sammel-schwerpunkte der Bibliothek orientieren sich an den Forschungsgebieten des Instituts. Vorrangig findet man Literatur zur Geschichte ab 1918 u. a. zu den Themen:

- Geschichte des Nationalsozialismus
- Geschichte der SBZ/DDR
- Geschichte des deutschen Wiedervereinigungsprozesses 1989 ff.
- Politischer Extremismus
- Freiheitsforschung
- Diktaturen in Europa
- Schriften Hannah Arendts in deutscher und englischer Sprache
- Spezialbestand: Theoretische Grundlagen der Totalitarismusforschung.

Der Bestand der Bibliothek ist über diverse elektronische Kataloge über das Internet recherchierbar. Die Monographien sind sowohl über den Online-Katalog auf der Homepage des Instituts (<http://www.hait.tu-dresden.de/open>) als auch über den Südwestdeutschen Bibliotheksverbund abrufbar (<http://swb.bsz-bw.de>). Ebenfalls auf der Bibliothekshomepage existiert ein Link zum elektronischen Zeitschriftenbestandsverzeichnis und zum aktuellen Neuerwerbungsverzeichnis. Hier erhält man Auskunft über die in den vergangenen vier Wochen erworbenen Bände. Alle Kataloge und Bestandsverzeichnisse werden ständig auf den neuesten Stand gebracht.

Die Bibliothek befindet sich im Tillichbau der Technischen Universität Dresden, Helmholtzstraße 6. Sie ist Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet.

## 11. IT und Internet

Der IT-Verantwortliche des Instituts hat die Aufgabe, den Mitarbeitern zeitgemäße Computerarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Er erstellt und verwaltet weiter die rechentechnische Basis der im Institut verwendeten Datenbanken. Das Institut ist Mitnutzer des Deutschen Wissenschaftsnetzes über die Technische Universität Dresden. Die Bibliothek des Instituts ist in das Netz integriert.

Im Jahr 2015 konnte ein neuer Server beschafft werden. Er ersetzt den seit 2010 laufenden Citrix-Server, der bereits seit fünf Jahren den Mitarbeitern virtuelle Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Der neue Server ermöglicht ein zügigeres Arbeiten und verfügt über die nötigen Voraussetzungen, um alle Mitarbeiter an die neue Technologie anzuschließen.

Der Webauftritt des Instituts wurde 2015 grundlegend überarbeitet und erhielt ein neues Layout. Über die Webseiten werden Veranstaltungen des Instituts sowie Neuerscheinungen angekündigt. Es wird ein Überblick über die Mitarbeiter, die Forschungsprojekte, die Publikationen und Lehrveranstaltungen gegeben. Der Bibliothekskatalog sowie der Zeitschriftenbestand sind online recherchierbar. Für die Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ wurden separate Seiten erstellt. In einem Online-Archiv, welches sich regen Zuspruchs erfreut, sind alle in der Zeitschrift erschienenen Artikel und Rezensionen recherchierbar. Außerdem werden in Absprache mit dem Verlag Vandenhoeck&Ruprecht Göttingen alle Artikel und Rezensionen bis einschließlich Jahrgang 11 (2014) online im Volltext zur Verfügung gestellt.

Der Ausbau der elektronischen Dokumentensammlung des Instituts wurde fortgeführt. Grundlage ist die Dokumentations-Software FAUST.

## 12. Gremien, Freundeskreis

### Leitung:

#### Direktor:

Prof. Dr. Günther Heydemann

#### Stellvertretende Direktoren:

apl. Prof. Dr. Uwe Backes

Dr. Clemens Vollnhals, M. A.

### Kuratorium:

#### Vorsitzende:

Regierungsdirektorin Dr. Caroline Wagner (Vertreterin des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst)

#### Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl Lenz (Vertreter der Technischen Universität Dresden)

#### Mitglieder:

Aline Fiedler, MdL (Vertreterin des Sächsischen Landtags)

Prof. Dr. Gerhard Holtmann (Vertreter des Wissenschaftlichen Beirates, kommissarisch)

Prof. Dr. Wolfgang Höpken (Vertreter des Wissenschaftlichen Beirates)

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter (von der Mitgliederversammlung gewähltes Mitglied des Vereins)

Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer (Vertreter der Sächsischen Akademie der Wissenschaften)

Prof. Dr. Hans Wiesmeth (Vertreter der Sächsischen Akademie der Wissenschaften)

### Wissenschaftlicher Beirat:

#### Vorsitzender:

Prof. Dr. Wolfgang Höpken (kommissarisch)

#### Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Gerhard Holtmann (kommissarisch)

#### Mitglieder:

Prof. Dr. Stefan Karner

Prof. Dr. Alfons Kenkmann

Prof. Dr. Oldřich Tůma

Prof. Dr. Hans Vorländer

Prof. Dr. Barbara Zehnfpennig

#### Ehrevorsitzender:

Prof. Dr. Gilbert Merlio

### Mitglieder des Vereins:

Dr. Martin Gillo

Prof. Dr. Manfred Heinemann

Prof. Dr. Günther Heydemann

Dr. Günter Kröber

Dr. Wolf-Dieter Legall

Prof. Dr. Wolfgang Marcus

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter

Dr. Matthias Rößler, MdL

Dr. Monika Runge

Prof. Dr. Cornelius Weiss

Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig

(vertreten durch Prof. Dr. Christian Lübke)

Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.

(vertreten durch Prof. Dr. Winfried Müller)

Sächsische Akademie der Wissenschaften (vertreten

durch Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer/Prof. Dr.

Hans Wiesmeth)

Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

(vertreten durch Regierungsdirektorin Dr. Caroline

Wagner)

Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und

Kultur e.V. (vertreten durch Prof. Dr. Raphael Gross)

Technische Universität Dresden (vertreten durch Prof.

Dr. Werner J. Patzelt)

### Freundeskreis des Hannah-Arendt-Instituts e.V.

Zur Förderung der wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit des Hannah-Arendt-Instituts wurde am 10. Mai 2005 ein Freundeskreis ins Leben gerufen. Er ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden an den Freundeskreis (HypoVereinsbank IBAN DE 38 8502 0086 0002 4656 20, BIC HYVEDEMM496) sind steuerlich abzugsfähig. Anträge zur Aufnahme in den Freundeskreis nimmt der Vorstand (Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden) gerne entgegen. Über eine Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung. Der Jahresmitgliedsbeitrag für persönliche Mitglieder beträgt 100,00 €.

### 13. Personal und Finanzen

Wissenschaftliche Mitarbeiter	Technische Mitarbeiter	Wissenschaftliche Hilfskräfte	Stipendiaten/ Doktoranden
Backes, Uwe (Stellv. Direktor)	Brock, Evelyn	Bialojan, Tanja (11/15)	Böhl, Franziska
Fritze, Lothar	Georgi, Hannelore	Kreller, Tina (10/15)	Dehn, Stephan
Heydemann, Günther (Direktor)	Heidenreich, Walther	Preissler, Manja (03-04/15)	Heine, Pia
Jaskułowski, Tytus	Jacob, Michaela (Vertretung für Claudia Naumann)	Rab, Sebastian (10-12/15)	Hille, Franz-Joseph
Kailitz, Steffen	Luthardt, Kristin	Reschke, Robin	Koch, Alexander
Kötzing, Andreas	Naumann, Claudia (Elternzeit)		Schmidt, Nadin
Postert, André	Schmidt, Gabriele		Thaut, Lioba
Richter, Michael (abgeordnet)			Thoß, Michael
Schmeitzner, Mike			Mirzapour, Sajjad
Vollnhals, Clemens (Stellv. Direktor)			Ziege-Bollinger, Klaus
Weil, Francesca			
<b>drittmittelfinanziert</b>			
Pohlmann, Tilman			
Thoß, Michael (50 %)			
Widera, Thomas			

*Studentische Hilfskräfte:* Linda Fleck,  
Martina Meiselbach, Juana Pusch

*Praktikanten:* Eric Caspar, Anna-Maria Haase,  
Daniel Janz, Martin Jost, Darya Kulinka,  
Alexander Polk, Sebastian Rab, Lukas Rosolowsky,  
Carina Schatten, Ute Schumacher

Das *Haushaltsvolumen* des Instituts betrug 2015 ca.  
1 593 T€; ca. 1 385 T€ dieser Summe entfielen auf  
Zuwendungen des Freistaates Sachsen, ca. 208 T€ auf  
Drittmittel.



## 14. Verzeichnis der Publikationen in den Reihen des Hannah-Arendt-Instituts

---

### Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

---

erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen (bis Band 23 im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien erschienen)

Nr. 1: Die politische „Wende“ in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer und Günther Heydemann, Köln/Weimar/Wien 1995, ISBN 3-412-07995-2

Nr. 2: Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Rissmann, Köln/Weimar/Wien 1995, ISBN 3-412-07895-6

Nr. 3: Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln/Weimar/Wien 1996, ISBN 3-412-04596-9

Nr. 4: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Köln/Weimar/Wien 1996, ISBN 3-412-04496-2

Nr. 5: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1945. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, Köln/Weimar/Wien 1998, ISBN 3-412-04298-6

Nr. 6: Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, Köln/Weimar/Wien 1998, ISBN 3-412-04398-2

Nr. 7: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, Köln/Weimar/Wien 1998, ISBN 3-412-04498-9

Nr. 8: Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-01299-8

Nr. 9: Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-15698-1

Nr. 10: Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln/Weimar/Wien 2000, ISBN 3-412-15798-8

Nr. 11: Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-06399-1

Nr. 12: Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische

Opposition in Dresden 1989/90, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-06499-8

Nr. 13: Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln/Weimar/Wien 2000, ISBN 3-412-06700-8

Nr. 15: Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln/Weimar/Wien 2000, ISBN 3-412-12200-9

Nr. 16: Frank Hirschinger: „Zur Ausmerzung freigegeben“. Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933–1945, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-06901-9

Nr. 17/1: Sowjetische Militärtribunale. Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Hg. von Andreas Hilger, Ute Schmidt und Günther Wagenlehner, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-06701-6

Nr. 17/2: Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, Köln/Weimar/Wien 2003, ISBN 3-412-06801-2

Nr. 18: Karin Urich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-06801-2

Nr. 19: Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland. Hg. von Johannes Abele, Gerhard Barkleit und Thomas Hänseroth, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-07001-7

Nr. 20: „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois, Köln/Weimar/Wien 2002, ISBN 3-412-15001-0

Nr. 21: Mike Schmeitzner, Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2002, ISBN 3-412-07702-X

Nr. 22: Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. Hg. von Rainer Behring und Mike Schmeitzner, Köln/Weimar/Wien 2003, ISBN 3-412-14802-4

Nr. 23: Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Hg. von Uwe Backes, Köln/Weimar/Wien 2003, ISBN 3-412-03703-6

Nr. 24: Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004, ISBN 978-3-525-36900-5

Nr. 25: Thomas Widera: Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36901-2

Nr. 26: Stefan Paul Werum: Gewerkschaftlicher Niedergang im sozialistischen Aufbau. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) 1945 bis 1953, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36902-9

Nr. 27: Frank Hirschinger: Gestapoagenten, Troztkisten, Verräter. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36903-6

Nr. 28: Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit. Hg. von Gerhard Besier und Hermann Lübke, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36904-3

Nr. 29: Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Hg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36905-0

Nr. 30: Babett Bauer: Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR 1971–1989, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36907-4

Nr. 31: Uwe Backes: Politische Extreme. Eine Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36908-1

Nr. 32: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36906-7

Nr. 33: Totalitarismus und Literatur. Deutsche Literatur im 20. Jahrhundert – Literarische Öffentlichkeit im Spannungsfeld totalitärer Meinungsbildung. Hg. von Hans Jörg Schmidt und Petra Tallafuss, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-36909-8

Nr. 34: Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert. Hg. von Mike Schmeitzner, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-36910-4

Nr. 35: Hannah Arendt weitergedacht. Ein Symposium. Hg. von Lothar Fritze, Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-36913-5

Nr. 36: Communist and Post-Communist Parties in Europe. Ed. by Uwe Backes and Patrick Moreau, Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-36912-8

Nr. 37: Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa. Hg. von Uwe Backes, Tytus Jaskułowski und Abel Polese, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-36911-1

Nr. 38: Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. 2 Bände, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-36914-2

Nr. 39: Henrik Steglich: Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36915-9

Nr. 40: Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946. Hg. von Andreas Thüsing unter Mitarbeit von Agatha Kobuch, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36916-6

Nr. 41: Gerald Hacke: Die Zeugen Jehovas im Dritten Reich und in der DDR. Feindbild und Verfolgungspraxis, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36917-3

Nr. 42: Wolfgang Bialas: Politischer Humanismus und „verspätete Nation“. Helmuth Plessners Auseinandersetzung mit Deutschland und dem Nationalsozialismus, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36918-0

Nr. 43: Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa. Hg. von Clemens Vollnhals, Göttingen 2011, ISBN 978-3-525-36919-7

Nr. 44: Jörn-Michael Goll: Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die „politisch-operative“ Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011, ISBN 978-3-525-36920-3

Nr. 45: NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Hg. von Jörg Osterloh und Clemens Vollnhals, Göttingen 2011, ISBN 978-3-525-36921-0

Nr. 46: The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives. Hg. von Uwe Backes und Patrick Moreau, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36922-7

Nr. 47: Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte. Hg. von Uwe Puschner und Clemens Vollnhals, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36996-8

Nr. 48: Jörg Müller: Strafvollzugspolitik und Haftregime in der SBZ und in der DDR. Sachsen in der Ära Ulbricht, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36959-3

Nr. 49: Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Hg. von Günther Heydemann

und Karel Vodička, Göttingen 2013,  
ISBN 978-3-525-36960-9

Nr. 50: Ideologie und Moral im Nationalsozialismus.  
Hg. von Wolfgang Bialas und Lothar Fritze, Göttingen  
2014, ISBN 978-3-525-36961-6

Nr. 51: Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Ko-  
optation – Repression. Hg. von Uwe Backes und Steffen  
Kailitz, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36962-3

Nr. 52: Wolfgang Bialas: Moralische Ordnungen des  
Nationalsozialismus, Göttingen 2014,  
ISBN 978-3-525-36963-0

Nr. 53: Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. von  
Günther Heydemann, Jan Erik Schulte und Francesca  
Weil, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36964-7

Nr. 54: Tina Kwiatkowski-Celofiga: Verfolgte Schüler.  
Ursachen und Folgen von Diskriminierung im Schul-  
wesen der DDR, Göttingen 2014,  
ISBN 978-3-525-36966-1

Nr. 55: Maria Fiebrandt: Auslese für die Siedlergesell-  
schaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die  
NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen  
1939–1945, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36967-8

Nr. 56: Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen  
Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische  
Studie. Hg. von Andreas Weigelt, Klaus-Dieter Müller,  
Thomas Schaarschmidt, Mike Schmeitzner, Göttingen  
2015, ISBN 978-3-525-36968

Nr. 57: Vergleich als Herausforderung, Festschrift zum  
65. Geburtstag von Günther Heydemann. Hg. von  
Andreas Kötzing, Francesca Weil, Mike Schmeitzner,  
Jan Erik Schulte, Göttingen 2015,  
ISBN 978-3-525-36969-2

Nr. 58: Sebastian Rick: Die Entwicklung der SED-Dik-  
tatur auf dem Lande. Die Landkreise Liebenwerda und  
Schweinitz in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–  
1949, Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-36970-8

Nr. 59: Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Op-  
fern in Europa. Hg. von Günther Heydemann, Clemens  
Vollnhals. Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-36971-5

Nr. 60: Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949.  
Hg. von Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals, Francesca  
Weil, Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-36972-2

---

## Wege der Totalitarismusforschung

---

erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen

Richard Löwenthal: Faschismus – Bolschewismus –  
Totalitarismus. Schriften zur modernen Weltanschau-  
ungsdiktatur. Eingeleitet und bearbeitet von Mike  
Schmeitzner, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-32600-8

Jacob Talmon: Die Geschichte der totalitären Demokra-  
tie. Bände I–III. Hg. von Uwe Backes, Göttingen 2013,  
ISBN 978-3-525-31012-0

Aleksander Hertz: Skizzen über den Totalitarismus. Hg.  
von Torsten Lorenz und Katarzyna Stokłosa, Göttingen  
2014, ISBN 978-3-525-31024-3

Aurel Kolnai: Der Krieg gegen den Westen. Hg. von  
Wolfgang Bialas, Göttingen 2015,  
ISBN 978-3-525-31031-1

---

## Berichte und Studien

---

erschienen im Verlag V&R unipress Göttingen  
(bis Heft 42 im Eigenverlag)

Nr. 1: Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp: Zur Geschich-  
te der Luftfahrtindustrie in der DDR, Dresden 1995,  
ISBN 3-931648-00-1

Nr. 2: Michael Richter: Die Revolution in Deutschland  
1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“,  
Dresden 1995, ISBN 3-931648-01-X

Nr. 3: Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene  
1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler  
Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliogra-  
phie, Dresden 1995, ISBN 3-931648-02-8

Nr. 4: Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere  
DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr  
Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und  
sowjetischer NKWD-Dokumente, Dresden 1995,  
ISBN 3-931648-03-6

Nr. 5: Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau  
der Luftfahrtindustrie in der DDR, Dresden 1995,  
ISBN 3-931648-04-4

Nr. 6: Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles“. Ka-  
derpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staats-  
verwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952),  
Dresden 1996, ISBN 978-3-931648-05-3



- Nr. 7: Horst Haun: Der Geschichtsbeschluss der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, Dresden 1996, ISBN 3-931648-06-0
- Nr. 8: Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968, Dresden 1996, ISBN 3-931648-07-9
- Nr. 9: Manfred Zeidler: Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, Dresden 1996, ISBN 3-931648-08-7
- Nr. 10: Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, Dresden 1996, ISBN 978-3-931648-09-1
- Nr. 11: Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik“. Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, Dresden 1997, ISBN 3-931648-10-9
- Nr. 12: Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 1997, ISBN 978-3-931648-11-4
- Nr. 13: Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-13-8
- Nr. 14: Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-14-5
- Nr. 15: Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-15-2
- Nr. 16: Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-16-9
- Nr. 17: Ursula Ludz, Ingeborg Nordmann: Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-17-6
- Nr. 18: Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-19-0
- Nr. 19: Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-20-6
- Nr. 20: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung der Parteiherrschaft in der DDR und in der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-21-3
- Nr. 21: Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-22-0
- Nr. 22: Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-24-4
- Nr. 23: Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam. Dimensionen und Definitionen. Hg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-25-1
- Nr. 24: Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-26-8
- Nr. 25: Komponisten unter Stalin. Aleksandr Veprík (1899–1958) und die Neue jüdische Schule. Hg. von Friedrich Geiger, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-28-2
- Nr. 26: Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-29-9
- Nr. 27: Silke Schumann: „Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen“. NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933–1939, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-30-5
- Nr. 28: Andreas Wiedemann: Die Reinard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-31-2
- Nr. 29: Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, Dresden 2000, ISBN 3-931648-32-X

- Nr. 30: Wlodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-33-6
- Nr. 31: Harald Wixforth: Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39, Dresden 2001, ISBN 978-3-931648-34-3
- Nr. 32: Auschwitz. Sechs Essays zu Geschehen und Vergegenwärtigung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-35-0
- Nr. 33: Mike Schmeitzner: Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-36-2
- Nr. 34: Jaroslav Kučera: „Der Hai wird nie wieder so stark sein“. Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1845–1948, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-37-4
- Nr. 35: Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-38-1
- Nr. 36: Gerhard Sälter: Interne Repression. Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR-Justiz (1954–1966), Dresden 2002, ISBN 978-3-929048-39-8
- Nr. 37: Stephan Posta: Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Dresden 2002, ISBN 978-3-929048-40-4
- Nr. 38: Michael Richter: Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen. Bürgerwille und repräsentative Demokratie, Dresden 2002, ISBN 3-929048-41-9
- Nr. 39: Martin Kupke, Michael Richter: Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90, Dresden 2002, ISBN 978-3-929048-42-8
- Nr. 40: Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg. Hg. von Clemens Vollnhals, Dresden 2003, ISBN 978-3-929048-43-5
- Nr. 41: Siegfried Jenkner: Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG. Eine kommentierte Bibliographie, Dresden 2003, ISBN 978-3-931648-45-9
- Nr. 42: Andreas Thüsing: Demokratischer Neubeginn? Aufbau, Organisation und Transformation des sächsischen Justizministeriums 1945–1950, Dresden 2003, ISBN 978-3-931648-46-6
- Nr. 43: Harald Schmid: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-201-8
- Nr. 44: Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964–1989. Hg. von Thomas Widera, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-181-3
- Nr. 45: Tim Fauth: Deutsche Kulturpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren 1939 bis 1941, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-187-5
- Nr. 46: Matthias Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-213-1
- Nr. 47: Mike Schmeitzner: Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen 1945–1950. Mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang Marcus, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-180-6
- Nr. 48: Manfred Zeidler: Der 20. Juli 1944, Göttingen 2005, ISBN 978-3-89971-146-2
- Nr. 49: Henrik Steglich: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen 2005, ISBN 978-3-89971-262-9
- Nr. 50: Alliiertes Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden. Hg. von Lothar Fritze und Thomas Widera, Göttingen 2005, ISBN 978-3-89971-273-5
- Nr. 51: „Tod den Spionen“. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953. Hg. von Andreas Hilger, Göttingen 2006, ISBN 978-3-89971-286-5
- Nr. 52: Lothar Mertens: Priester der Clio oder Hofchronisten der Partei? Kollektivbiographische Analysen zur DDR-Historikerschaft, Göttingen 2006, ISBN 978-3-89971-307-7
- Nr. 53: Frank Hirschinger: Fälschung und Instrumentalisierung antifaschistischer Biographien. Das Beispiel Halle/Saale 1945–2005, Göttingen 2007, ISBN 978-3-89971-354-1

Nr. 54: Francesca Weil: Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Göttingen 2007, ISBN 978-3-89971-423-4

Nr. 55: Stanislav Kokoška: Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes, Göttingen 2009, ISBN 978-3-89971-540-8

Nr. 56: Politik und Wissenschaft in der prähistorischen Archäologie. Perspektiven aus Sachsen, Böhmen und Schlesien. Hg. von Judith Schachtmann, Michael Strobel und Thomas Widera, Göttingen 2009, ISBN 978-3-89971-741-9

Nr. 57: Frank Hirschinger: Der Spionage verdächtig. Asylanten und ausländische Studenten in Sachsen-Anhalt 1945–1970, Göttingen 2009, ISBN 978-3-89971-750-1

Nr. 58: Die Zerstörung Dresdens 13. bis 15. Februar 1945. Gutachten und Ergebnisse der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen. Hg. von Rolf-Dieter Müller, Nicole Schönherr, Thomas Widera, Göttingen 2010, ISBN 978-3-89971-773-0

Nr. 59: Udo Grashoff: Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR. Göttingen 2011, ISBN 978-3-89971-826-3

Nr. 60: Francesca Weil: Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen 2011, ISBN 978-3-89971-881-2

Nr. 61: Maria Magdalena Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012, ISBN 978-3-89971-936-9

Nr. 62: Anna Walentynowicz: Solidarność – eine persönliche Geschichte. Hg. und bearbeitet von Tytus Jaskułowski, Göttingen 2012, ISBN 978-3-89971-980-2

Nr. 63: Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Hg. von Gerhard Wettig, Göttingen 2012, ISBN 978-3-8471-0002-7

Nr. 64: Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart. Hg. von Johannes Frackowiak, Göttingen 2013, ISBN 978-3-8471-0152-9

Nr. 65: Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik. Hg. von Manfred Gailus und Clemens Vollnhals, Göttingen 2013, ISBN 978-3-8471-0173-4

Nr. 66: Christoph Wovtscherk: Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014, ISBN 978-3-8471-0324-0

Nr. 67: Karel Vodička: Die Prager Botschaftsflüchtlinge 1989. Geschichte und Dokumente. Mit einem Prolog von Hans-Dietrich Genscher sowie unter Mitarbeit von Jan Gülzau und Petr Pithart, Göttingen 2014, ISBN 978-3-8471-0345-5

Nr. 68: NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg. Disziplinierungs- und Repressionsinstrument in europäischer Dimension. Hg. von Claudia Bade, Lars Skowronski und Michael Viebig, Göttingen 2014, ISBN 978-3-8471-0372-1

Nr. 69: Uwe Backes, Anna-Maria Haase, Michail Logvinov, Matthias Mletzko, Jan Stoye: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014, ISBN 978-3-8471-0374-5

Nr. 70: Disput über den Totalitarismus. Hg. vom Hannah-Arendt-Institut in Zusammenarbeit mit dem Voegelin-Zentrum, Göttingen 2015, ISBN 978-3-8471-0492-6

---

#### Lebenszeugnisse – Leidenswege

---

gemeinsame Publikationsreihe mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Nr. 1: Luxemburger Zwangsrekrutierte im Wehrmachtgefängnis Torgau-Fort Zinna 1943–1945, Dresden 1996, ISBN 978-3-9805527-0-7

Nr. 2: Hans-Dieter Scharf: Von Leipzig nach Workuta und zurück. Ein Schicksalsbericht aus den frühen Jahren des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates 1950–1954, Dresden 1996, ISBN 978-3-9805527-1-4

Nr. 3: Maria Vittoria Zeme: „... und entzündete einen Funken Hoffnung“. Aus dem Tagebuch einer italienischen Rotkreuzschwester im Kriegsgefangenenlager Zeithain 1943–1944, Dresden 1996, ISBN 978-3-9805527-2-1

Nr. 4: Hunger – Kälte – Isolation. Erlebnisberichte und Forschungsergebnisse zum sowjetischen Speziallager Bautzen 1945–1950, 5., korrigierte und ergänzte Auflage Dresden 2009, ISBN 978-3-9805527-3-8



Nr. 5: „Die Entscheidung konnte mir niemand abnehmen“. Dokumente zu Widerstand und Verfolgung des evangelischen Kirchenjuristen Martin Gauger (1905–1941), Dresden 1997, ISBN 978-3-9805527-4-5

Nr. 6: Achim Kilian: „From Special Camp No. 1 to U.S.“ Jugendjahre zwischen Vogtland, Mühlberg und Arkansas, 2., ergänzte Auflage Dresden 2004, ISBN 978-3-9805527-5-2

Nr. 7: Kurt Kohlsche: „So war es! Das haben sie nicht gewusst.“ Konzentrationslager Sachsenburg 1935/36 und Wehrmachtgefängnis Torgau – Fort Zinna 1944/45 – ein Häftlingsschicksal, Dresden 2001, ISBN 978-3-9805527-6-9

Nr. 8: Wege nach Bautzen II. Biographische und autobiographische Porträts, 3., korrigierte und ergänzte Auflage Dresden 2003, ISBN 978-3-9805527-7-6

Nr. 9: Aktenzeichen: „unerwünscht“. Dresdner Musikerschicksale und nationalsozialistische Judenverfolgung 1933–1945, Dresden 1999, ISBN 978-3-9805527-8-3

Nr. 10: Günter Heinisch: „Solange du lebst, lebt auch die Hoffnung noch.“ Erinnerungen an Haft und Selbstbehauptung in Chemnitz, Dresden und Bautzen (1950–1956), Dresden 2000, ISBN 978-3-9805527-9-0

Nr. 11: Dr. Margarete Blank (1901–1945). Justizmord und Erinnerungspolitik, Dresden 2000, ISBN 978-3-934382-00-8

Nr. 12: Zum Beispiel Vilem Kostka. Der tschechische Widerstand vor dem Oberlandesgericht Dresden. Ein Haftschicksal in Briefen 1941–1945, Dresden 2001, ISBN 978-3-934382-03-9

Nr. 13: Friedrich Salzburg: Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933. Lebensbericht eines jüdischen Rechtsanwalts aus dem amerikanischen Exil im Jahr 1940, Dresden 2002, ISBN 978-3-934382-04-6

Nr. 14: „... ist uns noch allen lebendig in Erinnerung.“ Biografische Porträts von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Anstalt Pirna-Sonnenstein, Dresden 2003, ISBN 978-3-934382-07-7

Nr. 15: Hans Corbat: „Unserer Entwicklung steht er feindselig gegenüber.“ Erlebnisse in kommunistischen Lagern und Gefängnissen in Berlin, Torgau und Bautzen, Dresden 2004, ISBN 978-3-934382-10-7

Nr. 16: Kassiber aus Bautzen. Heimliche Briefe von Gefangenen aus dem sowjetischen Speziallager 1945–1950, Dresden 2004, ISBN 978-3-934382-11-4

Nr. 17: Gezeichnet. Kunst und Widerstand. Das Dresdner Künstlerehepaar Eva Schulze-Knabe (1907–1976) und Fritz Schulze (1903–1942), Dresden 2005, ISBN 978-3-934382-17-6

Nr. 18: Peter Blachstein: „In uns lebe die Fahne der Freiheit.“ Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein, Dresden 2005, ISBN 978-3-934382-16-9

Nr. 19: Benno Kirsch: Walter Linse. 1903 – 1953 – 1996, Dresden 2007, ISBN 978-3-934382-19-0

Nr. 20: Hannelore Hahn: „Auf dem Weg zu den Schwänen“. Autobiografische Erinnerungen einer Dresdner Jüdin, Dresden 2008, ISBN 978-3-934382-21-3

Nr. 21: Daniela Martin: „... Die Blumen haben fein geschmeckt“. Das Leben meiner Urgroßmutter Anna L. (1893–1940), Dresden 2010, ISBN 978-3-934382-23-7

Nr. 22: Isidor Nussenbaum: „Er kommt nicht wieder.“ Geschichte eines Überlebenden. Hg. von Hans Medick und Jens-Christian Wagner, Dresden 2013, ISBN 978-3-934382-24-4

Nr. 23: Cesare Gottardi: Erinnerungen eines italienischen Militärinternierten – Memorie di un internato militare italiano. Hg. von Francesco Dal Lago, Dresden 2015, ISBN 978-3-934382-25-1



## Totalitarismus und Demokratie/ Totalitarianism and Democracy

Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung /  
An International Journal for the Study of Dictatorship and Liberty

Erscheint 2 x im Jahr, je Heft etwa 180 Seiten, kartoniert  
Jahrgänge 1 (2004) bis 11 (2014) auch online: <http://www.hait.tu-dresden.de/TD>

Jahresbezugspreis € 55,00  
Einzelheftpreis € 31,95  
ISSN 1612-9008

Totalitarismus und Demokratie/Totalitarianism and Democracy (TD) ist eine Zeitschrift, die sich als internationale Drehscheibe der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Systeme im europäischen und außereuropäischen Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus sind historisch-politische, sozialpsychologische und kulturelle Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen zu ergründen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlich-demokratischer Gesellschaften fördern. Die Zeitschrift versteht sich als ein Forum interdisziplinären Austauschs zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

Herausgegeben von Günther Heydemann.

*Beirat:* Michael Burleigh (London) / Stéphane Courtois (Paris) / Emilio Gentile (Rom) / Eckhard Jesse (Chemnitz) / Peter Graf Kielmansegg (Mannheim) / Werner J. Patzelt (Dresden) / Kurt Salamun (Graz) / Hans-Peter Schwarz (München).

**V&R**

**Weitere Informationen:**  
Vandenhoeck & Ruprecht, Geschichte  
37070 Göttingen  
<http://www.v-r.de>; [info@v-r.de](mailto:info@v-r.de)

12. Jahrgang 2015, Heft 1  
**Die Demokratie zwischen den Weltkriegen – vom Triumph zur Krise – Democracy between the World Wars – from Triumph to Crisis**

*Steffen Kailitz:* Nach dem „Großen Krieg“ – vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939

*Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning:* Democratic Spells in Interwar Europe – the Borderline Cases Revisited

*Arnd Bauerkämper:* Der „Große Krieg“ als Beginn: das Verhältnis zwischen traditionellen Ordnungskonzepten, Faschismus und Autoritarismus

*Heidi Hein-Kircher:* Zum Wechselspiel von verpasster Konsolidierung, Demokratiekritik und Diskursen der Versicherheitlichung in der Zweiten Republik Polens (1918 bis 1926)

*Lothar Fritze:* Ideologiekonformität und Indoktriniertheit. Zum Herrschaftsanspruch der Weltanschauungsdiktatur

12. Jahrgang 2015, Heft 2  
**Jugend und Jugendpolitik in Deutschlands Diktaturen – Youth and Youth Policy in Germany's Dictatorships**

*André Postert:* Freiwilligkeit und Verpflichtung – Widersprüche der nationalsozialistischen Jugendorganisationen in ihrer Entwicklung

*Kathrin Kollmeier:* „Volksgemeinschaft“ als Disziplinarpraxis – Hitlerjugend und Recht in der Beteiligungsdiktatur

*Florian Lipp:* Punk- und New-Wave-Bands im letzten Jahrzehnt der DDR im kultur- und sicherheitspolitischen Kontext

*Mark Fenemore:* Youth Opposition in the GDR, 1945–1965

*Peter Skyba:* Die FDJ im Kreislauf von Krise und Reform – Jugendpolitik als Konfliktfeld von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR

*Hagen Stöckmann:* Ambition und Enttäuschung – Grenzen „totalitärer“ Elitenerziehung im Nationalsozialismus und in der frühen DDR





Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
Direktor: Prof. Dr. Günther Heydemann

Postanschrift:  
01062 Dresden

Sitz:  
Tillichbau der TU Dresden  
Helmholtzstraße 6  
01069 Dresden

Tel.: 0351 463 32802  
Fax: 0351 463 36079

Mail:  
[hait@mx.tu-dresden.de](mailto:hait@mx.tu-dresden.de)

Internet:  
[www.hait.tu-dresden.de](http://www.hait.tu-dresden.de)